# Landtag Rheinland-Pfalz 14. Wahlperiode

- Drucksache 14/2059 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

# Plenarprotokoll 14/44

# 44. Sitzung

# Donnerstag, den 03. April 2003

# Mainz, Deutschhaus

Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2002/2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1900 – Zweite Beratung
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  – Drucksache 14/2060 –
Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2064 –
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2066 –
Entschließungsanträge der Fraktion der CDU  – Drucksachen 14/2036/2053 –
Entschließungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 14/2067 bis 14/2080 –
Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2100 –
Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  – Drucksache 14/2104 –
Landesgesetz zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften und über Maßnahmen zur Entlastung des Landeshaushalts Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/1800 – Zweite Beratung
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

Moderne Strukturen für den Landeshaushalt: Transparenz erhöhen, Steuerungsmöglichkeiten verbessern Antrag der Fraktionen der SPD und FDP

- Drucksache 14/2000 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU  – Drucksache 14/2035 –	2900
Die Drucksachen 14/1900/2060/2064/2066/2036/2053/2067 bis 2080/2100/ 2104/1800/2059/2052/2000/2035 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.	
Abstimmungen zum Nachtragshaushaltsgesetz 2003 im Einzelnen	2970
Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2052 – wird mit Mehrheit abgelehnt.	2975
Die Beschlussempfehlung – Drucksache 14/2059 – wird mit Mehrheit angenommen	2975
Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/1800 – wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung – Drucksache 14/2059 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen.	2975
Der Antrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/2000 – sowie der Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2035 – (als Material) werden an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.	2975
Für die Erhaltung der dezentralen, kommunalen Trinkwasserversorgung Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/381 –	
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten  – Drucksache 14/1639 –	2975
Für eine qualitativ hochwertige Wasserversorgung in Rheinland-Pfalz  Antrag der Fraktionen der SPD und FDP  - Drucksache 14/1604	2975
Wasser als Lebensmittel und Lebensgrundlage – Konsequenzen für die Trinkwasserversorgung in Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/1641 –	2975
Die Drucksachen 14/381/1639/1604/1641 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.	
Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/381 – wird mit Mehrheit abgelehnt	2981
Der Antrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/1604 – wird mit Mehrheit angenommen.	2981
Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/1641 – wird mit Mehrheit abgelehnt.	2981

# Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; die Staatssekretäre Rüter, Dr. Auernheimer.

# Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Christian Baldauf (vormittags), Anne Kipp, Erhard Lelle, Hildrun Siegrist; Staatsministerin Malu Dreyer

## Rednerverzeichnis:

Abg. Böhr, CDU:	2903, 2969
Abg. Bracht, CDU:	
Abg. Creutzmann, FDP:	
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2957, 2975, 2978
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	2954, 2963
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	
Abg. Frau Grosse, SPD:	
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:	
Abg. Frau Schmitt, SPD:	
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2010 2056
Abg. Fuhr, SPD:	
Abg. Hohn, FDP:	
Abg. Kuhn, FDP:	
Abg. Licht, CDU:	
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	
Abg. Mertes, SPD:	
Abg. Schmitt, CDU:	
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	
Beck, Ministerpräsident:	
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:	
Mittler, Minister der Finanzen:	
Präsident Grimm: 2900,	
Vizepräsident Creutzmann: 2968, 2969, 2970, 2976,	2977, 2978, 2979, 2981
Vizepräsident Dr. Schmidt: 2926,	2933, 2939, 2940, 2943
Vizepräsidentin Frau Hammer:2948, 2950, 2953, 2954, 2956, 2957,	
	2964, 2966

# 44. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 03. April 2003

Die Sitzung wird um 09:31 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

#### Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 44. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Nils Wiechmann und Beate Reich, die auch die Rednerliste führt.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Anne Kipp, Hildrun Siegrist, Erhard Lelle, Christian Baldauf heute vormittag und Frau Staatsministerin Dreyer.

Ich freue mich, jetzt schon zahlreiche Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Megina-Gymnasiums in Mayen sowie Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse des Max-Slevogt-Gymnasiums in Landau sowie Teilnehmer am Azubi-Seminar. Alle sind herzlich willkommen im Landtag!

#### (Beifall im Hause)

Zum Ablauf der Tagesordnung, in dessen Mittelpunkt heute die Beratung des Nachtragshaushalts steht, möchte ich darauf hinweisen, dass gemäß der Absprache im Ältestenrat die **Punkte 13** bis **15** der Tagesordnung gemeinsam aufgerufen und beraten werden.

Ich rufe daher die **Punkte 13, 14** und **15** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2002/2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) Gesetzentwurf der Landessetzen

Drucksache 14/1900 –Zweite Beratung

#### dazu:

Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 14/2060 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 14/2064 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/2066 -

Entschließungsanträge der Fraktion der CDU

- Drucksachen 14/2036/2053 -

Entschließungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 14/2067 bis 14/2080 -

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/2100 -

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/2104 -

Landesgesetz zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften und über Maßnahmen zur Entlastung des Landeshaushalts Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP

Drucksache 14/1800 –Zweite Beratung

#### dazu:

Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 14/2059 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 14/2052 -

Moderne Strukturen für den Landeshaushalt: Transparenz erhöhen, Steuerungsmöglichkeiten verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und FDP

- Drucksache 14/2000 -

#### dazu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 14/2035 -

Zur Berichterteilung erteile ich der Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses, Frau Abgeordneter Astrid Schmitt, das Wort.

#### Abg. Frau Schmitt, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich im Rahmen der Berichterstattung zu den zentralen Beratungsergebnissen dieses Nachtragshaushalts und dem sogenannten Haushaltsentlastungsgesetz komme, möchte ich zunächst einige Anmerkungen zum diesmal praktizierten Verfahren der Beratungen machen, das in dieser Form erstmalig und, wie ich denke, auch bemerkenswert war.

In Rheinland-Pfalz haben sich in einer schwierigen Stuation alle Akteure – von der Opposition über die Koalitionsfraktionen bis hin zur Regierung – zu ihrer politischen Verantwortung bekannt und konstruktiv zusammengearbeitet.

Die schwierige Situation aller öffentlichen Haushalte in Deutschland ist uns meines Erachtens allen bewusst. Wir haben auch in Rheinland-Pfalz erlebt, dass sich die Einnahmen deutlich schlechter entwickelt haben, als wir das bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts øwarten konnten.

Meine Damen und Herren, das Land hatte in den beiden vergangenen Jahren die höchsten Steuereinbrüche in seiner Geschichte zu verkraften. Man kann sich natürlich über die Verantwortung für diese Situation streiten,

kurzfristig zu ändern ist diese Situation allerdings kaum. Was uns deshalb bleibt, ist eigentlich nur die politische Alternative, die Ausgaben im nachhinein an die Einnahmenausfälle anzupassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist vor allem angesichts der Höhe der Einnahmenausfälle von 580 Millionen Euro wahrlich keine einfache und auch keine angenehme Aufgabe.

Um so bemerkenswerter war aus meiner Sicht das Angebot der Oppositionsfraktionen, die Regierung und die sie tragenden Fraktionen bei diesen Sparbemühungen zu unterstützen und damit natürlich auch schmerzhafte Eingriffe in bisherige Leistungen des Landes mitzutragen.

Landesregierung und die Regierungsfraktionen von SPD und FDP haben diese symbolisch ausgestreckte Hand mit dem Ziel ergriffen, den vorgelegten Haushaltsentwurf in den gemeinsamen Gesprächen zu optimieren und gegebenenfalls darüber hinaus weitere Einsparungen zu erreichen.

Wir haben deshalb auch im Haushalts- und Finanzausschuss bis zum Abschluss der gemeinsamen Gespräche die Abstimmung über das Haushaltsentlastungsgesetz einvernehmlich zurückgestellt, um diese Gespräche offen zu halten.

Sowohl die Ausschussberatungen – das ist dort eigentlich immer so – als auch die Gespräche wurden ausgesprochen sachorientiert und lösungsorientiert geführt. Prägend war meines Erachtens vor allem die gemeinsame Sorge um das Wohl unseres Landes. Vor diesem Hintergrund kam – trotz aller verschiedenen Politikansätze und noch bestehender Meinungsunterschiede in vielen Punkten – allerdings auch eine Reihe von gemeinsamen Positionen zustande, die sich – darauf komme ich nachher zurück – in fraktionsübergreifenden Anträgen und auch in einem differenzierten Abstimmungsverhalten der Oppositionsfraktionen niedergeschlagen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was bleibt, ist die Diskussion um politische Ziele und den Weg, wie diese Ziele erreicht werden können. Diese Diskussion ist notwendig. Sie wird gleich in der anschließenden Debatte geführt werden. Auf der anderen Seite stand aber auch die Fähigkeit zum Kompromiss und zur gemeinsamen Lösung politischer Probleme in schwierigen Situationen. Ich sage das ganz bewusst, ich glaube, wenn die Menschen in unserem Land wieder ein Stückchen Zutrauen dazu gewinnen können, dass Politik im Konsens auch schwierige Situationen konstruktiv angehen kann, ist damit schon viel gewonnen. Ich hoffe, dass das auch durch die Medien so verstanden und entsprechend transportiert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der federführende Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag, die Gesetzentwürfe zum Haushaltsentlastungsgesetz und zum Nachtragshaushalt mit einigen Änderungen anzunehmen. Die einzelnen Ergebnisse der Ausschussberatungen liegen Ihnen in Form der beiden

Beschlussempfehlungen vor. Ich möchte deshalb nur auf einige wesentliche Punkte eingehen.

Der Gesetzentwurf zur Sicherung der kommunalen Leistungsfähigkeit und zur Entlastung des Landeshaushalts verfolgt im Wesentlichen drei Ziele:

- die Folgen des Einnahmenrückgangs für die Kommunen abzufedern,
- landesgesetzliche Ausgabenverpflichtungen zurückzuführen und
- besondere, vorgezogene Altersgrenzen an die allgemeinen beamtenrechtlichen Regelungen anzupassen, auch als Beitrag, um langfristig den Anstieg der Pers onalkosten abzumildern.

Der Ausschuss hat sich intensiv mit diesem Gesetzentwurf befasst und dazu Sachverständige und Betroffene angehört.

Die kommunalen Spitzenverbände haben dem Gesetzesvorhaben zugestimmt, soweit es die Verstetigung ihrer Einnahmen vorsieht. Sie baten gleichzeitig, ihnen durch die Rückführung landesgesetzlicher Standards mehr Flexibilität einzuräumen. Auch mit der Rückführung von Ausgabenverpflichtungen haben sie sich weitgehend bis auf den Bereich der Jugendhilfe einverstanden erklärt.

Verständlicherweise wurde das aus Sicht der Betroffenen anders beurteilt, natürlich auch, was die Anpassung der Altersgrenzen angeht. Dagegen wurde allerdings auch aus dem Kreis der Sachverständigen deutlich, dass eine solche Anpassung aufgrund der demographischen Entwicklung notwendig sei.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat folgende Teile des Gesetzentwurfs einstimmig beschlossen:

- die Verstetigung der kommunalen Einnahmen,
- die Kürzung von Leistungen im Maßregelvollzug und
- den Wegfall der investiven F\u00f6rderung teilstation\u00e4rer und station\u00e4rer Pflegeeinrichtungen.

Mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP stimmte der Ausschuss der Reduzierung des Landesblindengelds und der Reduzierung der Kostenerstattung an die örtlichen Träger der Jugendhilfe zu.

Um die Folgen für die Kommunen in Bezug auf die Jugendhilfe abzumildern, stellte der Ausschuss außerdem einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, mit dem für die Erziehungshilfe zusätzlich 2Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf zur Verfügung gestellt werden.

Mit den Stimmen von SPD und FDP beschloss der Ausschuss eine gegenüber dem Ursprungsentwurf modifizierte Anpassung der Altersgrenzen: Bei der Regelung für Polizeibeamte hat der Ausschuss den Kreis derjenigen erweitert, die weiterhin mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen können. Bei der Feuerwehr bleibt es bei der vorgezogenen Altersgrenze von 60 Jahren.

Die beiden Oppositionsfraktionen plädierten dafür, die Frage der Altersgrenze aus dem Haushaltsgesetz auszuklammern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Entwurf des Nachtragshaushalts lagen dem Ausschuss insgesamt 183 Änderungsanträge vor. Darunter waren elf Anträge aller vier Fraktionen. Diese betrafen – dies hatte ich eben schon für den Bereich der Jugendhilfe mit 2 Millionen Euro erwähnt – insbesondere eine weitere Kürzung der Personalausgaben um 2 Millionen Euro und eine Reduzierung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung um 50.000 Euro.

Aufgrund der vier gemeinsamen Anträge von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilweise auch mit Zustimmung der CDU, wurden

- die F\u00f6rdermittel f\u00fcr Ma\u00dfnahmen an berufsbildenden Schulen f\u00fcr Jugendliche ohne Ausbildungsplatz um 200.000 Euro erh\u00f6ht,
- die Entnahmen aus der Rücklage des Wohnungsbaufonds um 5 Millionen Euro verringert,
- 400.000 Euro für die vorläufige Unterbringung der Fachhochschule Koblenz bewilligt und
- die Ausgaben der Landesregierung für Veranstaltungen, Messen und Tagungen um 200.000 Euro gekürzt.

Weitere Änderungen beschloss der Ausschuss im Übrigen aufgrund der Anträge der SPD und FDP. Im Wesentlichen ging es dabei um den Einzelplan 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit—, und zwar um 4 Millionen Euro zur Beschaffung von Pockenimpfstoff. Gegenfinanziert wurde dies durch zusätzliche globale Minderausgaben von je 2 Millionen Euro im Einzelplan 06 und im Einzelplan 20.

Im Einzelplan 15 des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur ergab sich eine Reihe von Änderungen mit zusätzlichen Einsparungen in Höhe von etwa 5 Millionen Euro.

Insgesamt ergibt sich aus den Beschlussempfehlungen des Ausschusses gegenüber dem Regierungsentwurf eine weitere Reduzierung der Ausgaben um 5 Millionen Euro.

Abgelehnt hat der Ausschuss die Anträge von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Schwerpunkt der Anträge der CDU-Fraktion lag darin, für Polizei, Hochschulen, Unterrichtsversorgung und Sport mehr Mittel zur Verfügung zu stellen und hierbei insbesondere bei den Ausgaben des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, aber auch bei der Investitionsförderung und der Agrarverwaltung zusätzliche Einsparungen zu erbringen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte mehr Geld für Bildung, Arbeitsmarkt und Ökologie. Die Forderungen galten weiteren Einsparungen insbesondere im Straßenbau, bei den Finanzhilfen für Wirtschaft und Landwirtschaft sowie durch die Auflösung der Landeseinrichtung für Asylbewerber.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich daran erinnern, dass die Verabschiedung des Nachtrags auf Drängen des Landtags um einen Monat vorverlegt wurde. Dadurch standen unsere Ausschussberatungen – ich glaube, das haben alle Kolleginnen und Kollegen so empfunden – unter einem sehr großen Zeitdruck. Wir haben deshalb abweichend von den Beratungen in früheren Jahren dieses Mal alle Einzelpläne im Haushalts- und Finanzausschuss beraten und nicht mehr in den Fachausschüssen. Dafür konnten die Kolleginnen und Kollegen aus den Fachausschüssen mit beratender Stimme an den Haushaltssitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses teilnehmen.

Im Nachhinein – man lässt so etwas immer Revue passieren – scheint mir jedenfalls dieses Verfahren zweckmäßiger zu sein als das andere.

(Kramer, CDU: Richtig!)

Wir werden innerhalb der Fraktionen darüber auch im Hinblick auf die anstehenden Beratungen des Doppelhaushalts 2004/2005 diskutieren müssen und uns dann festlegen. Ich möchte es aber an dieser Stelle schon ansprechen.

Bedanken möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für die konzentrierten und konstruktiven Beratungen im Ausschuss selbst, allerdings auch bei der Landesregierung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, weil wir doch eine Reihe von zusätzlichen Unterlagen angefordert haben, die auch überwiegend pünktlich für unsere weiteren Beratungen zur Verfügung gestellt wurden. Das war angesichts der großen Zeitenge nicht immer ganz leicht.

Schließlich bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parlamentssekretariats, des Wissenschaftlichen Dienstes und der Fraktionen, vor allen Dingen aber – ich glaube, das darf ich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sagen – beim Stenographischen Dienst, der die Protokolle wirklich sehr kurzfristig vorlegte,

(Beifall im Hause)

gerade auch was die Auswertung der Anhörung anging. Das war eine sehr umfangreiche Geschichte.

Insgesamt darf ich mich nochmals für die Beratungen und jetzt zum Schluss auch für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall im Hause)

#### Präsident Grimm:

Ich bedanke mich bei der Frau Berichterstatterin, eröffne die Aussprache und erteile dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. Böhr, das Wort.

#### Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, vielen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lage ist wirklich ernst. Man ist fast versucht, in diesem Zusammenhang den "alten" Adenauer zu zitieren. Da sie aber in den nächsten Monaten noch ernster werden wird, als sie heute schon ist, hebe ich mir dieses Zitat auf.

Ich denke, man beschreibt die Lage ziemlich zutreffend und greift mitnichten zu einer billigen Polemik, wenn man darauf hinweist, dass diese Landesregierung haushaltspolitisch, finanzpolitisch kurz vor dem Abpfiff steht.

(Creutzmann, FDP: Ach wo!)

Das haben wir bei den Beratungen über diesen Nachtragshaushalt an allen Ecken und Enden gemerkt und gespürt. Übrigens weiß die Landesregierung das selbst. Natürlich wird das heute Morgen wieder offiziell bestritten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber eine Landesregierung, die dieses Gespür oder diese Einsicht nicht hat, würde im Leben nicht so viele Luftballons starten lassen, wie wir das in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, um einfach einmal "abzutesten", wo der öffentliche Widerstand überwindbar ist und wo der öffentliche Widerstand möglicherweise so groß ist, dass man ihn nicht überwinden kann.

Ich muss Ihnen ganz offen sagen, ich sehe das mit einem gewissen Verständnis. Ich kann das nicht vom Ansatz her nur alles kritisieren; denn unabhängig von der Vorgeschichte, wie es dazu kam, was uns heute Morgen auch beschäftigen wird, ist die Lage nicht nur ziemlich unüberschaubar, sondern sie ist auch politisch, haushaltspolitisch und finanzpolitisch ungeheuer schwer in den Griff zu bekommen.

Deswegen bin ich der Auffassung, dass sich alle Beteiligten in den vergangenen Wochen zu Recht bemüht haben, eine Art und Weise des Umgangs miteinander zu entwickeln, die sich deutlich von dem unterscheidet, was wir in den vergangenen zehn Jahren erlebt haben. Das halte ich für gut und will mich auf dieser Linie, die wir in den vergangenen Wochen gemeinsam gefunden haben, zumindest im Hinblick auf den Stil der Auseinandersetzung, heute Morgen bewegen.

Ich will zunächst einen nüchternen Blick auf die Zahlen werfen, meine Damen und Herren. Der Beweis für die Formulierung, dass die Landesregierung haushaltspolitisch unmittelbar vor dem Abpfiff steht, zeigt sich bereits mit dem Blick auf zwei bis drei Zahlen. Die Schuldenlast des Landes ist in zehn Jahren, nämlich im Zeitraum von 1991 bis 2001, verdoppelt worden.

(Kramer, CDU: Das sind die Tatsachen!)

Das ist schon ein bemerkenswerter Erfolg: von 10 Milliarden Euro auf 21 Milliarden Euro in zehn Jahren. Im Hinblick auf die Konjunkturlage und die wirtschaftliche Entwicklung waren übrigens gute Jahre dabei. Wenn man gleichwohl die Schuldenlast in zehn Jahren ver-

doppelt, darf man sich nicht wundern, wenn man dort landet, wo wir jetzt gelandet sind.

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine Nettoneuverschuldung – ich habe mir lange überlegt, womit man das vergleichen kann, aber das erinnert, wenn überhaupt, an den Pegelstand von Jahrhunderthochwassern –, die sich deutlich von der Nettoneuverschuldung anderer westlicher Flächenländer unterscheidet. Es ist nicht wahr, dass wir uns im Geleitzug der finanzpolitischen Probleme, die alle in diesen Monaten treffen, bewegen, sondern wahr ist, dass wir natürlich Faktoren im Land Rheinland-Pfalz haben, die hausgemacht sind.

Kein anderes Land ist so entschieden in die Nettoneuverschuldung hineinmarschiert, wie das in Rheinland-Pfalz getan wurde. Ich will in Erinnerung rufen, dass wir im vergangenen Jahr einen Höchststand von 1,79 Milliarden Euro hatten. In diesem Jahr ist es ein bisschen weniger, jedenfalls nach jetziger Planung. Was aber haushaltspolitische und finanzpolitische Planung in diesen Monaten bedeutet, das überlasse ich dem Urteil jedes Einzelnen von uns, sofern überhaupt etwas planbar ist. Jedenfalls ist man nicht auf der sicheren Seite, wenn man Entwarnung gibt.

Seit dem Jahr 1994 haben wir den höchsten Zuwachs bei der Neuverschuldung je Einwohner unter allen Flächenländern.

(Staatsminister Mittler: Falsch!)

– Nein, das ist nicht falsch, Herr Finanzminister. Das ist das Problem. Ich sage das nicht aus Rechthaberei. In der Politik nutzt es einem überhaupt nichts, Recht zu haben, wenn man nicht Recht bekommt. Das weiß ich auch. Ich behaupte, dass Sie in den nächsten Jahren die gleichen Fehler machen werden, die Sie in den vergangen Jahren gemacht haben, wenn weiter falsch analysiert wird. Das möchte ich aber nicht.

#### (Beifall der CDU)

Ich behaupte, kein anderes Land marschiert entschlossener in die Schuldenfalle, in der wir im Moment dicke drin sitzen. Überlegungen anzustellen, aus dieser Schuldenfalle herauszukommen, ist alles andere als leicht

Wenn wir über die Nettoneuverschuldung reden, zeigt sich ein beeindruckender Spannungsbogen. Wenn Sie behaupten, es sei falsch, dass kein anderes Flächenland solche Zuwächse bei der Nettoneuverschuldung zu verzeichnen hat, dann will ich Sie darauf aufmerksam machen, dass dies schon ein beeindruckender Spannungsbogen ist. Ich rede von der Zahl aus dem Jahr 2002, also von der Ist-Zahl des Jahres 2002.

In Baden-Württemberg lag im vergangenen Jahr die Nettoneuverschuldung je Einwohner bei 176 Euro. Demgegenüber lag die Nettoneuverschuldung je Einwohner in Rheinland-Pfalz bei 447 Euro. Jetzt merken Sie bitte nicht an, dass Baden-Württemberg zweieinhalb Mal so viele Einwohner wie Rheinland-Pfalz habe und

die Summe die gleiche sei. Dieses Argument wäre in diesem Zusammenhang wirklich nicht passend.

#### (Beifall und Heiterkeit der CDU)

Ich breche das jetzt ab, weil es nur begrenzt zu etwas führt. Jetzt komme ich auf den Punkt zu sprechen, auf den ich wirklich Wert lege, weil er uns weiterhilft bei den Beratungen, die heute nicht beendet werden. Wir beraten heute über einen Nachtragshaushalt mit einem im Grunde genommen lächerlichen Volumen, das wir mit diesem Nachtragshaushalt bewegen.

Das zeigt, dass das Problem dieser Landesregierung und der sie tragenden Mehrheiten in diesem Parlament in den vergangenen Jahren war, dass sie bei ihren haushaltspolitischen Entscheidungen regelmäßig die Finanzkraft unseres Landes aus den Augen verloren hat. Die Finanzkraft war nie ein Maßstab für das, was wir uns in den vergangenen Jahren geleistet haben. Wer diesen Fehler macht, der tappt natürlich in die Schuldenfalle, und genau das haben wir erlebt. Die Folge ist, dass wir einen Zuwachs bei der Verschuldung ohnegleichen haben. Das Ergebnis ist, dass wir mit dem Rücken zur Wand stehen. Dass wir finanzpolitisch mit dem Rücken zur Wand stehen, wird in diesen Wochen wohl kaum jemand aus diesem Haus ernsthaft bestreiten wollen.

Die Frage ist nun, wie es so weit kommen konnte. Die Antwort auf diese Frage, der ich mich schon einmal gewidmet habe, findet ihren tiefsten Kern genau in der Feststellung, dass Sie über viele Jahre hinweg in der Frage, was wir uns als Rheinland-Pfälzer leisten können und was wir uns als Rheinland-Pfälzer nicht leisten können, die Augen verschlossen haben, wenn es darum ging, die Messlatte entsprechend der Finanzkraft dieses Landes anzulegen. Wir haben nicht nach Maßgabe der Finanzkraft entschieden, sondern wir haben nach Maßgabe unserer Wünsche und Vorstellungen entschieden. Das geht in der Politik regelmäßig schief, und genau das erleben wir jetzt, meine Damen und Herren.

# (Beifall der CDU)

Wer das ändern will, der muss an diesem Punkt ansetzen. Es liegt nicht nur an der Weltwirtschaft. Jahrelang haben wir gehört, dass die Wiedervereinigung ein Grund dafür sei. Natürlich ist die Wiedervereinigung ein Faktor bei all diesen Dingen. In den nächsten Monaten werden wir wahrscheinlich hören, dass der Krieg eine Ursache hierfür sei. Natürlich sind das alles Faktoren, aber nicht die Faktoren, die es allein oder gar zum größten Teil erklären. Meine Damen und Herren, in Ihrer Zuständigkeit ist die finanzwirtschaftliche Lage in diesem Land aus dem Ruder gelaufen.

#### (Beifall der CDU)

Jetzt stehen wir vor dem Scherbenhaufen. Ich wiederhole, dass ich das nicht aus Rechthaberei sage; denn das nutzt uns überhaupt nichts, weil es passiert ist. Der politische Gewinn, den wir daraus erzielen könnten, ist so minimal, dass es überhaupt nicht lohnt, darüber nachzudenken. Meine Damen und Herren, ich sage das, weil man aus Fehlern lernen kann und weil wir heute den Nachtragshaushaltsgesetzentwurf verabschieden

und morgen die Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts beginnt. Es wird noch eine spannende Debatte, die auf uns wartet. Im Vergleich zu dem, was auf uns zukommt, ist das ein relativ bescheidener Betrag, den wir mit diesem Nachtragshaushalt bewegen.

Die Steuereinnahmen werden weiter einbrechen. Heute Morgen sind – was uns alle freut – die neuen Zahlen auf den Tisch gekommen. Im März ist es besser, als es im Januar oder Februar war.

Meine Damen und Herren, aber zu glauben, nun sei der Zeitpunkt gekommen, Entwarnung geben zu können, ist ein Irrglaube. Wir werden in diesem Jahr weiter unser Problem haben, nicht mit den Steuerschätzungen, sondern mit den Steuereinnahmen. Ich behaupte, dass es in den nächsten Monaten noch sehr viel enger werden wird, als es heute schon ist.

Es ist im Übrigen falsch zu glauben, es sei sozusagen eine Besserung unserer konjunkturellen und wirtschaftlichen Lage in Sicht. Ich kann kein Aufklaren am Konjunkturhimmel erkennen. Außerdem unternimmt die Politik in Berlin nichts dafür, dass es zu einem Aufklaren am Himmel kommt. Wie soll das denn gehen? Das fällt doch nicht vom Himmel.

## (Beifall bei der CDU)

Das liegt aber nicht nur an der Politik in Berlin. Solange in den Köpfen führender Sozialdemokraten die Theorie vom Niedrigsteuerland Bundesrepublik Deutschland herumgeistert, solange wird diese Politik einem falschen Ansatz folgen, und solange wird es eine konjunkturelle Besserung in diesem Land nicht geben können,

#### (Beifall der CDU)

weil auf die Weichenstellungen verzichtet wird, die notwendig sind, damit es zu einer konjunkturellen Besserung kommt.

Ich sage das nicht im Sinn eines Kassandrarufes, sondern ich sage das als Hinweis darauf, dass wir haushaltspolitisch keinen Spielraum mehr haben. Wir stehen haushaltspolitisch mit dem Rücken zur Wand. Die Möglichkeit, Haushaltsrisiken, die sich nach meiner Überzeugung im Laufe der nächsten Monate dieses Jahres zeigen werden, abzufangen und abzufedern, haben wir mit unserem Landeshaushalt mitnichten. Was ist denn, wenn wir noch einmal eine Steuermindereinnahme von 200 Millionen Euro verkraften müssen? Wie soll das denn gehen? Es gibt nicht den Hauch eines Spielraums, um so etwas abzufangen.

Im Übrigen beschäftigt mich die Frage – nicht erst seit gestern, sondern schon seit langer Zeit – sehr, und andere beschäftigt diese Frage genauso.

Ich weiß gar nicht mehr, wie wir das mit dem Sparen hinbekommen wollen. Das sind Größenordnungen, die nicht einfach durch ein paar kosmetische Operationen zu bewerkstelligen sind, sondern das sind Größenordnungen, die an das Eingemachte gehen. Das, was wir bisher unter Sparen verstanden haben, nämlich hier einmal einen Ansatz zu kürzen und da einmal einen

Ansatz zu kürzen, hier mal einen Titel ein wenig herunterzufahren und da mal einen Titel ein wenig herunterzufahren und jemanden zu vertrösten und zu sagen, im Moment können wir das nicht, aber im übernächsten Jahr kannst du das machen, wird nicht mehr ausreichen. Ich habe auch keine Antwort zur Hand und kann Ihnen heute sagen: Ihr müsst das so und so machen. – Das wird über weite Strecken hinweg ein gemeinsames Suchen sein müssen. In den letzten Wochen haben wir erlebt, dass wir mit den bisherigen Instrumentarien sozusagen am Ende angelangt sind. An dem Punkt müssen wir meiner Meinung nach weiterdenken und ansetzen

Das, was in den vergangenen Jahren schiefgelaufen ist, ist die Tatsache, dass die staatlichen Ausgaben nach dem Bedarf bestimmt wurden. Das ist ehrenwert, weil ein Bedarf sozusagen nie aus der Welt zu schaffen ist und nie zu bestreiten ist. Natürlich kommen auch heute viele Leute, die sagen: Hier gibt es einen Bedarf. Ihr müsst uns helfen. – Es muss aber schiefgehen, Haushaltspolitik nach diesem Grundsatz zu gestalten. Haushaltspolitik muss sich nach der Maßgabe der Finanzkraft eines Landes gestalten. Wenn die Finanzkraft eines Landes nicht mehr hergibt, kann der noch so berechtigte und begründete Bedarf dieser oder jener Gruppe nicht gedeckt werden. Das ist der Punkt.

#### (Beifall der CDU)

Die Finanzkraft war eben kein Maßstab mehr. Das gilt übrigens nicht nur für die Haushaltspolitik dieses Landes. Ich finde es sehr interessant, dass jemand, der offenbar ein Saulus-Paulus-Erlebnis hinter sich hat und der lange Jahre Sozialminister in Rheinland-Pfalz war, in seiner neuen Funktion zu gewaltigen Einsichten gekommen ist. Ich kann mich nur wundern, wenn ich das jeden Tag in der Zeitung lese. Er ist ein Mann, der Freude daran hat, Interviews zu geben. Ich zitiere Florian Gerster wörtlich – ich freue mich, wenn jemand zu neuen Einsichten findet –: "Ein Grundfehler der Sozialpolitik ist es, dass sie erst die Versorgung definiert und dann über die Finanzierung nachdenkt." Das ist genau das Problem.

### (Beifall der CDU)

Es wäre jetzt reizvoll zu überlegen, wo Herr Florian Gerster diesen Fehler sozusagen selber gemacht hat. Das will ich aber gar nicht tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

 Herr Kollege Schmitz, dass ist das Problem. Das ist wohl auch Ihre Meinung, wenn Sie in der Lage sind, diesen Sachverhalt zu bedenken. Das ist das Problem.

Solange wir dieses Problem nicht gelöst haben, wird das nichts. Eine Lehre könnte sein, dass wir in Zukunft gemeinsam darauf achten, dass sich Wohltaten des Staats nach der Maßgabe der Finanzkraft eines Landes bemessen lassen müssen.

Ich rede jetzt ausdrücklich von Wohltaten. Ich sage das auch mit Blick auf eine öffentliche Wortmeldung von mir in den nächsten Tagen, in der es eine sehr differenzierte Betrachtung der Verschuldung der öffentlichen Hand geben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das will ich in dem Zusammenhang auch einmal sagen, damit mir das nicht um die Ohren gehauen wird – es wird mir ohnehin noch oft genug das um die Ohren gehauen werden, was ich da sagen werde, aber dennoch ist das richtig, was ich sage -: Es ist ein großer Unterschied, ob ich einen privaten Urlaub auf Mauritius plane und mir dafür das Geld von der Sparkasse hole oder ob ich einen Job als Handelsvertreter bekommen habe und mir einen Kredit bei der Sparkasse hole, weil ich mir ein Auto anschaffen muss, damit ich meinem Job nachgehen kann. - In beiden Fällen handelt es sich um eine Verschuldung. In dem einen Fall ist es aber eine Verschuldung für einen Konsum, und in dem anderen Fall ist es eine Verschuldung für eine Investition. Ich rate uns sehr dazu, in der Politik von dieser Differenzierung nicht abzurücken.

Herr Ministerpräsident, daraus ergibt sich manches beispielsweise mit Blick auf die Frage, ob wir uns Steuererleichterungen in Zeiten der Ebbe in unseren öffentlichen Kassen leisten können. Ein Kredit, der eine Zukunftsinvestition finanziert, kann auch in Zeiten einer hohen Verschuldung der öffentlichen Hand einen guten Sinn haben.

#### (Beifall der CDU)

Da ist es wenig angeraten, alles sozusagen über einen Leisten zu schlagen. Deshalb rede ich in diesem Zusammenhang ausdrücklich von Wohltaten und nicht von Schulden, die wir im Sinn einer Zukunftsinvestition machen.

Nun beginnt die Landesregierung – ich will das ausdrücklich anerkennen –, sich, wenn auch zaghaft, mit diesen Gedanken auseinander zu setzen. Das ist nicht zu bestreiten. Am deutlichsten wird das überall dort, wo sie ihre eigenen Programme abräumt. Das ist schon bemerkenswert.

Vieles von dem, was in den vergangenen zehn Jahren bei Gelegenheiten, wie wir sie heute haben, wenn wir über Haushaltspolitik und den Haushalt gesprochen haben, als die Signatur eines Haushalts gefeiert wurde – das sind unsere großen politischen Ziele –, wird im Moment heimlich, still und leise abgeräumt.

Das gilt für die Beträge für den zweiten Arbeitsmarkt, von denen wir seit langer Zeit wissen, dass sie einfach verpuffen. Sie schaffen nicht einen einzigen Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz.

# (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was für ein Unfug!)

Jetzt werden sie langsam degressiv nach unten gefahren. Was war da im rheinland-pfälzischen Landtag los, als wir das vor einem Jahr – meines Wissens liegt es genau ein Jahr zurück – beantragt haben? Was wurde uns da alles an Herzlosigkeit gegenüber Arbeit suchenden Menschen vorgeworfen? Meine sehr geehrten Damen und Herren, nein, ein bisschen Effizienzkontrolle kann manchmal nicht schaden. Diese Mittel für den

zweiten Arbeitsmarkt sind zumindest in weiten Teilen Mittel, die jedenfalls nicht das Ziel erreichen, das sie zu erreichen versprechen, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen

Das gilt für viele Förderprogramme im Land Rheinland-Pfalz, die mehr oder weniger – es handelt sich zum Teil um ganz lustige Formulierungen – die Wirtschaft und Technologie fördern. Ich weiß nicht, wie viele Mittelstandsprogramme wir in Rheinland-Pfalz haben. Wenn ich das nach den Programmen bemesse, müsste in Rheinland-Pfalz der Mittelstand brummen ohne Ende. Wir haben nicht nur volles Verständnis dafür, sondern es entspricht unserer langjährigen Forderung, dass man da jetzt herangeht und das durchforstet und schaut, zu welchen Einsichten eine Effizienzkontrolle führt.

# (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Entschuldigung, wer tut das denn?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Landesblindengeld ist ein sehr heikles Thema. Ich kann mich an diese Debatte sehr gut erinnern, weil Herr Kollege Kramer, ich und viele andere, die heute noch in der Fraktion sitzen, vor 1991 von Veranstaltung zu Veranstaltung in dieser Frage gehetzt wurden. Jetzt kommt die Landesregierung und sagt: Entschuldigung, wenn wir das gekürzt haben, liegt es immer noch auf dem Niveau von Baden-Württemberg. – Ich kann nur sagen: Herzlich willkommen im Club.

Das zeigt, dass man bei vielem von dem, was in den vergangenen Jahren ohne Not gemacht wurde, für das es natürlich einen Bedarf gab, überhaupt nicht danach gefragt hat, nach welcher Maßgabe man diesen Bedarf befriedigen kann. Vieles von dem wird jetzt abgeräumt. "rpl-inform", das ist sozusagen eine leise Beerdigung dritter Klasse: rpl-inform.

Alle diese Programme, Etiketten und – wie das einmal anlässlich einer Haushaltsberatung gesagt wurde – Signaturen, vieles von dem, verabschiedet sich leise aus der Wirklichkeit.

#### (Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das zeigt, dass Sie schon verstanden haben, dass uns das Wasser bis zum Hals steht. All das, was jetzt gemacht wird, ist aber nur ein erster kleiner Schritt. Ich rate uns allen – uns selbst, meiner Fraktion und allen anderen Fraktionen –, die Formulierung "ein erster kleiner Schritt" sehr ernst zu nehmen. Es kommt noch dramatischer, weil weitere Schritte folgen werden. Weitere Schritte müssen folgen.

Ich sage noch einmal ausdrücklich an dieser Stelle: Dort, wo die Landesregierung auf dem Weg, der vor uns liegt, vernünftig argumentiert, wird sie bei uns offene Ohren finden. Das haben wir in den vergangenen Monaten meiner Meinung nach auch bewiesen. Wir haben uns doch wirklich nicht bei jedem der Kürzungsvorschläge, die Sie gemacht haben, an die Speerspitze der Kritik gestellt.

Es ist für eine Opposition ein hartes Geschäft, wenn Menschen zu Gesprächen in den Arbeitskreis kommen und uns in den Wahlkreisen aufsuchen und versuchen, uns für die Kritik an irgendeinem Kürzungsvorschlag zu gewinnen, diesem Ansinnen zu widerstehen. Ich muss doch keinem in diesem Saal erzählen, wie das geht. Trotzdem haben wir dem widerstanden. Ich erwarte dafür keine Belobigung, aber ich will nur sagen, dass wir das ernst meinen. Dort, wo Sie vernünftig argumentieren, werden Sie bei uns in diesem Zusammenhang offene Ohren finden. Das wird so bleiben.

#### (Beifall der CDU)

Das war so in den letzten Wochen, und das wird so bleiben. Deshalb bin ich froh, dass in diesem Jahr auf unser Angebot, über das eine oder andere noch einmal zu reden, anders reagiert wurde als in den vergangenen Jahren. In den vergangenen Jahren haben wir gehört: Das packen wir allein. Wir brauchen euch nicht. – Natürlich braucht eine Mehrheit im Parlament keine Minderheit. Das ist uns auch bewusst. Es kann aber doch nicht schaden, noch einmal über das eine oder andere zu reden. Meiner Meinung nach hat es sich gelohnt, noch einmal über das eine oder andere zu reden, und es lohnt sich, diesen Weg fortzusetzen.

Der Ton der Auseinandersetzung hat sich verändert. Das haben wir alle in den vergangenen Wochen und Monaten feststellen können. Der Ertrag der Gespräche war allerdings ziemlich mager.

#### (Kuhn, FDP: Das ist schade!)

Vielleicht kann man auch da in den nächsten Runden noch etwas tun. Ich biete ausdrücklich an, dass wir solche Runden auch in der Zukunft stattfinden lassen. Es ist von der Frau Berichterstatterin schon auf das eine oder andere hingewiesen worden. Ich will das nicht alles noch einmal wiederholen.

Die Kommunen werden durch die Besserstellung in Höhe von 2 Millionen Euro nicht gerettet. Wer sich die Finanzlage einiger Kommunen vor Augen führt, weiß, dass es diesen im Moment noch schlechter geht als uns. Es ist mager, aber ein ganz klein wenig mehr als nichts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch etwas zu der Öffentlichkeitsarbeit sagen. Als ich nach unseren Gesprächen parallel zum Ministerpräsidenten den Betrag 1 % von 5 Millionen Euro verkündet habe – auch bei denen, von denen wir hoffen, dass sie darüber wohlwollend berichten –, fingen einige an zu lachen. Ich habe nicht gelacht. Ich weiß auch, dass der Betrag 1 % von 5 Millionen Euro nicht weltbewegend ist. So weit geht meine Prozentrechnung auch noch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, hierbei handelt es sich um eine symbolische Größe. Wenn eine Landesregierung sagt, wir sind bereit, bei der Öffentlichkeitsarbeit, von der wir nach wie vor der Meinung sind, dass sie sehr opulent bemessen ist, eine winzige Scheibe abzuschneiden, will sie damit etwas signalisieren. Ich nehme dieses Signal auf und finde, wenn wir auf diesem Weg weitergehen können, kann das der Sache nur nutzen.

Die Punkte, bei denen wir auseinander liegen, werden dadurch nicht geringer. Das sind nach wie vor die meisten und die entscheidendsten, bei denen sich die Wege von der Opposition und der Regierung nicht kreuzen. Wir haben nach wie vor unterschiedliche Richtungen eingeschlagen. Es wird dabei bleiben, dass wir in unterschiedliche Richtungen gehen. Diejenigen, die regieren, und diejenigen, die opponieren, müssen in ihrer jeweiligen Verantwortung ihre Ziele bestimmen. Das ist nun einmal der Sinn des Parlamentarismus. Sie tun das aber vielleicht in einem Stil, der sich dann doch von dem unterscheidet, was in den letzten zehn Jahren prägend in diesem Haus war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen will ich die drei großen Felder nennen, auf denen wir wirklich in eine grundverschiedene Richtung gehen und wo wir glauben, dass die Landesregierung eine falsche Richtung eingeschlagen hat. Wir sind der Überzeugung, dass uns die Richtung, die wir einschlagen, nicht zum Ziel führt. Das sind Felder, von denen ich nicht weiß, ob es je zu Übereinstimmungen kommen wird, weil sie auch Fragen beinhalten, die über das Normalmaß einer politischen Frage in ihrer Bedeutung hinausgehen.

Der erste Punkt, der uns nach wie vor trennt und an dem zwischen den verschiedenen Positionen der Regierung und der Opposition Welten liegen, ist das Haushaltsgebaren. Das klingt ein bisschen technisch, trifft es aber nicht genau. Ich meine damit die Art und Weise, wie unser Landeshaushalt in den letzten Jahren zu einem Verschiebebahnhof geworden ist, der uns vom Ziel der Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit immer weiter wegführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dadurch entstehen nicht nur für die Haushaltsberatungen und die Haushaltspolitiker Probleme, sondern auch für die öffentliche Kommunikation und die Art und Weise, wie Haushaltsberatungen stattfinden. Dieser Haushalt verschiebt das, was unangenehm ist, vor allem Schulden. Dieser Haushalt bedient sich nach wie vor der Kommunen als einer Ersatzkasse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Lage der Kommunen – hierüber haben wir uns oft genug ausgetauscht, und das wird heute nicht das letzte Mal sein, dass wir darüber sprechen – lässt das in Rheinland-Pfalz nicht mehr zu. Wir wissen, dass das viele sozialdemokratische Kolleginnen und Kollegen, die in der kommunalen Verantwortung stehen, genauso wie wir wissen. Es geht nicht mehr. Das wird auch nicht mehr endlos weiter zu machen sein. Deswegen ist meine dringende Bitte: Denken Sie offen darüber nach, ob wir nicht etwas in Richtung Konnexitätsprinzip tun.

#### (Beifall der CDU)

Das wird natürlich nicht die Finanzlage der Kommunen verbessern. Es schiebt aber vielen Verführungen einen Riegel vor, denen sich eine Regierung mit Blick auf diesen Missbrauch der Kommunen als Ersatzkasse ausgesetzt sieht. Es macht sozusagen das anständige und moralische Leben leichter. Deswegen bin ich der Meinung, dass darüber nachgedacht werden muss. Ich

weiß, dass das nicht ganz einfach ist. Mir ist auch bekannt, dass es hier Probleme gibt. Ich denke schon, dass es der richtige Weg ist.

Die Schulden des Landes – das ist der zweite Punkt – werden aus dem Haushalt mit Vorliebe herausgerechnet. Dieser Haushalt – Doppelhaushalt und Nachtragshaushalt – ist kein Spiegelbild mehr der Verschuldung unseres Landes. Das ist ein Problem, weil Schulden versteckt und verharmlost werden und aus dem Blick geraten. Das ist der tiefere Sinn. In dem Moment, in dem man eine Verschuldung in eine Schublade wegpackt und sie nicht mehr sieht, verharmlost man sie. Die Koalition macht das seit einer Reihe von Jahren mit großer Hingabe und dem Ergebnis, dass sich das Ausgabenvolumen des Haushalts verringert. Die Zahlen sind sehr viel schöner, als sie es wären, wenn es dieses Versteckspiel nicht gäbe. Die Kredite erscheinen gar nicht mehr im Haushalt.

Im Fall des LSV sind das allein im Vergleich 2001 und 2002 80 Millionen Euro Ausgaben, die aus dem Haushalt verschwinden. Das ist eine schöne Summe. Diese Art von Haushaltsbereinigung lässt die optische Darstellung eines Haushalts in einem ganz anderen und sehr viel schöneren Licht erscheinen. Das ist wie auf einem Rangierbahnhof. Alles wird verschoben, Reste werden nicht eingespart, sondern für Ausgaben genutzt. Vermögen wird abgetreten. Das ist ein Punkt, auf den ich gleich noch zu sprechen komme und den später auch mein Kollege Bracht noch einmal ansprechen wird. Auf zukünftige Einnahmen wird verzichtet. Schulden werden in Nebenhaushalte verfrachtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier stellen sich zwei Fragen, und zwar, ob das auf Dauer gutgehen kann – ich glaube eher nicht – und wirtschaftlich sinnvoll ist. Im Moment löst das ein Problem zum Schein. Man hat einen Erlös. Diesen kann man in den Haushalt einbringen. Dann verbessert sich die Lage geringfügig oder sogar noch ein bisschen mehr. Auf Dauer wird dies jedoch keine Lösung sein, mit solchen Einmaleffekten zu arbeiten. Das geht schon deswegen nicht, weil diese in naher Zukunft erschöpft sein werden. Das wird uns beim Doppelhaushalt einholen, weil wir auf diese Einmaleffekte nicht mehr setzen können. Unabhängig davon stellt sich die Frage, ob es wirtschaftlich vernünftig ist. Das Ganze nennt sich dann Etatflucht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die geflüchteten Schulden drücken irgendwann. Deswegen wird uns das einholen.

Ich komme zu einem dritten Problem, nämlich das der Vorbelastung künftiger Haushalte durch rechtsverbindliche Zusagen. Ich weiß, dass sich jeder von uns gelegentlich freut, wenn er in seiner kommunalen Verantwortung eine solche Zusage bekommt, und zwar nach dem Motto: Fangt schon einmal an. Ich genehmige es euch. In drei Jahren bekommt ihr den ersten Zuschuss. Bis dahin müsst ihr vorfinanzieren.

Das bedeutet für das Land Rheinland-Pfalz, dass wir durch solche rechtsverbindlichen Zusagen eine Vorbelastung haben, die sich in diesem Haushaltsjahr 2002 inzwischen – Zins und Tilgung sind darin enthalten – auf

einen Betrag von 3,9689 Milliarden Euro aufaddiert. Unser Haushalt hat ein Gesamtvolumen von round about zehneinhalb Milliarden Euro. Davon sind 4 Milliarden Euro wegbetoniert. Ich rede nicht von den anderen Blöcken, über die aus dem Stand heraus nicht zu entscheiden ist, zum Beispiel 40 % Personalkosten und was es sonst noch an Verbindlichkeiten und gesetzlichen Verpflichtungen gibt. Das heißt, wir haben uns durch diese Art und Weise von in die Zukunft gerichteten verbindlichen Zusagen den Rest jedes haushaltspolitischen Spielraums genommen. Das ist im Moment durchaus erfreulich, wenn der eine oder andere mit seinem Projekt über die Hürde gehoben werden kann. In diesem Jahr kostet uns das 1,471 Milliarden Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist eine Grenze erreicht. Es ist keine Bewegung mehr möglich, selbst wenn man es wollte. Ich rede gar nicht von dem Risiko auf der Einnahmenseite. Hinzu kommen die Einnahmenausfälle aus dem Verkauf von Vermögenswerten des Landes. 240 Millionen Euro Wohnungsbaudarlehen sollen verkauft werden. Das bedeutet, dass wir im Jahr 2004 – ich zitiere eine Auskunft der Landesregierung – 15 Millionen Euro weniger Einnahmen haben werden, die uns nicht zur Verfügung stehen. Für das Jahr 2005 und die folgenden Jahre bedeutet dies, dass wir jedes Jahr 17 Millionen Euro weniger Einnahmen haben werden, die uns nicht zur Verfügung stehen.

Ich frage noch einmal: Ist das wirtschaftlich wirklich sinnvoll? – In diesem Zusammenhang gibt es noch eine ganz andere Frage, die uns sicher noch beschäftigen wird. Diese 240 Millionen Euro Wohnungsbaudarlehen, die veräußert werden sollen, sind Kleinkredite.

Ich weiß nicht, wie viel das sind, ob das 10.000, 15.000 oder 20.000 Kleinkredite sind. Die müssen einzeln bewertet werden, das heißt, die Transferkosten, die entstehen – diese Frage oder dieses Thema hat schon ein bisschen Wetterleuchten verursacht –, müssen erst einmal gezahlt werden, damit es zu diesem Verkauf kommt.

Ob sich das am Ende als eine wirtschaftlich sinnvolle, vernünftige Operation erweist, ist eine ganz offene Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich komme zu einem zweiten Punkt, bei dem wir sehr verschiedene Richtungen eingeschlagen haben und weiter einschlagen werden, nach allem was ich höre. Das betrifft falsche Weichenstellungen in der Sache, bei der wir glauben, dass die Landesregierung in einer ganzen Reihe von sachpolitischen Entscheidungen einen falschen Weg eingeschlagen hat.

Das betrifft die Kürzungen bei Schule, Hochschule und Bildung. Wir haben bei unseren Gesprächen viel Zeit darauf verwandt, darüber miteinander zu diskutieren. 21 Millionen Euro weniger für Schulen. Natürlich respektiere oder achte ich, wenn gesagt wird, es gibt für die Schulbaumittel, die gekürzt werden, wahrscheinlich – nicht möglicherweise, sondern höchstwahrscheinlich – eine Kompensation über die Mittel, die der Bund im weiteren Sinn für Investitionen an Ganztagsschulen zur Verfügung stellt.

Sicher, dass ist eine Kompensation, wenn auch eine Kompensation sozusagen nicht für den gesamten Bedarf, sondern für ein Bedarfssegment. Auch darüber kann man noch reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur dass wir im Schulbau Nachholbedarf in Rheinland-Pfalz haben und natürlich die Kürzung, selbst wenn sie in diesem einen Segment kompensiert wird, im Ergebnis eine Kürzung bleibt, das kann man nicht aus der Welt diskutieren. Ob das der richtige Punkt ist, um anzusetzen, stößt auf unsere erhebliche Skepsis.

Das gilt für Hochschule und Forschung genauso: 14,7 Millionen Euro weniger. – Es gilt aber auch besonders für einen zweiten Punkt, bei dem wir glauben, dass in der Tat die Weichenstellung gänzlich falsch erfolgt ist und offenbar auch kein Mensch dieser Welt die Landesregierung davon abhalten kann, diese falsche Weichenstellung weiter zu verfolgen. Das ist der Bereich der Polizei.

#### (Kuhn, FDP: Na klar!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will das nicht in gewaltigen Worten dramatisieren, aber die Scherheitslage in unserem Land hat sich in den letzten zehn Jahren verändert, übrigens ohne Zutun des hnenministers. Ich verbinde damit nicht den Vorwurf, dass unser Innenminister eine Politik betrieben hat, die die wachsende Kriminalität begünstigt hat.

Nein, sie hat sich überall in Deutschland verändert. Sie hat sich zum Schlechteren verändert. Das ist der Punkt, wenn ich mir die Fallzahlen ansehe bei der Gewaltkriminalität, die Steigerungen, die im Spannungsbogen zwischen 1991 und 2002 bei den Delikten mit Schusswaffen, bei den Rohheitsdelikten und bei der Körperverletzung zu verzeichnen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine gestiegene Beanspruchung der Polizei in Rheinland-Pfalz wie andernorts. Auf dieses Problem einer weiter steigenden Beanspruchung der Polizei reagiert die Landesregierung mit einer Rückführung der Polizeistärke. Das geht mir nicht in den Kopf. Ich will offen sagen, das geht mir nicht in den Kopf.

# (Beifall der CDU)

Es wird darauf hingewiesen, dass die verbesserte technische Ausstattung manch einen Arbeitsplatz bei der Polizei vielleicht überflüssig macht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Polizei ist Dienstleistung, und Dienstleistung kann der Computer vielleicht verbessern oder beschleunigen, aber er kann sie doch nicht ersetzen.

Die Präsenz der Polizei in der Fläche zum Beispiel ist doch nichts, was ich durch eine verbesserte technische Ausstattung aus der Welt schaffen kann. Ich weiß nicht, wo ich das gelesen oder gehört habe aus der Feder der Landesregierung, dass die Polizeistärke nicht das Entscheidende sei, auch die Präsenz in der Fläche, die Polizeidichte nicht das Entscheidende sei.

Ich streite mit Ihnen überhaupt nicht, ob es das Entscheidende ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage nur, diese Rechnung kann nicht aufgehen, wenn bei steigender Kriminalität die Polizeistärke systematisch, und zwar dramatisch, nach unten gefahren wird. Von dem Problem der Überalterung der Polizeibeamten rede ich noch überhaupt nicht.

1991: 37,8 Jahre, 2002: 43,6 Jahre, und es geht zwingend weiter, weil Einstellungen nicht vorgenommen werden.

(Beifall des Abg. Kramer, CDU)

Natürlich werden sie vorgenommen, aber längst nicht in dem erforderlichen Ausmaß. Das wird schief gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das führt natürlich zu einer Verschärfung der Sicherheitslage im Land. Das ist überhaupt keine Frage.

Deswegen sage ich klipp und klar, bei dem, was Sie bei der Polizei vorhaben, werden Sie nach wie vor auf den erbitterten Widerstand der CDU in diesem Haus treffen. Wir machen das nicht mit.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss zweitens sagen, ich habe keine Lust, mich permanent mit beschönigenden Statistiken herumschlagen zu müssen.

Polizeistärke offiziell 9.400. Alle wissen, dass es in Rheinland-Pfalz eben nicht 9.400 Polizeibeamte im Dienst gibt. Alle wissen es. Natürlich entspricht es dem statistischen Wert. Es sind maximal 8.800, die im Dienst sind.

Deswegen lassen Sie uns, wenn schon streitig, wenigstens über die tatsächlichen Zahlen diskutieren. Dieser Widerspruch, von dem ich gesprochen habe, betrifft die Polizeistärke. Er betrifft die Zahl der Einstellungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich weiß, dass es eine kleine Korrektur gab seitens der Koalitionsfraktionen in die richtige Richtung, aber längst nicht in dem Ausmaß, wie wir es für notwendig halten, und das betrifft die Lebensarbeitszeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil das ein schwieriges Thema ist und ich mich zu dem Thema schon früher einmal geäußert habe, will ich das ausdrücklich sagen. Ich glaube, wir müssen unterscheiden zwischen der Diskussion über die Lebensarbeitszeit allgemein und der Diskussion über die Lebensarbeitszeit im Zusammenhang dieses Haushaltsstrukturgesetzes.

Ich habe letzter Tage eine Zahl gehört, die ich erst nicht glauben konnte, aber es spricht alles dafür, dass diese Zahl nicht aus der Luft gegriffen ist. In Deutschland stehen in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis von den 63-Jährigen – raten Sie einmal, wie viel – noch 5 %.

Da sage ich ganz ehrlich, das kann nicht sein. Deswegen bin ich weit davon entfernt zu sagen, über Lebens-

arbeitszeit dürfen wir nicht diskutieren. Wir müssen über Lebensarbeitszeit diskutieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das ist überhaupt keine Frage, und zwar sowohl beim Einstieg – ich sage das nur im Blick auf manche Debatte im Haus über Abitur nach zwölf Jahren zum Beispiel – in das Berufsleben als auch beim Ausscheiden aus dem Berufsleben. Wir müssen über die Lebensarbeitszeit diskutieren.

(Beifall der CDU)

Alle, die jetzt den Eindruck erwecken wollen, dass das in den letzten Monaten aus der Not heraus zum Thema geworden ist, will ich darauf hinweisen, ich habe in der "Rheinpfalz" im Jahr 1992 einen Namensartikel veröffentlicht mit dem Plädoyer, die Lebensarbeitszeit in Deutschland zu erhöhen.

Ich bin für diesen Vorschlag, wie für manch anderen, windelweich geprügelt worden – Sonderseiten auf den Leserbriefspalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es bleibt richtig. Wir müssen die Lebensarbeitszeit erhöhen – das ist überhaupt keine Frage –, wobei das mit dem Erhöhen natürlich eine schwierige Formulierung ist.

Wir müssen darauf achten, dass immer mehr oder ein paar mehr sich wieder mit ihrer Lebensarbeitszeit dem Datum annähern, das nach wie vor gesetzlich als Lebensarbeitszeit bestimmt ist, nämlich dem 65. Lebensiahr.

Ich spekuliere nicht über 67 oder 68 Jahre in 500 Jahren, wenn sich die Demographie in Deutschland verändert hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nein, wir müssen mehr darauf achten, dass wieder mehr Menschen in Deutschland sich der Grenze annähern, die nach wie vor die gesetzlich festgelegte Grenze ist: 65 Jahre. – In dem Sinn: Erhöhung der Lebensarbeitszeit.

(Beifall der CDU)

Wer hat denn Schindluder mit der Frühverrentung betrieben? Nicht der Mittelstand, sondern viele Große, für die das ein existenzieller Teil eines Sanierungsprogramms ihres aktiengesellschaftsgeführten Unternehmens war. Die haben sich in den letzten Jahren dieser Frühverrentungsgeschichte bedient. Das war im Wesentlichen nicht die Politik.

(Beifall der CDU)

Das ist das eine. Ich will das ausdrücklich sagen, weil sonst die Diskussion nicht ehrlich geführt wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist etwas ganz anderes, ob ich mit der Einlösung dieser Einsicht ausgerechnet bei den Schichtdienstbeamten der Polizei beginne. Das ist etwas ganz anderes.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

- Genau dort nicht. Vielen Dank, Herr Kollege Hartloff.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass dieser Entscheidung auch ein falsches Bild von der Arbeit unserer Polizei zugrunde liegt. Ich sage das ganz ohne jeden Vorwurf.

Ich gebe offen zu, seitdem wir regelmäßig zwei- oder dreimal im Jahr diese Nachtschicht mitmachen, hat sich auch mein Bild ein wenig verändert, obwohl die Inspektionen so opulent besetzt sind, wie man das überhaupt nicht glauben will.

Wenn wir dort hinkommen, treten sie sich quasi auf die Füße, so viele Beamte sind in dieser einen Nacht anwesend. Sie sind aber so ehrlich zu sagen, dass sie nur in dieser einen Nacht anwesend sind und in einer normalen Nacht die Präsenz anders aussieht.

(Zuruf der Abg. Jullien und Weinand, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Job geht auf die Knochen. Ich weiß, dass der Ministerpräsident vor gar nicht allzu langer Zeit einmal geäußert hat, wenn es um die Lebensarbeitszeit geht – eine Formulierung, die mir sehr eingeleuchtet hat –, dann bin ich dafür – sinngemäßes Zitat –: Beginnen wir nicht bei den Stahlkochern. –

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr für diese Formulierung: Dann beginnen wir nicht bei den Stahlkochern. Dann beginnen wir nicht bei denen, denen der Job wirklich auf die Knochen geht. Deswegen sind wir dagegen, gerade bei ihnen anzufangen.

(Beifall der CDU – Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

 Ja, aber die wenigsten Stahlkocher gehen tatsächlich bis 65 arbeiten, Herr Ministerpräsident.

(Staatsminister Mittler: Das ist gesetzlich!)

 Ja, klar! Lieber Herr Finanzminister, jetzt kommen wir doch genau zu einem kritischen Punkt.

> (Ministerpräsident Beck: Das stimmt alles nicht! Das ist ganz schön dünn, was Sie jetzt machen! – Kramer, CDU: Weil es Ihnen nicht passt!)

- Ja, ja, ganz schön dünn, Herr Ministerpräsident.

Gesetzlich bis 65! Was glauben Sie denn, was faktisch passiert, wenn Sie bei der Polizei die Lebensarbeitszeit erhöhen? – Keiner von Ihnen, die Sie hier sitzen, hat die Vorstellung, dass dann in Zukunft die Polizeibeamten bis zu dem Tag im Dienst sind, bis zu dem Sie das gesetzlich bestimmen. Keiner von Ihnen hat diese Vorstellung!

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe davon gesprochen, nach Maßgabe der Finanzkraft und auch nach Maßgabe der Praktikabilität. Wenn wir über Überstunden bei der Polizei diskutieren, wenn wir darüber diskutieren, was alles weggesteckt wird, wenn man sozusagen nur einen Streifenwagen in einer rheinland-

pfälzischen Mittelstadt in der Nacht von Samstag auf Sonntag hat, und was, wenn es der Zufall blöd meint, in einer Nacht alles auf diesen einen Streifenwagen zukommt, dann darf ich den Polizeibeamten nicht die Motivation nehmen, die allein dazu führt, dass die Sache noch glimpflich abläuft. Dann erweise ich der Sache einen Bärendienst, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch deswegen sind wir dag egen.

#### (Beifall der CDU)

Ich komme nun zu einem dritten und letzten Punkt, weil uns die Frage natürlich weiter beschäftigen wird. Ich sagte zu Beginn, im Grunde beginnen wir in diesen Tagen mit der Debatte über den neu aufzustellenden Doppelhaushalt. Wir beginnen jetzt mit der Debatte, auf welchem Weg das Sparen wie möglich ist. Jenseits aller Polemik und aller Zuspitzung: Ich tue mich mit dieser Frage sehr schwer. Ich tue mich nicht deshalb schwer damit, weil es sozusagen nicht der Job einer Opposition ist, Sparprogramme zu verkünden. Das ist noch einmal ein anderes Problem. Ich tue mich mit dieser Frage genauso schwer wie all diejenigen, die sie auf der Regierungsbank beantworten müssen. Sie ist auch nicht leicht zu beantworten. Sie ist ungeheuer schwer zu beantworten.

Herr Finanzminister, ich fürchte fast, es geht nur auf mittlere Sicht.

(Kramer, CDU: Auf Mittler-Sicht!)

Natürlich beinhaltet dieser Doppelhaushalt auch nach den Beschlüssen, die heute über den Nachtrag gefasst werden, noch das eine oder andere Potenzial, wo man noch ein bisschen etwas wegnehmen kann. Man kann ein paar Programme kippen – das kann man alles noch machen -, aber die Größenordnung, die am Ende zusammenkommt, wird nicht reichen. Ich denke, die Diskussion der letzten Wochen hat gezeigt, dass die Größenordnung, die auf dem Wege des herkömmlichen Sparens zusammenkommt, am Ende nicht ausreichen wird, um den Sparbetrag zusammenzubekommen, der erforderlich ist, um den Haushalt einigermaßen im Lot zu halten. Deswegen komme ich immer mehr zu dem Ergebnis, dass wir dies nur durch Entscheidungen mit einem mittel- und langfristigen Sanierungserfolg schaffen werden.

Wenn wir über mittel- und langfristige Sanierungserfolge reden, reden wir in Wahrheit über ein Thema, nämlich über die Personalkosten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mehr als 40 % unseres Landeshaushalts sind festgelegt durch Personalkosten. Die Frage ist, wie man an diesen Kostenblock herankommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesen Kostenblock kann man auch nur sehr begrenzt herangehen. Wenn man den im Dienst befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer mehr Aufgaben aufbrummt, ist diese Ressource sozusagen irgendwann auch erschöpft. Wenn wir ernsthaft an den Personalkostenblock herangehen wollen – ich denke, dazu gibt es keine andere Alternative –, wird es uns, auch wenn das aus der Regierung niemand gern hört, nicht erspart bleiben, über eine Verwaltungsreform oder eine Behör-

denstruktur zu diskutieren, die es möglich macht, dass mit weniger Personal mindestens die gleiche Leistung erbracht wird.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das klingt nun ein bisschen wie die Quadratur des Kreises, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herr Kollege Pörksen, das kann aber nur derjenige sagen, der sich mit dieser Frage noch nie beschäftigt hat; denn es ist nicht die Quadratur des Kreises, sondern es ist eine lösbare Aufgabe.

(Beifall der CDU)

Mit diesem Nachtragshaushalt bereinigen wir 580 Millionen Euro.

(Ministerpräsident Beck: Nichts Konkretes! – Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU – Zurufe aus dem Hause)

 Ich bin gern bereit, einen Moment zu unterbrechen, aber dann darf das auf meine Redezeit nicht angerechnet werden.

Mit diesem Nachtragshaushalt bereinigen wir 580 Millionen DM.

(Zurufe von der CDU: Euro!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von diesen 580 Millionen Euro bereinigen wir 300 Millionen durch Einmaleffekte. Sie stehen uns nicht mehr zur Verfügung. Ich weiß gar nicht, ob ich das kritisieren soll. Aber ich will darauf hinweisen, das nächste Mal wird das nicht mehr gehen. Dann ist das erschöpft; denn alles, was wir jetzt verkauft haben, ist verkauft. Da müssen wir uns schon etwas anderes einfallen lassen. Deswegen komme ich immer wieder auf diesen Punkt zu sprechen; denn ich sehe gar keinen anderen Ausweg, als dass wir über eine deutliche Veränderung unserer Behördenstruktur an die Personalkosten herangehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, dass uns Strukturveränderungen nicht erspart bleiben.

Ich nenne nur Stichworte. Wir werden dazu als CDU unseren Beitrag leisten, indem wir uns in den Sommermonaten dieses Jahres mit diesen Fragen im rheinlandpfälzischen Landtag etwas intensiver auseinander setzen.

Standardöffnungsgesetz. – Meine sehr verehrten Damen und Herrn, wenn ich es richtig sehe, ist die mehrheitliche Vorstellung der Landesregierung etwas anderes. Sie möchte bei dem Gesetz, auf das wir nun schon seit vielen Monaten warten und das offenbar nur sehr schwierig zustande kommt, nicht die Standards öffnen, sondern sie möchte die Standards vereinfachen. Manch einer meint, das sei dasselbe. Es liegen aber Welten dazwischen. Wenn ich Standards vereinfache, gebe ich als Gesetz- oder Verordnungsgeber sozusagen einen neuen verbindlichen, vielleicht reduzierten Standard vor. Wenn ich Standards öffne, tue ich etwas grundlegend anderes. Wenn ich Standards öffne, delegiere ich die

Definition des Standards auf eine andere, untere Ebene. Das ist ein anderer politischer Ansatz.

Deswegen bin ich gar nicht so sehr für Standardvereinfachung, sondern für Standardöffnung. Wir sollten den Leuten zutrauen, selbst in eigener Verantwortung zu entscheiden, was sie für notwendig halten und was nicht.

#### (Beifall der CDU)

Ich bin sicher, dass wir auf den Gesetzentwurf der Landesregierung nicht zuletzt deshalb so ewig lange warten, weil der Versuch unternommen wird, Standards zu vereinfachen. Das wird wenig bringen. Der Ertrag wird sehr gering sein.

Ich denke an die gesetzlichen Vorgaben, an die Landespflege, an Mehrfachzuständigkeiten in unserer Behördenstruktur, ein sehr wichtiges und großes Thema, wo die Akten verschoben werden. Es ist kein böser Wille, dass dies entstanden ist. Natürlich gab es für jede einzelne dieser Entscheidungen irgendwann in den letzten 500 Jahren einmal gute Gründe. Aber die Zeit heute ist eine andere, und wir müssen uns überlegen, was wir uns an Aufwand leisten.

Ich nenne das Stichwort "Rückverlagerung von Entscheidungen nach unten". Ich denke, es gibt keinen anderen Weg, um wieder politische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

In diesem Zusammenhang interessiert mich sehr ein Vorschlag, der vor wenigen Tagen in einem unserer Nachbarbundesländer erarbeitet wurde, da ich glaube, dass damit der Wegweiser in die richtige Richtung gestellt wurde. Ich denke an das, was Erwin Teufel als eine große Aufgabe einer Behörden- und Verwaltungsvereinfachung vorgeschlagen hat. Ich möchte dies nicht im Detail vortragen, sondern nur die Begründung vortragen, weshalb er sich zu diesem Vorschlag durchgerungen hat.

Ich erlaube mir, dies zu zitieren. Nach der Meinung von Erwin Teufel "genügt es nicht mehr, auf der Basis der vorhandenen Strukturen Verbesserungen zu erreichen." - Jetzt kommt der entscheidende Satz: "Wir müssen vielmehr die Grundstruktur als solche infrage stellen." So ist es.

#### (Beifall der CDU)

Wir müssen die Grundstruktur als solche infrage stellen.

"Stelleneinsparungen auf der Basis der vorhandenen Verwaltungsstrukturen werden zunehmend schwieriger."– Das ist doch klar. Wie soll es auch anders gehen?

"Weitere Stelleneinsparprogramme setzen eine umfassende Verwaltungsreform voraus, die neue Einsparpotenziale freimacht."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau das ist unsere Aufgabe. Diese Aufgabe können Sie nicht auf dem Weg lösen, den Sie beschritten haben, als Sie die Bezirksregierungen abgeschafft haben. Ich behaupte bis zum Beweis des Gegenteils – irgendwann einmal ist ein Bericht fällig, in dem uns Auskunft gegeben werden soll, wie das ganze Unternehmen ausgegangen ist –, dass am Ende diese so genannte Reform den Steuerzahler mehr gekostet hat, als sie ihm erspart hat. Das kann es wirklich nicht sein.

#### (Beifall der CDU)

Ich denke, unser Weg ist, eine Verwaltungsstrukturreform zu diskutieren, die die Grundstruktur als solche infrage stellt und Einsparpotenziale dadurch frei macht, dass wir die Grundstruktur verändern. Ich sagte eben schon, dass wir über den Sommer hinweg eine Reihe von Vorschlägen machen werden. Ich fürchte, wer zögert, abwartet oder zu spät entscheidet, wird das bereuen. Wir haben eine Situation in der Haushaltspolitik unseres Landes erreicht, in der sicher mancher, der in den letzten Jahren die Hand gehoben hat, bereut, dass er es getan hat. Es wäre besser gewesen, manches nicht zu machen, was getan wurde.

Niemand wird übrigens die Politik aus dieser Verantwortung entlassen, kein runder Tisch, kein halbrunder Tisch, kein ovaler Tisch. Niemand wird die Politik aus dieser Verantwortung entlassen. Deswegen wird es unsere Aufgabe und unsere Verantwortung sein, das zu tun. Ich fordere Sie auf, haben Sie den Mut, Vorschläge zu machen. Haben Sie den Mut, Vorschläge, die wir machen, ernsthaft zu diskutieren. Haben Sie den Mut, die ersten Schritte auf diesem Weg zu gehen, damit die nächsten Haushalte dieses Landes gefahren werden können. Das ist ein Ziel, von dem wir im Moment noch weit entfernt sind. Es ist ein gar nicht so hoch gestecktes Ziel, die Haushalte wieder fahren zu können.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der CDU)

### Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, auf der Zuschauertribüne begrüße ich als Gäste im Landtag Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen des Werner-Heisenberg-Gymnasiums, Neuwied, sowie Auszubildende als Hauswirtschaftshelferinnen und -helfer im ersten Lehrjahr beim Internationalen Bund Mainz. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Joachim Mertes.

#### Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Rede zuerst einmal so halten, wie ich sie mir aufgeschrieben habe, weil ich vorhabe, alle Bemerkungen des Herrn Kollegen Böhr an den Punkten zu kommentieren, an denen ich sie selbst platziert habe. Ich mache dies deshalb, weil ich ein wenig stolz darauf bin, dass wir Sozialdemokraten am 23. Mai dieses Jah-

res 140 Jahre alt werden und wir uns des alten Drechslermeisters erinnert haben, natürlich auch an Ferdinand Lassalle, der gesagt hat: "Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit." Herr Kollege Böhr, das haben Sie auch gemacht. Sie sind deshalb noch kein Sozialdemokrat, keine Sorge.

### (Heiterkeit im Hause)

"Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist."

# (Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

Ich glaube, wir können dies alle unterschreiben. Wir müssen in der Tat lernen auszusprechen, was ist. Was ist mit diesem Nachtragshaushalt? Wir haben einen engen Gestaltungsspielraum. Wir haben eigentlich keinen Gestaltungsspielraum mehr. Ich habe mir gestern Abend in mein Manuskript noch hineingeschrieben – auch wenn dies heute ein Kommentator in einer Zeitung aus der Pfalz auch so geschrieben hat –: Wir haben allenfalls eine Nachjustierung, vielleicht ein zaghaftes Klopfen an eine Tür mit der Schrift: Sanierung des Haushalts.

Als wir sie einen Fußbreit aufgemacht haben, standen uns Wälder von Plakaten, von Demonstrationen und von Gegenangriffen gegenüber. Meine Damen und Herren, das ist die Realität, die man in dieser Zeit auch aussprechen muss.

Wenn wir nur 4 % der bereinigten Gesamtausgaben unseres Haushalts überhaupt gestalten können und von den 470 Millionen Euro bereits 100 Millionen Euro Investitionsmittel sind, muss man dies berücksichtigen. Ich gehe jetzt auf Sie ein, Herr Kollege Böhr. Ich fand, es war eine interessante und auch für die Opposition zurückhaltende Rede. Wenn es so ist, dass wir nur den jeweiligen Bedarf bedient haben, muss man sagen, bis vor sechs Wochen war das bei Ihnen auch nicht so anders, was nachzuweisen ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich habe nicht vor, dies vollkommen durchzudeklinieren. Ich werde es aber noch in einigen Punkten machen müssen.

(Kramer, CDU: Es hätte doch etwas gefehlt, wenn Sie uns Recht geben müssten!)

Herr Kollege Böhr, Sie haben natürlich mit der finanzpolitischen Beschreibung der Vorfinanzierung Recht. Das ist eine Vorbelastung.

Herr Kollege Kramer, ich muss Ihnen sagen, wenn vor Ort eine Schule gebaut werden soll und wenn wir sie nicht vorfinanzieren und es nicht machen, was passiert denn dann?

> (Beifall der SPD und der FDP – Kramer, CDU: Das war das falsche Beispiel!)

Die gleichen Kollegen, die das lokal unterstützen und haben wollen, beispielsweise in Rheinböllen, beklagen sich nachher, wenn der ausgedruckte Vertrag mit der Landesregierung sagt: Du bekommst das ratenweise. – Ich habe schon einmal gesagt, die Landesregierung sollte sich demnächst lieber fünfmal oder zehnmal überlegen, ob sie das wirklich tun soll, obwohl der Bedarf vor Ort vorhanden ist. Wir können nicht zur gleichen Zeit sagen, wir haben einen riesigen Nachholbedarf im Schulbau und sind dann gegen die Vorfinanzierung. Meine Damen und Herren, das passt nicht zusammen.

#### (Beifall bei SPD und FDP)

Ich komme nun zu Mauritius. Als Volksschüler mit acht Jahren Schule muss ich zugeben, ich weiß nicht genau, wo es liegt. Ich glaube, es liegt im Pazifischen Ozean, oder liegt es im Indischen Ozean?

(Böhr, CDU: Ich weiß es auch nicht!)

– Sie wissen es auch nicht? Na gut, auf jeden Fall soll es dort schön sein. Meine Damen und Herren, wenn es jemand weiß, dann sagt er es mir bitte nach der Rede, damit ich dort hinfahre.

Ich frage mich nur, was die kommunalpolitischen Anliegen, die Gemeindehäuser, die Ortsdurchfahrten, die Schulbauten und die Universitäten auch nur entfernt etwas mit Mauritius zu tun haben. Sie sind eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit gewesen, die wir finanziert haben, aber kein Luxus. Ich glaube, das sollte man deutlich machen.

# (Beifall bei SPD und FDP)

Wir sollten allerdings so selbstkritisch sein, um zu sagen, wenn wir die Ausstattung des Landes Rheinland-Pfalz mit Feuerwehrhäusern, mit Gemeindehäusern, mit Stadthallen usw. sehen, dann muss man sagen: Diesem Land geht es ganz gut. – Wenn ich die Anträge der Kommunalpolitik zu diesem Thema sehe, dann sind das Weinen und Beschreien der kommunalpolitischen Finanzlage manchmal sehr unverständlich, da wir kaum derer Herr werden, die an unsere Tür klopfen und sagen: Nun macht einmal etwas für diesen Antrag. – Insofern gibt es in diesem Punkt Widersprüche.

Wie schwierig es mit diesem Haushalt und den Einsparungsvorschlägen gewesen ist, möchte ich an einem Beispiel deutlich machen. Wir streiten um die Planung einer Straße, die wir mit 11,6 Kilometer Länge bemessen haben. Nach dem Nachtragshaushalt sind es nun noch 11,4 Kilometer. Die Route war vorgegeben. Sie weicht zwischen Ihnen und uns kaum ab. In vielen Teilen ist sie auch technisch vorbestimmt.

Was die GRÜNEN angeht, so kann es auch ein Fahrradweg sein, selbstverständlich. Ich möchte aber deutlich machen, der Spielraum, über den wir reden konnten, war, ob es 11,6 Kilometer oder 11,4 Kilometer sind. Wir haben schnell erkannt, dass wir das insgesamt kaum verändern können.

Als ich eben sagte, dass nur 4 % unserer Ausgaben gestaltbar sind, so ist dies mehr oder weniger von Ihnen

so hingenommen worden. Eigentlich liegt da genau das Problem. Es ist das Problem, dass wir nur noch 4% gestaltbare Ausgaben haben.

Herr Kollege Böhr, zum Schluss kamen sie sozusagen etwas stärker auf, auch beim Personal. Wir haben nicht 40 %, sondern 42,5 % Pensionslasten. Wenn wir die Debatte über das Personal führen – auf die Polizei komme ich noch einmal zu sprechen –, dann bitte ich Sie, sich alle auch einmal selbstkritisch zu fragen, ob zum Beispiel der Kollege Dieter Schmitt nicht eine Buße tun sollte.

(Schmitt, CDU: Welche Buße?)

wenn er mit zu den Unterstüzern einer Großdemonstration gehört "Rettet den Raum Trier", weil ein Kulturamt mit einer anderen Einrichtung zusammengelegt wird. Genau dort liegt das Problem.

(Beifall bei SPD und FDP – Schmitt, CDU: Tun Sie selbst einmal Buße!)

Herr Schmitt, ich weiß, Sie haben den Initiatoren abgesagt.

## (Zurufe von der CDU)

Es gibt ein Kernproblem. Herr Wirtschaftsminister, es mag sein, dass man das alles noch schneller und effektiver hätte machen können. Das ist keine Frage. Wenn er es macht, hat er in diesem Land nur Widerstand. Der kommt dann auch aus diesem Haus. Herr Kollege Böhr, nicht von Ihnen, aber eben aus Ihrer Familie. Sie müssen Verantwortung mitnehmen. Das ist keine Frage.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Wenn ich zugebe, dass wir die Sanierungstür gerade einmal aufgemacht haben, die Sanierung bei weitem nicht geschafft haben, sogar Ihr Bild eines ersten Schrittes übernehme, dann ist das die eine Seite. Die andere Seite ist unsere totale Abhängigkeit von Steuereinnahmen und Festlegungen, die wir haben und lange genug beschrieben haben.

Die Steuerreform wollten wir alle. Ich denke, dass die Effekte so gelaufen sind, ist zum Teil überprüfenswert. Es wird auf die Dauer nicht gehen, dass wir einen schlanken Staat bei der Steuereinnahme verlangen und dann lokal sozusagen die Zeche prellen und dort die Wünsche animieren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vielleicht wird etwas aus dem, was man gestern in der "FAZ" bezüglich der gemeinsamen Vorstellungen der Steuerpolitik lesen konnte. Das wäre eine wichtige Korrektur für die Kommunen.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Auswirkungen der Berliner Politik angesprochen. Wenn es in diesem Staat jemanden gibt, dem man die Steuern wirklich in einer Weise erlassen hat, die uns alle schmerzt, dann waren es die Unternehmen. Wenn das zu keinen Effekten führt, führt die Vorstellung, noch mehr Steuern zu sparen, dazu, dass der Staat und seine Aufgaben unregierbar werden. Lieber Koalitionspartner, da sind wir vielleicht unterschiedlicher Meinung. Das ist eine Vision, die wir uns nicht vorstellen.

#### (Beifall der SPD)

Sie haben auf die Verflechtungen hingewiesen. Ich will darauf bis auf eine Ausnahme nicht eingehen. Als Sie die Schulden so schön aufgetürmt haben, haben Sie unterschlagen, wir alle haben den deutschen Wiederaufbau im Osten massiv finanzieren müssen. Wir sind ein armes Bundesland. Dieses Geld hat zur Finanzierung des eigenen Landes gefehlt. Wir haben zur gleichen Zeit einen Abzug von fast 60.000 Arbeitskräften im Bereich des Militärs gehabt. Das mussten wir ganz allein finanzieren. Ich bestreite nicht, dass diese Höhen eschreckend sind und im ersten Moment fast unmöglich erscheinen. Wenn wir diese Aufgabe nicht bewältigt hätten, dann wäre dieses Land an einer ganz anderen Stelle, als es jetzt steht, nämlich der zweitbeste Platz im Wirtschaftswachstum.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Sie haben gesagt, wir müssen miteinander reden. Das haben auch die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN gesagt, wir müssen miteinander reden. Wir haben deshalb versucht, die Gemeinsamkeiten bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben auszuloten. Die Gemeinsamkeiten kann man zum ersten Mal nachlesen, und zwar in gemeinsam unterschriebenen Anträgen. Allerdings ist Ihre Schlussfolgerung etwas zu kurz, indem Sie sagen, Sie hätten etliches in den letzten zehn Jahren erlebt. Sie ist nur auf der einen Seite richtig. Wir haben unter dem Totalangriff der Opposition mit allen Mitteln zu leiden gehabt.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

– Entschuldigung. Es musste doch nur in der "Wirtschaftswoche" ein Artikel stehen, dann gab es eine Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses. Der Finanzminister war fast schon zurückgetreten. Wollen wir das alles vergessen?

(Beifall bei der SPD)

Ja, so war es.

Um es klar zu sagen, es gab die Unfähigkeit von uns allen, am Ende gemäßigt und maßvoll miteinander umzugehen. "Von uns allen" habe ich gesagt; das heißt, ich bin selbstkritisch.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

 – Ja, Sie schließe ich ausdrücklich nicht ein. Das können Sie mir glauben.

(Beifall bei der SPD)

Ausdrücklich nicht.

Ich hoffe, dass die Sprachfähigkeit fortentwickelt werden kann. Das würde diesem Land und diesem Parlament gut tun.

(Beifall der SPD und der FDP)

Am Ende geht es um das Politische, um die Zukunftsgestaltung in diesem Land. Wir müssen andere Antworten geben. Diese werden nicht immer im Konsens gefunden. Die Gesellschaft muss lernen, dass ein Mehr an Einnahmen nicht immer da ist, um ein Mehr an Ausgaben zu erfüllen. Das ist die schwierigste Aufgabe, die die Gesellschaft hat.

Wenn Sie vielleicht mehr als einen Funken Recht bei der Frage haben, ob wir vielleicht zu oft den Wünschen in der Gesellschaft nachgegeben haben, dann will ich sagen, es wird uns allen sehr schwer fallen, dieser Gesellschaft zu sagen: Wenn Du Durst hast, muss Dir diesmal auch das Wasser aus dem Wasserhahn reichen –; denn sie sind etwas anderes gewöhnt. Wir haben sie alle daran gewöhnt. Dieses ist die schwierigste Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

 Herr Anheuser, ab und zu sonntags einen Wein von der Nahe würde gut tun.

Es geht um die Frage des zusätzlichen Habens. Sie haben die Frage anders gestellt. Können wir die Dienstleistung des Landes an allen Punkten aufrechterhalten, so wie das früher war, Herr Schmitt?

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Diese Frage kann man nicht beantworten, indem man immer nur seinen Raum sieht, sondern man kann sie nur beantworten, indem man das ganze Land und die Veränderungen sieht.

(Schmitt, CDU: Ja!)

 Ja, nun, Sie nicken immer mit dem Kopf, aber bei der Demonstration stehen Sie in der ersten Reihe. Das ist das Problem.

> (Beifall der SPD und der FDP – Schmitt, CDU: Wo haben Sie denn schon gestanden?)

Wir fragen uns wie Sie uns auch gefragt haben: Machen wir alles richtig? Setzen wir die Mittel alle zielgerichtet ein? – In der Eifel gibt es einen großen Konversionsstandort Ulmen. Da gibt es ein großes Gewerbegebiet. Das gibt es in Kaisersesch auch. Demnächst gibt es eines noch in Marsburg. Setzen wir unsere Mittel immer zielgerichtet ein? Behandeln wir alle Gruppen unserer Gesellschaft ohne sachlichen Grund besser als andere? Müssen wir Privilegien abbauen? Es gibt eine Menge dieser Fragen, die wir in den letzten Jahren nicht beantworten mussten, weil es immer ein Mehr gab. Wir werden sie in Zukunft beantworten, meine Damen und Herren.

Es gibt dennoch gestalterische Landespolitik. Das ist die Bildungspolitik und die Mobilität. Ich nenne beides, weil beides wichtig für den Ausbau ist.

Zur Bildung sage ich Folgendes: Wir finanzieren die Ganztagsschulen. Jetzt können wir darüber reden, ob sie das weiterhin für zweckmäßig halten. Bei der Bildungspolitik finanzieren wir die Personalmittel für diesen Ausbau zu 100 %. Die Mittel sind gesichert. Dieses Angebot kommt den Menschen sehr entgegen. Herr Kollege Böhr, das sage ich ohne Häme mit einem Zitat von Ihnen. Es ist gut, dass wir akzeptieren, wenn einer sich ein Stück bewegt hat und vielleicht eine neue Meinung einnimmt. Es ist manchmal schwieriger, seine Meinung zu ändern, als die alte Meinung weiter zu vertreten. Herr Böhr hat gesagt: Ich bin der Überzeugung, dass die Ganztagsschule Kindern in zweifacher Hinsicht dient; sie erhalten eine sachkundige und verlässliche Betreuung, und es lässt sich ein bildungspolitischer Auftrag damit verbinden. Wir müssen in der eigenen Partei zumindest in Teilen umdenken. – Die in diesem Satz steckende Gemeinsamkeit sollten wir bei der Beratung des Doppelhaushalts dahin gehend nutzen, dass wir klar machen, diese in Rheinland-Pfalz von uns praktizierte Ganztagsschule ist ein Kernstück gemeinsamer rheinland-pfälzischer Bildungspolitik.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

In dem Moment, in dem wir darüber reden, haben wir die Chance, darüber zu ringen, wie wir sie ausgestalten. In dem Moment, in dem wir sprachunfähig zueinander werden, wird es schwierig.

Sie haben gesagt, beim Schulbau wollen wir darauf setzen, ob uns das Programm "Bildung und Betreuung" des Bundes unterstützen kann. Wir sind uns einig, dass uns alles helfen kann, was Ganztagsschule betrifft. Wir werden rund vier Milliarden Euro insgesamt, aber etwa 150 Millionen Euro bei uns einnehmen können. Es gibt noch ein paar Vorbehalte in den Ländern mit CDU/CSUgeführten Landesregierungen.

Beim Föderalismuskonvent in Lübeck haben wir darüber diskutiert, ob wir solche Mischfinanzierungen weiter haben wollen. Es gibt Leute aus den reichen Ländern. Herr Kollege Böhr, Sie haben uns mit Baden-Württemberg verglichen. Das ist sehr schön. Das ist ungefähr so, als wenn man Ludwigshafen und Kusel an eine Deichsel spannt. Das funktioniert finanziell nicht, zumindest in den guten Zeiten.

#### (Zurufe von der CDU)

Wir haben über den Föderalismus diskutiert. Wir haben über die Mischfinanzierung diskutiert. Ich sage Ihnen, für uns als Land Rheinland-Pfalz und für die Nachbarn im Saarland wird es nie so leicht sein wie für Baden-Württemberg und Bayern zusammen. Wir wollen keine Mischfinanzierung, aber wir sind angewiesen darauf, dass man uns bei den wichtigen und richtigen Entscheidungen hilft. Deshalb sage ich, ich brauche da auch Ihre Hilfe, dass Sie noch ein bisschen den Boden locker machen, dass wir diese bundespolitische Initiative bekommen, weil sie dem Land Rheinland-Pfalz dient. Die wichtigste Frage beim Föderalismus von meiner Seite war: Was nutzt es eigentlich dem Bürger? Was bringt es ihm für Lebenschancen? – Er will keine Zuständigkeits-

debatten haben. Er will Ergebnisse von Politik haben. Hier würden wir ein konkretes Ergebnis zeigen können.

#### (Beifall der SPD und bei der FDP)

Jetzt habe ich bei dem Baden-Württemberg-Beispiel von Ihnen anscheinend schon antizipiert, dass so etwas käme und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebeten, sie möchten mir einmal aufschreiben, wie die anderen Länder ihre Ganztagsschulen finanzieren. Nehmen wir Nordrhein-Westfalen. Wir nehmen extra einmal Nordrhein-Westfalen zuerst, damit es nicht heißt: Du hast sie jetzt so sortiert, damit es für dein Konzept auch passt. –

In Nordrhein-Westfalen gibt man einen Personalzuschlag in Höhe von 20 %, wir in Rheinland-Pfalz von 30 %. Es gibt einen Zuschuss bei einem freiwilligen Angebot von 6.000 Euro pro Gruppe und Schuljahr. Das reicht etwa für 50 % der Kosten. Die anderen müssen die Schulträger bezahlen. Das möchte ich nur einmal als Hinweis sagen, wir wären kommunalunfreundlich bzw. schulträgerunfreundlich.

#### (Kuhn, FDP: Ja!)

Nein. Man könnte eine andere Frage daran festmachen: Können wir als Rheinland-Pfälzer, die wir ärmer sind als andere, mehr ausgeben als ein Land, dass mehr hat als wir? – Darauf gebe ich Ihnen eine Antwort. Wenn wir landespolitisch wollen, dass Bildung im Mittelpunkt steht, dann müssen wir diesen Mittelpunkt auch ordentlich ausfinanzieren, damit er angenommen wird.

# (Starker Beifall der SPD und Beifall der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das hätte ich gern einmal erlebt, wenn wir jetzt – Baden-Württemberg kommt noch – eines dieser Beispiele einfach genommen hätten und gesagt hätten: Schulträger, du musst – wie zum Beispiel in Bayern – noch 40 % dazuzahlen zu dem Angebot. – Wir haben schon Ärger und Streit in den Verbandsgemeinderäten und Kreistagen – je nach Schulträger –, wenn es darum geht, einen neuen Eingang oder vielleicht eine Klasse umzubauen und zum Mittagessensraum zu gestalten. Insofern Baden-Württemberg: Dort gibt es in der Sekundarstufe I sieben Lehrerstunden für eine Ganztagsklasse zusätzlich

Meine Damen und Herren, wir finanzieren mit der Sockelzuweisung 34 Lehrerstunden. Die Bildungspolitiker sollten vielleicht einmal genau hinhören. Herr Keller, Sie schauen mir jetzt genau in die Augen. Das ist gut so, weil daran deutlich wird, dass wir einen hohen pädagogischen Standard in unseren Ganztagsschulen haben im Gegensatz zu unseren Nachbarn.

(Starker Beifall der SPD und Beifall der FDP)

Wenn es gelänge, dieses ---

(Keller, CDU: PISA! Herr Kollege, denken Sie einmal an PISA und Baden-Württemberg!) – Wir haben bei PISA einen außerordentlich freundlichen Platz erreicht. Sie sind auch mit nichts zufrieden zu stellen. Selbst wenn wir 100 Lehrerstunden weitergeben, finden Sie, dass man noch 101 kriegen sollte. Das ist der Widerspruch zwischen Christoph Böhr und Ihnen. Sie wollen lokal immer etwas anderes als das, was uns Christoph Böhr zentral hier verkündet.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Keller, Sie haben aber vollkommen Recht. Warum habe ich Sie geweckt? Sie haben vollkommen Recht. Diese Provokation habe ich mir selbst zuzuschreiben. Sie haben vollkommen Recht.

(Keller, CDU: Sie tragen etwas vor, was Sie nicht kapieren!)

 Das ist typisch der Herr Lehrer. Das muss man auch sagen. Das ist typisch der Herr Lehrer. Besser kann er nicht sein.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Zurück zu unseren interfraktionellen Gesprächen, meine Damen und Herren. Wir haben einige Einigkeiten gefunden. Sie haben gesagt, es wäre marginal, klein oder wenig. Ich bin überzeugt davon, dass Sie zustimmen, wenn ich sage, wichtig war, dass wir es überhaupt gewagt haben, miteinander zu reden und die Beispiele zu finden. Wichtig war auch für uns alle, dass das, was uns die Landesregierung vorgelegt hat, schon eng gestrickt war und da keine Sparkassen - wie wir das früher nannten – zu finden waren, wo man da und dort hätte nachfinanzieren können. Es geht um die Förderung von Jugendlichen – darüber werden wir morgen eine Aktuelle Stunde haben -, es geht um die Ausstattung der Fachhochschulen, und es geht darum, dass wir bei den zentralen Kapiteln des Hochschulhaushalts aus technischen Gründen stärker einsparen wollen, um dann nach 2003 wieder in der Lage sein zu werden, entsprechende Ausgaben zu tätigen.

Meine Damen und Herren, es geht aber auch um die Infrastruktur und deren Ausbau. Gestern haben wir über den Bundesverkehrswegeplan gesprochen. Es ist eigentlich schade, dass dieses hervorragende Ergebnis auch wieder einmal auf deutsche Weise so zerredet worden ist. Wir haben zum ersten Mal einen richtig ausfinanzierten Entwurf des Bundesverkehrswegeplans. Wir haben einen, der uns nicht vorgaukelt, wir würden das alles kriegen im "vordringlichen Bedarf," sondern wir haben einen, der es ausfinanziert hat. Wir haben einen überdurchschnittlichen Bau von Ortsumgehungen. Ich bedanke mich in diesen Zusammenhang auch bei den GRÜNEN. Zumindest für die Berliner muss ich das sagen, vielleicht auch ——

(Kramer, CDU: Oh!)

 Entschuldigung, wenn in Berlin der Streit um die Vorschläge aus Rheinland-Pfalz insbesondere beim Lückenschluss von Autobahnen ausgebrochen wäre, dann hätten wir nicht dieses Ergebnis. Soviel Respekt müssen wir uns jetzt entgegenbringen, dass wir das akzeptieren.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Zugegeben, ich musste das auch lernen, Frau Kiltz.

(Heiterkeit bei der SPD)

Jetzt kommen wir aber wieder einmal zu diesen Brüchen in der Argumentation, die wir haben. Wir haben jetzt eine Debatte in Trier. Herr Natus hat mir einen Brief geschrieben, und zwar geht es da um die Kommunalfinanzen und wie schrecklich er diese Entwicklung sieht. Er schreibt auch sonst viele Briefe, insbesondere, dass der Staat weniger Steuern einnehmen soll. Zur gleichen Zeit bekommst du dann eine wunderbare Einladung – Herr Bauckhage hat das Vergnügen, dort am 14. April zu sprechen –, bei der über den Moselaufstieg geredet wird, natürlich ohne einen Vorschlag der Kompensation; nein, den setzen wir einfach obendrauf. Wir nehmen weniger Geld ein – IHK – und geben mehr aus, und das Ganze ist symmetrisch, aber höchstens in Trier, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Da bin ich einmal gespannt – das ist der Lackmus-Test, ob das, was wir hier in Mainz zentral sagen, auch regional getragen wird –, wo denn die Kolleginnen und Kollegen bei dieser Veranstaltung stehen, wo man davon ausgehen kann, dass es eine große "Abwatsche" geben wird, weil wir das nicht tun können, weil es keine Kompensation aus dem Raum Trier geben wird, auf welcher Seite der Schranke sie stehen.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

 Herr Schmitt, ich spekuliere nicht darüber, aber denken kann ich mir es schon.

(Schmitt, CDU: Herr Kollege Mertes!)

Bitte.

(Schmitt, CDU: Teilen Sie die Meinung, dass die SPD-Kollegen im Kreistag Trier – – –)

#### Präsident Grimm:

Herr Kollege, wenn Sie eine Zwischenfrage stellen möchten, dann sollten Sie – – –

(Schmitt, CDU: Wir beide können das!)

 Nein, Sie können das nicht. Ich weiß, dass Sie ein ungezwungenes Verhältnis zur Geschäftsordnung haben, aber wir sollten uns schon an die Regeln halten.

#### Abg. Mertes, SPD:

Ich habe hier schon einmal gesagt, ich muss nicht für jeden Verbandsgemeinderat der SPD die Verantwortung übernehmen, auch nicht für ein Kreistagsmitglied.

(Schmitt, CDU: Herr Präsident!)

Wir sind die gewählten Vertreter des rheinlandpfälzischen Volkes, und wir werden gefragt, wie wir dazu stehen. Da bin ich gespannt, wo der Herr Schmitt stehen wird. Er wird bestimmt irgendwo stehen. Warten wir es ab.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP – Schmitt, CDU: Da bin ich auf die SPD-Kollegen gespannt!)

Ich bin in Trier geboren, auch wenn Sie manchmal annehmen, ich wäre ein gebürtiger Hunsrücker.

(Schmitt, CDU: Davon merkt man aber gar nichts mehr!)

 Das mag sein. Manchmal ist es gut, wenn man im Leben dazulernt, Herr Schmitt. Glauben Sie es mir. Ich kann mir das erlauben. Ich kenne die Gegend. Ich kenne die Straßen. Ich kenne die Verbindungen.

(Schmitt, CDU: Das werden wir sehen!)

Es geht darum, ob wir endlich diesen Leuten insgesamt sagen: Wir haben nur diese Menge. – Manchmal haben wir dann diese Menge ausgegeben und wissen, das war ein Fehler. Weil wir nur diese Menge Geld haben, werden wir noch diese Menge Geld verbauen und investieren. Genau das brauchen wir.

(Beifall der SPD und der FDP)

Im Übrigen, 20 % der Mittel – ich habe das gestern schon gesagt – gehen in den Raum Trier bei 12 % Einwohnern. Es ist schon gut bedient. Wir mögen Trier alle, unsere älteste Stadt, aber es kann nicht sein, dass die Politiker dieser Stadt und dieser Region glauben, sie könnten diese Wege, die wir jetzt gemeinsam diskutiert haben, in ihrem Fall einfach verlassen.

Was ich ein bisschen bei den GRÜNEN bedauere, wo ich sie eben so gelobt habe, ist, dass sie für die Planungskosten der Bundesstraßen, die wir in diesem Programm haben, eine Senkung vorschlagen.

Ich habe mir einen etwas "böseren" Satz aufgeschrieben. Den schlucke ich jetzt herunter. Ich sage, logisch ist das nicht. Wir können doch nicht in Berlin gemeinsam mit Ihrer Hilfe einen Bundesverkehrswegeplan für Rheinland-Pfalz bekommen, in dem diese Straßen drinstehen – herzlichen Dank –, und reduzieren dann unsere eigenen Planungsmittel, damit wir sie nicht planen können. Bei allem Respekt: Das ist nicht logisch.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe davon gesprochen, dass wir den Haushalt allenfalls neu justiert haben. Ich stimme auch zu, mit

dem Gesundschrumpfen und dem weiteren Sparen wird es nicht weitergehen. Das Schlimme an der ganzen Debatte ist, wenn es morgen wieder einen Einbruch an Einnahmen gäbe, wären wir wieder genauso weit wie jetzt. Also, alle Anstrengung ist im Grund sehr temporär.

Herr Böhr hat geschrieben – in der "Bild am Sonntag"; also das ist nicht das Bild mit den Kissen –, es geht um die Frage, verkrustete Strukturen aufzubrechen. Es war ein theoretischer Beitrag. Interessanterweise hat Herr Eduard Bernstein – Sie werden ihn kennen – 1993 geschrieben, die Verhältnisse ändern sich, und die veränderten Situationen erfordern, je nachdem, veränderte Maßnahmen. Das, was Sie zu der Veränderung der Strukturen sagten, ist richtig.

Meine Damen und Herren, aber wer Strukturen verändert, stößt auf Widerstände. Wir sollten vielleicht einmal ein ernstes Wort über die Widerstände reden und uns über die Erwartungen der Menschen an ein Mindestmaß von Sicherheit aussprechen.

Die Erwartungen der Menschen entstehen aus den Werten, Annahmen, Interessen und Neigungen, mit denen die Menschen ihre Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft bewerten. Sie fragen in dieser Erwartung, was der Staat tun kann, soll oder muss.

Ich glaube, wir sind als Demokraten in diesem Rund alle einig. Zu den Erwartungen zählt auch die Freiheit von Ängsten vor sozialen Überwältigungen. Es kann niemand gescholten werden – erst einmal die alte Generation, die aus dem Krieg kam, mit wenig Geld aufgebaut hat, dann die Nachkriegsgeneration, die die Not noch erlebt hat, für die der Fernseher und der Kühlschrank in den 60er-Jahren kamen –, der Angst um seine soziale Situation hat. Ich mache das jetzt ganz ohne Spitze. Sie haben nur Angst. Wenn wir Strukturen verändern, müssen wir dieses Mindestmaß an Sicherheit in der Gesellschaft ernst nehmen. Wir dürfen uns darüber nicht ächerlich machen. Wir dürfen es nicht billig zeichnen.

Ich sage es ganz zurückhaltend: Es ist leider so, je mehr, je dramatischer einer heute die Zertrümmerung der gesamten Struktur fordert, desto mehr Schlagzeilen, desto größere Buchstaben gibt es.

Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir die Leute von etwas überzeugen können, das tatsächlich geändert wird, ohne dass ihre sozialen Ängste lächerlich gemacht werden. Deshalb kann das Kriterium, nach dem wir Reformen beurteilen, eigentlich nur sein: Erstens, was dient der Sache? Zweitens, was können die Betroffenen und die gesamte Gesellschaft verkraften?

Wir haben versucht, dieses Maß – Was dient der Sache, was können die Betroffenen und die gesamte Gesellschaft verkraften? – bei der Beihilfe anzulegen.

Sie wissen, dass Beamtinnen und Beamte – ich glaube, auch einige unserer Kolleginnen – künftig 13 Euro zahlen müssen. Wissen Sie noch, wie die Debatte hier begonnen hat? Selbst der Wissenschaftliche Dienst des Landtags hat die Verfassungsbedenklichkeit als Erstes geortet. Das Bundesverfassungsgericht kam zu relativ klaren Äußerungen zu diesem Thema.

Erstens: Was angemessen ist, richtet sich nicht nach dem traditionellen Anspruchsniveau der Betroffenen.

Zweitens: Beamte dürfen auch ohne Weiteres auf den unveränderten Fortbestand einer für sie günstigen Regel nicht vertrauen. Die Fürsorgepflicht gebietet gegenwärtig nicht, Beamten für die Krankenhausversorgung mehr zu gewährleisten als das, was den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung garantiert wird.

Ich würde am liebsten eine Schweigeminute einlegen, wie diese Debatte auch hier gelaufen ist – das ist das Problem –, in dem Moment, wo wir es gemacht haben, nur gleichgestellt, keine Verschlechterung, in Wirklichkeit immer noch eine enorme Verbesserung.

Vor Ihnen steht jemand, der vor ungefähr 40 Jahren in die Lehre und in die AOK gegangen ist. Ich bin heute noch als freiwilliges Mitglied in der AOK. Ich brauche selbstverständlich eine persönliche Versicherung, wenn ich die entsprechenden Hilfen haben will.

Insoweit die Frage: Was dient der Sache, und was kann man zumuten? – Ich glaube, hier war die Zumutung hinnehmbar.

In einem Punkt hat allerdings heute Morgen eine Mitarbeiterin von Werner Kuhn mir gesagt, Sie müssen sich überlegen, es kumuliert sich manches bei Beamten. Entschuldigung, es ist doch kein Vorwurf. Ich sage nur, man bekommt von einer Mitarbeiterin gesagt, ihr müsst aufpassen, das ist im Einzelfall verträglich. Aber ihr könnt diese Sache nicht einfach endlos ausdehnen. Ihr müsst auch daran denken, wenn alles nebeneinander liegt, dann ist es nicht mehr verträglich. Auch dies zu respektieren, muss in diesem Parlament doch möglich sein und gesagt werden können.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Damit sind wir bei der Polizei. Zuerst einmal: Die Polizei hat hervorragende Arbeit geleistet. Die Aufklärungsquoten und der Umgang der Polizei mit den Bürgerinnen und Bürgern sind wirklich lobenswert. Aber wir waren am Ende zu der Schlussfolgerung gekommen, ob es falsch sein kann, die hohe Fach- und Sachkenntnis von Polizistinnen und Polizisten im Alter von 62 Jahren und 63 Jahren nicht mehr nutzen zu wollen. Es ist sowieso eine Schimäre: als müsste ein 58-Jähriger heute einen jugendlichen Straftäter verfolgen. Es geht nicht um die Qualifikation in Laufwettbewerben.

Meine Damen und Herren, wenn man sagt, wir brauchen eine längere Arbeitszeit, mindestens – ich nehme einmal Ihren Satz auf – bis 65 Jahre, dann müssen wir doch irgendwo anfangen, und zwar dort, wo wir es auch können, nämlich in diesem Bereich.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe in der Verwandtschaft noch Onkels gehabt, die waren Gendarmen. Der war damals ein außerordentlich geachteter Mann. Der ist mit der Isetta – – Ich habe es schon erzählt. Das war ein Gendarm. Der war früher im Krieg. Die haben eine kurze Ausbildung bekommen, weil sie nicht braun gewesen waren. Dann sind sie Gendar-

men geworden. Ich glaube, wenn da einer Obermeister war, dann musste man sozusagen einen Knicks vor ihm machen.

Meine Damen und Herren, wir bilden heute unsere Polizei so aus wie Ingenieure und Architekten. Wir sollen dieses Wissen dieser Ingenieure und Architekten auf der Landespolizeischule nicht mehr nutzen, nur weil sie 60 geworden sind, oder wollen wir den Fall einmal ganz deutlich machen? Wenn jemand Dozent an der Polizeischule ist und mit 60 in Pension geht, während der gleiche Dozent in der gleichen Fachhochschule, nämlich der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen bis 65 arbeiten muss – –

# (Dr. Altherr, CDU: Das ist doch die Minderheit!)

Diesen Widerspruch können wir doch so nicht stehen lassen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dieser Dozent hat die Briefe alle unterschrieben. Er heißt Märkert. Er hat sie in die Nachbarschaft von Landtagsabgeordneten geschickt. Auch das ist eine Verwilderung der Sitten und zeigt auf, wie wir miteinander umgehen.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben in der Tat einige Dinge geändert; denn wir sind nicht ganz ohne Eindruck dessen gewesen, was in der Anhörung gewesen ist, auch was die Kollegen gesagt haben, selbst wenn wir die Grundrichtung nicht ändern konnten. Nur, wir konnten belegen, wir haben einiges geändert. Ich denke, das war auch richtig so.

Wir werden auch noch die Fragen der künftigen Einstellungspraxis durch einen Antrag, den wir inhaltlich gemeinsam tragen können, für den Doppelhaushalt organisieren können.

Ich muss noch einige Punkte sagen. Das betrifft die Frage von Strukturreformen. Da hat man schon einiges dazu gesagt, was die landwirtschaftliche Beratung, die Diskussionen im Vorfeld, die Kulturämter und Katasterämter anbelangt.

Meine Damen und Herren, wenn ich erlebe – ich hoffe, es ist zu erleben –, dass Sie draußen so argumentieren, wie wir an dieser Stelle argumentieren, werde ich der Erste sein, der das mit Respekt auch von dieser Stelle aus sagen wird. Allerdings zu glauben, dass Behörden eine Region definieren, ist selbst für mich als einen traditionsbewussten Menschen eine sehr altmodische Vorstellung.

#### (Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wenn man im Westerwald, in Montabaur, bei der Auflösung der Bezirksregierung – noch zu alten Zeiten – eine solche Meinung gehabt hätte und das mit dem heutigen Montabaur vergleichen würde, dann würde die Bindekraft einer Behörde und die Bedeutung in unserer Zeit deutlich. Das wird kein Kriterium mehr sein, mit dem wir

eine solche Region, eine solche Institution organisieren können.

Viele beraten uns, insbesondere Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern, dass wir mehr deregulieren. Von dieser Stelle aus habe ich schon einmal gesagt, dass von mir als Gewerkschaftsmitglied seit der Lehrzeit verlangt wird: Schafft den Flächentarifvertrag ab. – Meine Damen und Herren, wenn ich dann aber zusichere, dass ich mich dafür einsetzen werde und wir ferner die VOB, die Handwerksordnung, die VOL, die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern usw. abschaffen, dann heißt es plötzlich: Das geht nicht. – Jeder weiß dann plötzlich, weshalb das nicht geht.

(Beifall der SPD und des Abg. Dr. Geisen, FDP)

Wir erreichen nur dann die Veränderungen in den Köpfen, wenn alle bereit sind, auf ihre Vorgärten und die Zäune um ihre Vorgärten herum zu verzichten. Wir können nicht den Gewerkschaften abverlangen, ihre Chance zum Arbeitskampf zu vergeben, wenn die anderen hinter den geschützten Zäunen der Regulierungen sitzen, die nicht anders wirken als der Flächentarifvertrag, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Ich sage noch ein Wort zur Konnexität. Wir werden darüber reden. Außerdem wünsche ich mir, dass wir gemeinsam mit der Landesregierung so handeln, als hätten wir sie. Ich bitte aber darum, die Enquete-Kommission "Kommunen" ihre Arbeit abschließen zu lassen, ehe wir anfangen, sozusagen schon vorher die Ergebnisse festzustellen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Glauben Sie mir: Wenn wir das Wort nur in die Verfassung schreiben, aber nicht einen einzigen Rubel mehr haben, dann ist das ein Papiertiger. Wir müssen sehr sorgfältig darüber reden. Es sind auch Fehler begangen worden.

Im Übrigen sollte mancher Landrat einmal das Wort der Konnexität gemeinsam mit seinen Verbandsbürgermeistern gegenüber der Ortsgemeinde durchdeklinieren. Das wäre auch schön.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Wir haben einen guten Anfang im Hinblick auf die Führung und die Ergebnisse der Debatte über den Nachtragshaushalt gemacht. Meine Damen und Herren, in der Wirklichkeit in den Wahlkreisen wird sich zeigen, wie tragfähig dieser Boden ist.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und der FDP)

#### Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

# Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Mertes, ich wollte Sie gar nicht prügeln. Es gibt auch keinen Grund, den Kopf einzuziehen und zu fürchten, dass ich den großen Hammer heraushole. Ich wollte heute meine Rede damit beginnen, dass ich Ihnen in inhaltlicher Hinsicht bei vielen Punkten für Ihre Rede Respekt zolle, auch wenn wir politische Differenzen haben. Von der Form und dem Duktus her war es aber neu. Es ist eine Form der Diskussion, dessen Grundstein wir bei den Gesprächen, die wir parallel zu den Haushaltsberatungen geführt haben, gelegt haben, die interessant waren, die zu klimatischen Veränderungen geführt haben und die in dem einen oder anderen Fall trotz politischer Differenz der Beginn einer wunderbaren Freundschaft werden könnte, Herr Mertes.

#### (Zurufe aus dem Hause)

Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass wir in zwei bis zweieinhalb Stunden politische Differenzen natürlich nicht wegreden können, dass wir nicht zur Seite schieben können, dass es unterschiedliche Schwerpunktsetzungen gibt. Wir können natürlich auch nicht so tun, als würden wir uns jeden Zahn ziehen oder den politischen Schneid abkaufen lassen.

### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir dieses Interesse an der Debatte und die Form der Debatte – hart an der Sache, aber an der Sache – auch für die Haushaltsberatungen, auch wenn wir nicht öffentlich diskutieren. Ich habe mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass ich es begrüßen würde, wenn wir künftig neben den parallel laufenden Terminen den politischen Wettkampf um die bessere Lösung führen würden.

Aus diesem Grund haben wir uns darauf eingelassen. Aus diesem Grund habe ich namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Diskussion um die Einbringung des Nachtragshaushalts das Angebot gemacht, miteinander zu reden, miteinander über sehr grundsätzliche Dinge zu reden und miteinander darüber zu reden, welche Bereiche wir ähnlich einschätzen. Bei der Einschätzung der haushalts- und finanzpolitischen Situation kann die Einschätzung gar nicht mehr stark differieren; denn wir stehen ganz nah am Abgrund.

Deswegen waren für uns verschiedene Punkte handlungsleitend und verhandlungsleitend bei den Gesprächen. Bei unserem Angebot haben wir in den Vordergrund gestellt, dass wir über strukturelle Reformen sprechen wollen, die durchaus – das war uns klar – nicht in einem Nachtragshaushalt sofort greifen können, sondern mittelfristig wirksam werden können, wir über Grundlagen dieser Reformen reden können, wir – das hatte ich auch im Februar bereits gesagt – insbesondere über den

größten Einzelposten – auch wenn er sich aus vielen Einzelposten im Landeshaushalt zusammensetzt – reden können und wir über die Entwicklung der Personalkosten sprechen können. Sie haben gesagt, dass es sich um 42,5 % handelt. Ich vertrete die Auffassung, dass noch nicht alle Landesbetriebe einbezogen worden sind. In Zahlen sind das 4,7 Milliarden Euro, davon allein 1 Milliarde Euro Versorgungsausgaben mit steigender Tendenz. Wenn wir diese Entwicklung nicht in den Griff bekommen – – Herr Böhr, es reicht nicht aus, auf Verwaltungsreformen zu setzen. Das sind Prozesse, die zum Teil im Land schon in Bewegung gebracht wurden.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, die Vorschläge zur Anhebung der Altersgrenzen für Polizistinnen und Polizisten reichen nicht aus. Unser Angebot war es, eine große Paketlösung mittelfristig oder langfristig zu verfolgen. Dazu sage ich später noch mehr.

Ferner war für uns handlungsleitend, konkrete Kürzungsvorschläge vorzulegen. Die Vertreter der FDP haben im Februar nach unseren Kürzungs- und Änderungsvorschlägen gefragt. Das haben wir uns natürlich zu Herzen genommen und Vorschläge gemacht. Nachher werden wir sehen, wie Sie mit diesen Vorschlägen zum Teil umgegangen sind. Für uns war es wichtig, konkrete Kürzungsvorschläge zu machen, zum Beispiel im Bereich der Subventionen, die wir nicht in die Nebenhaushalte verschieben wollten.

Herr Mertes, ich erinnere mich noch gut daran, dass Sie bei der Einbringungsrede gesagt haben, dass Ihnen als Raucher sehr wohl die Sucht nach Subventionen bekannt sei. Verschiedene Bezieher – auch Unternehmen – würden sich darauf einstellen. Das müsse man in Angriff nehmen, weil man natürlich Süchten entgegenwirken wolle.

Die falsche Suchtbehandlung ist es aber, auf die Ersatzdroge zu verweisen und eine Subvention über die Investitions- und Strukturbank oder andere Töpfe zu zahlen.

Wenn es um eine Suchtbehandlung geht, geht es darum, eine konkrete Behandlung zu machen.

(Mertes, SPD: Das ist dann Methadon!)

 Nein, nicht Ersatzdrogen, sondern harter Entzug ist angesagt, Herr Mertes.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die dritte handlungsleitende Überlegung war, dass wir mit unseren Vorschlägen auch soziale Unausgewogenheiten, die in Ihrem Entwurf enthalten waren, korrigieren wollten. Ich nenne das Stichwort "Veränderungen bei der Erziehungshilfe durch Kürzung der Landesbeteiligung in diesem Bereich". Das trifft nicht nur die Kommunen, sondern ganz konkret auch Bedürftige – Jugendliche und Familien –, für die dann Angebote wegfallen und knapper werden und von denen Hürden überwunden werden müssen.

Eine handlungsleitende Überlegung für uns war auch, im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Korrekturen zu erzielen. Für uns war es auch handlungsleitend zu sagen – dies durchaus im Respekt vor dem, was im Bereich der Ganztagsschule in diesem Land angeschoben wurde –: Eine Bildungsoffensive bleibt nicht allein beim Projekt Ganztagsschule stehen. Wir haben 900 weiterführende Schulen und 900 Grundschulen, die sich auf den Weg machen müssen. Ich nenne die Stichwörter PISA, IGLU, Veränderung der Unterrichtssituation und der Lernsituation. Eine Bildungsoffensive bleibt auch nicht bei der Schule stehen, sondern muss sich auch auf den Ausbildungsbereich und die Hochschule erstrecken. Das war unsere dritte handlungsleitende Linie.

Die vierte handlungsleitende Linie war, dass wir gesagt haben: Wir müssen über diese Gespräche, über die Diskussion über den Nachtragshaushalt, für mehr Nachhaltigkeit sorgen. – Dies durchaus im ökologischen Sinne, nämlich indem wir sagen: Wir wollen bestimmte Branchen in Rheinland-Pfalz puschen – erneuerbare Energien im Energiebereich –, aber wir wollen auch bei Reformbestrebungen, die Sie zum Beispiel im Forstverwaltungsbereich haben, ein Stück auf die Bremse treten, um dort ein nachhaltiges Waldwirtschaften noch zu ermöglichen.

Das waren unsere Ausgangspunkte. Die haben wir im Februar genannt. Insofern sind wir mit offenem Visier in diese Diskussion gegangen. Wir haben Punkte eingebracht, über die wir bei der Einbringung schon gestritten haben. Wir wollten uns auch nicht durch sie allein auf die Rolle der Sparkommissare oder Sparkommissarinnen reduzieren lassen. Vermehrt war aus Ihren Fraktionen schließlich auch die Botschaft zu hören: Eigentlich erwarten wir von der Opposition nur Vorschläge, wo man noch mehr streichen oder kürzen kann. Alles andere wird nicht so ernst genommen. – So konnte man von unserer Seite natürlich nicht in die Gespräche gehen, sondern wir wollten auch über Schwerpunktsetzungen und über Veränderungen in der politischen Ausrichtung sprechen.

Was waren die Ergebnisse? Ich sage das ein bisschen ausführlicher als meine Vorredner, weil ich der Meinung bin, dass das für die Menschen, die dort oben auf der Tribüne sitzen oder die ansonsten die Diskussion verfolgen, aber nicht im Detail die Gespräche verfolgen konnten, interessant ist. Ich sage gar nicht, dass die Ergebnisse marginal waren. Es waren weder die klimatischen Veränderungen noch die konkreten Veränderungen marginal.

Herr Böhr hat zuvor die 2 Millionen Euro Kürzungen angesprochen, die wir gemeinsam bei der Erziehungshilfe zurückgenommen haben. Das ist für mich nicht nur eine Entlastung der Kommunen, sondern das ist für mich eine konkrete Hilfestellung für betroffene Jugendliche und Eltern, die Erziehungshilfemaßnahmen benötigen – angefangen von Beratung in der Familie bis hin zu teilstationären oder stationären Angeboten.

Das sind die ersten Schritte, die wir gemeinsam gehen, um die Ausbildungssituation zu verbessern. Wir sehen gemeinsam 200.000 Euro für ein Programm für Initiativen an den berufsbildenden Schulen vor. In Richtung auf

die FDP sage ich: Herr Kuhn, es war für mich schon ein Fortschritt, dass Sie sich auf ein solches Ansinnen eingelassen haben und bereit sind, das gemeinsam mit uns zu machen.

In den Diskussionen um den Ausbildungsmarkt und die erforderlichen Maßnahmen am Ausbildungsmarkt liegen wir in den Diskussionen oft weit auseinander. Sie haben aber das Einsehen gehabt, dass die berufsbildenden Schulen in diesem Feld eine bedeutende Rolle spielen. Dies vor allem in der jetzigen Situation, in der wir alle wissen – deshalb haben wir dieses Thema auch morgen für die Aktuelle Stunde angemeldet –, dass es in diesem Jahr auf dem Ausbildungsmarkt brennen wird und wir jetzt schon absehen können, wie viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz bekommen werden und nicht in Ersatzmaßnahmen unterkommen können und sich Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit kumulieren werden.

Wir können uns nicht erlauben, eine solche Perspektivlosigkeit für Jugendliche in Rheinland-Pfalz aufkommen zu lassen. Deshalb ist für mich von besonderer Bedeutung, dass wir diesen Punkt gemeinsam hinbekommen haben und wir uns an dieser Stelle nicht in das übliche Gezänk oder in Streitereien begeben haben.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Ergebnis ist die gemeinsame Entscheidung für zusätzliche Mittel für die vorübergehende Unterbringung der Fachhochschule Koblenz. Sie wissen, dass wir bei der Einbringung des Nachtragshaushalts kein Geheimnis daraus gemacht haben, dass wir insbesondere die Kürzungen, die Sie im Hochschulbau für die Fachhochschulen Mainz, Worms und Koblenz vorgesehen haben, für einen politischen Fehler halten. Wenn mit diesem Betrag in einem Teilbereich eine Maßnahme in die Gänge gebracht wird, halte ich das auch für einen Fortschritt und eine Entwicklung, die wir gemeinsam hinbekommen haben.

Meine Damen und Herren, man kann darüber streiten, ob das marginal ist. Wenn ich das mit dem Volumen des gesamten Haushalts vergleiche, kann ich natürlich sagen, dass das kleine Beträge und kleine Veränderungen sind. Wenn ich aber die Perspektive derjenigen einnehme, denen diese Maßnahme zugute kommen und für die diese Mittel eingesetzt werden, wodurch sie vielleicht die Perspektive erhalten, über eine berufsbildende Schule oder einen Ausbildungsverbund eine Ausbildungsstelle zu bekommen oder wodurch sie andere Studienbedingungen beispielsweise in Koblenz bekommen können, ist das für mich nicht marginal, sondern ich bin der Meinung, dass es sich gelohnt hat, dafür zu streiten und sich dafür in diese Gespräche einzubringen. Deshalb bin ich mit dem Ergebnis an dieser Stelle auch ganz zufrieden und will das auch gar nicht herunterreden.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Gesprächen ist aber noch mehr herausgekommen, nämlich dass wir von der Opposition bestimmte Maßnahmen, die Sie in Ihrem Entwurf veranschlagt haben, mittragen werden und dafür auch unsere politische Unterstützung angekündigt haben.

Das gilt beispielsweise für die Streckung der Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Krankenhausfinanzierung oder für die Umstellung von Investitionszuschüssen auf Pflegesatzfinanzierungen für Einrichtungen der Atenhilfe und Behindertenhilfe. Das sind alles keine Maßnahmen, die mit Jubel vor Ort aufgenommen werden. Wenn wir öffentlich und auch in den Gesprächen gesagt haben, dass wir das mittragen, halten wir damit auch ein Stück unseren Buckel hin und sagen: Die finanzpolitische und haushaltspolitische Situation gebietet es, dass wir auch unangenehme Maßnahmen mittragen, die aber vertretbar sind, weil sie perspektivisch entweder befristet sind - das gilt beispielsweise für die Krankenhausinvestitionsmaßnahmen - oder weil sich andere Finanzierungswege eröffnen. – Damit haben wir meiner Meinung nach nicht zum ersten Mal gezeigt, dass hier nicht eine total verweigernde Opposition sitzt. Dieses Bild hat Herr Mertes zuvor angesprochen. Er hat es aber gepflegt.

### (Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Herr Hartloff, seitdem ich mich aktiv in die Haushaltsberatungen im Parlament einbringe, weiß ich, dass wir viele, viele Vorschläge gemacht haben, über die es die Chance gegeben hätte, eine gemeinsame Sache zu machen, wie das bei den jetzigen Gesprächen der Fall war. Das ist aber wirklich auch eine Frage der Gegenseitigkeit. Es kann natürlich nicht von uns erwartet werden, dass wir Ihre Maßnahmen applaudierend begleiten, Sie uns aber nachher abwatschen und keinen unserer Vorschläge aufgreifen.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wir haben in diesen Gesprächen und auch schon bei der ersten Beratung deutlich gemacht, dass uns die finanzpolitische Situation dieses Landes klar ist und wir wissen, wie schwierig die Situation ist. Natürlich haben wir gesagt, dass wir einiges davon im Vorfeld gewusst und auch angemahnt haben. Wir haben doch nicht aus Jux und Dollerei vorgeschlagen, keinen Doppelhaushalt zu machen, sondern besser nur einen Haushalt für ein Jahr zu erstellen, weil man dann weiß, dass man sich wieder in ein Aufstellungsverfahren begeben muss und dann andere Möglichkeiten der Beratung und Abstimmung hat. Es gibt weniger Zusagen, als das bei einem Doppelhaushalt der Fall ist, wodurch sich auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten ergeben. Natürlich hat man bei der Einbringung eines Nachtragshaushalts weniger Gestaltungsmöglichkeiten.

Das ist uns klar. Das haben wir auch der Öffentlichkeit gegenüber gesagt. Deswegen haben wir einzelne Maßnahmen mitgetragen.

In diesem Zusammenhang verstehe ich nicht, warum Sie umgekehrt nicht in der Lage waren, auch nur einen unserer Kürzungsvorschläge aufzunehmen, obwohl die meisten – ich sage das salopp – vom Finanzministerium geadelt wurden. Sie wurden einer Prüfung unterzogen. Es gibt wenige Positionen, die wir vorgeschlagen haben, neben denen "technisch machbar" nicht stand. Das ist etwas, was Sie uns immer unterstellt hatten. Die GRÜNEN machen Vorschläge, die haushaltstechnisch nicht umsetzbar sind. Es gab ganz wenige Positionen, an denen diese Bemerkung stand. Deswegen verstehe ich

nicht, warum Sie auf der einen Seite bei der Beratung im Februar so wild auf unsere Vorschläge waren und dann keinen aufgenommen haben.

Herr Kuhn, ich begreife auch nicht, mit welchem furchtsamen Gestus die FDP auf unsere Vorschläge reagiert hat.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

 Furchtsamer Gestus, das heißt, ganz schlicht und einfach mit Angst.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anders habe ich Ihre Kommentierungen nicht verstanden.

(Hartloff, SPD: Das ist dem Kollegen fremd!)

Der FDP ist die Angst nicht fremd. Seien Sie sicher.
 Aus der Sicht einer anderen kleinen Partei kann ich sagen, einer kleinen Partei ist die Angst nie fremd.

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kuhn, ich weiß nicht, wie ich das ansonsten einsortieren kann. Ich habe mir noch einmal eine Ihrer Pressemitteilungen mitgebracht. Wir torpedieren das Wirtschaftswachstum und die Verkehrspolitik in unserem Land mit unseren Vorschlägen – behaupten Sie dort. Die Konsensgespräche zum Nachtragshaushalt seien offenbar ohne Wirkung geblieben. Irgendwo anders haben Sie gesagt, wir machen das Land unregierbar. Sie haben auch von unüberbrückbaren Gegensätzen gesprochen. Ich weiß nicht, was Ihnen außer der blanken Angst die Hand geführt hat. Sobald wir uns gesehen haben, habe ich am nächsten Tag schon die Pressemeldung auf meinem Computer gesehen, in der es hieß: Bitte nicht diese Unberührbaren.

(Dr. Gölter, CDU: Sehr schön!)

Herr Kuhn, sollte der Kommentator Recht haben, der die FDP als den eigentlichen Verlierer dieser Gespräche öffentlich geoutet hat, weil sie weder eine führende Rolle gespielt noch sich als unverzichtbar dargestellt hat?

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Darauf und auf unsere konkreten Änderungsvorschläge komme ich später noch einmal zurück.

Meine Damen und Herren, wir haben mit unseren Änderungsanträgen und mit den Vorschlägen, die wir in den Gesprächen vorgelegt haben, nicht alle Schiebereien im Haushalt verändert. Damit meine ich das, was das Wirtschaftsministerium in die ISB gegeben und an Darlehensveräußerungen zurückgeführt hat, und die 240 Millionen Euro – Herr Böhr hat sie angesprochen –, die Sie als Veräußerung dieser Forderungen aus den Wohnungsbaudarlehen veranschlagt haben.

Herr Mertes, Sie hätten heute sagen können, nach Ihren finanzpolitischen Reden hätten sie doch die 240 Mil-

lionen Euro woanders herholen sollen. Das hätten Sie tun können. Natürlich haben wir das im Rahmen eines Nachtragshaushalts nicht tun können, genauso wenig wie Sie.

Ich möchte an der Stelle sagen, was mir bei der Einbringung an der Darstellung des Finanzministers, aber auch bei Ihren Kommentierungen gefehlt hat, nämlich dass es einer der Einmaleffekte ist, der nicht ständig wiederholt werden kann. Die Trickkiste von Staatssekretär Deubel ist irgendwann leer. Es gibt keine Tricks mehr, mit denen man noch einmal zusätzliche Einnahmen mobilisieren kann. Hier lohnt kein Roulettspiel mehr. Die Oddset-Wette bringt den Spielern auch nicht so viel. Der Zahltag kommt. Sie haben es beide in Ihren Reden schon gesagt. Der Zahltag wird mit der Aufstellung des Doppelhaushalts beginnen, weil wir auf solche Effekte nicht mehr zurückgreifen können. Ich gebe Ihnen einmal einen Hinweis: Vielleicht schauen Sie sich dann noch einmal unsere Vorschläge an, die Sie heute so entschieden ablehnen werden.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

 Herr Creutzmann, Sie sagen bestimmt später etwas dazu. Ich kann Sie schlecht hören. Sie wissen, dass ich sonst nie um eine Anwort verlegen bin, wenn Sie etwas dazwischenrufen.

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, wo wir Schwerpunkte gesetzt haben, nämlich im Bildungsbereich insbesondere bei den Schulen, vor allem bei den Hochschulen, und in der Rücknahme Ihrer Kürzungen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Herr Böhr, ich bin völlig anderer Meinung als Sie. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die das Land angestoßen hat, sind mit die am besten verfolgten und evaluierten Programme, die gemacht wurden. Das heißt nicht, dass sie immer die erfolgreichsten waren. Was aber die Wirksamkeit, die Überprüfung und die Begleitung anging, sind diese in einem hohen Maß kontrolliert worden. Ich kann nicht verstehen - ich habe mehrfach darauf hingewiesen -, wie man diese Mittel in einem solchen Umfang reduzieren kann, wie dies die Landesregierung vorsieht, weil man doch weiß, dass das, was an Hartz-Vorschlägen und -Maßnahmen in diesem Jahr initiiert wird, in diesem Jahr ohne jede Wirkung bleiben wird. Das ist einfach so. Man hat nicht sofort einen Effekt, wenn man mit einem Programm beginnt, vor allen Dingen, wenn man es noch nicht installiert hat.

Ihre Kürzungen kumulieren sich mit den Kürzungen und Veränderungen, die im Zusammenhang mit der Reform der Bundesanstalt für Arbeit entstehen. Schauen Sie sich einmal in den einzelnen Arbeitsämtern, aber auch bei den Weiterbildungsträgern um. Denen gehen die Weiterbildungsgutscheine schon im März aus. Das kumuliert sich miteinander. Wenn die Landesregierung ihre Maßnahmen in diesem Bereich noch mit Kürzungen draufsattelt, wird das im Effekt bei den einzelnen Betroffenen Löcher reißen, die sich nicht mehr qualifizieren können und aus unterschiedlichen persönlichen Startpositionen nicht die Angebote zur Wiedereingliederung in die Arbeitswelt bekommen. Dies wird in eine Trägerstruktur Löcher reißen, auf die Sie auch nach der Re-

form der Bundesanstalt für Arbeit wieder zurückgreifen müssen. Diese Kürzungen können wir in dieser Art nicht mittragen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Auswirkung wird besonders im sozialen Bereich ähnlich wie bei der Erziehungshilfe drastisch sein.

Der zweite Punkt wird in einem späteren Beitrag separat vorgestellt. Deswegen werde ich ihn nur kurz anreißen. Hierbei handelt es sich um unsere Maßnahmen, die wir im schulischen Bereich vorgesehen haben. Wir sind der Meinung, dass wir vor dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse und der anderen internationalen Vergleiche, insbesondere bei dem, was wir bei der Sprachförderung in den Vorschulen, Grundschulen und im Sonderschulbereich anbieten, nicht nur in den Ganztagsschulen zusätzliche Maßnahmen benötigen. Wir brauchen Mittel für die Schulen, damit sie dem strukturellen Unterrichtsausfall entgegentreten, aber auch Qualitätsentwicklung und Fort- und Weiterbildung in Verantwortung der Schulen vornehmen können. Hier haben wir Kürzungen zurückgenommen.

Darüber hinaus haben wir Kürzungen in wesentlichen Bereichen zurückgenommen, zum Beispiel, was die Ausstattung für Forschung und Lehre für die Hochschulen anbelangt. Diese sind für uns einer der wichtigsten Zukunftsmotoren in diesem Land. Die Hochschulen werden es bei ansteigenden Studierendenzahlen nicht verkraften, über interne Reformen und Veränderungen nur zusätzliche Effekte zu mobilisieren, in einen Wettbewerb mit Hochschulen der anderen Länder einzusteigen und eine attraktive und qualitativ hohe Ausbildung zu bieten. Mit Ihren Kürzungen in Höhe von 14.4 Millionen Euro, die Sie in diesem Jahr vorschlagen, bringen Sie die Hochschulen in eine Zwangslage. Wir wollen nicht, dass qualifizierte Menschen, die sich für das Fortkommen von Rheinland-Pfalz engagieren, in eine Zwangslage gebracht werden. Wir wollen sie so ausstatten, dass sie ihrem Auftrag nach Forschung und Entwicklung, aber insbesondere nach Lehre und guter Ausbildung nachkommen können.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vierte Bereich betrifft unsere Vorschläge hinsichtlich der Förderprogramme für den Bereich erneuerbare Energien und der Solarenergie. Wer gestern den Parlamentarischen Abend mit dem VDI besucht hat –Herr Creutzmann, Sie waren dort; ich habe es mir erzählen lassen –, hat nicht aus der politischen, sondern aus der Perspektive der Fachleute und Ingenieure deutlich gesehen, was aus diesem Bereich an Arbeitsplätzen, Klimaschutz und Veränderungen in dieses Land gebracht werden kann. Auch für diesen Bereich sind sämtliche Fördermittel des Landes bereits ausgebucht. Deswegen haben wir gesagt, dass wir gezielt in diesen Bereich erneuerbare Energien, aber auch in die Anschubfinanzierung für die Biomasseverwertung noch einmal etwas einsetzen wollen.

Das sind nicht die Riesenbeträge, aber damit können Sie Riesiges im Land bewegen, meine Damen und Herren

#### (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bereich, den ich eben nur kurz angesprochen habe, nämlich das, was Sie an Kürzungen vorgesehen haben für den Landesbetrieb Forsten – das ist bei der Diskussion immer gesagt worden –, sind 4,2 Millionen, die Sie dort noch einmal kürzen. Aber man muss wissen, dass es insgesamt 12 Millionen sind, die Sie innerhalb von zwei Jahren von diesem Landesbetrieb fordern. Ich meine, man müsste einmal vergleichen, was von den anderen Landesbetrieben in dem gleichen Zeitraum an zusätzlichem Effekt und Ähnlichem gefordert wird. Wenn Sie diese Kürzungen in der Form vornehmen – das haben viele Fachleute bestätigt –, dann wird das, was wir an nachhaltiger Waldbewirtschaftung machen wollen, so nicht umgesetzt werden können.

Sie gehen weiter voran in dem, was Sie in der Forstreform machen wollen. Sie wollen an die Revierreform. Dabei habe ich eine dringliche Bitte, diesen nächsten Schritt der Reform nicht ohne die Fachleute zu machen. Es gibt gewichtige Stimmen, die davor warnen, einfach die Reviergröße zu verändern und dann zu sagen, dann kann man aber trotzdem noch die gleiche Qualität erbringen. Das ist für uns eine Grundvoraussetzung. Wir sagen gar nicht, dass dieser Bereich unbeackert liegen soll. Aber das muss mit Beteiligung der Fachleute geschehen, sonst geht das in die falsche Richtung.

# (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben im Gegenzug dafür auch Kürzungsvorschläge gemacht. Diese sind diskutiert worden, mehr oder weniger vertiefend und intensiv. Natürlich haben wir in Bereichen gekürzt, in denen es auch weh tut. Herr Mertes hat vorhin gesagt: Planung bei den Bundesstraßen. – Das haben wir gestern bei der Diskussion um die B 10 gesehen. Wir sind nicht der Meinung, dass man Planungen für Straßen, für einzelne Straßenbaumaßnahmen - darin sind wir einfach unterschiedlich in der Bewertung - jetzt vorziehen sollte, puschen sollte, damit man diese Maßnahmen umsetzen kann. Natürlich gibt es einen durchgerechneten Bundesverkehrswegeplan; aber Rheinland-Pfalz erhält nur eine bestimmte Summe. Wenn wir Planungen für Baumaßnahmen erarbeiten, die darüber hinausgehen, dann planen wir in demselben Rhythmus wie vorher, nämlich zum Teil für die Schublade, zum Teil, weil es nicht vorangeht.

Wir fühlen uns bestärkt durch die Stellungnahmen des Landesrechnungshofs, was die Planungsmaßnahmen in der Straßenbauverwaltung angeht. Er sagt, man kann dort sehr viel effektiver arbeiten, man muss nicht diese Vorratsplanungen in dem großen Bereich machen. Wir sehen uns deshalb darin bestärkt, diese Vorschläge zu machen und für ihre Umsetzbarkeit zu werben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnlich ist es mit anderen Kürzungen, die wir beim LSV vornehmen. Wir haben das transportiert und gesagt: Das, was an Pachtzahlung erfolgt, kürzen wir noch einmal. Ich will Ihnen einmal in dem Zusammenhang zwei Zahlen nennen. Schauen Sie sich doch einmal an, wie hoch der Personaletat oder die Personalpositionen im Wirtschaftsplan des LSV sind. Das sind rund 160 Millionen Euro. Ich weiß, ich könnte die abziehen, die für Straßenunterhaltung und andere Dinge vorhanden sind. Dann bleibe ich immer noch bei 100 Millionen Euro, wenn ich die ganzen Straßenmeistereien herausnehme. Sie bewegen mit Ihrem Bauprogramm in diesem Jahr 57 Millionen Euro Investition. Dann schauen Sie sich dieses Verhältnis an

Ich sage Ihnen noch eine dritte Zahl. Sie nehmen rund 150 Millionen Euro Kredite nur für den LSV auf. Das ist doch kein Verhältnis, meine Damen und Herren. Wenn Sie dann beim LSV veranschlagen, dass Sie noch 15 Millionen Euro zusätzlich für Aufträge nach außen veranschlagen, dann sage ich, dann gibt es dort Luft. Dann muss man dort sehen, dass man diese Verwaltung in den Tritt bekommt. Dann muss man auf Unnötiges verzichten. Dann hat nicht jede Kürzung, die wir vorschlagen, eine Kürzung im investiven Bereich zur Folge. wenn man das, was man an Anforderungen an andere Landesbetriebe stellt, auch an Anforderungen an den LSV stellt und ihn nicht in Watte packt, meine Damen und Herren. Deswegen kann man diese Vorschläge umsetzen, ohne den Niedergang des Landes auszurufen, meine Damen und Herren.

#### (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben natürlich auch in anderen Bereichen Kürzungen vorgeschlagen, im Wirtschaftsförderungsbereich, im Bereich von einzelnen Subventionsmaßnahmen, im Bereich, was Zuschüsse zum Beispiel an Handwerkskammern oder IHK angeht, und so weiter und so fort. Aber meine Damen und Herren von der FDP, ich habe von Ihnen nicht einen Vorschlag gehört, wie Sie das umsetzen wollen, was im Haushaltsplan Ihres Wirtschafts- und Verkehrsministers steht, nämlich dass dort 25 Millionen Euro globale Minderausgabe enthalten ist. Das juckt Sie gar nicht, das rührt Sie gar nicht. Dann sagen Sie: Machen Sie das doch einmal im Haushaltsvollzug, dann merkt es auch niemand mehr. Das ist doch das Prinzip Ihrer Politik: Es merkt dann keiner mehr.

### (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wären als Fraktion gefordert, eine solche Vorgabe mit einem Nachtragshaushalt zu machen.

#### (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Es gibt keinen Haushalt wie den von Herrn Bauckhage, keinen Einzeletat, der das nicht leisten kann. Ich will Ihnen das jetzt einmal sagen; denn das geht ansonsten an den Diskussionen vorbei.

Er sagt in der Öffentlichkeit: 100 Millionen Euro muss er für diesen Nachtragshaushalt erbringen. Ich habe gesagt: 25 % davon entfallen auf globale Minderausgaben. Diese beziffern Sie nicht, jedenfalls nicht in den einzel-

nen Punkten. Da bleiben Sie jede Konkretisierung schuldig. 20 Millionen Euro – das sind wieder 20 % – verschieben Sie in die ISB und in die RIM. Herr Bauckhage hat doch bei den Haushaltsberatungen gesagt: Das macht die ISB doch nicht aus der Portokasse, sondern sie muss für ihre Maßnahmen Kredite aufnehmen, stellvertretend für die Landesregierung. Das taucht nirgendwo mehr auf. Das ist doch keine Kürzung. Das ist doch keine Sparmaßnahme. Das ist ein Verschiebebahnhof, meine Damen und Herren.

#### (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vier Millionen Euro pumpt der Wirtschaftsminister vom Landesbetrieb Wasserstraßen ab, der natürlich auch für seine Maßnahmen Kredite aufnehmen muss, stellvertretend für Herrn Bauckhage und für diese Landesregierung. Für 12 Millionen Euro will der Vizeministerpräsident Darlehen aus dem Landwirtschaftsbereich verkaufen — —

## (Zuruf von der FDP)

 Ich bin nicht aggressiv – das sage ich hier klipp und klar -, das geht mir wirklich auf die Nerven. Wenn ich mir andere Haushaltspläne anschaue, zum Beispiel den der Sozialministerin, und ich sehe, dass sie in Ihrem Haushalt veranschlagt und offenlegt, dass sie im Landesverband Pro Familia 10.000 Euro wegstreichen muss, weil sie Sparmaßnahmen erbringen muss, und sehe, dass Sie nicht in der Lage sind, in einem Haushalt mit einem deutlich größeren Volumen und auch einem deutlich größeren freiwilligen Bereich, dann bin ich sicher, Frau Ahnen, Frau Conrad und viele andere wären froh, wenn sie in ihren Ressorts eine Einrichtung wie die ISB hätten, die stellvertretend für ihre Maßnahmen Kredite aufnehmen könnte. Deswegen bin ich so sauer und vielleicht auch aggressiv an diesem Punkt, Herr Kuhn, weil ich der Meinung bin, dass ich im Recht bin. Das geht so nicht, und das ist ungerecht, was Sie vorgelegt

#### (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man doch einmal im Vergleich sehen. Es reicht auch nicht, irgendwie mit der großen Malerkelle darüber zu gehen und zu sagen: Das ist doch alles für die Wirtschaft und für die Wirtschaftskraft im Land. – Das ist nicht so. Da sind Sie in vielen Bereichen den Nachweis schuldig geblieben.

#### (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will noch zu einem Punkt etwas sagen. Ich habe mich doch etwas hinreißen lassen. Es geht um den Bereich "Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz". Das hat den größten Teil der öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt eingenommen. Wir sagen, das, was Sie an Verlängerung der Lebensarbeitszeit vorschlagen, ist gemessen an den Anforderungen, die wir haben, bei den Lösungen, die wir gemeinsam suchen, letztlich unwirksam. Mit den Personalkosten, mit den Entwicklungen der Personalkosten, die zum Teil für wichtige Dinge aufgebracht werden – der schulische Bereich, der Hochschulbereich, der Polizeibereich, der Justizbereich – das sind

alles keine Ausgaben, bei denen wir einfach streichen können; wir sind zu diesen Ausgaben verpflichtet. Sie haben sich aber mit Ihren Vorschlägen vergaloppiert. Sie haben gedacht, Sie hätten das Ei des Kolumbus gefunden. Dann gab es einen unglaublichen Widerstand. Das hat Herr Mertes selbst gesagt. Ich sage auch dazu: In der Form des Widerstands oft fragwürdig. Aber dass es darüber eine breite öffentliche Diskussion geben musste, damit haben Sie gerechnet.

(Vizepräsident Dr. Schmidt übernimmt den Vorsitz)

Ihre Gesetzeskorrekturen sind Verschlimmbesserungen. Es ändert aber nichts daran, dass das nicht die Lösung des Problems ist, meine Damen und Herren.

(Dr. Schiffmann, SPD: Darauf bin ich aber gespannt!)

- Worauf?

(Dr. Schiffmann: Auf die Lösung des Problems!)

Ich habe schon im Februar gesagt, dass wir meiner Meinung nach mit einem viel umfassenderen Ansatz an die Frage der Personalkosten herangehen müssen, dass wir mit einem Ansatz herangehen müssen, der nicht nur die aktiv Beschäftigten, sondern auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Blick hat,

(Dr. Schiffmann, SPD: Was heißt das?)

dass wir uns an Vorschläge, die in der Bull-Kommission in Nordrhein-Westfalen gemacht werden, heran machen müssen, dass wir nicht an jeder Form und Festschreibung dessen, was wir an Berufsbeamtentum kennen – das sage ich auch in Richtung von Herrn Böhr –, festklammern dürfen. Ich bin der Meinung, auch da müssen wir herangehen.

Ich bin durchaus der Meinung, dass das, was die Experten in der Rürup-Kommission oder in den Rentendiskussionen sagen, wir uns unter einem hohen Anspruch an Gerechtigkeit auch mit der Frage der Verlängerung der Lebensarbeitszeit beschäftigen müssen.

Sie greifen einen kleinen Punkt heraus. Aber Sie sehen doch, wie die Diskussionen zum Teil in den anderen Bundesländern laufen. Darüber haben wir in der letzten Woche auch kurz gesprochen: Tarifrecht, Tariferhöhungen, Öffnungsklauseldiskussion im Bundesrat und das, was in den einzelnen Bundesländern läuft.

Wir können lesen, was Stoiber in Bayern und Teufel in Baden-Württemberg planen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Wie bewerten Sie das?)

Wir konnten die ersten Reaktionen von Herrn Mittler damals lesen, als der Tarifabschluss kam und er sagte, es ist gar nicht sicher, ob wir in der Tarifgemeinschaft der Länder bleiben können. Anschließend gab es einen Ruf zurück, und dann gab es wieder eine Rückbewegung.

Dieses Angebot unserer Fraktion besteht jetzt im Herangehen an den Doppelhaushalt und die Jahre danach, dieses Problem gemeinsam anzugehen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

(Ministerpräsident Beck: Mit Wirkung ab 2020! Dass Sie so darangehen, das ist Verschiebebahnhof! Sie stehlen sich aus der Verantwortung!)

 Nein, das ist kein Verschiebebahnhof, sondern das sind die Fragen, die sich jetzt stellen.

Sie haben als Landesregierung einzig und allein im Bundesrat gestanden, als Sie gesagt haben: Wir wollen die Öffnungsklausel nicht, wir wollen nicht diese Kompetenz im Land haben.

(Ministerpräsident Beck: Das haben wir nicht gesagt!)

 Doch, das haben Sie gesagt. Sie haben es begründet und gesagt: Wir halten den Wettbewerb nach oben nicht aus.

(Ministerpräsident Beck: Das ist etwas ganz anderes!)

Momentan gibt es einen Wettbewerb nach unten. Da werden Sie sich entsprechend verhalten müssen, meine Damen und Herren.

Ich sage Ihnen in diesem Zusammenhang nur, von uns bleibt das Angebot bestehen, das gemeinsam anzugehen und darüber zu diskutieren.

(Dr. Schiffmann, SPD: Darauf kann man zurückkommen!)

Das wäre meiner Meinung nach ein Projekt, das wir alle brauchen, auch die CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Diese Diskussion kenne ich seit 30 Jahren!)

– Herr Beck, ich weiß, Sie haben das an vielen Stellen gesagt, dass diese Diskussion seit 30 Jahren geführt wird, aber wie viel Diskussionen sind seit 30 Jahren geführt worden und spitzen sich jetzt zu, weil die Situation so ist, der Handlungsdruck so groß ist und es für die Länderhaushalte ansonsten keinen anderen Ausweg geben wird.

Deswegen werden Sie da herangehen müssen und nicht 30 Jahre diskutieren können.

(Ministerpräsident Beck: Organisieren Sie eine verfassungsändernde Mehrheit in ganz Deutschland, nur darum geht es!) Nein, bestimmte Dinge gehen jetzt schon über die Öffnungsklausel, und es geht noch einiges, was im Moment in der Diskussion läuft über die Stärkung des Föderalismus. Das steht doch auf der Liste der Ministerpräsidenten, und es stand auf der Liste der Diskussion in Lübeck, also tun Sie doch nicht so, als sei das alles völlig aussichtslos.

> (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kramer, CDU: Richtig! – Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Meine Damen und Herren, ich rede nicht von morgen,

(Ministerpräsident Beck: Von überübermorgen!)

aber wollen Sie mir sagen, dass das, was Sie im Polizeibereich vorschlagen, die große Lösung ist? Das können Sie doch mitnichten sagen.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Sie haben sich so weit vorgetraut, und jetzt können Sie nicht mehr zurück. Sie wissen aber doch auch, dass Ihre Herangehensweise nicht die Lösung ist.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss mit diesem Angebot und vielleicht auch der einen oder anderen Spitze und Aggressivität in dieser Diskussion, aber das sei meinem Temperament geschuldet. Wir haben mit unseren Vorschlägen versucht, soziale Unausgewogenheit zu korrigieren, auch in Ihrem Entwurf.

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam Grundlagen für echte Strukturreformen legen. Wir wollen mit unseren Vorschlägen und unserem Engagement eine echte Bildungsoffensive im Land durchstarten. Das gelingt nicht nur im Nachtrag, aber wir bleiben bei den nächsten Haushalten mit dabei.

Wir wollen Nachhaltigkeit im ökologischen, aber auch im finanziellen Sinn. Dafür stehen unsere Vorschläge. Dafür stehen wir in diesen Haushaltsberatungen und in den nächsten wieder.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Dr. Schmidt:

Meine Damen und Herren, auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder des Landfrauen-Ortsvereins Hahnheim, Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Augustiner-Realschule Hillesheim sowie Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen der Grund- und Hauptschule "St. Martin", Ochtendung. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Kuhn.

## Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sechs Wochen sind seit der Einbringung des Haushalts durch den Finanzminister vergangen. Die Fraktionen haben die Zeit genutzt, um in zahlreichen Sitzungen, Gesprächen, Ausschüssen, teils auch interfraktionell, Einzelheiten des Nachtragshaushalts zu besprechen.

Grundsätzlich positiv zu bewerten ist einerseits, dass es diese Gespräche – das ist ein Novum – mit dieser Intention gegeben hat, andererseits ist bei summarischer Betrachtung festzustellen, dass kein allgemeiner Konsens erreicht werden konnte, was auch im Grunde niemand erwartet hat und auch nicht den Rollen der Fraktionen im Parlament entsprechen würde. Das ist so in Ordnung.

(Zurufe von der CDU: Genau!)

Die einzelnen Ergebnisse der Beratungen zwischen den Fraktionen werde ich noch differenziert bewerten. Ich will an dieser Stelle schon betonen, dass die vorhandene Gesprächsbereitschaft auf allen Seiten bereits als Wert an sich hervorgehoben werden kann. Das widerspricht auch nicht dem Rollenverhalten, das wir heute Morgen erlebt haben.

Zunächst dachte ich, es gibt zwei Gesichter des Herrn Fraktionsvorsitzenden Böhr, einmal in den Haushaltsgesprächen intern und dann im Parlament. Ich habe mir dann aber überlegt – es ist klar –, es entspricht natürlich der Rolle der Opposition, eine gewisse Aggressivität, auch rhetorische Aggressivität, mit hineinzubringen.

(Dr. Gölter, CDU: War das aggressiv?)

- Gut, dann nehme ich das zurück.

Es war jedenfalls angemessen. Das ist in Ordnung. Dass Frau Thomas ab und zu einmal außer sich geraten ist, das ist auch in Ordnung.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank!)

Ich werde meine Aggressivität eher Ihnen zuwenden als den anderen. Ich hatte zunächst schon befürchtet, Sie würden auch mir gegenüber ein solches Angebot, ein Freundschaftsangebot äußern.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Das haben Sie glücklicherweise nicht getan.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich weiß, wie gefährlich das für Sie ist, Herr Kuhn!)

 Ich bin nicht in der Verlegenheit, darauf reagieren zu müssen, aber das ist im Haus allgemein bekannt.

Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, dass als Ergebnis der Konsensgespräche das gemeinsame

Bekenntnis aller Fraktionen zum Sparzwang als kleinster Nenner festgehalten werden kann.

#### (Beifall der FDP)

Alle Fraktionen waren sich im Grundsatz darüber einig, dass der Gesamtumfang des Haushalts so bleiben muss, also nicht erhöht werden kann, und dieses Volumen, so wie der Regierungsentwurf es vorsieht, auch nach oben hin nicht verändert werden kann.

Dass es in kleineren Bereichen Gemeinsamkeiten mit den Oppositionsfraktionen gab, halte ich nicht nur aus atmosphärischen Gründen für ein erfreuliches Zeichen. Das haben beide Oppositionsfraktionen auch so dargestellt. Es ist mehr als nur Kosmetik. Es ist nicht nur eine Frage des Stils gewesen.

Ich will aber auch an dieser Stelle festhalten, dass gerade auf der Seite der CDU die Suche nach Gemeinsamkeiten letztlich eine positive Grundeinstellung für konsensfähige Haushaltssegmente gezeigt hat. Das haben wir so erlebt. Ich reduziere das auch nicht im Hinblick darauf, dass es zum Teil Fundamentalkritik gegeben hat, was die Haushaltsentwicklung in der Vergangenheit angeht. Es ist natürlich auch als Regierungsfraktion hinnehmbar, dass Sie dieses so sagen, wenn wir es auch gern anders interpretieren und anders darstellen. Da wird ein Szenario aufgebaut, dem man natürlich auch im Detail widersprechen kann. Dies ist auch von der CDU-Fraktion so hinzunehmen.

Aber die CDU hat ihre prinzipielle Ablehnung – so habe ich es empfunden – aufgegeben. In der Tat gab es in Teilbereichen eine Einigung, trotz des sehr geringen Volumens, das uns zur Verfügung steht.

Liebe Frau Thomas, es ist keine Frage des guten Stils. Wenn ich mich nun den GRÜNEN zuwende und auch, wenn wir uns alle um einen guten Stil in der Debatte bemühen, muss man natürlich auch von unserer Seite das, was wir für richtig halten, deutlich machen. Da haben wir etwas anderes erlebt. Nicht freundschaftlich – das wäre ein bisschen zuviel, man darf nicht zu freundlich werden – –

# (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das kommt noch!)

Atmosphärisch war es in Ordnung. Diese 200.000 Euro sollen für etwas Sinnvolles eingesetzt werden, das wir alle in diesem Haus unterstützen. Dabei hat es etwas gegeben, was Sie in umgekehrter Richtung schon angedeutet haben. Es hat sich gezeigt – und es bleibt dabei –, dass es grundsätzliche und fundamentale Unterschiede in der politischen Überzeugung zu den Koalitionsfraktionen und insbesondere zur FDP gibt. Das ist kein Geheimnis. Das sehen wir, das legen wir auf den Tisch, und das werden wir auch argumentativ unterlegen.

Gemessen an den politischen Notwendigkeiten in unserem Land ist die Position Ihrer Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN für mich nicht überraschend. Sie bleiben bei Ihrer Linie. Sie verharren auf dem bekannten Stand, und wenn Ihre Politik umgesetzt würde, wäre dies

eine Politik, die das Land nicht nur nicht weiterbringt, sondern letztendlich den Standort Rheinland-Pfalz eheblich beschädigen würde.

#### (Beifall der FDP und bei der SPD)

Wie gesagt, von kleinen Konsensbereichen abgesehen wird ein Schlaglicht auf die totale Gegensätzlichkeit und die Unüberbrückbarkeit mit den landespolitischen Grundüberzeugungen der Koalitionsfraktionen geworfen. Damit spreche ich natürlich auch für die gesamte Koalition. Meine Damen und Herren, es wäre auch scheinheilig, in diesem Zusammenhang Konsens herbeireden zu wollen. Das entspräche auch nicht der Würde des Parlaments.

Meine Damen und Herren, die von der Regierung und den Koalitionsfraktionen geleistete Herkulesarbeit bestand im Wesentlichen in der Reduzierung der Ausgaben in Höhe von 353 Millionen Euro, Auflösung der globalen Minderausgabe in Höhe von 65 Millionen Euro, Beistandspakt für die Kommunen in Höhe von 290 Millionen Euro und Beitrag des Landes zur Finanzierung der Flutopferhilfe mit 164 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, diese Ausgabenkürzung wird im Nachtrag erbracht, und zugleich wird das zentrale politische Ziel, nämlich die Verabschiedung eines verfassungskonformen Haushalts für das Jahr 2003 und die Vermeidung weiterer Kreditaufnahmen, erreicht.

Dadurch, dass die Einsparmaßnahmen nicht mit der Methode des Rasenmähers stattfanden, ist es auch gelungen, die besonders hohe politische Priorität bei den Politikfeldern zu wahren, die auch große Zukunftsbedeutung besitzen. Dies sind die Schulen, die Mobilität, die Infrastruktur und die Innere Sicherheit.

#### (Beifall der FDP und bei der SPD)

Das haben wir bei der Einbringung des Doppelhaushalts gesagt, und dieser Linie sind wir treu geblieben. Ich denke, bei allen finanzpolitischen Schwierigkeiten ist es auch richtig, bei diesen Prioritäten zu bleiben.

Ich habe heute gehört, im Bereich der Schulen gäbe es Einschnitte. Das habe ich nicht verstanden. Dann hat sich das wohl auf die Schulbaumittel reduziert. Dann wurde gesagt, sie werden kompensiert, also gibt es keine Einschnitte. Herr Kollege Böhr, man muss feststellen, bei den Schulen wird nicht gespart. Das heißt also, die Schulbaumittel werden unter Einbeziehung der Bundesmittel zur Verfügung stehen, und die Unterrichtsversorgung wird auch weiterhin auf dem bekannten hohen Niveau erhalten bleiben.

# (Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal zum Haushalt selbst. Ein guter Indikator, wie leistungsfähig der erste Entwurf des Nachtrags 2003 war, ist weniger die Zahl als vielmehr der sachliche Gehalt der Änderungsanträge. Der Regierungsentwurf für den Nachtrag war in der Tat aus einem Guss, und es gab wenig zu ändern. Das lag nicht daran, dass wir ihn nicht sorgfältig geprüft hätten. Das gilt auch als Kompliment an die Landesregierung. Letztendlich haben die Konsensge-

spräche mit den Oppositionsfraktionen nach meiner Einschätzung dieses auch belegt, und es gab durchaus auch Verständnis im Hinblick auf die Gestaltung dieses Haushalts, natürlich mehr oder weniger, wenn man die beiden Oppositionsfraktionen einmal getrennt betrachtet.

Die große Zahl von Änderungsanträgen vor allem seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besagt hinsichtlich ihres konstruktiven Beitrags zum Haushalt noch nichts. Sie dokumentiert allenfalls – ich bleibe dabei – die politische Uneinsichtigkeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie dokumentiert die politische Uneinsichtigkeit Ihrer Fraktion.

(Beifall der FDP und der SPD)

Offenbar hat sich Ihnen bisher die Tatsache nicht erschlossen, dass für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur lebenswichtig ist. Das haben Sie immer noch nicht nachvollzogen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Meinen Sie die Bahn?)

In vielen Politikbereichen bemühen Sie sich seit des Bestehens Ihrer Partei, Fuß zu fassen und zu Einsichten zu gelangen. Das Bemühen ist ab und zu erkennbar, aber in diesem Bereich brauchen Sie wahrscheinlich noch 10 oder 20 Jahre, um sich langsam auf diesen Weg zu begeben. Es ist schlicht kein Fortschritt zu erkennen.

(Beifall der FDP – Zurufe der Abg. Wiechmann und Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Ihren Änderungsanträgen insbesondere zu der erfolgreichen Verkehrs- und Wirtschaftspolitik – –

Rheinland-Pfalz kann sich im Ländervergleich sehen lassen, und Sie kennen alle die Ausgangsposition dieses Landes. Rheinland-Pfalz hat zahlreiche Belastungen, unter anderem auch die Konversionsbelastungen, zu tragen. Die Konversionspolitik wird in diesem Land äußerst erfolgreich umgesetzt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Belastungen vorausgesetzt, zeigt dies doch, dass die Wirtschaftspolitik im Ländervergleich insgesamt gesehen äußerst erfolgreich ist.

Mit Ihren Änderungsvorschlägen, insbesondere zu der erfolgreichen Politik, würden Sie das Wirtschaftswachstum und die Verkehrspolitik in unserem Land torpedieren. Glücklicherweise geschieht das nicht. Die Umsetzung Ihrer Vorschläge würde in der Tat sehr schnell dazu führen, dass Rheinland-Pfalz seinen inzwischen

bundesweiten zweiten Platz beim Wirtschaftswachstum verlieren würde und infolgedessen die Zahl der Arbeitslosen deutlich anstiege.

(Beifall der FDP und der SPD – Zurufe der Abg. Frau Grützmacher und Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist verantwortungslos, was Sie tun.

Tatsächlich muss das Generalziel heißen, mehr Wirtschaftswachstum und damit mehr Arbeitsplätze für die Menschen in unserem Land zu schaffen, meine Damen und Herren. Das ist das Ziel. Es geht um die Menschen in unsrem Land, und es geht um die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Das gelingt nur, wenn wir die Infrastruktur entsprechend verbessern und das Wirtschaftswachstum auch fördern.

Diese Skalierung der politischen Prioritäten wird auf Jahre hinaus unverrückbar bleiben, ob Sie das wollen oder nicht und ob Sie das so sehen oder nicht. Es ist einfach so. Deswegen muss man dies den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land auch deutlichsagen.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wer wie Sie die Wirtschafts- und Technologieförderung in der augenblicklichen Konjunkturlage so stark zurückfahren will, handelt gegenüber den Arbeitssuchenden in diesem Land in der Tat verantwortungslos.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wer wie Sie die Mittel für den Straßenbau so drastisch einschränken will, hat die Struktur und die Bedürfnisse eines Flächenlands nicht begriffen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben über 30 Anträge dazu gestellt. Wir kommen dann zu dem sanften Redebeitrag Ihrer Fraktionsvorsitzenden.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie werden auch noch anderes hören!)

Es hat mich tief beeindruckt, wie Sie es zurückgenommen hat. Sie hat gesagt, wir haben doch 30 Anträge gestellt, hochinteressant. Diese listen wir alle auf. Dann stellen wir fest, worauf Sie zielen. Alle 30 Anträge zielen auf das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.

(Creutzmann, FDP: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren, Sie liegen 30-mal daneben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich möchte noch etwas in diesem Kontext sagen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN. Wenn Sie von der globalen Minderausgabe sprechen, die in diesem Haushalt verankert ist, dann sehen Sie das bitte im Kontext mit Ihren Einsparvorschlägen. Das wurde in den

Konsensgesprächen auch deutlich gemacht. Es ist sehr sinnvoll, die Flexibilität gerade in einem solchen Ministerium zu erhalten.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ha, Ha, Ha!)

 Es ist so. Dies bedeutet, die Ausgabenstruktur ist eine völlig andere und nicht mit anderen Ministerien zu vergleichen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach ja!)

Es ist doch wesentlich geschickter, diese Flexibilität in diesem Haushalt zu erhalten.

(Beifall der FDP – Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bis zur Entmündigung des Parlaments!)

Meine Damen und Herren, ich habe in diesem Zusammenhang noch eine weitere Frage. Dann bin ich auch fertig mit Ihnen; denn man darf Sie auch nicht überbewerten.

(Beifall der FDP – Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat aber lang gedauert!)

– Ich merke, es wird langsam zuviel. Der Effekt ist nicht mehr der, den man erreichen möchte. Ich möchte aber doch noch etwas zu dem ansprechen, was Sie an Wirtschaftsförderung in diesem Land machen wollen. Das würde die Wirtschaft in unserem Land, würde man Ihnen folgen, wirklich ins Mark treffen und ganz allgemein die Prosperität unseres Landes aufs Spiel setzen.

(Beifall der FDP –
Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie oft haben Sie das jetzt wiederholt? –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ist das Ihre Rede vom letzten Jahr?)

Meine Damen und Herren, Sparen kann natürlich nicht "Kaputtsparen" heißen. Intelligentes und politisch verantwortliches Sparen muss auch unter erschwerten Bedingungen mit einem finanziell engen Rahmen die Umsetzung der politischen Vorgaben ermöglichen. Das ist ein schmaler Grad, der beschritten werden muss, aber darin besteht auch die Kunst, Politik erfolgreich zu gestalten.

Insofern halte ich es nicht für sachgerecht, Zukunftsaufgaben mit investivem Charakter wie die ländliche Bodenordnung dubiosen Umverteilungen zu opfern, wie Sie das vorhaben.

Völlig daneben liegen Sie natürlich auch im Bereich Ihrer Anträge zur Landwirtschaft. Sie machen immer wieder denselben Fehler, dass Sie die konventionelle Landwirtschaft gegen die ökologische Landwirtschaft ausspielen wollen. Das schadet letztlich der Landwirtschaft insgesamt. Es wird auch den Notwendigkeiten nicht gerecht.

Ich werde immer noch nicht den Eindruck los – wahrscheinlich habe ich auch Recht –, dass Sie sich zu sehr an Ihren ideologischen Leitbildern orientieren.

(Beifall der FDP)

Es geht Ihnen letztlich nicht um den ländlichen Raum.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben wenigstens noch Leitbilder!)

Es geht Ihnen nicht um die Landwirtschaft insgesamt. Lassen Sie es doch sein, sich von Ideologien treiben zu lassen. Das ist immer ein Fehler. Werden Sie pragmatischer, und hören Sie auf, einzelne Bereiche gegeneinander auszuspielen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, auf die Reform der Landwirtschaftsverwaltung sollte man nicht mehr im Einzelnen eingehen.

(Schmitt, CDU: Das war ein Gesamtkonzept!)

Es ist ausführlich darauf eingegangen worden. Es ist ein doppeltes Spiel, das Sie treiben.

(Schmitt, CDU: Es ist ein Gesamtkonzept! Da hätten Sie wesentlich mehr sparen können!)

Auf der einen Seite fordern Sie eine Verwaltungsreform. Dann schauen Sie sich einmal an, was Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht hat.

(Schmitt, CDU: Wir gehen doch weiter!)

Wir sind im Umsetzen von Verwaltungsreformen im Ländervergleich in der Tat an der Spitze.

(Schmitt, CDU: Das ist doch keine Reform!)

Ich möchte jetzt nicht die Rolle von Baden-Württemberg im Hinblick auf die Notwendigkeit von Verwaltungsreformen beleuchten. Das würde hier zu weit führen. Es wurde angesprochen, dass in Baden-Württemberg ein erheblicher Bedarf vorhanden ist. Das weiß ich auch von unseren Freunden in Stuttgart. Es wird auch offen dargelegt.

Ich kann Ihnen sagen, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern die Strukturreform, die in Rheinland-Pfalz vollzogen wird, zum großen Teil als beispielhaft akzeptieren und sagen: Hier wird in Richtung Reform wesentlich mehr getan. – Wir sind schneller als andere Bundesländer.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Lassen Sie also das mit der Landwirtschaftsverwaltung. Akzeptieren Sie dies doch alle einmal im Grundsatz. Sehen wir das bitte einmal als Ganzes und disziplinieren uns und kratzen nicht an Details herum und bauen nicht populistisch Fronten auf, wo sie gar nicht sein müssten.

Daraus Nektar zu saugen, ist auch nicht immer die feine Art

Im Übrigen gibt es solche Versuche nicht nur bei der CDU. Wir erleben sie auch in unserem Bereich.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bei der FDP!)

 Natürlich, das sage ich auch ganz offen. Auch dem muss man widerstehen. Wenn man Reformen möchte, braucht man politische Stärke.

(Schmitt, CDU: Durchsetzungskraft!)

Man muss auch diesen Versuchungen, etwas aufzudröseln, widerstehen.

Meine Damen und Herren, ich erinnere Sie daran, dass der Bogen der Einsparungsmöglichkeiten gerade auch im Bereich des Wirtschaftsministeriums mehr als angespannt ist. Man muss jetzt umgekehrt argumentieren. Man muss auch einmal darauf verweisen, wie belastet dieser Haushalt ist. Ich weise darauf hin, dass die Bereiche LSV, Energiewirtschaft, Wirtschafts- und Technologieförderung, Landwirtschaft und Weinbau in der Regierungsvorlage mit mehr oder weniger stark reduzierten Haushaltsansätzen zurecht kommen müssen. Das ist in der Tat zu bedauern, leider aber nicht zu umgehen. Das ist so.

Meine Damen und Herren, weiterhin darf ich daran erinnern, dass der Haushalt des Einzelplans 08 dadurch gekennzeichnet ist, dass ein großer Teil der Mittel Drittmittel sind und ein weiterer erheblicher Anteil Mittel zur Kofinanzierung von GA- und EU-Mitteln sind.

Daraus folgt, dass die verbleibende Rate, aus der de facto schließlich gespart werden muss, wesentlich niedriger als der Bruttohaushalt ist. Man muss dies in Erinnerung rufen, weil nur so die Relation von Einsparbetrag und Umfang der Mittel, die zur Einsparung zur Verfügung stehen, wahrheitsgetreu beschrieben werden kann. Alles andere, was Sie hier vollziehen, ist ein Stück Theaterdonner. Das geht an der Sache weit vorbei.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits betont, dass ein Nachtragshaushalt aus Sicht der Koalitionsfraktionen wenig Möglichkeiten für große Veränderungen geboten hat. Die Koalitionsfraktionen haben sich gleichwohl intensiv mit der Regierungsvorlage befasst und sie auf Plausibilität untersucht. Der Änderungsbedarf war, was die Zahl der Anträge im Vergleich zur Zahl der Anträge der Oppositionsfraktionen angeht, gering.

Die Koalitionsfraktionen haben sich auf das notwendige und politisch sinnvolle Maß beschränkt. In folgenden Bereichen sahen die Koalitionsfraktionen Änderungsbedarf:

- 1. Im Einzelplan 06 eine Erhöhung der Mittel für Vorkehrungsmaßnahmen zur Abwehr bioterroristischer Risiken, insbesondere für Pockenimpfstoff usw. Das ist bekannt.
- 2. Beim Einzelplan 15 Hochschulbereich eine haushaltstechnische Verstetigung der Ausgaben im mittelfri-

stigen Zusammenhang. Auch dies ist den Oppositionsfraktionen erklärt und transparent gemacht worden. Sie sind gründlich durchdacht und sorgfältig beraten worden.

Meine Damen und Herren, trotz der gravierenden Einschnitte bleibt die rheinland-pfälzische Landespolitik handlungsfähig. Die FDP steht zu diesem Sparhaushalt und zur politischen Konzeption. Ich sehe dazu keine Alternative, auch nicht in den Kontrapunkten der Opposition. Das mögen Sie mir verzeihen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will noch einige Anmerkungen zu den Personalmaßnahmen machen, die im Haushaltsentlastungsgesetz ihren Niederschlag gefunden haben. In Sonderheit meine ich die Änderung des § 208 des Landesbeamtengesetzes und die Anhebung der Altersgrenze bei Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Das Thema ist in den letzten Wochen leidenschaftlich und mit viel Emotionen diskutiert worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat am 11. Februar dieses Jahres die Verbände und Institutionen zu einer Anhörung in den Landtag eingeladen. Zugegebenermaßen ist das Ganze ein schwieriges Feld, mit dem wir uns hier beschäftigen. Es ist schon mehrfach gesagt worden, bei der Lebensarbeitszeit muss man auf eingetretene Veränderungen wie höhere Lebenserwartung und die damit verbundene höhere Leistungsfähigkeit im Alter – darüber können wir uns freuen – und auf Probleme bei der Sicherung der Alterssysteme eingehen und auf Fragen hinsichtlich der Lebensarbeitszeit eine Antwort finden. Es ist richtig, dass wir in diesem Bereich weiter denken müssen als im Bereich der Polizei. Man kann nicht die Augen schließen und alles so lassen, wie es war.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Diskussion über dieses Thema wurde in der letzten Plenardebatte schon bis ins Detail geführt. In der Zwischenzeit haben mehrere Beratungen zwischen allen Fraktionen stattgefunden, um unter Einbeziehung der bei der Anhörung gewonnen Erkenntnisse eine gleichermaßen sachgerechte und faire Lösung zu finden. In dem Änderungsantrag der SPD und der FDP, welcher im Haushalts- und Finanzausschuss eine Mehrheit gefunden hat, wurden zusätzlich zu der Tätigkeit der Polizei im Wechselschichtdienst folgende Verwendungen bei der Polizei mit besonderer Belastung ausgenommen, Mobiles Einsatzkommando, Spezialeinsatzkommando, Polizeihubschrauberstaffel. Als soziale Komponente wurden die Kinderbetreuungszeiten eingefügt, die auf die vorgenannten Beschäftigungszeiten angerechnet werden. Insoweit werden sie ebenfalls pensions wirksam.

Meine Damen und Herren, damit werden den besonderen und speziellen Belastungen der Polizeibeamtinnen und -beamten in einem wesentlich vergrößerten Umfang im Vergleich zum ersten Entwurf des Artikels 1 des Haushaltsentlastungsgesetzes Rechnung getragen. Ich

halte das für einen akzeptablen Kompromiss und werbe an dieser Stelle für seine Akzeptanz.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Niemand, einschließlich der Verbände und Institutionen, sollte dieses Thema dazu missbrauchen, um populistische Effekte zu erzeugen. Das ist in der letzten Zeit manchmal geschehen. Lieber Herr Kollege Böhr, da hatte ich ein Problem mit dem, was Sie zum Thema "Sicherheit und Polizei" gesagt haben. Das kann man so nicht stehen lassen. Weniger populistische Effekte und vor allem kein Spiel mit den Ängsten der Bevölkerung treiben. Bitte nicht Politik mit den Ängsten der Bevölkerung machen.

(Beifall bei FDP und SPD – Staatsminister Zuber: Das ist sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben im Kontext zu der gesetzlichen Regelung der Lebensarbeit bei der Polizei weiteren Klärungsbedarf gesehen. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag fordert der Landtag die Landesregierung auf, zu der Frage des Personalstands und der Personalstärke eine Analyse vorzunehmen, welche folgende Parameter zu berücksichtigen hat:

- 1. Einbeziehung der demographischen Entwicklung,
- 2. Einbeziehung der verlängerten Lebensarbeitszeit,
- 3. Berücksichtigung der technischen Ausstattung,
- 4. Entwicklung der Kriminalitätsbelastung der letzten zehn Jahre.

Klar ist, keiner will eine Auflösung von Dienststellen. Das ist eine Prämisse.

Basis für dieses Konzept sollen der langfristig zu erhaltende Personalstand der Polizei auf der Grundlage des Jahres 2001 und die bewährten Strukturen der Polizei sein. Ich denke, dass ist eine vernünftige Vorgehensweise.

Wenn ich mich nicht irre, habe ich am Rande der gestrigen Debatte erfahren, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Antrag mit unterstützen werden. Das ist ein vernünftiges Vorgehen. Wir müssen zunächst die Situation genau analysieren. Dann haben wir Ziele definiert, die für das ganze Parlament konsensfähig sind.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Vorgehen Gewähr dafür bietet, den Belangen der Bevölkerung und den berechtigten Interessen der Polizei selbst gerecht zu werden. Im Landtag wird ab Herbst dieses Jahres Gelegenheit sein, die Ergebnisse der Analyse der Landesregierung ausführlich zu beraten.

Meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt 2003 ist kein Haushalt wie ein anderer Haushalt. Heute ist vom Ablauf die früheste vorstellbare und technisch machbare Gelegenheit, den Haushalt zu verabschieden.

Die richtige Einordnung des Haushalts erfordert es, die politischen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen, die nationalen und internationalen Gegebenheiten und Lagen entsprechend zu bewerten. Von Einigen wurde gesagt, es gibt in diesem Bereich Unwägbarkeiten. Es ist sehr schwer zu kalkulieren. Die Umsetzung notwendiger Reformen auf der einen Seite und der noch nicht absehbare Verlauf des Irakkrieges auf der anderen Seite können in der Tat nach 2003 wirksam werden. Darüber hinaus kann das Wirkungen für die absehbare Zukunft mit sich bringen.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsaufstellung ist geglückt. Was den Haushaltsvollzug angeht, so ist es nach meiner Überzeugung richtig, Ausgabenreste in den Nachtragshaushalt einzusetzen. Da sind wir dem Rat der Opposition nicht gefolgt. Wir müssen vorsichtig und behutsam vorgehen. Die Haushaltspläne sollen in Zukunft moderner, transparenter und einfacher sein. Das ist ein Herzensanliegen der FDP-Fraktion. Es ist von vielen neuen Abgeordneten angemahnt worden, weil Sie Probleme bei der Analyse der Haushalte haben. Er soll sich stärker an betriebswirtschaftlichen Erfordernissen orientieren.

Alles, was Herr Kollege Böhr in seiner Rede gefordert hat, ist im Antrag der Koalitionsfraktionen enthalten. Das ist unser politischer Wille. Den ersten konkreten Schritt, den die Koalitionsfraktionen mit ihrem gemeinsamen Antrag gehen, können wir mit dem nächsten Doppelhaushalt 2004/2005 umsetzen. Neben formalen Verbesserungen wie Straffung und Visualisierung bestimmter Sachverhalte kommt es insbesondere auf die inhaltliche Aufwertung der Haushaltspläne an. Die Inhaltsverbesserung ist der wichtigste Aspekt. Die Grundidee der Kameralistik passt natürlich zu einem öffentlichen Haushalt, aber sie bedarf der Ergänzung und Erweiterung. Es gilt zum Beispiel, betriebswirtschaftliche Instrumente einzusetzen, um periodenbezogen Aufwendungen und Erträge erfassen zu können.

Die geforderte Einführung einer Kosten-Leistungs-Rechnung wird das Bewusstsein über Werteentstehung und Werteverzehr schärfen. Schließlich ist im Haushaltsplan eine stärkere Ausrichtung an politischen Zielen und an den ihnen entsprechenden administrativen Leistungen vorzunehmen.

Ich könnte weitere Beispiele anführen, will mich jedoch im Augenblick auf diese Hinweise beschränken. Der Effekt wird sich in einer verbesserten Steuerungsmöglichkeit ergeben. Das ist im Interesse auch der Oppositionsfraktionen. Ich nehme an, dass es so respektiert wird. Der Haushalt ist nicht nur ein Zahlengrab, wie es oft von Abgeordneten empfunden wird, sondern ein Managementinstrument bei gleichzeitiger verbesserter Übersichtlichkeit und leichterer Handhabung im Vollzug.

Wir werden den Antrag an den Ausschuss überweisen. Ich spreche insbesondere auch für die SPD-Fraktion. Wir sind sehr daran interessiert, in dieser Frage konstruktiv eine zügige Debatte zu führen, damit wir diese Instrumente so schnell wie möglich einsetzen können.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe in meinem Manuskript zunächst noch einige Bemerkungen zu den Änderungsanträgen der CDU aufgeschrieben. Das will ich hier jetzt nicht weiter ausführen. Da haben wir einige Probleme, die ich hier im Plenum jetzt nicht darstellen möchte.

Lassen Sie mich aber noch einige wenige Bemerkungen zur Finanzplanung bis 2008 machen. Die mittelfristige Finanzplanung, die das Ziel hatte, 2006 eine Punktlandung zu machen - Verzicht auf die Neuverschuldung -, war in der Tat schon seriös gerechnet. Die Ereignisse gerade im Hinblick auf den Nachtrag 2003, die Einnahmeneinbrüche, die wir zu verzeichnen haben, haben dazu geführt, dass dieses Ziel der mittelfristigen Finanzplanung anders ausgerichtet wurde und dieses Ziel seriös gerechnet bis ins Jahr 2008 - leider Gottes müssen wir uns diesen Fakten beugen; die Außenwirkung, wir haben unsere Einnahmen nicht in der Hand – ins Visier genommen wird. Sollte es – man sollte nicht zu pessimistisch sein - in dieser Zeit zu Einnahmenverbesserungen kommen, die wir aus heutiger Sicht noch nicht sehen können - leider, weil die Risiken so groß sind –, dann werden wir darauf achten, dass dieses Ziel auch früher erreicht wird. Das würden wir uns alle erhoffen. Dann haben wir auch bewiesen und werden auch beweisen, dass hier in Rheinland-Pfalz eine seriöse Finanzpolitik gemacht wird.

(Beifall der FDP und der SPD)

Bei den Einnahmenerwartungen – jetzt hat es mich doch gereizt, dem Kollegen Mertes, der nur in einem einzigen Punkt einen grundsätzlichen Dissens mit der FDP-Fraktion gesehen hat, das ist auch aufgefallen, aber das steht auch in allen Zeitungen – – –

(Hartloff, SPD: Angedeutet hat!)

Herr Kollege Mertes, in der Tat haben wir andere finanzpolitische Vorstellungen als die SPD.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nur können Sie sie nicht durchsetzen!)

Aber das ist für uns landespolitisch glücklicherweise nicht relevant. Aber gut, das ist klar. Das ist öffentlich bekannt. Das muss auch bundesweit ausdiskutiert werden. Aber es ist bekannt. Ich hätte Lust – vor circa sechs Jahren habe ich an dieser Stelle einmal sehr emotionsgeladen dazu Stellung genommen – –

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Den Hammer geholt!)

 Den Hammer herausgeholt. Können Sie sich noch erinnern? – Das hat sie nicht vergessen.

Unsere Grundsatzposition ist also klar. Aber wir machen hier Landespolitik. Da kommen wir auch zurande. Aber die Einnahmenmöglichkeiten sind gerade von unserer Seite nicht oder fast nicht zu beeinflussen. Aus diesem Grund müssen wir uns in der Finanzplanung natürlich auch an diesen Fakten orientieren.

Meine Damen und Herren, ich finde es auch sehr anerkennenswert – das sollte auch die Opposition sich noch einmal anschauen und durchrechnen –, wie seriös die Ausgabenpolitik hier im Land gewesen ist. Wenn Sie den Popanz der Neuverschuldung immer so vor sich her tragen, dann betrachten Sie doch einmal die Ausgabenentwicklung in diesem Land, die sich weit unter den Vorgaben entwickelt hat. Das ist auch ein Beweis für eine sehr seriöse Finanzpolitik.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will es nur einmal am Rande sagen, wie vorsichtig die Landesregierung selbst bei der Einnahmenschätzung war. Es ist bemerkenswert, dass die Ergebnisse des so genannten Steuervergünstigungsabbaugesetzes überhaupt nicht mit einbezogen worden sind; das hätte man theoretisch auch noch antizipieren können. Das ist alles nicht geschehen. Wir werden die Abläufe beobachten. Wir können nur hoffen, dass wir wirklich den Tiefpunkt bei der Einnahmensituation erreicht haben.

Diese Strategie der Vorsicht, die die Landesregierung sich zu Eigen gemacht hat, wird von der FDP-Fraktion auch für die kommenden Jahre befürwortet und unterstützt. Wir schließen den Einfluss von Bundes- und EU-Recht nicht aus. Meine Damen und Herren von der CDU, was das angeht, was Sie da erwähnen, das scheint mir im Zusammenhang mit den unmittelbar anstehenden Fragen, die beantwortet werden müssen, doch ziemlich weit her geholt zu sein. Zu Plansätzen, wie Abbau von Mischfinanzierung, klare Aufgabentrennung saßen wir in Lübeck zusammen. Da gibt es auch eine nette Glosse.

(Mertes, SPD: Wo Sie die Fahne geklaut haben?)

Irgendeiner hat da eine Fahne geklaut, habe ich gelesen. Das war recht amüsant. Aber die Ergebnisse von Lübeck – – –

(Ministerpräsident Beck: Für den, dem die Fahne fehlt, ist es nicht ganz so amüsant!)

 Ich nehme an, dass er sie wieder zurückschickt. Ich nehme an, dass es auch bundesweites Aufsehen gegeben hat. Aber gut.

(Zuruf des Abg. Schmitz, FDP)

Ich habe sie nicht. Gut.

Aber noch einmal zu Lübeck und zu dem Abbau von Mischfinanzierung und Aufgabentrennung zwischen Bund und Ländern. Ich habe auch den Eindruck wie die Kolleginnen und Kollegen, dass wir in Lübeck zeigen konnten, dass die Landesparlamente einen sehr breiten Konsens finden können. Ich war vor Lübeck nicht so optimistisch. Ich kann mir vorstellen, dass wir in einem Jahr einen wesentlichen Schritt weiterkommen und auch in dieser Frage endlich einmal zu klaren Verhältnissen kommen.

Meine Damen und Herren, "Notoperation" und "Paradigmenwechsel" waren die Stichworte für den Haushalt 2003. Was bedeutet das? Das heißt zunächst, dass in diesem Haushalt diejenigen Basiseffekte generiert werden müssen, aus denen die notwendigen Gestaltungsspielräume für den Doppelhaushalt 2004/2005 erwachsen. Das ist ein wesentliches Element des Nachtrags auch auf die Zukunft bezogen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Wir werden uns naturgemäß vorrangig Zug um Zug mit einer Strukturveränderung bei den Ausgaben zu beschäftigen haben. Ich kann nur das unterstützen, was der Kollege Mertes gesagt hat. Er hat in dramatischer Diktion darauf hingewiesen, dass wir vor einer völlig neuen Definition dessen stehen, was Staat ist. Ich gebe ihm Recht, wir brauchen einen schlanken Staat. Er muss aber die Aufgaben, die er sich selbst zuordnet, ordentlich erfüllen. Dafür muss er auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung haben. Er muss ausgestattet sein, um auch als starker Staat in diesen Bereichen seiner Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Aber das wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein, eine Umstrukturierung anzudenken, die letztendlich auch den Einnahmensituationen angemessen ist und den Aufgaben, die wir uns selbst vornehmen, angemessen ist. Das ins Lot zu bringen, wird nicht einfach. Insofern – das sage ich nicht aus falscher Emotionalität heraus – wünschen wir uns gerade auch bei dieser Aufgabenbewältigung eine stärkere Kooperation mit den Oppositionsfraktionen.

Meine Damen und Herren, wenn es uns im Bund gelingt – da gibt es das eine oder andere positive Anzeichen, dass Reformvorhaben angegangen werden –, dass sich der Pessimismus, der sich in Deutschland breit gemacht hat, überwunden werden kann – dazu braucht man eine schlüssige Gesamtstrategie; wir selbst haben klare ordnungspolitische Perspektiven –, wenn Leistungswillen, Eigenverantwortung und Risikobereitschaft wieder Antriebskräfte werden, dann wird es uns auch gelingen, die zukünftigen Haushalte nicht mehr in dieser Notlage zu beraten.

Meine Damen und Herren, zum Thema Verantwortung: Es geht nicht nur darum, dass wir irgendwelche Schuldenprogramme mit mittelfristigen oder noch nicht einmal mittelfristigen, sondern höchst kurzfristigen Erfolgen durchsetzen, sondern wir brauchen in der Tat nachhaltig wirkende Reformen.

Sie werden das Mittel gegen Stagnation und Rezession in unserem Land sein.

Meine Damen und Herren, bedenken wir auch, dass die Schulden von heute – das noch einmal zu unserem Nachtrag – nicht nur die Steuern, sondern auch die Sparpakete von Morgen sind. Das ist allgemeiner Konsens. Der Nachtrag 2003 wird diesen Zielen gerecht. Er zeigt, dass auch in sehr schwieriger Zeit die SPD- FDP-Koalition Handlungsstärke zeigt und den richtigen Weg

für eine positive Entwicklung in Rheinland-Pfalz beschreitet.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

## Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck das Wort.

### Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst, dass ich mich für die Landesregierung sehr herzlich für die Art und Weise, wie die Gespräche in den letzten Wochen zu diesem Nachtragshaushalt, aber auch zu den finanzpolitischen Herausforderungen unserer Zeit für unser Land Rheinland-Pfalz, seine Kommunen und letztendlich für die Menschen geführt worden sind, bedanke. Ich will gern das, was wir als Landesregierung dazu beitragen können, beitragen. Ich hoffe, dass dieser neue Ansatz, vielleicht auch ein wiedergefundener Ansatz, im Umgang miteinander auch in der Zukunft gepflegt werden kann.

Es ist zweifelsfrei so, dass wir in einer geschichtlichen Phase leben, in der an vielen Stellen Orientierung gefragt ist, weil sich Dinge umgruppieren und Herausforderungen neu darstellen. Wir erleben derzeit, dass wir alle durch den Krieg im Irak sehr bedrückt und tief betroffen sind. Ohne diese Frage im Einzelnen beleuchten zu wollen, wird es doch darauf ankommen, auch mit Blick auf die Sicherheit und den Willen, nach vorn zu blicken und realistisch optimistisch zu sein, wie dies Kollege Kuhn eben zu Recht betont hat, dass der Grundsatz, dass Konflikte auf dieser Welt friedlich gelöst werden müssen, nicht dadurch abgelöst wird, dass der Krieg wieder die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln auf dieser Welt werden könnte.

(Beifall der SPD und der FDP)

Natürlich gehört zu dieser Betrachtungsweise in gleicher Form und in gleicher Bedeutungsschwere, dass Terrorismus geächtet bleiben muss und es keinerlei Toleranz dafür geben darf, dass Konflikte und Meinungsunterschiede, woher sie auch immer rühren mögen, auf terroristische Weise ausgetragen werden können und dürfen und damit Konflikte und gewalttätige Ausdrucksformen in die Zivilbevölkerung, ins zivile Leben hineingetragen werden. Dies ist eine Ursache für Unsicherheit und Befürchtungen, die uns tief bedrücken und die das Zisammenleben und Zusammenwirken in einer offenen Welt in sehr schwer wiegender Weise belasten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir Deutschen insgesamt und wir Rheinland-Pfälzer als ein Land in Deutschland, das mit die höchste Exportquote der deutschen Länder ausweist, sind auf eine offene Welt angewiesen, weil wir mit anderen Menschen in Frieden und Freiheit und in der Bereicherung, die uns unterschiedliche Kulturen geben können, zusammenleben wollen. Aber wir sind auch darauf angewiesen, dass unsere ökonomischen Grundlagen in die Zukunft fortentwickelt werden können, weil wir diese Offenheit haben und Handel und Wandel – wie man so schön sagt – nicht an nationalen oder europäischen Grenzen Halt und Einhalt finden, sondern sich immer weiterentwickeln können, wobei wir die Verantwortung immer so verstehen und einordnen müssen, dass durch unsere Anstrengung nicht zuletzt auch die ökonomischen Anstrengungen anderer Völker Chancen bekommen, sich zu entwickeln und damit in einem Geben und Nehmen vernünftige volkswirtschaftliche Ausgleiche, auf der Zeitschiene sicherlich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, aber doch als Ziel möglichsind.

Dort, wo Menschen besonders schwierige Lagen vorfinden, wie dies in herausragender Weise leider auf dem afrikanischen Kontinent geballt ist, müssen wir bereit sein, Hilfe zu leisten. Die Hilfe, die unserem Partnerland Ruanda aus der rheinland-pfälzischen Bevölkerung in diesem Zusammenhang und in dieser Verantwortungsform zuteil wird, ist ein wichtiges Zeichen und ein wichtiger Beitrag.

Meine Damen und Herren, leider muss ich an dieser Stelle sagen, dass wir größte Sorge um die Erhaltung des Friedens in Ruanda haben müssen. Der Herr Staatspräsident hat mir über den Herrn Botschafter dieser Tage einen Brief zukommen lassen, in dem er die Befürchtung äußert, dass sich nach dem Rückzug der ruandischen Truppen aus dem Kongo erneut Überfälle und Bedrohungslagen für einen nicht unbeachtlichen Teil unseres Partnerlands entwickeln.

Ich sage dies, weil wir in der aktuellen Situation nicht übersehen dürfen, dass es an vielen Stellen in der Welt Bedrohungslagen gibt, die das einander Helfen und das Miteinander ökonomisch, aber auch das in ökologischer, kultureller und sozialer Verantwortung arbeitsteilige Arbeiten gefährden könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dies etwas mit der weltwirtschaftlichen Lage zu tun hat, ist keine Neuigkeit. Aber man muss es sich in Erinnerung rufen, damit man nicht den Eindruck hat, dass die Herausforderungen, von denen fiskalpolitisch geredet wird, sozusagen so etwas wie ein Naturereignis sind, sondern die Dinge ihre Zusammenhänge und Auswirkungen bis zu uns nach Rheinland-Pfalz, bis in jede Kommune, bis in die Lebenssituation jeder Familie und jedes einzelnen Menschen in unserem Land haben, egal, wo sie zwischenzeitlich in der Welt stattfinden.

Deshalb muss man festhalten, dass es eine nicht unproblematische Entwicklung für die Weltwirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Vereinigten Staaten gibt, nämlich ein deutliches Einknicken der dortigen konjunkturellen Entwicklung. Dies dürfen wir nie übersehen. Wir dürfen auch nicht sozusagen hinter dem Paravent andere Probleme verbergen. Es gibt eine deutliche Tendenz weg vom Dollar und hin zum Euro, was für ein exportstarkes Land immer eine besondere Belastung bedeutet, nicht nur eine Vertrauensaussage für die eigene Währung. Es bedeutet eine Belastung, was die Ver-

teuerung der eigenen Güter an den Weltmärkten anbelangt.

Wir alle wissen, wie schwer sich seit langer Zeit Japan als ein wichtiger Faktor in der Weltwirtschaft tut, aus konjunkturellen Krisen herauszukommen und sich um ein kontinuierliches Wachstum bemüht, wie dies auch für Deutschland und die meisten europäischen Staaten gilt. Dennoch bleibt es in sehr niedrigen Margen hängen. Ich muss nicht besonders betonen, dass Südamerika, die dortige Entwicklung usw. noch hinzukommen.

Wir haben dort ganz deutliche Risiken und Unabwägbarkeiten, die diese Risiken schwer kalkulierbar machen.

Dieser Tage hat sich das rheinland-pfälzische Kabinett mit dem Vorstand des größten Unternehmens unseres Landes, der BASF, getroffen. Wir haben gerade über solche weltwirtschaftlichen Entwicklungen mit einer Unternehmensleitung gesprochen, die deshalb besondere Erfahrung hat, weil sie an fast all den genannten Stellen in der Welt nicht nur tätig, sondern auch produktiv und zum Teil investiv tätig ist. Da gibt es einige Zeichen, die zum Besseren zeigen wie in China und Indien. Aber auch dort ist man in sehr starkem Maß von den anderen weltweiten Entwicklungen abhängig.

Wir haben erlebt, dass man Unsicherheiten auch von denen erfährt, die diese ökonomischen Entwicklungen zur Grundlage nicht zuletzt eigener Investitionsentscheidungen machen.

Ich bin froh darüber, dass wir festhalten können, dass gerade auch dieses Unternehmen einen herausragenden Erfolg feststellen kann, was seine eigene Entwicklung angeht.

Ferner bin ich froh darüber, dass wir miteinander festhalten können, dass es sich um ein Unternehmen handelt, das in den vergangenen Jahren eine Unternehmenskultur gepflegt hat, die leider nicht bei allen Chemiegroßkonzernen in Deutschland festzustellen war. Dass dies erfolgreich war, gibt uns Mut und Zuversicht, was den Standort Ludwigshafen als Zentrale dieses Weltunternehmens und was letztlich die Gesamtentwicklung des Landes angeht. Es geht also nicht nur um die Entwicklung der Stadt Ludwigshafen und dieser Region, sondern um die Gesamtentwicklung des Landes. Wir wissen alle, wie bedeutend dieses Unternehmen für die gesamtwirtschaftliche Situation im Land ist.

Im vergangenen Jahr konnten wir ein Wirtschaftswachstum von 1 % verzeichnen. Das war die zweithöchste Rate der Länder in Deutschland. Ich will nicht in die Diskussion verfallen, dass, wenn es gut gelaufen ist, die Regierung dafür verantwortlich war und, wenn es schlecht gelaufen ist, andere Faktoren dafür verantwortlich waren. Wir wissen, dass vieles zusammenkommen muss, um eine so günstige Situation zu haben.

Ich weiß auch um die Basiseffekte. Wenn wir im nächsten Jahr nur relativ schwächer sind, dann sind die Prozentzahlen deutlich mehr im negativen Bereich. Das muss man alles sehr relativ sehen, damit man nicht überzeichnet. Man darf es doch zumindest als einen Hoffnungsschimmer ansehen und sagen, dass wir ent-

lang dieses Datums, aber auch entlang des Datums "Arbeitsmarkt", wobei wir immer noch an viertgünstigster Stelle in Deutschland liegen, dem Grunde nach nicht nur negative Betrachtungen in dieses Austasten der Zukunftsentwicklung als Bemessungsfaktoren einbringen müssen, sondern eine Reihe von positiven Faktoren.

Meine Damen und Herren, ich unterstreiche erneut, welche Bedeutung die europäische Entwicklung für uns haben wird. Ich bin sehr dankbar, dass wir uns als Land Rheinland-Pfalz – ich bin froh, dass die Parlamentarier das aufgenommen haben in der Diskussion über das mehrfach erwähnte Treffen in Lübeck - darum bem ühen, Länder und Nationalstaat, aber auch kommunale Selbstverwaltung in dieser europäischen Entwicklung so zu positionieren, dass wir die Stärken der Differenzierung und der Verantwortung so nahe wie möglich vor Ort nicht verlieren, aber auch das notwendige Maß an gemeinsamer Handlungskraft erhalten. In dieser Hinsicht wird uns noch einiges ins Haus stehen. Dabei wollen wir unsere Chancen erkennen und auf unsere Weise die europäische Zusammenarbeit mit vielen Regionen in Europa pflegen und uns in diese Entwicklung einbringen.

Meine Damen und Herren, es gehört dazu, daran zu erinnern, dass wir nach wie vor eine Aufgabe miteinander zu bewältigen haben, die keiner anderen Industrienation in dieser Welt auf diese Art und Weise gestellt worden ist, nämlich die tatsächliche Verwirklichung der Wiedervereinigung, die wir Gott sei Dank in Frieden erreichen konnten. Es ist uns jetzt aufgegeben worden und bis zum Jahr 2019 vertraglich vereinbart, die notwendigen Solidarleistungen zu erbringen.

Vorhin ist gesagt worden, wie schwierig das Finanzgebaren dieses Landes sei. Sie wissen es, und ich habe es bei der Einbringung dieses Nachtragshaushalts im Detail durchdekliniert: Wenn wir mit den Haushaltsentscheidungen, die wir getroffen haben, ohne die Aufgabe der Solidarleistung der Wiedervereinigung und der Neuverteilung der Finanzströme gehandelt hätten – ich möchte das nicht tauschen und auch nicht missverstanden werden –, dann hätten wir Ihnen seit dem Jahr 1997 einen Haushalt mit einem Überschuss und nicht mit einem Nettokreditbedarf vorlegen können. Ich will das nur sagen, damit wir uns nicht ständig so vergaloppieren, als hätten Leute gewütet und mit vollen Händen das Geld aus dem Fenster geworfen.

# (Beifall der SPD und der FDP)

Ich will daran erinnern dürfen, dass, wenn man den Zeitraum von 1980 bis 1991 mit dem Zeitraum von 1992 bis jetzt vergleicht – ich beziehe den Nachtragshaushalt 2003 mit ein –, man feststellen kann, dass es in den 80er-Jahren Steuermehreinnahmen von im Schnitt 6,4 % gab. In den Jahren 1992 bis 2003 sind die Steuereinnahmen von im Schnitt 2,5 % zurückgegangen, meine Damen und Herren. Die bereinigten Gesamtausgaben lagen im Zeitraum von 1980 bis 1991 im Schnitt bei 6,2 % Zunahme. Diese Regierung hat die bereinigten Gesamtausgaben seit dem Jahr 1992 auf 2,4 % im Schnitt zurückgefahren, meine Damen und Herren.

Davon zu reden, wie dies getan worden ist, dass die Veränderung der Ausgabenpolitik in dieser Zeit einge-

treten sei, ist vor diesem Hintergrund schlicht und einfach unzutreffend. Das sage ich ohne jede Schärfe. Man muss aber doch auf die Fakten verweisen dürfen, die einfach negiert und nicht wahrgenommen werden, weil manche Vorwürfe dann besser passen.

### (Beifall der SPD und der FDP)

Sie wissen, dass in den Jahren 1980 bis 1991 die Vorgaben des Finanzplanungsrats im Schnitt in Rheinland-Pfalz überschritten worden sind und wir dies auf die Ebene der Vorgaben des Finanzplanungsrats zurückgenommen haben. Als Beleg dafür könnte ich die Kreditfinanzierungsquote nennen. Sie lag in den Jahren 1980 bis 1991 – ich werde es immer wieder sagen, bis sich die Wahrheit in Rheinland-Pfalz kommuniziert hat, weil es offensichtlich sehr schwer ist, da das Vorurteil immer weiter gepflegt wird, wir hätten mit dem Geld geaast –

#### (Beifall der SPD und der FDP)

bei 9,3 %. Die Kreditfinanzierungsquote liegt jetzt bei 8,2 %. Das ist die Realität. Natürlich werden Kredite größer und stellen sich mit dem Größerwerden immer schwieriger dar. Deshalb gibt es die Zielmarke, die wir mit aller Kraft anstreben, bis zum Jahr 2008 von dieser Tendenz wegzukommen. Es könnten weitere Parameter angeführt werden, wie zum Beispiel das Verhältnis der Nettokreditaufnahme zum Steueraufkommen. Es wird überall eine ähnliche Tendenz deutlich.

Ich behaupte nicht, dass wir genug getan hätten, weil nach den Einnahmeneinbrüchen für mich auch klar ist, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn wir vor fünf oder sechs Jahren noch deutlicher auf die Bremse getreten hätten. Dass wir auf die Bremse getreten haben, habe ich vorhin nachgewiesen. Wir haben die Ausgaben im Schnitt in der Größenordnung von 4 % pro Jahr zurückgefahren gegenüber der früheren Regierungsverantwortungsperiode, in der die Union die Spitzenverantwortung in diesem Land getragen hat. Ich behaupte nicht, dass man das früher hätte machen sollen oder können, wenn man das erwartet hätte. Ich schließe mich in dieser Hinsicht einer Aussage, die Herr Kollege Mertes vor einiger Zeit gemacht hat, in vollem Umfang an.

Angenommen, wir hätten das Verständnis gehabt und hätten diesem Haus in einer solchen Zeit vorgeschlagen, auf die Bremse zu treten, in der erwartet worden ist, dass die mittelfristigen Steuereinnahmen um 7,5 % steigen – das waren die bundesweiten Prognosen –, also noch weiter zurückzufahren, dann bin ich mir über den Verlauf der Debatten nicht sicher. Wir alle leben von den Erkenntnissen und von dem Eingebettetsein in Erfahrungen, die wir erst gemacht haben müssen. Zugegeben: Anders vorausschauend wäre es besser und klüger gewesen. – Karl Valentin hat deshalb zu Recht einmal gesagt: Prognosen sind deshalb so schwer, weil sie in die Zukunft reichen.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr sind wir mit Steuermindereinnahmen von 885 Millionen Euro gegenüber unseren Ansätzen, die noch unter den Ansätzen liegen, die der Finanzplanungsrat vorgegeben hatte, zurückgeblieben. Das ist natürlich eine erschreckende

Entwicklung. Aus diesem Grund spüren wir nun die Herausforderung der konjunkturellen Situation und der Arbeitsmarktsituation, die sich auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite widerspiegelt. Dass dazu die Herausforderungen der demographischen Entwicklungen kommen, habe ich bei anderer Gelegenheit ausgeführt.

Ich will das nur noch einmal ansprechen, damit dieser wichtige Orientierungspunkt für die künftige Haushaltsund Finanzpolitik nicht aus dem Auge verloren wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten in Rheinland-Pfalz nach dem Finanzausgleich schon immer eine Steuerkraft, die unter dem Durchschnitt der Länder lag. Wir liegen bei knapp 98 %. Das wird sich auch nicht maßgeblich verändern, wenn 2005 der neue Länderfinanzausgleich seine Wirkung entfalten wird. Wir sind da nicht schlecht weggekommen, aber das wird sich nicht maßgeblich verändern.

Dieses Datum muss natürlich auch beachtet werden, wenn wir unsere Ausgabenpolitik letztlich in diesem Haus beschließen, und muss Maßstab sein. Deshalb werden wir darauf achten müssen, dass wir, wenn nicht Sonderfaktoren oder gewollte politische Schwerpunkte etwas anderes gebieten, uns ansonsten in den Ausgaben diesem Einnahmendatum annähern und es in einigen Bereichen bei dem Ausgabenfaktor auch unterschreiten, weil wir sonst die Luft und Freiheit für Schwerpunktbildungen nicht haben, außer wir laufen wieder in die Entwicklung der zusätzlichen Nettokreditaufnahme hinein.

Das ist ein Maßstab, den wir versuchen müssen anzugehen und den wir versucht haben, in der Vergangenheit anzugehen, der sich aber vor dem Hintergrund der aktuellen Lage noch dringlicher darstellt.

Wir wissen alle, dass es heute ebenso wie in den 50er-, 60er-, 70er- und 80er-Jahren einige Sonderfaktoren gibt. Wenn wir Finanzdaten nennen, wollen wir das früheren Regierungen genauso zugute halten, wie wir für uns reklamieren, dass uns das zugute gehalten wird. Ich nenne das Beispiel der heutigen Konversionsherausforderungen und die dadurch zu früheren Zeiten bedingten nicht vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten wegen der Inanspruchnahme von Flächen in großen Teilen unserer Regionen aufgrund von militärischen Notwendigkeiten.

Meine Damen und Herren, wenn das die Ausgangslage ist, ist klar, dass wir Unsicherheiten im Einnahmenbereich, bei den Einnahmenerwartungen haben. Wir sind mit diesen Unsicherheiten in den vergangenen Jahren das gilt auch für diesen Nachtragshaushalt – immer so umgegangen, dass wir unter den Daten geblieben sind, die uns die Finanzplanung als Wachstumsraten vorgegeben hat. Wir sind für den Haushalt insgesamt und auch für diesen Nachtrag davon ausgegangen, dass wir mit einem Prozent Wirtschaftswachstum kalkulieren. Wir haben darüber hinaus durchaus das eine oder andere an Möglichkeiten, eine kleine Abweichung abzufedern, weil dies natürlich auch im Rahmen der Finanzausgleichsregelungen zwischen den Ländern zu anderen Mechanismen führt. Da ist aber sicher keine Luft nach oben drin. Da sind keine Spielräume vorhanden, die man durch eine Ausgabenpolitik ausschöpfen kann. Es sind auch keine Spielräume vorhanden, die es uns auf andere Art und Weise ermöglichen, uns an notwendigen Entscheidungen vorbei zu drücken.

Im Wesentlichen haben wir also Gestaltungsmöglichkeiten im Ausgabenbereich. Da sind zusätzliche Ausgabenbelastungen auf uns zu gekommen, die ursprünglich zumindest in diesen Dimensionen von niemandem erwartet worden sind. Ich nenne insbesondere auch die Tarifrunde. Wir hatten alle mit einer gewissen Kostensteigerung in diesem Bereich gerechnet, aber in diesen Dimensionen hat das nach meiner Einschätzung niemand in diesem Haus erwartet. Ich habe zumindest nie solche Signale gehört.

Im Übrigen kommt es dabei darauf an, dass wir, um diesen Kostenfaktor im Griff zu halten, natürlich auch im Personalkostenbereich die notwendigen Entscheidungen zu treffen bereit sind, so wie wir notwendige Einsparentscheidungen auch im Sachkostenbereich getroffen haben.

Ich will einige Daten in diesem Zusammenhang nennen und in unsere Erinnerung zurückrufen. Wir hatten Ihnen ein Einsparvolumen in der Größenordnung von 352,9 Millionen Euro vorgelegt. Ich bin dankbar, dass sich dieser Betrag auf 357,9 Millionen Euro, das sind 3,1 % des Gesamtausgabenansatzes im Haushalt 2003, nach den Beratungen in diesem hohen Haus erhöht hat.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass dabei die sächlichen Verwaltungsausgaben auch noch einmal von Ihnen in den Einspareffekten von ursprünglich 13,2 % auf jetzt 13,5 % des Einsparvolumens, das wir erbracht haben, angehoben worden sind.

Wir haben im Bereich der so genannten Subventionen – Frau Kollegin Thomas, Sie haben reklamiert, da würde nicht genug geschehen – eine Einsparungsgrößenordnung von 141,8 Millionen Euro, das sind 39,6 % des Einsparvolumens, erbracht. Hinzu kommen andere nicht investive Zuweisungen und Zuschüsse, die mit 14,4 % einen Beitrag leisten. Die sonstigen Investitionsausgaben, die nicht Subventionen nach den Begrifflichkeiten sind, die auch in diesem Haus verwendet werden, ergeben 19,1 %. Bei den übrigen Ausgaben sind es 1,1 %.

Sie sehen, dass wir uns in all diesen Bereichen massiv bewegt haben. Frau Kollegin Thomas, ich will respektieren, dass Sie und Ihre Fraktion den Mut gehabt haben, in den Gesprächen klare Haushaltspositionen zu nennen, zu denen Sie weitere Einsparungen vorgeschlagen haben. Wir beide wissen ebenso wie andere, die an diesen Gesprächen teilgenommen haben, dass durch eine Umsetzung eines Teils der Vorschläge lediglich die globale Auflage, die vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ohnehin zu ebringen war, ersetzt und festgeschrieben worden wäre, weshalb dadurch keine zusätzlichen Effekte entstanden wären. Man kann aus Ihrer Sicht argumentieren, dass mehr Klarheit entstanden wäre. Ich tendiere allerdings auch dazu, dass wir gerade in diesem Bereich in dieser unsicheren wirtschaftlichen Zeit im Sinne dessen, was Herr Kollege Kuhn gesagt hat, gut daran tun, wenn wir einige Flexibilität haben. Wir haben immer wieder Überraschungsdinge auf dem Tisch, die es notwendig machen, dort einigermaßen flexibel zu sein. Auch wenn wir Ihre Vorschläge umgesetzt hätten, wäre das Einsparvolumen zumindest im Wesentlichen nicht verändert worden.

Meine Damen und Herren, ich will zu dem Ansatz, dass der Personalkostenansatz seinen Beitrag leisten muss, zurückkehren und deutlich machen, dass er mit 12,2 % des Einsparvolumens – in Zahlen 43,7 Millionen Euro – an diesen Einsparbemühungen beteiligt ist. Durch die Anstrengungen im Rahmen der Beratungen im Landtag sind das 5,3 Millionen Euro mehr als gegenüber dem ursprünglichen Ansatz.

Ich bin dafür dankbar und möchte damit allerdings auch aussagen dürfen, dass nicht die Rede davon sein kann – so wie dies bei der einen oder anderen Demonstration deutlich geworden ist –, dass wir sozusagen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – wie ist das da formuliert worden – zu Sparschweinen unserer Haushaltspolitik machen würden. Dem ist nicht so. Ich stimme auch ausdrücklich dem zu, was Herr Kollege Mertes gesagt hat, nämlich, dass wir natürlich die kumulierenden Effekte betrachten müssen, aber auch kein Weg daran vorbei führt, dass wir im Bereich der Personalkosten weitere Anstrengungen unternehmen müssen.

Herr Kollege Dr. Böhr, ich bin sehr gespannt auf die Ansätze, die Sie im Zusammenhang mit dem Abbau von Standards und Verwaltungsaufwand angesprochen haben. Ein Abbau wird sich nur dann in Stellen auswirken, wenn er so gravierend ist, dass zumindest auf der Zeitschiene gesehen Stellen eingespart werden können. Wir wollen da natürlich auch weiterkommen, weil bei der Umwandlung in Landesbetriebe die Effekte noch nicht voll erreicht wurden. Wir haben alle gesagt, dass das ohne Entlassungen vonstatten gehen soll. Von diesem Grundsatz wollen wir auch nicht weg. Wenn dies so ist - im Übrigen haben wir es zu einem großen Teil mit Beamtinnen und Beamten zu tun, die man ohnehin nicht entlassen kann -, mussten wir auf der Zeitschiene diese neuen Ansätze wählen. Das bedeutet, dass für eine gewisse Zeit die Overhead-Kosten in diesen Landesbetrieben höher sind, als sie sein werden, wenn wir die tatsächliche Größenordnung der Personalbemessung erreicht haben werden.

Das gilt für den LBB in abgeschwächterem Maß, weil wir früher angefangen haben, für den LSV in stärkerem Maß und in anderen Bereichen ähnlich. Insoweit sind noch Effekte enthalten.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich bitte einmal – das ist in die Debatte eingeführt worden – die Vorschläge von Baden-Württemberg an. Ich meine nicht, dass man nicht hinschauen sollte. Vielleicht lernen wir an mancher Stelle auch noch etwas. Wenn wir etwas lernen können, nehmen wir es gern auf. Insgesamt haben wir weit weniger obere Landesbehörden, als dies in Baden-Württemberg der Fall ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Insoweit bedarf es in Baden-Württemberg noch eines weiten Entscheidungsbedarfs, bis man den Stand von

Rheinland-Pfalz erreicht hat. Man konnte es sich dort eher leisten. Außerdem hat es der Kollege Teufel nicht so einfach; denn dort spielen immer noch Dinge der Zusammenlegung von ehemals drei eigenständigen Ländern und Probleme eine Rolle, die wir, was das Zusammenwachsen des Landes angeht, in Rheinland-Pfalz sehr viel stärker überwunden haben.

Das ist auf den zweiten Blick alles nicht so einfach wie auf den ersten. Deshalb will ich nicht rechten. Dort sind viele Strukturen vorgeschlagen, die wir teilweise schon zu Zeiten von Peter Altmeier oder Helmut Kohl aufgelöst haben. Darüber hinaus haben wir in vielen Bereichen in den letzten zehn Jahren entsprechende Entscheidungen getroffen. Man muss sich immer darum bemühen. Allerdings ist dies leichter gesagt als getan.

Meine Damen und Herren, Sie sagen immer, dann sparen wir im Verwaltungsbereich. Der Anteil der Beschäftigten im Land Rheinland-Pfalz beträgt im Verwaltungsbereich etwa 30 %. Ansonsten beschäftigen wir Lehrer, Polizeibeamte, Richter, Vollzugsbeamte in den Justizvollzugsanstalten, Hochschullehrer etc. Hierbei handelt es sich um Bereiche, die man nicht der Verwaltung zuordnen kann. Diese müssen gesondert gemäß ihrer Aufgabenstellung beachtet werden. Ich sage nicht, dass man dort nicht auch nach Effizienzgewinnen suchen muss. Diese Bereiche können aber nicht der Verwaltung zugerechnet werden. Hier kann man nicht einfach sparen.

Im Übrigen – das will ich einmal zugunsten der Verwaltungsbeamtinnen, der Verwaltungsbeamten, der Angestellten und der Arbeiter in diesen Bereichen sagen – wissen wir auch, welch hohe Bedeutung für das Funktionieren einer modernen Volkswirtschaft in einer Verwaltung steckt. Die ersten Jahre in den neuen Ländern in der ehemaligen DDR haben uns dies nachhaltig gezeigt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollen und müssen mit Augenmaß mit diesen Dingen umgehen.

Es ist gesagt worden, dass wir uns auch auf zukunftsgerichtete Diskussionen in diesem Zusammenhang einstellen müssen. Ja, gern. Es gehört zu meiner persönlichen politischen Muttermilch, über Dienst- und Personalrecht diskutiert zu haben. Das hat mich schon als Jugendvertreter begleitet und begleitet mich bis heute. Deshalb hat es mich auch nicht so sehr überrascht, was in den Papieren der Bull-Kommission steht, die in Nordrhein-Westfalen eingesetzt worden ist. Ich muss ehrlich sagen: Respekt vor den Personen, aber etwas wirklich Neues habe ich darin bisher nicht gelesen.

Die Frage ist, wie man etwas ordnet. Hier kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Eines wird immer richtig bleiben: Wenn man ein einheitliches Dienst-/ Personalrecht will, wird es ohne eine Änderung des Artikels 33 der Verfassung nicht gehen. Der Kollege Rüter hat den entscheidenden Anteil, dass eine Öffnung möglich sein könnte. Wir wollen noch vorsichtig sein. Das ist über die entsprechende Arbeitsgruppe der Chefs der Staats- und Senatskanzleien hinsichtlich der Föde-

ralismusdebatte ein Stück geöffnet worden. Es ist abgesehen von einer Änderung des Artikels 33 Abs.5 schlicht und einfach müßig, über diesen Ansatz hinaus zu erwarten, dass eine weitgehende Änderung des Artikels 33 im Sinn dessen möglich würde, was eine tiefgreifende Änderung des Personal- und Dienstrechts anbelangt.

Das halte ich in Deutschland für ausgeschlossen. Ich kann nicht für alle Zeiten reden, aber für einen überschaubaren Zeitraum. Ich glaube, es lohnt sich nicht, Fronten entstehen zu lassen, die uns nicht weiterhelfen. Wenn es so ist, hilft es mir vor dem Hintergrund, dass die Einspareffekte jetzt und in den nächsten Jahren entstehen müssen, nichts, wenn wir sagen, jetzt führen wir einmal eine grundsätzliche Diskussion. Ich habe nichts gegen eine Diskussion. Sie wird sich nicht in Euro und Cent niederschlagen. Deshalb warne ich davor zu sagen: Das, was schmerzhaft ist, schieben wir auf diese Linie. – Das ist ein bequemer Weg. Für uns wäre dies auch der bequemere Weg.

Es macht doch keine Freude, überall, wohin man kommt, Leute mit Trillerpfeifen stehen zu sehen, die Dinge sagen, die man seinem ärgsten Feind nicht ins Gesicht sagen würde. Ich bin nicht beleidigt. Darum geht es nicht. Es ist nicht so, dass man dabei Lustempfindungen hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Manche vielleicht schon. Sie haben Recht, Herr Dr. Weiland. Sie können davon ausgehen, ich nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Sie haben Recht. Wir können es uns nicht leisten, auf diese Generallinie zu verweisen, über die man debattieren müsste, weil wir Effekte brauchen, die jetzt beginnen und sich zu veritablen Einsparungen in den kommenden Jahren auswachsen. Das ist die Herausforderung, um die es gehen muss.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es alles andere als eine Missachtung der Leistungen der Polizei und der besonderen Aufgaben, die die Polizei hat, wenn wir sagen, dass wir an den Stellen etwas tun müssen, an denen die Stellschrauben zur Verfügung stehen. Wir müssen dort etwas tun, wo wir es für verantwortbar halten, dem insgesamt notwendigen Trend zu folgen, die Lebensarbeitszeiten besser auszunutzen.

Herr Kollege Böhr, ich bin bei dem Punkt, den Sie auch angesprochen haben. Darüber hinaus müssen wir auch dort ansetzen, wo wir ansetzen können, und nicht nur auf die Generallinie verweisen, die immer eine Generallinie bleiben wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte noch etwas zu der Diskussion der Polizei sagen. Zu den Zeiten als das jetzige Pensionierungsalter auf 60 Jahre festgelegt worden ist, hatten wir in Rheinland-Pfalz – wenn die Zahlen richtig sind, die mir genannt worden sind – 3.400 Polizeibeamte. Frauen gab es wahrscheinlich überhaupt noch keine. Heute haben

wir knapp über 9.000. Gott sei Dank kommen gerade in diesen Tagen 200 ausgebildete Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen in die Dienststellen, die – das hat es in keinem Land so wie in Rheinland-Pfalz gegeben; Stichwort zweigeteilte Laufbahn – zum Unterschied eines Volkswirtschaftsstudenten oder einer Volkswirtschaftsstudentin vom Staat bezahlt werden, und zwar während der Dienstzeit über die Anwärterbezüge oder über die erreichten Bezüge aus der Besoldung. Das darf man wenigstens ein bisschen auf die Gesamtrechnung setzen, damit dies gesehen wird.

Ich möchte doch noch einmal daran erinnern dürfen, dass seit 1991 22.000 Beförderungen Ausdruck der Wertschätzung für die Arbeit der Polizei sind. Wir haben doch nicht die Regelung geschaffen, dass zwischenzeitlich 100 % der Kriminalbeamtinnen und -beamten und 70 % der Schutzpolizeibeamtinnen und -beamten Kommissar oder mehr sind. Wir haben das doch nicht gemacht, weil wir gesagt haben, dass wir mehr Geld ausgeben wollen, sondern weil uns einsichtig war, welch hohe Verantwortung und Bedeutung der Beruf der Polizeibeamtinnen und -beamten hat. Dies ins Gegenteil zu verkehren, weil man – dies darf eine Gewerkschaft – Interessensvertretung pur vornimmt, ist nur ein Teil, und zwar ein ziemlich verzerrter Teil der Wirklichkeit und der Wahrheit in Rheinland-Pfalz.

### (Beifall der SPD und der FDP)

Es wird auch in Zukunft so sein müssen, dass wir das Notwendige tun, weil wir ansonsten die Forderung aus diesem hohen Hause, die sich mit der Einsicht der Landesregierung völlig deckt, nämlich dass uns die Personalkosten nicht ins Uferlose weglaufen dürfen und damit der Haushalt unbeherrschbar werden könnte, immer herunterbrechen müssen auf einzelne Entscheidungen, auch auf solche, die weh tun. Ich weiß, dass es nicht so ohne weiteres einfach aus dem Ärmel zu schütteln ist, wenn ein Inspektor oder Oberinspektor oder ein Hauptsekretär jetzt für seine Gesundheitsversorgung einen Eigenbehalt erbringen muss. Im Übrigen haben wir diejenigen in unteren Einkommensgruppen bei dieser Operation entlastet, sehr bewusst aus sozialer Erwägung. Aber natürlich weiß ich, dass das etwas kostet. Ich denke, es ist auch in Ordnung, dass man das gestaffelt macht, dass diejenigen, die in den B-Besoldungsgruppen, auch die Kabinettsmitglieder und die Staatssekretäre, soweit sie nicht in einer gesetzlichen Krankenversicherung sind, wie ich und andere, daran beteiligt

Meine Damen und Herren, natürlich weiß ich, dass 13 Euro für die Wahlleistungen auch Geld sind, aber es ist die Familie einbezogen. Schauen Sie einmal, was man privat bezahlen muss. Ich bin Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse und muss mich privat für das gleiche Risiko versichern. Ich zahle 98 Euro dafür, nicht 13 Euro. Ich sage das, damit niemand sagt: Jetzt hat er öffentlich gejammert und sagt, es sei zu viel Geld für ihn. Ich kann das bezahlen, keine Sorge. Ich sage nur: Die Relationen zwischen einem Angestellten im privaten Sektor und in einer solchen Situation klaffen immer noch sehr deutlich auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt noch einmal zu der Frage der Diskussion über die Öffnungsklausel und auch des Verbleibens oder Nichtverbleibens in der Tarifgemeinschaft der Länder. Dass die Dinge miteinander etwas zu tun haben, dass das sozusagen die gleiche Aufgabenstellung ist, das zu beleuchten, glaube ich, muss man nicht besonders begründen.

Deshalb haben wir auch gesagt: Wir prüfen das eine, nämlich die Frage der Öffnungsklausel, und wir stellen die Frage des Verbleibens in der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder auf den Prüfstand. Übrigens, zu sagen, es hätte einen Kurs rein und raus gegeben, das ist schlicht unrichtig. Dass man eine Frage einmal prüfen muss, kann und darf, und dann am Ende eine Entscheidung trifft, das kann ich nicht als Zickzackkurs oder so etwas akzeptieren, wie es hier bezeichnet worden ist.

### (Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Es war eine ganz klare Aufgabe, zu sagen, wir schauen uns das an. Nach Abwägung sind wir der Überzeugung gewesen, dass wir durchaus viele Argumente sehen, die für eine Einheitlichkeit von Besoldung und Tarifebene in Deutschland sprechen - wir haben es auch einmal in Deutschland mühsam herbeigeführt; es gibt viele Argumente dafür, es gibt auch Argumente dagegen, die Egenständigkeit der Länder, die Unterschiedlichkeit von Situationen, aber es ist ein Abwägungsprozess -, und bei der Frage der Öffnungsklausel war für uns ein maßgeblicher Punkt, zu sagen: Wenn dort Variable nach oben gegeben sind, dann halten wir es für Rheinland-Pfalz schwer für verantwortbar, einen solchen Weg mitzugehen, weil wir mit Nachbarn, insbesondere Baden-Württemberg und Hessen, die traditionell eine sehr viel günstigere Finanzsituation haben als Rheinland-Pfalz, nicht aktuell, aber damit auch in die Zukunft hinein, nicht gern in einer Weise konkurrieren möchten. dass uns interessante Positionen, beispielsweise auch im Hochschulbereich, dann wegkonkurriert werden. Das war unsere Abwägung.

Die Entscheidung ist von der großen Mehrheit des deutschen Bundesrats anders getroffen worden. Wir haben uns damit auseinander zu setzen. Es sieht alles so aus, dass der Bund diese Entscheidung der Länder aufnimmt und sie in ein entsprechendes Gesetz überleitet. Dann werden wir sehen, wie die Entwicklungen weitergehen. Wir werden in Verfolgung unseres bisherigen Kurses nicht diejenigen sein, die dann auf diese neue Regelung mit zwei Füßen springen.

Ich sage aber auch, wie ich dies gegenüber ver.di bei deren Landesbezirkskonferenz ausgeführt habe, wie ich dies vor drei Tagen dem Landesvorstand des Deutschen Beamtenbunds in einem Gespräch gesagt habe und anderen Gewerkschaften, auch dem DGB in einem Gespräch. Wir werden uns natürlich, wenn andere diese Karte ziehen, beispielsweise die Möglichkeit, das 13. Monatsgehalt umzulegen auf die Monatsgehälter und entsprechende Abschläge zu machen, mit oder ohne Dynamisierung – das ist auch rechtlich nicht so einfach –, auf Dauer nicht davon abkoppeln können, weil uns dann auch diese Erkenntnis, die ich einleitend angesprochen habe, einholen muss, nämlich dass wir nach Finanzausgleich nur 98 % des Gesamteinkommens

haben und ohne Finanzausgleich noch deutlich niedriger, nämlich bei 90 % liegen, wenn es um die Steuereinnahmen geht. Wer auf den Ausgleich mit anderen angewiesen ist – das waren wir immer, und das sind wir auch –, der kann sich, wenn andere solche Operationen machen, nicht auf die Seite stellen und sagen: Das machen wir nicht mit, aber gebt uns einen höheren Anteil. – Das wird zu Recht niemand machen. Deshalb sind wir, selbst wenn wir de jure frei sind, aber de facto an solche Entwicklungen gebunden. Das wird sich in den kommenden Monaten in den Entwicklungen zeigen. Wir werden dann über die Wege zu beraten haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch zwei kurze Punkte zu dieser Betrachtung. Ich bin sehr dankbar dafür, dass in den Gesprächen, die wir im Zusammenhang mit der Begleitung dieser Haushaltsberatungen über Fraktionsgrenzen hinweg hatten, wir dabei viele Erkenntnisse über Einschätzungen von Fraktionen bekommen haben, die natürlich wichtig sind, wenn man wissen will, wie die Grundtendenzen und Grundstimmungen sind. Ich bin auch froh darüber, dass gesagt worden ist, einige Dinge stellen wir nicht zentral in Frage. Es sind beispielsweise auch die Forstreform und die Agrarreform genannt worden. Ich bin dankbar dafür - ich sage dies ausdrücklich -, weil es natürlich das Leben erleichtert. Ich wäre aber auch dankbar, wenn vor Ort - das ist eine Bitte, nicht mehr; ich will keine Schärfe und keine Aggression mit hineinbringen nicht wieder ein neuer Schlenker gemacht wird. Wenn man die Reformen nicht mehr als solche angreift, dann greift man in jeder Stelle die Wirkung der Reform an. Ich habe gerade wieder ein Beispiel vorliegen. Dann sagt man natürlich nichts gegen die Forstreform: Aber warum in Edenkoben, warum in Bergzabern? Wenn es anders herum wäre, beispielsweise in Annweiler, dann würde so herum gefragt werden. Warum dort? - Es ist doch nicht gerechtfertigt, immer an der Stelle, wo es trifft. Das ist natürlich ein Ausweichen gegenüber der Verantwortlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dann müssen Sie uns zumindest zugestehen, dass wir das bemerken.

Herr Kollege Schmitt, Sie sind gestern und heute schon mehrfach auf diesem Trip hier angetroffen worden. Sie sind immer noch ein Exponent einer sektoralen Betrachtung der landespolitischen Verantwortung, wie ich bisher kaum einen getroffen habe.

(Abg. Schmitt, CDU, meldet sich zu Wort)

 Herr Präsident, Herr Kollege Schmitt möchte eine Zwischenfrage stellen.

# Vizepräsident Dr. Schmidt:

Bitte schön, Herr Kollege Schmitt.

### Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, ich bedanke mich dafür.

Herr Ministerpräsident, würden Sie mir zugestehen – Sie haben die Agrarverwaltungsreform angesprochen –, dass der Vorschlag der CDU ein ganzheitlicher ist und wesentlich weiter geht, sowohl in der Einsparung als auch in dem, was umfasst wird? Wir wollen alle sieben Stellen, die betroffen sind, mit einbinden. Wir hatten also wesentlich mehr Mut, auch mit denen den Krieg anzufangen. Sie kennen unsere Entscheidung.

(Mertes, SPD: Ohne Rücksicht auf Verluste!)

Das ist nicht kleinkariert, im Gegenteil. Ich habe nie diskutiert. Entschuldigung, Sie werden bis heute keine Äußerung von mir kennen, die lautet: Trier und nicht Bernkastel. – Ich habe vielmehr gesagt: Ich mache es von der Frage der Effizienz und der Frage der Kosteneinsparung abhängig. – Dann ist mir der Standort Trier oder Bernkastel gleich. Das waren die Äußerungen.

### Vizepräsident Dr. Schmidt:

Verehrter Herr Kollege Schmitt, Sie wollten eine Frage stellen.

## Abg. Schmitt, CDU:

Würden Sie das zugestehen, dass dieser Ansatzpunkt ganzheitlich ist?

### Beck, Ministerpräsident:

Lieber Herr Kollege Schmitt, ich würde gern zugestehen, dass ich mich daran erinnere, dass Herr Kollege Bauckhage, als er genau auf Ihre Vorschläge von diesem Rednerpult aus eingegangen ist, leider sagen musste, dass ein Löwenanteil dessen, was Sie vorgeschlagen haben, nicht einmal mit der Verfassung kompatibel ist, wenn ich mich richtig erinnere.

(Schmitt, CDU: Warum denn das? Erklären Sie das bitte!)

Ich kann es Ihnen nicht erklären. Ich bitte um Verständnis. Fragen Sie den Ressortchef. Ich habe aus dem Gedächtnis zitiert, was der Ressortchef zu Ihren Vorschlägen gesagt hat. Ich bitte, mich nicht auf jedes Detail festzulegen.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Herr Kollege Schmitt, Sie können doch nicht bestreiten
 wir lesen den "Trierischen Volksfreund", das müssen
 Sie immer einkalkulieren –.

(Beifall der SPD – Mertes, SPD: So ist es!)

dass Sie immer und bei jeder Gelegenheit, wenn es um irgendeine Entscheidung ging, so getan haben, als wä-

ren Sie der Gralshüter des Trierer Landes und gegen alles und jedes polemisiert haben, bis es kracht.

(Beifall der SPD und der FDP – Mertes, SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

- Doch.

Herr Kollege Schmitt, es ist Ihr gutes Recht, Ihr Mandat wahrzunehmen, wie Sie das für richtig halten, aber es ist mein gutes Recht, auch eine Meinung dazu zu haben. Ich halte Sie in diesem Zusammenhang für einen derjenigen, die noch Saulus sind und noch einen weiten Weg haben, bis sie Paulus werden, mein lieber Herr Kollege.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

 Ja, die Heftigkeit Ihrer Gegenwehr macht deutlich, dass Sie sich ertappt fühlen, verehrter Herr Kollege. Das ist doch eindeutig so.

> (Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Schmitt, CDU – Zuruf von der SPD: Richtig!)

Ich weiß, wie das ist. Man sucht immer einen Weg, der es ermöglicht, dass man das, was man den Menschen nach dem Mund redet, noch begründen kann. Das habe ich angesprochen.

> (Schmitt, CDU: Genau das Gegenteil ist der Fall! – Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

## Vizepräsident Dr. Schmidt:

Verehrter Herr Kollege Schmitt, Sie haben eine Frage gestellt, der Ministerpräsident hat darauf geantwortet. Ich bitte darum, dass wir dem Herrn Ministerpräsidenten die Möglichkeit geben, in seinem Vortrag fortzufahren. Danke schön.

(Zurufe von der CDU)

### Beck, Ministerpräsident:

Ich habe bisher nicht gehört, dass der Agrarminister gesagt hat, dass der Unionsvorschlag jetzt seinen Vorschlag ablösen soll.

(Schmitt, CDU: Nein!)

Das Gegenteil habe ich wahrgenommen, genau das habe ich gesagt. Ich habe nur eine herzliche Bitte an Sie gerichtet, lieber Herr Kollege Schmitt.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

– Ja, ja, ich weiß, wie es ist.

Wir haben alle die weinbaupolitischen Debatten erlebt und Ihre Gesamtverantwortung in hinreichendem Maß in Erinnerung.

> (Beifall der SPD und der FDP – Schmitt, CDU: Ich habe genau das Gegenteil gesagt!)

- Nein, nein.

Beim heiligen Paulus war es ein Blitz, der plötzlich vom Himmel kam. Insoweit wollen wir auch der Gnade des Herrn bei Ihnen nicht vorgreifen.

(Beifall der SPD und der FDP – Heiterkeit bei SPD und FDP – Zurufe von der CDU)

 Warum Christdemokraten sich aufregen, wenn man die Bibel zitiert, weiß ich auch nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

 Darauf hat keiner von uns ein Monopol, sei er amerikanischer Präsident, Sozialdemokrat oder Christdemokrat, keiner, Herr Dr. Altherr.

> (Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der SPD: Sehr wahr! – Zuruf von der CDU)

 Ich weiß, dass Ihnen der Streit fehlt, aber ich tue Ihnen den Gefallen nicht.

Meine Damen und Herren, ich wollte noch ein Wort zu dem sagen, was angesprochen worden ist, nämlich zu der Frage der Gesellschaften, die gebildet worden sind, oder zu den Instrumentarien. Das war einer der drei Eckpunkte, die Herr Kollege Böhr als kritikwürdig und als grundsätzlich unterschiedliche Positionen angesprochen hat

Ich muss sagen, man hat kritisch mit dem umzugehen, was man gemacht hat, was die Auflösung der Bezirksregierung und die neue Struktur angeht. Das wissen Sie; denn das haben wir deutlich gemacht, dass wir in diesem Jahr mit einem Evaluierungsverfahren die Dinge auf den Prüfstand stellen wollen. Wir werden sicher manches aus der Praxis hinzugelernt haben, und manches wird optimierbar sein, keine Frage.

Das gilt auch für andere Ansätze, die wir gewählt haben. Wenn wir eine entsprechende Erfahrung haben, wird man vielleicht da oder dort in Einzelheiten Veränderungen vornehmen. Ich weiß es noch nicht. Warum sollte das nicht so sein?

Im Grunde genommen halte ich den Weg, den wir bisher gegangen sind, für richtig. Mich bestätigt auch, dass gerade die brandenburgische Regierung, an der auch Christdemokraten beteiligt sind, uns gebeten hat, über unsere Erfahrungen mit diesem Weg zu berichten, weil man offensichtlich ähnliche Überlegungen anstellt.

Ich glaube, dass sowohl die Budgetierung als auch die Stiftungen, der Landesbetrieb Liegenschafts- und Bau-

betreuung, Landesbetrieb Straßen und Verkehr und der Pensionsfonds zwischenzeitlich dem Grunde nach nicht mehr umstritten sind. Ich erlebe das auch nicht wirklich. Insoweit werden wir an diesem Weg festhalten.

Es kann niemand davon reden, dass damit Haushaltszahlen nicht erkennbar waren.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Im Haushalt sind überall Konzernbetrachtungen angestellt, also unter dem Strich sind diese Daten – auch die Kreditaufnahmen – mit eingerechnet und für jede Frau und jeden Mann nachvollziehbar.

Es macht sich gut, wenn man sagt, das sind Schattenhaushalte.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Man muss aber schon die Lampen ausmachen, damit der Schatten so groß ist, dass man die Zahlen insgesamt nicht lesen kann. Nein, es ist im Haushalt nachvollziehbar, was dort geschieht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Eine zweite Bemerkung zu den Kommunen. Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Nachtragsetat 46 Millionen Euro kreditiert, damit die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen geradeaus fahren können und nicht nach unten gehen.

Auf der Zeitschiene bis 2005 sind wir in einer Größenordnung von 280 Millionen Euro, wenn wir die Verrechnungsmöglichkeiten, die wir hätten, also Überzahlungen aus der Vergangenheit, einlösen würden aus diesem Zeitraum, die wir zulasten unserer Zinszahlungen an die Kommunen kreditieren.

Das darf man zumindest feststellen. Das muss in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Meine Damen und Herren, Stichwort "Konnexitätsprinzip". Ich bin dem Kollegen Mertes sehr dankbar, dass er das Stichwort, das Herr Böhr angesprochen hat, aufgenommen hat. Ich glaube, wir sollten uns natürlich bem ühen, dass wir das mit oder ohne Verfassungsklausel einhalten.

Es gibt aber auch niemanden, der sich dagegen wehrt, so etwas in eine Verfassung zu schreiben. Ich habe bei einer Debatte vor einigen Tagen schon einmal dazu Stellung genommen. Wir müssen uns dann aber über die Spielregeln klar werden.

Meine Damen und Herren, wenn das dazu dienen sollte, den politischen Alltagskampf zu führen und den Verfassungsgerichtshof zur Prellwand der politischen Auseinandersetzung zwischen Kommunen und Landesregierung zu machen, dann kann ich nur davor warnen, die heutige Regierung genauso wie die heutige Opposition; denn wir wollen unsere Verantwortung in der Regierung wahrnehmen können.

Es geht auch um das Funktionieren des Landes insgesamt. Wenn jemand dann dieser Versuchung erliegt – man kann immer ein Konstrukt finden –, wer kann dann, wenn eine Aufgabe übergeht, de facto bis in die letzten 100.000 Euro sagen, so viel Geld muss mitgegeben werden, dann ist es voll finanziert, oder es ist überfinanziert.

Wir haben alle Überfinanzierungen und Unterfinanzierungen erlebt. Ich erinnere an die Schülerbeförderung, deutliche Überfinanzierung. In manchen Bereichen herrscht allerdings auch eine Unterfinanzierung. Das wird immer eine Versuchung sein.

Ich sage aus dem, was ich als meine Verantwortung empfinde, wir sollten dem Versuch widerstehen, daraus ein politisches Pingpongspiel machen zu wollen; denn wenn das Vertrauensverhältnis, das wir zwischen den Kommunen und dem Land brauchen, auf diese Art und Weise wirklich tief greifend angegriffen würde, dann hätten wir einen teuren Preis bezahlt.

Ich wollte damit deutlich sagen, ich habe nichts dagegen, dass wir sagen, wir schauen, ob wir eine Lösung im Zusammenhang mit dieser Konnexitätsfrage finden; denn dass dies eine gerechte Forderung ist, daran wird wohl niemand Zweifel haben, aber wir müssen sorgfältig darauf achten, dass es nicht am Ende nur ein politisches Streitfeld und keine politische Orientierung mehr darstellt.

Das wollte ich noch hinzufügen dürfen. Meine Damen und Herren, deshalb glaube ich, dass wir sorgfältig damit umgehen sollten. Die Landesregierung will gern versuchen, ihren Beitrag zu leisten.

Eine letzte Bemerkung zur Sache, bevor ich zusammenfasse und abschließe, nämlich zur Frage des Forderungsverkaufs von Wohnungsbaudarlehen. Es ist von dem Kollegen Böhr gesagt worden, dass damit im nächsten Jahr etwa 15 Millionen Mindereinnahmen zu Gwarten wären. Das ist eine Kalkulation, die ich so nachvollziehen kann. Das sind die Größenordnungen, die Pimal Daumen zutreffen.

(Bracht, CDU: 15 und 17!)

Meine Damen und Herren, es ist eine sehr einseitige Betrachtung. Wenn wir uns über die Lücke, die wir jetzt im Haushalt haben, nicht einig gewesen wären, auch in den Gesprächen in den kleinen Runden mit allen Fraktionen, dass sie nicht durch zusätzliche Einsparungen in dieser Größenordnung jetzt deckbar wäre, würden wir sie mit zusätzlicher Kreditaufnahme finanzieren.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Das ist die Alternative, die ich dagegensetzen muss und auf die andere Waagschale legen muss. Dann müssen Sie dies einmal durchzinsen. Dann kommen Sie auf annähernd gleiche Belastungsgrößenordnungen, weil Sie das Soll-Haben-Zinsgefälle sehen müssen und weil auf der anderen Seite noch ein Weiteres hinzukommt, das nicht ohne Bedeutung ist: Je höher wir die Kreditaufnahme treiben – das ist etwas, was uns jetzt schon zu Recht umtreibt –, umso größer ist das Zukunftszinsri-

siko; denn wir würden diese Operation in einer Zeit der niedrigen Zinsen durchführen. Aber wir wissen nicht, ob wir in zehn Jahren diese Zinsen halten können und wir erst dann, wenn es uns denn gelingt, mit aller Kraft sehr mühsam angefangen haben werden, Schulden zurückzubezahlen. Insoweit muss dieses Risiko auch mitberücksichtigt werden. Dies in eine Relation gesetzt hat uns letztendlich dazu bewogen, diesen Weg zu gehen. Ich will gar nicht verschweigen, dass es natürlich auch etwas mit der Einhaltung der Verfassungsgrenze zu tun hat. Das müssen wir gar nicht schönreden oder an den Dingen vorbeireden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus meiner Sicht wird es mit diesem Nachtragshaushalt gelingen, dass wir die notwendigen Weichenstellungen vornehmen. Diese Weichenstellungen sind durchaus bedeutender, als dass sie nun auf dieses Jahr bis zum 31. Dezember 2003 begrenzt werden könnten, weil wir in der Haushaltsklausur des Kabinetts im November auch die Eckdaten für den Doppelhaushalt und für die mittelfristige Finanzplanung nicht etwa nur beraten, sondern auch beschlossen haben, also verantwortliche Entscheidungen getroffen haben. Wir werden am kommenden Dienstag entlang eines Berichts des Finanzministers den aktuellen Stand dieser Eckdatenentwicklung im Kabinett zur Kenntnis nehmen. Insoweit ist Klarheit geschaffen.

Sie haben Recht, wir haben natürlich eine Reihe von Effekten, die nur dieses Jahr wirken. Wir haben aber auch eine Reihe von Effekten, die sich auch in der Zukunft aufbauen, da VE-gebundene Mittel etc. zur Verfügung stehen und die Einsparvolumina entsprechend gesteigert werden können und, wie wir wissen, auch gesteigert werden müssen, um unseren Eckdaten gerecht werden zu können. Ich bin froh darüber, dass es neben dieser haushaltspolitisch verantwortlichen, wenn auch nicht leichten Entwicklung möglich gewesen ist, die inhaltlichen Schwerpunkte klar herauszuarbeiten. Das ist der Bereich Bildung und Schule, der Bereich berufliche Bildung sowie der Bereich Mobilität, und zwar nicht als etwas, das mit Straßenbau verbunden ist und sofort abgelehnt werden kann und darf, sondern was etwas mit der Zukunftsfähigkeit der Menschen in unserem Land zu tun hat. Wir haben die Vorsorge für wichtige Zukunftsfelder wie beispielsweise Hochwasserschutz auch weiterhin entsprechend etatisiert und halten unsere Maßstäbe des wirtschaftlichen Erfolgs, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Vernunft auch in einer so schwierigen Zeit weiterhin aufrecht.

Ich möchte allen, die mitgewirkt haben, noch einmal sehr herzlich dafür danken, dass dies möglich gewesen ist. Ich bedanke mich letztendlich bei den Koalitionsfraktionen dafür, dass sie mit ihren Akzenten und mit ihren Zeichen, die sie gesetzt haben, den Kurs der Landesregierung mittragen und mit formuliert haben. In diesem Sinne herzlichen Dank! Lassen Sie uns gemeinsam auch bei den Doppelhaushaltsberatungen den Stil, den wir nun gefunden haben, weiter pflegen. Die Landesregierung ist gern dazu bereit.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

### Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für eine Kurzintervention hat der Kollege Dieter Schmitt das Wort.

(Zurufe aus dem Hause: Oh! – Schmitt, CDU: Es dauert nur drei Minuten!)

## Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sollen ein bisschen lebendig sein. Es wäre schlimm, wenn es anders wäre.

Herr Ministerpräsident, bei dem persönlichen Abschluss Ihrer Rede haben Sie alle zur Gemeinschaft aufgefordert, was ich für richtig halte. Aber in den Bereichen, in denen Sie Leute persönlich angreifen – –

(Ministerpräsident Beck: Ich habe niemanden persönlich angegriffen!)

Es geht um zwei Dinge. Ich erinnere mich an Diskussionen, die wir früher gern geführt haben, als Sie Abgeordneter der Weinregion waren. Ich habe gesagt: Jawohl, so setzt man sich für ein Gebiet ein, und man kämpft darum. Aber bitte mit fairen Mitteln!

Es gibt ein Beispiel, wo Sie voll daneben liegen. Es gibt Beispiele, die Sie hätten verwenden können. Wenn ich als Ortsbürgermeister für eine Sache eingetreten bin, kann ich sagen, jawohl, dazu stehe ich. Aber bei der Agrarverwaltungsreform habe ich versucht, den stellvertretenden Ministerpräsidenten als Zeugen anzurufen. Wenn es einen Bereich gibt, in dem ich mich als Abgeordneter, als Landes- oder Regionalabgeordneter verantwortlich verhalten habe, ist es dieser Bereich.

Ich erlaube mir, diese Punkte zu nennen, und hoffe, Sie nehmen es mir ab. Der stellvertretende Ministerpräsident wird es bestätigen. Ich war als Abgeordneter in Trier und habe alle Kollegen aller Parteien, auch als Beigeordneter, zu einer ersten Runde eingeladen, ehe ich ein Wort in der Öffentlichkeit gesagt habe. Dies war ein Forum – das werden die Mitarbeiter Ihres Hauses bestätigen –, wie es hochkarätiger, neutraler und objektiver noch nie stattgefunden hat. Dort haben wir lediglich die Kriterien festgestellt und nicht über Standorte diskutiert. Wir haben gesagt, wir reden über Inhalte.

Der Vorschlag der CDU ging deshalb weiter, weil wir wirklich den Mut hatten. Sie hätten ihn aufgreifen müssen. Sie sagen, er sei nicht realisierbar. Darüber kann man streiten. Wir waren aber der Meinung, alle Stellen, die betroffen sind, mit einzubinden. Wir machen den großen Wurf, den wir vorhin diskutiert haben. Dann hätten wir etwas auf den Weg gebracht, was den Bauern und Winzern geholfen hätte und erheblich mehr Kosten gespart hätte.

Ich komme nun zu dem Punkt Trier/Bernkastel. Damit wir uns richtig verstehen – das wird Herr Bauckhage in allen Phasen bestätigen –, auch bei den Gesprächen, die ich im Ministerium geführt habe, habe ich immer erklärt, an den Fragen der Standorte beteilige ich mich nicht, weder in der einen noch in der anderen Weise. Ich

mache nur drei Kriterien fest, und wenn mir diese Kriterien schriftlich belegt werden, liegt es in Ihrem Hause vor. Wenn Sie mir belegen, dass die Effektivität –darunter verstehe ich auch diejenigen, die hin- und zurückfahren mussten, die Erreichbarkeit zwischen Standorten – an dem einen Standort besser ist als an dem anderen, und wenn noch zusätzlich belegt wird, dass an einem Standort aufgrund vorhandener Bausubstanz oder Ähnlichem erheblich mehr Kosten eingespart werden können als an einem anderen, ist diese Frage für mich entschieden.

### (Glocke des Präsidenten)

Das habe ich schriftlich dort liegen. Entschuldigung, mehr kann ein Abgeordneter an Neutralität nicht dokumentieren. Herr Ministerpräsident, wenn Sie einem das vor diesem Hintergrund unterstellen, ist es nicht mehr in Ordnung. Sie sollten sich dafür entschuldigen und sagen, dass Sie das nicht gewusst haben. Es ist das falsche Beispiel gewesen. Es gibt welche, die Sie hätten nennen können, das gestehe ich gern zu. Aber hier waren Sie falsch am Platze. Haben Sie die Größe und sagen: Das tut mir leid.

(Beifall bei der CDU – Ministerpräsident Beck: Warten wir es einmal ab!)

#### Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Hans-Josef Bracht das Wort.

### Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mit dem letzten Stichwort beginnen, das in der Kurzintervention angesprochen wurde. Der Ministerpräsident hat kritisiert, dass die Opposition fragt, weshalb eine bestimmte Entscheidung so oder so fallen soll oder gefallen ist.

Herr Ministerpräsident, ich denke, das ist keine falsche Reaktion auf diese Frage. Die Opposition ist verpflichtet, Regierungshandeln zu hinterfragen. Es ist unsere Aufgabe, das zu tun. Wenn die Regierung darauf keine Antwort weiß, ist das ihr Problem, aber nicht das Problem der Opposition. Sie sollten das Verhalten der Opposition deshalb nicht kritisieren, weil es nicht so ist, dass es ein Affront gegen ihren Vorschlag ist. Wir fragen vielmehr zuerst, weshalb Sie etwas so machen wollen. Sie können sicher sein, wenn Sie vernünftige Vorschläge machen, werden wir die Dinge auch konstruktiv begleiten, wie es Herr Kollege Schmitt eben für sein Beispiel gesagt hat.

Ich wollte einen Fall mit dem Herrn Wirtschaftsminister ansprechen, in dem er nur ganz pauschal geantwortet hat und ich mich geärgert habe. Ich habe ihn gebeten, mir einen konkreten Grund für ein bestimmtes Verhalten zu sagen. Wenn ich das einsehe, bin ich auch bereit, dies mitzutragen. Wenn ich es nicht einsehe, dann ist es

unsere Pflicht und Schuldigkeit als Opposition, es auch öffentlich zu kritisieren.

#### (Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie sollten dieses Verhalten nicht kritisieren. Das ist ein konstruktives und kein destruktives Verhalten. Es ist genau in der Linie, die Sie hier ständig anmahnen. Wenn Sie uns dafür kritisieren, ist das nicht in Ordnung.

Ich möchte einen zweiten Punkt zu Ihren Ausführungen ansprechen. Sie haben gesagt, dass die Opposition dem Grunde nach in früheren Jahren Landesbetriebe abgelehnt hat. Auch da muss ich Ihnen heftig widersprechen. Wir haben die Gründung von Landesbetrieben kritisch begleitet, das ist wahr, aber dies genau entsprechend unserem Auftrag, den wir haben. Wir haben kritisiert, weil Sie insbesondere in Ihrer Argumentation die ausgelagerten Ausgaben und die ausgelagerten Kredite verschwiegen und vertuscht haben. Daran haben wir Kritik geübt. Wir haben jetzt erreicht, dass Sie mittlerweile mit dieser Frage ehrlicher umgehen und die Zahlen bei Ihren Argumentationen mit nennen. Deshalb war unsere Kritik auch in dieser Frage nicht nur berechtigt, sondern auch im Interesse der Ehrlichkeit erfolgreich.

Ich möchte einen weiteren Punkt anführen. Herr Ministerpräsident, Sie haben wiederum die 80er- und 90er- Jahre verglichen. Sie haben Ausgabenströme, Kreditfinanzierungsquoten usw. zum wiederholten Male miteinander verglichen. Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen zum wiederholten Mal, das, was Sie hier tun, ist unehrlich. Sie können die Zahlen der 80er- und 90er-Jahre ohne Bereinigung der Zahlen so nicht vergleichen.

### (Beifall der CDU)

Die Basis war in den 80er- und 90er-Jahren eine völlig andere. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen, von denen Sie eines selbst genannt haben, nämlich die Verschiebung der Finanzbeziehungen zwischen Ost und West. Sie hat zu einer völligen Umstrukturierung der Datenbasis zwischen den 80er- und 90er-Jahren geführt. Ein zweiter Punkt ist die Bahnreform. Diese hat zu einer völligen Umorientierung geführt. Es ging damals um eine halbe Milliarde DM.

(Ministerpräsident Beck: Noch mehr Ausgaben, nicht weniger zulasten meines Beispiels!)

Es ist eine völlige Umorientierung der Datenbasis, sodass Sie das, was Sie hier vorgetragen haben, so nicht aussagen können. Das ist nicht korrekt.

(Ministerpräsident Beck: Dann wäre mein Beispiel vorhin viel krasser ausgefallen!)

Ich bitte Sie, dies das nächste Mal auch zu korrigieren.

Herr Ministerpräsident, vor diesem Hintergrund ist Ihre Argumentation auch kein Beleg für eine solide Finanzpolitik, wie Sie sie versucht haben, darzulegen.

Es bedarf deshalb immer wieder auch der Darstellung der Fakten. Sie sind nun einmal so, wie sie sind. Wir haben eine extrem hohe Nettoneuverschuldung. Wir haben eine ganz schwierige Haushaltslage, wie sie es noch nie in diesem Land gegeben hat. Die Schuld daran muss auch bei Ihnen gesucht werden.

Es ist sicher richtig, dass auch externe Faktoren ihren Einfluss haben, wie Sie es am Anfang auch versucht haben darzulegen. Ein ganz entscheidender Knackpunkt liegt aber darin, dass Sie in Ihrer Regierungsverantwortung nicht in ausreichendem Maß dafür Rechnung getragen haben, dass der Situation angemessen reagiert wurde und diese Finanzsituation nicht eingetreten ist.

Die Landesregierung hat beispielsweise der Steuerreform des Jahres 2000 die entscheidenden Stimmen gegeben, ohne die es nicht gegangen wäre. Es war eine Steuerreform mit den bekannten Ergebnissen für den Mittelstand und die Körperschaftssteuer. Diese Landesregierung hat alle Erhöhungen der Steuern und Abgaben mitgemacht, die Privathaushalte und Unternehmen belasten und die Wirtschaft abwürgen. Ökosteuer, Versicherungssteuer, Tabaksteuer,

(Staatsminister Bauckhage: Wo? Das ist schlicht falsch!)

Verschiebung der Tarifentlastung, Einkommensteuer, höhere Rentenbeiträge über die Arbeitslosenversicherung.

- Herr Minister, Sie sagen: Wo? - Herr Minister, bei der Steuerreform hat die FDP eine entscheidende Rolle spielen wollen. Diese hat aber genau in das Desaster geführt, in dem wir heute sind. Das können Sie nicht leugnen.

Die kritische Lage der Landesfinanzen ist auch nicht einfach ein Einnahmenproblem. Es ist ein Ausgabenproblem. Die Landesregierung beteuert immer wieder, was der Ministerpräsident eben auch gemacht hat, dass die jährlichen Steigerungen der Ausgaben deutlich unter den Vorgaben des Finanzplanungsrats liegen und dass sie dies einhält. Das gelingt aber immer nur mit ein und demselben Trick, den ich hier auch schon häufiger zitiert habe. Sie verlagern ganze Ausgabenblöcke aus dem Haushalt.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt doch gar nicht!)

Vom DIZ über den LDI, Landeskrankenhaus, Unikliniken, LBB, LSV, Landesforsten, Staatsorchester usw.

(Lewentz, SPD: LDI haben wir gemeinsam gemacht!)

Lieber Herr Kuhn, mir fällt dazu noch etwas ein. Wo ist er denn? Er ist gar nicht hier, ich werde ihn daher später darauf ansprechen.

Meine Damen und Herren, die Ursache für das Haushaltsdesaster liegt vor allem bei dieser Regierung. Sie selbst haben massenweise Fehler gemacht. Die Lage ist Ergebnis Ihrer eigenen Politik. Der Rechnungshof hat

das sehr nachdrücklich in seinem letzten Bericht dokumentiert. Ich möchte es zumindest stichwortartig wiederholen. Er hat dargelegt, dass wir eine überdurchschnittliche Verschuldung gegenüber den anderen Bundesländern haben. Er hat dargelegt, dass wir einen überdurchschnittlichen Anstieg bei den Personalausgaben haben. Er hat dargelegt, dass wir einen überdurchschnittlichen Anteil der Zinsen an den Gesamtausgaben aufwenden müssen. Er hat schließlich dargelegt, dass die Kreditfinanzierungsquote gegenüber den anderen Ländern überdurchschnittlich ist.

Herr Ministerpräsident, das, was Sie angeführt haben, dass wir für den Osten sehr viel bezahlen müssen, kann nicht als Argument gelten. Das müssen andere Länder auch machen. Da sind wir nicht allein. Deshalb war das Argument, das Sie bezogen auf diese Zahlen vorgebracht haben, auch falsch.

(Ministerpräsident Beck: Entschuldigung, Sie gehen auf Dinge ein, die ich überhaupt nicht gesagt habe!)

Die Kreditfinanzierungsquote kann man nicht so begründen, wie Sie das gemacht haben. Sie haben so argumentiert. Wenn Sie widersprechen wollen, so können Sie das machen. Ich habe es mir so notiert.

Ich möchte noch ein anderes Beispiel als Begründung dafür nennen, dass diese Landesregierung ständig eigene Beiträge geleistet hat, damit es zu dieser Haushaltssituation gekommen ist, in der wir sind, nicht als Ziel, aber als Konsequenz daraus.

Betrachten Sie sich Ihren eigenen Haushalt, den Haushalt der Staatskanzlei. Betrachten Sie sich Ihre Bemühungen beim letzten Doppelhaushalt, diesen Haushalt aufzustocken. Es ist und bleibt einfach so, dass Sie sich dort über vier Millionen haben zusätzlich bewilligen lassen. Ich gebe zu, zum Teil waren das Verschiebungen zwischen den Ressorts, aber zum großen Teil, nämlich über drei Millionen, waren es Mittel, die insbesondere der Darstellung der Politik gedient haben, die also nicht dazu da waren, Regierungsarbeit zu verbessern, sondern die dazu da waren, die Regierungsarbeit besser darzustellen, als sie tatsächlich ist.

## (Beifall bei der CDU)

Deshalb die Aufforderung: Machen Sie eine bessere Regierungsarbeit, dann brauchen Sie nicht so viel Mittel, um sie besser darzustellen, als sie ist.

Meine Damen und Herren, dass der Nachtragshaushalt eine Notoperation und keine Wende in der Haushaltspolitik darstellt, ist gesagt worden und zeigt sich auch daran, dass die fehlenden 580 Millionen Steuereinnahmen nicht durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen werden, zumindest nicht in ihrem überwiegenden Teil. Mit 300 Millionen Euro werden die außerordentlichen Einnahmen durch Aufzehrung von Rücklagen und Vermögensverkäufen verbessert. Das sind alles Einmalfaktoren.

Herr Ministerpräsident, es kann sein, dass es in der Situation keine andere Lösung gab. Wir wissen auch keine spontan aus der Opposition heraus für den Nachtrag.

(Billen, CDU: Das kann man so nicht sagen!)

Es muss aber klar werden, dass das ein großes Problem ist, was Sie machen. Es ist ein Einmalfaktor, mit dem Sie beim nächsten Doppelhaushalt nicht mehr leben können. Spätestens dann, wenn nicht schon jetzt, sind einschneidendere Maßnahmen notwendig, damit die Finanzierung des Gesamthaushalts möglich bleibt.

Die Ausgabenkürzungen, die die Landesregierung jetzt vornimmt, sind differenziert zu beurteilen; das möchte ich gern machen. Sie nehmen vieles auf, was die CDU-Fraktion schon bei ihrem Sparpaket für den Doppelhaushalt vor einem Jahr vorgeschlagen hat. Damals war das in den Augen der Koalition noch vollständig blödsinig und nicht nachvollziehbar. Davon kann jetzt offenbar keine Rede mehr sein.

So hat die CDU-Fraktion auch für den Nachtragshaushalt ein eigenes Zusatzpaket vorgelegt. Wir waren und sind bereit, Verantwortung für die Zukunft, natürlich nicht für die Vergangenheit, zumindest nicht für die letzten zwölf Jahre, mit zu übernehmen. Es geht dabei nicht darum, Verantwortung von Regierung und Opposition zu vermischen. Ich möchte aber so deutlich sagen, wir waren und sind der Meinung, dass es notwendig ist, deutlich zu machen, dass in diesen schwierigen Jahren der politische Wettbewerb nicht dadurch entschieden wird, wer mehr Geld für welche Zwecke und welches Klientel locker machen möchte.

Es geht darum, weniger auszugeben und überzeugendere Prioritäten zu setzen. Mit unserem für den Nachtrag wiederholten Angebot der Zusammenarbeit wollten wir unserem Appell zur finanzpolitischen Umkehr letzten Nachdruck geben und zugleich allen Bürgerinnen und Bürgern die Botschaft übermitteln, dass niemand dieser Umkehr entrinnen kann.

Wir wollten mit den begrenzten Mitteln, die einer Landtagsopposition zur Verfügung stehen, jenen Paradigmenwechsel fördern, den Ministerpräsident Beck schon vor sechs Jahren versprochen hatte und an den er sich nie herangewagt hat. Jetzt haben wir die Tatsachen, und die schwierigen Verhältnisse haben uns alle endgültig eingeholt.

Meine Damen und Herren, ich will ein paar Worte zu den Gesprächen, die wir in den letzten Wochen geführt haben, sagen. Diese waren gut. Wir bedanken uns dafür, auch wenn wir inhaltlich bisher nicht so viel verändern konnten. Aber auch kleine Korrekturen können sinnvoll sein.

Herr Kollege Mertes ist jetzt nicht anwesend. Es hat uns geärgert, dass er nach den Gesprächen festgestellt hat, dass man endlich von einer Totalverweigerung der Opposition wegkomme. Ich muss widersprechen. Diese Totalverweigerung hat es in den sechs Jahren, die ich erlebt habe, nicht gegeben. Es war eher von einer umgekehrten Totalverweigerung die Rede. Wir haben egelmäßig Vorschläge für die Haushaltsberatungen ge-

macht. Sie sind regelmäßig pauschal von den Regierungsfraktionen vom Tisch gefegt worden, ohne sie anzusehen. Deswegen müssen wir energisch widersprechen.

Wie Sie wissen, hatte die CDU ein umfangreiches Paket an Änderungsvorschlägen eingebracht, die eine Aufstockung von etwa 36 Millionen Euro und zusätzliche Einsparungen von rund 62 Millionen Euro beinhaltete. Bei den zusätzlichen Ausgaben ging es vor allem um die Korrektur von Ausgabenkürzungen, die Sie im Nachtragshaushalt vorgenommen haben. Auf die Forderung nach neuen zusätzlichen Ausgaben haben wir bewusst verzichtet. Wir haben geprüft, wo Ihre Vorschläge für uns vertretbar sind und waren dabei in dem genannten Umfang zu dem Ergebnis gekommen, dass aus unserer Sicht Korrekturbedarf besteht. Es hat sich hierbei vor allem um die Bereiche Polizei, Innere Sicherheit, Schule, Hochschule. Breitensport und Kommunen gehandelt. Eine besondere Bedeutung hatte die Verkehrsinfrastruktur bei den Beratungen.

Im Gegenzug haben wir Einsparvorschläge unterbreitet, die den Finanzbedarf der Aufstockung bei weitem überschritten haben. Diese Einsparvorschläge waren zum Teil einjährig angelegt, zum Teil aber auch mittelfristig, weil es um Strukturveränderungen gehen sollte. Einsparmöglichkeiten haben wir vor allem bei den Personalausgaben gesehen. Allein im Ministeriumsbereich sind die Personalstellen in den letzten elf Jahren um 250 Stellen angestiegen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit sehen wir weiterhin großen Einsparbedarf. Entgegen Ihren Aussagen in Gesprächen belegen unsere Zahlen, dass die Öffentlichkeitsarbeit um gut das Vierfache seit 1991 angestiegen ist, Herr Minister Mittler. Wir meinen, das ist zu weit gehend. Das ist zu viel.

Unsere Vorschläge haben sich auf den Bereich der Förderung des zweiten Arbeitsmarkts, der Wirtschaftsförderung und auf eine stringentere Reform der Agrarverwaltung bezogen. Das ist angesprochen worden. Dazu gehört die Rückführung von Ausgabenansätzen auf den tatsächlich zu erwartenden Abfluss von Mitteln.

Im Saldo wäre durch unser Alternativkonzept zu dem Nachtragshaushaltsentwurf eine Reduzierung der Nettoneuverschuldung von rund 26 Millionen Euro auf dann knapp unter 1 Milliarde Euro möglich gewesen.

In den geführten Gesprächen waren Sie zu solch weit gehenden Schritten nicht bereit. Auch zu einer Beschränkung auf ein abgespecktes Paket, das wir vorgelegt hatten, haben Sie sich nicht in der Lage gesehen.

Lediglich zu einigen Einzelpositionen hat es ein Entgegenkommen gegeben. Ich will das nicht unterbewerten. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie nicht erwarten, dass wir dem Entwurf zum Nachtragshaushalt mit diesen wenigen Änderungen zustimmen. Wir bringen daher nahezu unser komplettes Alternativkonzept sozusagen als unseren Gegenentwurf zum Nachtragshaushalt in die Abschlussdebatte nochmals ein. Ich will allerdings darauf hinweisen, dass wir dort, wo es geringes Entgegenkommen gab, gänzlich auf die ursprünglich beantragte weiter gehende Änderung verzichtet haben. Das gilt insbesondere für die Personalausgaben, wo Sie bereit

waren, die Effizienzrendite von 1,8 auf 1,9 zu erhöhen, was 2Millionen Euro Einsparung in diesem Jahr bedeutet. Das gilt für die Öffentlichkeitsarbeit, bei der Sie symbolisch 50.000 Euro zurückgehen, und für die Erziehungshilfen, bei denen um rund 2 Millionen Euro aufgestockt wurde.

Dazu gibt es gemeinsame Anträge. Ebenso gibt es gemeinsame Anträge zur Pockenschutzimpfung, Impfstoffbeschaffung von 4 Millionen Euro und zum SWR-Openairfestival.

Im Übrigen haben wir die Anträge aller Fraktionen sorgfältig geprüft. Es gibt einiges Gegenläufige zu unserem Konzept. Das lehnen wir natürlich ab. Es gibt einige Punkte, denen wir zustimmen können, weil wir es für vernünftig halten oder weil es sich um Korrekturen handelt. Für vernünftig halten wir zum Beispiel die Vorschläge, die zum Komplex Berufsschule und Ausbildungsplätze gemacht worden sind. Ich glaube, sie sind von den GRÜNEN gemacht worden. Denen werden wir zustimmen, weil wir in diesem Jahr ein massives Ausbildungsplatzdesaster zu erwarten haben. Es muss ein Stück gegengesteuert werden. Ich will an dieser Stelle sagen, das gilt auch für den Entschließungsantrag, der gestern zur Diskussion stand. Den wollten wir mit unterschreiben. Wir werden ihn gemeinsam mittragen.

Meine Damen und Herren, es gibt einige Vorschläge, über die wir uns geärgert haben. Das betrifft beispielsweise den Bereich der Hochschulen, bei denen wir für eine Rücknahme der im Nachtragshaushaltsentwurf vorgenommenen Kürzung eingetreten sind. Sie haben uns erklärt, dass der Wissenschaftsminister das Geld in Höhe von rund 5 Millionen Euro im Jahr 2005 zurückbekommt. Jetzt müssen wir feststellen, dass Sie weitere rund 5 Millionen Euro, also insgesamt 10 Millionen Euro im Hochschulbereich kürzen wollen. Diese weiteren 5 Millionen Euro wollen Sie zurückgeben. Das war uns bei den Gesprächen so nicht erläutert worden.

(Staatsminister Mittler: Das war ein Missverständnis!)

Zumindest haben wir das so nicht verstanden. Herr Minister, darüber haben wir uns ein Stück weit geärgert, was Sie sicher verstehen können.

Es gibt einen Vorschlag zur Fachhochschule Koblenz, zusätzlich 400.000 Euro als Interimskosten zu veranschlagen. Wir machen das nicht mit. Wir haben die Sorge, dass dadurch aus einem Provisorium eine Dauerlösung werden könnte und der zweite Bauabschnitt am neuen Hochschulstandort Karthause nicht mehr kommt. Deshalb lehnen wir diesen Vorschlag ab.

Zum Schulbau ist einiges gesagt worden. Ich will das in Anbetracht der Zeit nicht wiederholen. Bezüglich der Kreditobergrenze haben wir einige Unterlagen bekommen. Dies will ich hier nicht diskutieren. Das machen wir in der Rechnungsprüfungskommission.

Ich will noch ein paar Ausführungen zu den Gesetzen und den vorliegenden Anträgen machen. Meine Damen und Herren, wir haben zum Haushaltssicherungsgesetz einen Änderungsantrag eingebracht. Der Antrag lautet, den Artikel 1 zu streichen, der sich mit der Anhebung der Altersgrenze bei der Polizei befasst. Wir bitten, den zu streichen. Unser Vorsitzender, Herr Kollege Böhr, hat die Gründe und die Argumentation vorhin in aller Deutlichkeit vorgestellt.

Auch bei den übrigen dort gemachten Vorschlägen gäbe es einiges anzumerken. Natürlich führt das beim Finanzausgleich im Ergebnis auch zu einer Verstetigung. Das geschieht aber auf einem niedrigen Niveau. Das ist ein Vorteil für die Kommunen, sie können sich darauf verlassen, aber auf einem niedrigen Niveau. Das muss dort zu massiven und erheblichen Einschränkungen führen.

# (Vizepräsidentin Frau Hammer übernimmt den Vorsitz)

Bei der Reduzierung der Kostenerstattung für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind wir zufrieden damit, dass Sie zumindest ein kleines Stück nachgegeben haben und um 2 Millionen Euro aufstocken. Das wird die steigenden Zahlen von Jugendhilfefällen bei weitem nicht ausgleichen. Wir haben gehört, es sind jedes Jahr 8 %. Damit deckeln Sie quasi. Das wird bei weitem nicht ausreichen.

(Beifall des Abg. Kramer, CDU)

Ich sage ein Letztes zu dem Haushaltssicherungsgesetz bzw. zum Wegfall der investiven Förderung teilstationärer und stationärer Pflegeeinrichtungen. Da bestehen sicher Probleme. Vom Grundsatz her denken wir, ist es vernünftig, diesen Weg zu gehen. Wir fordern aber sehr nachhaltig vernünftige Übergangsregelungen.

### (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das gilt für diejenigen, die sich darauf verlassen haben, im Bedarfsplan zu sein und diese Förderung zu bekommen. Jetzt stehen sie da, haben geplant, haben vielleicht schon angefangen zu bauen und haben die Förderung noch nicht. Es reicht nicht, mit preiswerten Krediten der ISB zu kommen, sondern es muss eine weiter gehende Übergangsregelung gefunden werden, sonst ist das so nicht akzeptabel.

Meine Damen und Herren, so viel dazu. Wir haben selbst einen Antrag zum Kommunalbereich, zur Finanzsituation der Kommunen eingebracht, in dem wir darum bitten, in Zukunft eine Reihe von Dingen zu beachten. Ich möchte das jetzt nicht komplett vortragen, da meine Zeit gleich abläuft. Dies liegt in der Drucksache 14/2053 vor.

Ergänzend dazu werden wir den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen, der darauf pocht, dass zumindest in der Phase, in der die Enquete-Kommission tagt, jetzt im Vorgriff auf ein Konnexitätsprinzip – so will ich es einmal sagen – keine Belastungen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich auf die Kommunen übertragen werden.

Meine Damen und Herren, zu den Entschließungsanträgen will ich nur so viel ausführen, dass wir einigen zustimmen werden, weil wir sie für vernünftig halten und

weil wir sie nicht unbedingt für finanzträchtig halten. Wir werden einige ablehnen, weil sie unseren Vorstellungen völlig entgegenlaufen. Wir werden uns bei dem einen oder anderen enthalten, weil die Zielrichtung zwar möglicherweise gut ist, aber in der Sache das Geld zurzeit dafür nicht zur Verfügung steht.

Herr Ministerpräsident, was die Forstreform und die Agrarverwaltungsreform betrifft, würde ich darum bitten, dass wir die Gelegenheit haben, jetzt noch vor Abschluss ihrer internen Verhandlungen und Entscheidungen über die Dinge zu sprechen, die dort kommen werden, dass die zugesagten Gespräche noch davor statfinden können und wir das einbringen können, was wir an Vorschlägen haben, und dann gemeinsam abwägen können, ob davon nicht doch das eine oder andere noch übernommen werden kann. Also auch da gibt es einen konstruktiven Beitrag unsererseits.

Zum Antrag "Verstärkter Einsatz von Open-Source-Software in der Verwaltung: Kostengünstig, transparent und sicher" – Drucksache 14/2080 – würden wir darum bitten, das in den Innenausschuss zur vertieften Diskussion zu überweisen. Das würde uns entgegenkommen. Wir halten den Ansatz für gut, würden das aber gern einmal intensiver diskutieren, was dahintersteckt, welche Gefahren dabei bestehen und welche Chancen sich daraus ergeben können.

Zum Antrag "Ausbildungsplatzsituation durch Initiativen im Hochschulbereich verbessern" habe ich vorhin schon gesagt, dass wir den Beschluss hatten, den mit zu unterschreiben.

(Jullien, CDU: Ist da!)

- Er ist mittlerweile da. Gut. Dann ist das also erledigt.

Den Polizeiantrag können wir so nicht mittragen. Er enthält zwar einiges Positive, aber er enthält auch zwei oder drei Aussagen oder Feststellungen, die so von uns nicht getragen werden können. Insbesondere steht dort, dass – – –

### (Glocke der Präsidentin)

- ich will das dann nicht mehr näher ausführen, sondern noch kurz eine Ausführung zu dem weitergehenden Antrag "Moderne Strukturen für den Landeshaushalt: Transparenz erhöhen, Steuerungsmöglichkeiten verbessern" machen, wenn ich darf, Frau Präsidentin. Wir stimmen dem Inhalt dieses Antrags dem Grunde nach zu. Wir sind froh, dass die Regierung dort endlich auf eine Reihe unserer Forderungen aus den vergangenen Jahren eingegangen ist und mithelfen will, den Haushalt transparenter zu gestalten und den Haushalt neu zu strukturieren, damit er durchsichtiger wird, aber auch mehr Kosten-Leistungs-Rechnung einzuführen, Leistungsaufträge konkreter zu beziffern und konkrete Zielvorgaben im Haushalt zu machen. Ich denke, das ist ein sehr guter und konstruktiver Beitrag, um die Haushaltsgestaltung besser und transparenter zu machen und das Ganze lesbarer zu machen.

Wir haben einen Ergänzungsantrag dazu mit der Drucksache 14/2035. Wir hätten die herzliche Bitte, dass dies

mit in die Debatte einbezogen wird. Wir hielten es für gut, wenn das auch mitbeschlossen würde. Es ist mir gesagt worden, dass es die Überlegung gibt – das Entgegenkommen –, beide Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss vertieft zu erörtern. Wir würden dem zustimmen und das für sinnvoll und gut halten.

Frau Präsidentin, ich möchte noch einen Abschlusssatz zu unserem Antrag mit der Drucksache 14/2036 sagen, der sich mit der Sanierung der Landesfinanzen als Aufgabe der kommenden Jahre befasst. Dort haben wir ein paar Positionen formuliert, von denen wir glauben, dass es notwendig ist, dass wir als Landtag oder Landesregierung verschärfter herangehen, damit wir den nächsten Doppelhaushalt und die Finanzen in den nächsten Jahren besser in den Griff bekommen, damit wir nicht mit einer Milliarde Neuverschuldung oder, wie im letzten Jahr, 1,8 Milliarden Neuverschuldung arbeiten müssen. Wir wollen Sie mit diesem Antrag ermuntern, sich nicht auf erhoffte höhere Steigerungen der Einnahmen zu verlassen, sondern ganz konkret an die Ausgaben heranzugehen, landesgesetzliche Grundlagen für bestehende Ausgabenverpflichtungen zu überprüfen und zu verändern, damit Strukturen zu verändern und zu verbessern, Leistungsgesetze zu überprüfen usw.

Meine Damen und Herren, Sie können davon ausgehen, wenn Sie diesen Weg gehen, uns in vernünftiger Weise mit einzubeziehen, werden wir konstruktiv daran mitarbeiten, dass dieses Land wieder zu soliden Finanzen kommt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Wir begrüßen zunächst weitere Gäste bei uns hier im Landtag, und zwar Mitglieder des Männergesangvereins "Frohsinn" aus Daaden, außerdem politisch engagierte Jugendliche aus Landau. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Schleicher-Rothmund das Wort.

### Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dieser sehr grundsätzlichen Haushaltsbetrachtung gestatten Sie mir, dass ich noch einmal eine Ressortbetrachtung vornehme, und zwar des Hochschul- und Bildungsbereichs.

(Bischel, CDU: Sie dürfen das aber nicht sektoral s ehen!)

- Nein, das "sektoral" war geographisch gemeint.

Der vorliegende Nachtragshaushalt verlangt den Ressorts Rückführungen ab. Rückführungen sind für jeden

Politikbereich unangenehm. Sie setzen die Reflexion und die Diskussion über politische Stellenwerte und über den effektiven Mitteleinsatz in einzelnen Bereichen in Gang. Neben der quantitativen Fragestellung, wie viel Mittel eingesetzt werden, gewinnt die qualitative Fragestellung, wofür die Mittel eingesetzt werden und wie effektiv sie eingesetzt werden, eine größere Bedeutung. Dieser Fragestellung kann der rheinland-pfälzische Hochschulbereich gelassen entgegensehen.

Erweitert werden diese Rückführungsdiskussionen teilweise auch noch durch sich verändernde Rahmenbedingungen wie zum Beispiel bei unseren Hochschulen in Rheinland-Pfalz, wo die Zahl der Studierenden zugenommen hat und erfreulicherweise weiterhin zunehmen wird. Diesen Zulauf an Studierenden zu den rheinlandpfälzischen Hochschulen gilt es einmal genauer zu betrachten; denn er ist nicht alleiniger Ausfluss demographischer Entwicklungen. Nein, dieser Zulauf der Studierenden aus anderen Bundesländern ist das Ergebnis einer bedarfsorientierten und mit zeitgemäßen Instrumentarien ausgestatteten Hochschulpolitik, die in ihrer Summe eine vielseitige und zukunftsfähige Hochschullandschaft hat entstehen lassen, deren qualitativ hochwertige Arbeit von den jungen Menschen sehr wohl erkannt und honoriert wird.

## (Beifall der SPD)

Um es einmal ganz deutlich zu sagen, das Land Rheinland-Pfalz hat unter den alten Flächenländern den zweitbesten Wanderungssaldo hin zu seinen Hochschulen. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch noch einen Blick in die Vergangenheit. Zu Beginn der 90er-Jahre war dies noch ganz anders. Da lag Rheinland-Pfalz auf dem sechsten Platz der zuwanderungsattraktiven Lehr- und Wissenschaftsstandorte.

Es gibt aber noch einen weiteren Indikator, der diese positive Beurteilung belegt. So setzten die Studierenden im letzten Ranking des Zentrums für Hochschulentwicklung die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft auf Platz drei der westlichen Flächenländer, das heißt also, in das obere Drittel der bundesdeutschen Hochschullandschaften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erfolge der rheinland-pfälzischen Hochschulpolitik spiegeln sich in den eingeworbenen Drittmitteln, in der guten Bewertung der Leistung der Lehrer und natürlich auch in der Gründung der Sonderforschungsbereiche wider. Von der hervorragenden Arbeit der Sonderforschungsbereiche konnte sich der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur neulich bei der auswärtigen Sitzung im Universitätsklinikum Mainz überzeugen.

(Beifall bei der SPD – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Von einem!)

 Von einem. Aber die dargelegte Verknüpfung des klinischen und des forscherischen Bereichs fand ich sehr überzeugend. Ich denke, das ist einmalig und eine herausragende Einrichtung. Zum einen profitieren die Patienten – wir haben es am Beispiel der Krebsforschung gesehen – von den Erkenntnissen der medizinischen Forschung. Umgekehrt kann die Forschung wieder von den Beobachtungen aus der Praxis profitieren. Diese Synergieeffekte konnten sich im Zusammenspiel von hohem Expertenwissen und autonomen Strukturen entwickeln. Ein Wirtschaftsunternehmen hätte dafür externe Berater, einen Haufen Geld und sehr viel Zeit gebraucht.

Ich möchte es noch einmal betonen, die hochschulspezifische Haushalts- und Finanzpolitik mit einer zunehmenden Zahl autonom zu handelnder Instrumente ist wesentliches Kennzeichen der Hochschulpolitik dieser Landesregierung. Sie wird es auch weiterhin bleiben. Die Mittelverteilungssysteme und die bestehenden Flexibilisierungen im Haushaltsvollzug haben die Handlungsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Hochschulen gestärkt und entscheidend dazu beigetragen, dass die Universitäten und Fachhochschulen des Landes auch in Zeiten knapper öffentlicher Finanzen ihre Aufgaben in Forschung und Lehre mit Erfolg wahmehmen.

# (Beifall der SPD und des Abg. Mertin, FDP)

Das Zukunftsprojekt "Flächenmanagement" bildet einen weiteren Baustein in diesem Gefüge. Wir werden es gemeinsam mit den Hochschulen weiterentwickeln.

Dass dieser Weg tatsächlich den gewünschten Erfolg bringt, hat auch die von Frau Thomas erbetene Liste der Haushaltsreste meines Erachtens sehr deutlich gemacht. So haben die Universitäten beeindruckende Einsparleistungen erreicht. In diesem Zusammenhang muss auch einmal erwähnt werden, dass andere Bundesländer sich Rheinland-Pfalz zum Vorbild genommen haben und ebenfalls leistungsorientierte Mittelverteilungsmodelle einsetzen.

Meine Damen und Herren, morgen werden wir in erster Lesung das neue Hochschulgesetz beraten. Das neue Hochschulgesetz fasst erstmalig Fachhochschulen und Universitäten in einem Gesetz zusammen. Mit diesem Gesetz werden wir den Weg einer erweiterten Autonomie für die Hochschulen fortsetzen. Dies gilt für die Gremienstrukturen, für die direkte Verlagerung von Kompetenzen auf die Hochschulen und in ganz besonderem Maß für die Finanzierung der Hochschulen und die Haushaltsgestaltung. Dem immer wieder vorgebrachten Wunsch der Hochschulen nach mehr Möglichkeiten selbstbestimmter, das heißt, autonomer Gestaltung wird damit Rechnung getragen.

Das neue Hochschulgesetz enthält die Forderung, Deckungsfähigkeiten und Übertragbarkeiten von Haushaltsmitteln bei kameralistischer Veranschlagung noch stärker zu nutzen. Ein ganz entscheidender Fortschritt für die Hochschulen ist aber zweifellos, dass mit dem neuen Hochschulgesetz unter bestimmten Voraussetzungen erstmals die Möglichkeit eröffnet werden soll, die Hochschulhaushalte global zu veranschlagen.

## (Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt der rheinlandpfälzischen Hochschullandschaft ansprechen. Seit einigen Wochen wird die Diskussion um die Stärkung der Hochschulautonomie in Rheinland-Pfalz um einen ganz neuen Akzent erweitert. Ich meine damit die Diskussion um die Universität Koblenz-Landau. Hier wird teilweise die Rechnung aufgemacht, dass die Auflösung der einen selbstständigen Universität Koblenz-Landau geradezu problemlos in die Gründung zweier selbstständiger Universitäten münden könnte.

Ich glaube nicht, dass die Trennung der Standorte zurzeit einen besonderen Qualitätssprung für die rheinlandpfälzische Hochschulpolitik bedeuten würde. Bei allem Verständnis für die Wünsche der jeweils handelnden Personen vor Ort: Die Zeit für eine Trennung ist noch nicht reif.

Die Universität Koblenz-Landau ist vor dem Hintergrund ihres erst kurzen Bestehens eine überaus erfolgreiche Universität. Sie hat sich bei den meisten hochschulrelevanten Indikatoren überaus positiv entwickelt, und sie hat vielversprechende Ansätze, ihr Fächerspektrum sinnvoll zu arrondieren.

#### (Beifall bei SPD und FDP)

Wenn man sich die wichtigsten Hochschulindikatoren für beide Standorte getrennt vor Augen führt, wird deutlich, dass die Ausgangssituation für eine jeweils eigenständige Weiterentwicklung erheblich schlechter wäre als in der jetzigen gemeinsamen Universität. Sie wären im bundesdeutschen Wettbewerb der Universitäten schlichtweg nicht wettbewerbsfähig.

Die Universität Koblenz-Landau hat eine gute Perspektive. Sie soll sich entsprechend den Empfehlungen des Entwicklungskonzepts weiterentwickeln. Nicht nachvollziehbar ist für mich, dass jetzt inmitten dieses Entwicklungsprozesses ohne Not eine Trennungsdebatte losgetreten wird.

### (Beifall bei SPD und FDP)

Das Vorhaben der Landesregierung, in fünf Jahren eine erneute Evaluation vorzunehmen und dann über weitere Entwicklungsschritte nachzudenken, ist überaus vernünftig, sachlich richtig und begründet.

Der einsame Ruf des Herrn Weiland, der jetzt leider gerade nicht anwesend ist, damit sei den beiden Universitätsstandorten die Entwicklungsperspektive genommen, lässt vermuten, dass er nicht sieht oder nicht sehen will, dass ein Entwicklungskonzept immer einen konzeptionellen Prozess meint und sich auch nicht durch wiederholt geäußerte Willensbekundungen beschleunigen lässt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Qualitätssteigerung durch mehr selbstverantwortliches Handeln betrifft übrigens nicht nur den Hochschulbereich, sondern auch den Schulbereich. Hierzu zählt das Programm der erweiterten Selbstständigkeit für Schulen. Dieses Programm wird erfolgreich angenommen. So konnten die von den Schulen entwickelten unterschiedlichen Vertretungskonzepte neben den zur Verfügung gestellten 142 Feuerwehrlehrkräften für die Grundschulen in erheblichem Umfang zu einer Reduzierung des temporären Unterrichtsausfalls führen.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang auch das Qualitätsmanagement im schulischen Bereich. Die Schulen sind aufgerufen, ein Qualitätsprogramm zur pädagogischen und fachdidaktischen Schulentwicklung zu formulieren. Diese Maßnahmen unterstützen die Schulen insbesondere auch bei einer stärkeren Profilbildung.

Einen wichtigen Stellenwert nehmen die Maßnahmen zur verbesserten schulinternen Vergleichbarkeit im Bereich der Leistungsstandards und zur Standardsicherung auf der Grundlage von Vergleichsarbeiten und Parallelarbeiten in den Fächern Deutsch und Mathematik ein.

Ich komme zum Schluss: Meine Damen und Herren, ich brauche hier und heute nicht mehr zu betonen, dass wir stolz darauf sind, trotz Einsparung das wegweisende Konzept rheinland-pfälzischer Ganztagsschulen in vollem Umfang realisieren zu können. Sie alle wissen es, Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, das kurzund langfristig die notwendigen Personalmittel für ein qualitativ hervorragendes pädagogisches Angebot an Ganztagsschulen vorhält. Alle anderen Bundesländer können da nicht mithalten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

#### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

## Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Über weite Strecken dieser Debatte habe ich mich gefragt, wie schaffe ich es heute noch, mich in die Harmoniebekundungen dieser Debatte einzureihen. Glücklicherweise habe ich noch mindestens einen Anknüpfungspunkt gefunden, mich beim Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck zu bedanken, wenngleich es mit etwas Lokalkolorit verbunden ist. Ich bedanke mich bei Ihnen für die differenzierte Sichtweise in der Frage, inwiefern finanzpolitische und politische Seriosität aus der Region Trier kommt. Ich würde mir wünschen, dass Herr Kollege Mertes sich in diesem Punkt Ihnen anschließen könnte, der das auf Herrn Kollegen Schmitt und die IHK Trier reduziert hat. Sie haben dies etwas differenzierter gesehen. Dafür recht herzlichen Dank.

Diesen Dank würde ich gern auch auf die Frage der Beurteilung haushaltspolitischer Vorstellungen meiner Fraktion in diesem Hause ausdehnen. Aber da geht mir schon etwas der Atem aus. Ich möchte deshalb noch einmal in Erinnerung rufen, weil es schon eine Weile her ist, dass die Kollegin Ise Thomas hier gesprochen hat und das Gedächtnis mancher etwas kürzer ist, dass sämtliche Vorschläge, die wir in diese Haushaltsberatungen eingebracht haben, eine Deckung aufweisen. Das ist nichts Neues für uns, sondern da befinden wir uns in einer Tradition der GRÜNEN, die schon über viele Jahre anhält.

Wir haben darüber hinaus noch etwas getan. Das hat der Herr Ministerpräsident auch angesprochen, aber etwas missverständlich. Deshalb möchte ich es jetzt aufklären. Wir haben 21 Millionen Euro globale Minderausgaben im Bauckhage-Ministerium aufgelöst. Wir haben damit eigentlich etwas gemacht, was die Landesregierung bei der Erstellung ihrer Vorlage hätte machen müssen. Wir haben damit zu etwas mehr Klarheit bei diesen Debatten beigetragen.

Nun wird argumentiert, diese globalen Minderausgaben, dieser Mangel an Transparenz müsse sein, um Minister Bauckhage etwas mehr Flexibilität zu geben. Das ist in der Sache absolut nicht begründet worden. Ich frage mich, wenn ich mir beispielsweise die Erfordernisse des Sozialministeriums anschaue, ob es da nicht angesagt wäre und das Ministerium es nicht wünschen würde, etwas mehr Flexibilität in diesem Bereich zu haben. Warum ausgerechnet im Bereich Bauckhage? Aber dazu werde ich gleich noch kommen.

Vorher muss ich -- Er ist nun leider nicht hier. Aber es ist ein Resttrupp der FDP vorhanden. Von daher geht es auch.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Ich wundere mich immer wieder, wie Sie es schaffen, wenn wir Vorschläge innerhalb von Haushaltsberatungen machen, aber nicht nur dann, total reflexartig zu reagieren.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Sie können jedes Jahr oder alle zwei Jahre ihre Textbausteine auspacken. Es ist bis in die Formulierungen hinein immer dasselbe.

(Creutzmann, FDP: Och jo!)

Das hat Herr Kollege Kuhn heute auch gebracht.

Ich weiß, unter einem Reflex stellt man sich vielleicht zeitlich etwas Spontaneres vor. Aber ein Reflex ist dann ein Reflex, wenn die Phase zwischen Impuls und Reaktion nicht genutzt wird, um nachzudenken. Dann haben wir einen Reflex.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der FDP kann ich feststellen, egal, wie lang Sie brauchen, um diese Zeit zwischen Impuls und Reaktion zu überbrücken, Sie kriegen nie das Nachdenken hineingepackt, egal, wie lang das geht.

(Zurufe von der FDP)

Ja.

Vielleicht kann uns Herr Dr. Schmitz als Arzt nachher darüber noch ein paar lehrreiche Ausführungen machen.

(Schweitzer, SPD: Sagen Sie auch etwas zur Sache?)

 Ach, warten Sie es ab. Im Gegensatz zu Ihrer Fraktion haben wir noch Zeit. Warum ist das so? Dieses reflexartige Reagieren kommt nicht nur dadurch, dass Sie nicht nachdenken, sondern es kommt auch daher, dass Ihnen natürlich nichts einfällt. An einer Stelle – dafür hat sich Herr Kollege Kuhn sehr viel Zeit genommen – gehen Sie wie eine Maurerkolonne heran und mauern.

Das ist das Ministerium. Damit komme ich zurück auf den Anfang von Hans-Arthur Bauckhage. Ein Bereich dieses Haushalts, und zwar ein wichtiger Bereich, wird für sakrosankt erklärt. Es wird gesagt: Das müssen wir so tun, wie wir es vorschlagen. Sonst geht dieses Land einer schlimmen Zukunft entgegen. – Der Straßenbau wird der Infrastruktur im Verkehrsbereich gleichgesetzt. Es wird gesagt: Das muss so sein. – Es gibt noch einige Spezialisten, die das Ganze künstlich überhöhen und von der Rettung, Erhaltung und dem Ausbau von Lebensadern in diesem Land im Zusammenhang mit dem Straßenbau reden. Die Subventionen, die Sie verteilen, werden zu notwendigen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung auserkoren, und wenn diese nicht gezahlt würden, gehe das Land einer schlimmen Zukunft entgegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich einmal ganz genau anschaut, was Sie machen und weshalb Sie es machen, dann fällt auf, dass viele Mittel, die in das Bauckhage-Ministerium fließen, keine Subventionen oder Infrastrukturmittel im eigentlichen Sinn sind, sondern es sind Subventionen für diese Koalition. Diese Koalition hat einen erhöhten Subventionsbedarf. Deshalb fließen diese Mittel in diese Bereiche.

### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Bild eignet sich gut für eine politische Diskussion und könnte darüber hinaus auch recht lustig sein, ist aber im Kern der Sache in höchstem Maß bedenklich; denn für das, was Sie treiben, zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Rheinland-Pfalz die Zeche. Außerdem werden wichtige Politikfelder nicht bearbeitet, liegen brach, werden vernachlässigt und gekürzt.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Heute vor mittlerweile vier oder fünf Stunden sind die neuesten Arbeitsmarktzahlen für Rheinland-Pfalz herausgekommen. Ende des vergangenen Monats waren in Rheinland-Pfalz rund 163.700 Männer und Frauen arbeitslos gemeldet. Saisonal hat es zwar einen kleinen Rückgang gegeben, aber die Zahlen sind höher als im vergangenen Jahr.

In dieser Situation – deshalb ist es wichtig, die Koalitionssubventionen bei jeder Diskussion im Blick zu behalten – kürzen Sie bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Ich bin nicht der Auffassung, es müssten mehr Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgewendet werden, damit sich die Situation verbessert. Diese Auffassung vertrete ich nicht und habe sie auch nicht vertreten. Das Betreiben einer zielgruppenorientierten Arbeitsmarktpolitik gehört natürlich zum politischen Instrumentarium. Dabei können wir keine Leute gebrauchen, die längst die Hosenträger an haben und anderen sagen, man müsse den Gürtel enger schnallen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An den heute vorliegenden Zahlen wird deutlich, dass es eine große Zahl von Menschen gibt, die Beschäftigungshindernissen entgegensteht. Wenn ich das so sehe, dann muss ich natürlich versuchen, die Beschäftigungshindernisse zu beseitigen, wenn es geht. Ich muss qualifizieren, wenn das ein Beschäftigungshindernis ist. Ich muss für Kinderbetreuung sorgen, wenn das ein Beschäftigungshindernis ist. Für Jugendliche müssen besondere Anreize und Qualifizierungsmaßnahmen geschaffen werden, wenn das ein Beschäftigungshindernis ist.

In diesem Bereich darf aber auf keinen Fall gekürzt werden. Sie aber kürzen in diesem Bereich. Wir haben vorgeschlagen, zielgerichtet genau die Gruppen zu bedenken, die bedacht werden müssen, insbesondere im Bereich der Jugendlichen.

Ich erwähne, dass der gefundene Kompromiss hinsichtlich der Erziehungshilfe nicht mehr als ein Kompromiss ist. Ferner erwähne ich, dass es bei der Verwendung der Mittel vor Ort fraglos Möglichkeiten der Effizienzsteigerung gibt.

Christoph Böhr hat heute Morgen das Thema "Investitionen" angesprochen. Er hat die übliche Definition von Investitionen angewendet. Ich will mich gar nicht weit davon entfernen. Wenn ich im Bereich der Jugendhilfe bezüglich des Gewaltproblems nachlasse – die jetzt inkraft getretene Verschärfung des Waffenrechts ist beispielsweise eine ganz andere Herangehensweise, die auch richtig ist –, dann entstehen in Zukunft in vielen gesellschaftlichen Feldern nicht nur zusätzliche Probleme, sondern auch zusätzliche Kosten.

Daher ist eine Investition in die Bereiche "Jugendliche und Arbeit", "Jugendliche und Gewalt" sowie "Jugendliche und andere Bereiche" eine Investition in die Zukunft. Wir wissen insbesondere aus dem Bereich der Kommunen, dass es nachher immer teurer wird, als wenn man frühzeitig eingreift.

### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich zum Thema "Kommunen". Die vergangenen Monate und Jahre und die aktuelle Entwicklung haben gezeigt, dass die Beziehungen und insbesondere die Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen politischen Ebenen grundsätzlich neu geordnet werden müssen. Wir müssen sie verändern. Ich freue mich, dass es zumindest hinsichtlich der Diktion in diesem Haus eine kleine Veränderung gibt. Die bereits erwähnte Enquete-Kommission Kommunen ist mit einigen Stolperschritten gestartet. Wir haben schon früh über das Thema "Konnexität" gesprochen: Wer bestellt, der bezahlt.

Einige Kollegen in dieser Enquete-Kommission haben das Wort "Konnexität" zu Beginn der Diskussion noch als Kampfbegriff verteufelt. Das Wort dürfe noch nicht einmal in den Mund genommen werden.

(Schweitzer, SPD: Reden Sie doch keinen Unsinn!)

 Herr Schweitzer, ich habe Sie zwar gar nicht genannt, aber Sie outen sich jetzt selbst. Ich wollte Sie gar nicht nennen, aber nun haben Sie sich selbst gemeldet.

(Schweitzer, SPD: Ihre GRÜNEN-Kollegen in Nordrhein-Westfalen haben es abgelehnt!)

Ich habe gesagt, dass wir einen Schritt weitergekommen sind. Wir sind weg vom Kampfbegriff. Wir sind etwas moderater. Herr Kollege Mertes hat sich auch ein Stück weit bewegt und heute Morgen gesagt: Wir müssen das anpacken. Wir sollten aber die Enquete-Kommission insgesamt abwarten. Darüber wird zu reden sein. – Er hat aber einen entscheidenden Satz gesagt, den ich so nicht stehen lassen kann angesichts der Politik, die Sie gegenüber den Kommunen betreiben. Ich habe den Satz nicht mitstenographiert, weil das außerhalb meiner Kompetenz liegt, aber dem Sinn nach hat er gesagt: Wir haben die Konnexität zwar noch nicht, aber wir tun einmal so, als hätten wir die Konnexität schon.

Sie tun aber nicht so, als würden Sie die Konnexität bereits anwenden. Es ist absolut nicht der Fall, dass Sie so tun, als wenn die Konnexität schon Anwendung fände. Sie haben zwar eine Reihe von Beispielen genannt, aber der Begriff "Konnexität" trifft für Ihre Finanzierungsmodelle absolut nicht zu; denn Sie übertragen Aufgaben an die Kommunen, ohne diese zu finanzieren. Das widerspricht fundamental dem Gedanken der Konnexität.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Herr Ministerpräsident Beck, im Zusammenhang mit dem Verfassungsgericht höre ich dann den Begriff "Prellwand" von Ihnen, die sich in diesem Zusammenhang auftue.

(Ministerpräsident Beck: Ich habe davor gewarnt!)

 Sie haben davor gewarnt, Herr Ministerpräsident. Ein Recht, sei es das Recht der Kommunen, ihre Eigenständigkeit zu sichern, muss eine Durchsetzungsmöglichkeit haben.

Diese Durchsetzungsmöglichkeit haben wir nicht. Die Verankerung des Konnexitätsprinzips führt natürlich zu Durchsetzungsmöglichkeiten. Diese Durchsetzungsmöglichkeiten werden zur Not, wenn wir das als Gesetzgeber nicht berücksichtigen, vom Verfassungsgericht realisiert werden. Das ist aber ein selbstverständlicher rechtsstaatlicher Grundsatz. Ich halte es für etwas mehr als ungehörig, den auch nur warnend als Prellwand an die Wand zu malen.

(Ministerpräsident Beck: Das ist schon eine böswillige Verfälschung dessen, was ich gesagt habe!)

- Herr Ministerpräsident, das geht so nicht.

(Ministerpräsident Beck: Es ist böswillig, so etwas zu sagen!)

Das nützt uns nichts in Bezug auf eine sachliche Politik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Kommunen muss unsere Sorge gelten. Ich bezweifle, ob wir mit grundlegenden Schritten, die notwendig sind, noch ein paar Jahre warten können. Ich bezweifle das, aber ich lasse mich gern, wenn es gute Argumente in der Sache und in Details gibt, eines Besseren belehren. Wo wären wir denn, wenn das nicht möglich wäre?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf ein weiteres Feld lenken.

(Schweitzer, SPD: Kommen Sie zum Schluss!)

 Herr Kollege Schweitzer, wann ich zum Schluss komme, entscheide immer noch ich und im Zweifelsfall die Frau Präsidentin, aber erst dann, wenn meine Uhr abgelaufen ist.

> (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schweitzer, SPD: Die müsste schon längst abgelaufen sein!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Haushaltsberatungen – der Herr Präsident hat gestern davon gesprochen, und der Herr Ministerpräsident hat heute darüber gesprochen – finden natürlich auch im Zeichen des Kriegs statt. Ich will mich aber jetzt einer zweifellos reizvollen Bewertung des Kriegs und seiner Umstände enthalten und Ihre Aufmerksamkeit auf unsere direkte Verantwortung hier leiten. Wenn wir uns Äußerungen aus der amerikanischen Administration nicht nur hinsichtlich der Achse des Bösen, sondern auch hinsichtlich weiterer möglicher Operationsfelder anhören und lesen und wenn wir sehen, dass sich der Krieg nicht so entwickelt, wie sich die Initiatoren das gedacht haben, und wenn wir uns die Entwicklung in den Nachbarländern des Iraks ansehen - da können wir destabilisierende Entwicklungen beobachten -, haben wir auch in Rheinland-Pfalz eine besondere Verantwortung für Flüchtlinge aus diesen Ländern, die bei uns sind.

Es reicht in diesem Zusammenhang meiner Meinung nach nicht aus, einen Abschiebestopp in Richtung Irak zu verhängen. Ich bin der Meinung, wir müssen uns alle dafür einsetzen, dass auch in die Nachbarländer, insbesondere in den Iran, in absehbarer Zeit nicht mehr abgeschoben werden darf. Das ist meiner Meinung nach eine humanitäre Pflicht.

### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir reden über den Haushalt und damit natürlich auch über Geld, da das der Kern des Haushalts ist. Im Zusammenhang mit dem Umgang mit Flüchtlingen kann ich Ihnen das Stichwort "Ausreisezentrum" nicht ersparen. Da wird nicht nur Geld verschwendet, sondern da wird ideologisch motiviert Geld auf dem Rücken von Betroffenen verschwendet. Ich will Ihnen einmal sagen, was das für Betroffene sind. "Ausreisezentrum" ist ein Euphemismus. Es handelt sich um eine Institution, über die erreicht werden soll, dass Menschen "freiwillig" ausreisen. Nach meiner Kenntnis der Dinge und nach meiner Anschauung werden sie dabei gehörig unter Druck gesetzt.

Das führt dann dazu, dass im Ausreisezentrum schon seit Jahren beispielsweise eine chinesische Familie mit mehreren Kindern einsitzt, denen China wegen seines bevölkerungspolitischen Programms die Einreise verweigert, die also, selbst wenn sie wollten, keine Chance hätten einzureisen. Trotzdem sitzen sie dort ein. Das ist nicht nur kurios, sondern das ist eine völlig sinnlose Maßnahme, die auf dem Rücken dieser Menschen ausgetragen wird.

Das Projekt "Ausreisezentrum" ist meiner Meinung nach nicht nur ein teures Projekt, sondern es ist auch ein unsinniges und inhumanes Projekt. Ich fordere Sie auf, dieses Projekt aufgrund vielerlei Interessen endlich zu beenden.

### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch so genannte Konsensgespräche, die natürlich auch ich begrüße, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es politische Unterschiede in diesem Haus gibt. Die Konsensgespräche sollen darüber auch nicht hinwegtäuschen, auch wenn gelegentlich in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird – nicht von Personen, die in diesem Landtag sitzen, da will ich einmal alle in Schutz nehmen, aber von anderen –, als müssten sich Politiker einfach nur alle einig werden, damit es vorangehen könne. Das bezweifle ich ganz stark. Wir haben unterschiedliche politische Angebote zu machen. Wir haben uns da zu einigen, wo wir uns einigen können, aber wir müssen auch den politischen Streit pflegen.

### (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben Vorschläge gemacht. Einige dieser Vorschläge konnten wir im Rahmen dieser Gespräche durchsetzen, aber viele unserer Vorschläge konnten wir in der politischen Auseinandersetzung nicht durchsetzen. Unsere Vorschläge sind von großer sozialer Verantwortung geprägt. Wir wollen die soziale Schieflage verhindern, die Ihr Haushalt nach unserer Auffassung aufweist. Wir wollen bildungspolitisch nicht handlungsunfähig werden. Uns treibt in immer größerem Maß die Sorge um die Kommunen dieses Landes als die kleinste Einheit der Demokratie um. So haben wir unsere Haushaltsdebatte im Wesentlichen geführt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

### Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zurück auf die Rede von Frau Thomas von heute Vormittag. Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie heute Morgen Herrn Kollegen Mertes mindestens den dritten Heiratsantrag mit der charmanten Zeile aus "Casablanca" gemacht, es wäre der Beginn einer wunderschönen Freundschaft.

#### (Unruhe im Hause)

Ich habe mir das vor Augen geführt und mir dann überlegt, wenn Herr Kollege Mertes mit Ihnen spricht – ich verwende jetzt auch einen Filmtitel, nämlich "Komm' zur Sache, Schätzchen" –, bin ich mir sicher, wenn ich an den Straßenbau, die Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik, die Innenpolitik, die Umweltpolitik usw. denke, dass er am Schluss nicht sagen wird – auch jetzt verwende ich wieder "Casablanca" –: Schau mir in die Augen, Kleines. – Davon bin ich überzeugt, Frau Kollegin. Deshalb sind wir immer ganz ruhig, wenn Sie öffentlich Heiratsanträge machen.

Herr Kollege Marz hat das wieder unter Beweis gestellt.

(Rösch, SPD: Der wird kein Trauzeuge!)

Wenn Sie in der Sache diskutieren würden, wären die Differenzen so groß, dass wir da ganz beruhigt sein können.

# (Ministerpräsident Beck: Immer die üblichen Verdächtigen!)

Ich möchte auch noch eine Anmerkung zu Herrn Kollegen Böhr machen, der jetzt nicht anwesend ist. Er hat heute Morgen einen neuen Begriff mit den "guten" und den "bösen" Schulden geprägt. Er hat gesagt, wenn jemand Schulden macht, um nach Mallorca zu fahren, seien das "böse" Schulden. Wenn er sich ein Auto kaufe, seien das "gute" Schulden. Auch da liegt ein Denkfehler vor. Das Auto ist auch ein Verbrauchsgut. Der Verbrauch dauert nur etwas länger. Ich kann dem Kollegen und Philosophen Böhr nur sagen: Schulden können Sie nur dann machen, wenn denen Einnahmen gegenüberstehen. Das ist eine alte Weisheit. Wenn man betriebswirtschaftlich denkt, könnte man nach dem Leverage-Effekt sogar noch mehr Schulden machen, solange die Eigenkapitalrendite größer ist. Sie könnten sich also unendlich verschulden. Ich kann also nur vor den "guten" und "bösen" Schulden, die uns Herr Kollege Böhr heute Morgen dargestellt hat, warnen.

Frau Kollegin Thomas und Herr Kollege Marz, nun werde ich Ihnen einmal sagen, weshalb wir uns unterscheiden

(Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das weiß ich!)

Ich will Ihnen auch nachweisen, dass Sie einen Denkfehler gemacht haben, der dem Land 20,9 Milliarden Euro Mehrverschuldung bringen würde.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat mit der Haushaltsvorlage für den Nachtragshaushalt 2003 mutige Entscheidungen getroffen, die durch ihre längerfristig wirkenden Strukturveränderungen nachhaltig zu einer Haushaltskonsolidierung beitragen werden. Zahlreiche Ausgabenansätze wurden reduziert und somit Einsparungen in Höhe von 353 Millionen Euro erzielt, um die voraussichtlichen Steuerausfälle von 580 Millionen Euro ausgleichen zu können.

Ob diese Einsparmaßnahmen allerdings ausreichen, um die Nettokreditaufnahme auf etwa eine Milliarde Euro zu begrenzen, muss aus heutiger Sicht mit einem großen Fragezeichen versehen werden, weil nicht absehbar ist, welches Wirtschaftswachstum im Jahr 2003 in der Bundesrepublik erzielt werden kann. Geringeres Wirtschaftswachstum - das Land Rheinland-Pfalz ging bei seinen Steuereinnahmenerwartungen von einem Wirtschaftswachstum von 0,9 % aus - bedeutet auch geringere Steuereinnahmen und ceteris paribus eine höhere Neuverschuldung. Dies bedeutet, dass auch in Zukunft äußerste Sparsamkeit das Gebot der Stunde ist. Die Landesregierung muss auf dem Weg der Strukturveränderungen mutig weitergehen; denn nur durch Strukturveränderungen lassen sich Ausgabeneinsparungen in der Zukunft erzielen.

Ich sehe noch ein hohes Einsparpotenzial in der Kons olidierung des IT-Bereichs, in der Restrukturierung der Verwaltungsabläufe durch die Einführung von E-Government sowie in der weiteren Durchforstung aller Maßnahmen quer durch alle Einzelhaushalte.

Frau Kolleginn Thomas, wir scheuen uns nicht – ich sage das öffentlich – auch in Zukunft alles auf den Prüfstand zu stellen. Das haben wir in der Vergangenheit getan, auch was das Wirtschaftsministerium betrifft. Wir fordern Sie auf, auch weiterhin Einsparmaßnahmen – aber nicht solche, wie Sie es jetzt getan haben – mit uns zu überlegen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nur Geduld. Ich werde es gleich sagen.

Meine Damen und Herren, es muss nach wie vor das oberste Ziel der Landesregierung sein, die in der Finanzplanung bis zum Jahr 2008 vorgesehene Neuverschuldung auf null zurückzufahren, um weiteren Spielraum für Investitionen in die Zukunft zu gewinnen. Wenn die Zinsquote beim Nachtragshaushalt heute fast 10 % der bereinigten Gesamtausgaben beträgt und damit fast die gleiche Höhe wie die Investitionsquote erreicht, müssen auch im nächsten Doppelhaushalt verschiedene gestaltbare Ausgaben kritisch hinterfragt werden, um die Zinsquote zu vermindern und die Investitionsquote erhöhen zu können.

Ob dazu allerdings die Vorschläge der CDU-Opposition und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brauchbare Instrumente sind, darf bezweifelt werden. Die stereotype Begründung der CDU-Landtagsfraktion bei Ausgabenstreichungen lautete – ich zitiere –: "Keine Verschlechterung zu verantworten" oder "Orientierung an der bisherigen Haushaltsentwicklung".

Dabei hat man es sich nach Auffassung der FDP-Landtagsfraktion vonseiten der CDU-Opposition etwas zu leicht gemacht. Es ist doch etwas zu einfach, fast 11 Millionen Euro bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit der Begründung zu streichen – ich zitiere –: "Die Maßnahmen bedürfen einer grundsätzlichen Kritik und Neukonzeption hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Effektivität. Dies sollte nicht zuletzt vor dem Hintergrund entsprechender Überlegungen des BA-Vorstandsvor-

sitzenden Florian Gerster auch auf Landesebene geboten und akzeptabel sein." – Mehr Substanz bei der Begründung wäre hier vonnöten. Man kann sich nicht einfach auf Herrn Gerster beziehen, nur weil er einmal Chef des Sozialministeriums war.

(Glocke der Präsidentin)

### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Kollege Creutzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Rosenbauer?

### Abg. Creutzmann, FDP:

Natürlich.

#### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Dr. Rosenbauer, bitte sehr.

### Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Herr Creutzmann, ist Ihnen bekannt, dass die Landesregierung im November die 10 Millionen Euro eingestellt hatte und im Haushaltswirtschaftskonzept 10 Millionen Euro kürzen wollte?

### Abg. Creutzmann, FDP:

Ja. Wissen Sie, dass auch Haushalte ein dynamischer Prozess sind?

(Dr. Rosenbauer, CDU: Selbstverständlich!)

Die GRÜNEN haben beklagt, dass arbeitsmarktpolitisch noch zu viel eingespart werden würde. Man muss immer überlegen – die Arbeitslosenzahlen sind zitiert worden –, ob es gerechtfertigt ist, in der jetzigen Wirtschaftssituation diese Instrumente einzusetzen. Dabei bleibe ich.

Auch bei der Umsetzung des Programms "Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz" hat es sich die CDU-Landtagsfraktion etwas einfach gemacht. Mir scheint es doch etwas oberflächlich und der Sache nicht angemessen zu sein, fast 408.000 Euro mit der Begründung zu streichen – ich zitiere –: "Der Titel steht nicht im Einklang mit der tatsächlichen Politik der Landesregierung."

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch ist ein Kahlschlag der Wirtschafts- und Technologieförderungen – dies gilt sowohl für die Union als auch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – unter mittelstands- und strukturpolitischen Gesichtspunkten mit der FDP-Landtagsfraktion nicht zu machen. Dieser Kahlschlag tritt ein, wenn man den Vorschlägen der CDU-Fraktion, bei dem Sonderprogramm "Beschäftigung, Ausbildung, Innovation, Wirtschaftsstruktur" 6,346 Millionen Euro einsparen zu wollen, folgen würde. Dies würde bedeu-

ten, dass die Wirtschaftsförderung künftig auf die Kofinanzierung der EU-Programme für die sogenannten Ziel-2-Gebiete (Westpfalz und Eifel-Hunsrück-Gebiet) beschränkt würde. Dies hätte zur Folge, dass Maßnahmen, zum Beispiel zur Förderung von Existenzgründungen und Ausbildungsplätzen, und Einrichtungen, zum Beispiel Technologiezentren, Forschungsinstitute und überbetriebliche Berufsbildungsstätten, außerhalb der EU-Fördergebiete nicht mehr gefördert werden könnten.

Darüber hinaus gibt es Verpflichtungen – dies wird immer wieder vergessen – aufgrund der Förderung des neuen Motorenwerks für die Firma Opel in Kaiserslautern. Wegen der Höhe des Zuschusses in Höhe von 44,6 Millionen Euro erfolgt die Auszahlung in vier Jahresraten in der Zeit zwischen 2000 und 2003. Für dieses Vorhaben bestehen noch Zahlungsverpflichtungen von rund 19 Millionen Euro, die geleistet werden müssen. Diese kann man nicht einfach aus dem Haushalt herausstreichen, wie Sie es beantragt hatten.

Unter beschäftigungs- und strukturpolitischen Gesichtspunkten sollte nicht unerwähnt bleiben, dass 80 % der Wirtschaftsförderungsmittel der unmittelbaren Investitionsförderung und damit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen dienen. So liegen der ISB und dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr zur Zeit im Bereich der Regionalförderung 202 Anträge für betriebliche Investitionsvorhaben, insbesondere Betriebsneuerrichtungen und -erweiterungen, mit einem Investitionsvolumen von über 320 Millionen Euro und 60 Anträge für Infrastrukturmaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von rund 130 Millionen Euro vor. Mit den Fördermaßnahmen wird ein Vielfaches an privaten Investitionsmitteln mobilisiert.

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Thomas, ich weiß, es tut Ihnen immer weh, wenn man die Wahrheit sagt. So viele Aufgaben kann die ISB gar nicht übernehmen. Die ISB kann nur in einem bestimmten Rahmen eintreten. Wir haben schon darauf hingewiesen, dass die Einsparungen im Haushalt schmerzlich waren. Sie haben auch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau getroffen.

Meine Damen und Herren, bei dem verschärften Standortwettbewerb zwischen den Ländern und Regionen hätte eine weitere Reduzierung der Wirtschaftsförderung zwangsläufig sehr nachteilige Folgen für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Dies lehnen wir ab. Deswegen taugen die Änderungsanträge der CDU-Landtagsfraktion nicht, um eine zusätzliche Haushaltskonsolidierung zu erreichen.

Die Änderungsvorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN triefen wieder einmal von voreingenommener Ideologie. Alles, was im Zusammenhang mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau steht, ist "böse" und muss deshalb nach Auffassung der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestri-

chen werden. Als Begründung dienen dazu auch vielfach nicht nachvollziehbare Behauptungen.

# (Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Marz hat es beklagt. Ich gehe noch einmal darauf ein. Es sollen einmal schnell fünf Millionen Euro bei der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige in Zweibrücken und in Ingelheim gestrichen werden, ohne zu sagen, wer dann die Kosten übernehmen soll, die bei der Dezentralisierung der Aufnahme und der Unterbringung von Flüchtigen entstehen werden. Sie reden immer vom Konnexitätsprinzip. Wenn Sie das dem Land streichen, müssen die Kommunen dafür eintreten. Dafür müssen Sie aber auch die Mittel einstellen.

### (Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Dr. Braun, bemerkenswert ist allerdings, dass man die Förderung von Maßnahmen im Bereich der Energie um 180.000 Euro auf null kürzen will mit der Begründung, dass die Effizienzoffensive Rheinland-Pfalz wegen Erfolglosigkeit aufgelöst werden soll. Welche Logik!

Die "Mittelstandsfreundlichkeit" der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist auch daran zu erkennen, dass die Zuschüsse zu laufenden Maßnahmen der Ausund Fortbildung um 250.000 Euro vermindert werden sollen, weil – ich zitiere – "es sich bei den Maßnahmen zum Teil um originäre Aufgaben der Handwerkskammern handelt". Hier zeigt sich wieder einmal der Zwiespalt der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auf der einen Seite sollen die Schulen und die Hochschulen mit noch mehr Geld zur Aus- und Weiterbildung ausgestattet werden, auf der anderen Seite will man bei den Handwerksberufen dagegen die Mittel kürzen.

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Thomas, diese Zauberwörter "Evaluierung" und "Effizienz" werden immer wieder kommen.
 Wenn Sie etwas ablehnen, sagen Sie "noch mehr Effizienz". Das ist schlicht und einfach dann keine Förderung mehr. Dies müssen Sie verantworten.

### (Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Krönung an Unkenntnis – Frau Thomas, Sie sind einem herrlichen Irrtum unterlegen – zeigen jedoch die Änderungsanträge Nr. 24, 25 und 27 der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Nutzungsentgelte an den Landesbetrieb Straßen und Verkehr sollen um 10 Millionen Euro gekürzt werden mit der Begründung, dass eine Kürzung aufgrund der Haushaltssituation erforderlich ist. Dieses Geld, das man hier gestrichen hat, will man beim ÖPNV zusätzlich ausgeben, indem man den Haushaltsansatz um 10,9 Millionen Euro erhöht. Würde man den Vorschlägen der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgen, dann hätten wir im Nachtragshaushalt 2003 ein Defizit von insgesamt 20,9 Millionen Euro zusätzlich geschaf-

fen. Was die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nämlich nicht bedacht hat, ist, dass eine Verminderung der Nutzungsentgelte an den Landesbetrieb Straßen und Verkehr dort ceteris paribus zu einer Erhöhung der Schulden beim Landesbetrieb und damit auch des Landeshaushalts führen würde. Wir müssen nämlich immer die Landesbetriebe und den Haushalt insgesamt sehen. Dort wird auch die Gesamtverschuldung aufgeführt.

Da die Mehrausgaben für den ÖPNV in Höhe von 10,9 Millionen Euro ebenfalls zu einer Neuverschuldung führen würden, tritt hier ein Doppeleffekt ein, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht bedacht hat.

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Beweis Ihrer Unkenntnis der betriebswirtschaftlichen Konstruktion des Landesbetriebs Straßen und Verkehr ist in dem Vorschlag zu sehen, eine Gewinnabführung des LSV in Höhe von 5 Millionen Euro vorzuschlagen. Erstens ist der Landesbetrieb Straßen und Verkehr zurzeit überhaupt nicht in der Lage, einen Gewinn zu erwirtschaften, der Vorschlag der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde allenfalls dazu führen, dass die Schulden des Landesbetriebs um 5 Millionen Euro erhöht würden und dadurch das Land 5 Millionen Euro höhere Einnahmen hätte.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was haben wir vorgeschlagen? Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Der Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nichts anderes als ein Wechsel von der rechten in die linke Tasche, weil nämlich der Landesbetrieb und der Landeshaushalt, was die Schuldenaufnahme betrifft, immer zusammen gesehen werden müssen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat also immer noch nicht verstanden, dass ich das, was ich dem Landesbetrieb nehme, dem Landeshaushalt gebe, oder das, was ich aus dem Landeshaushalt nehme, dem LSV zur Betriebsführung wieder gebe.

(Glocke der Präsidentin)

### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Kollege Creutzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Thomas?

# Abg. Creutzmann, FDP:

Natürlich, gern!

### Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Creutzmann, ich glaube, Sie haben nicht nur mich mit Ihren Ausführungen verwirrt. Wären Sie so freundlich und würden zu dem letzten Punkt, den sie angeführt haben, also zur Abführung von 5 Millionen Euro, bitte die Antragsnummer nennen? Dann könnte ich nämlich su-

chen. Es gibt keinen entsprechenden Änderungsantrag von uns.

### Abg. Creutzmann, FDP:

Dann umso besser.

(Beifall bei FDP und SPD – Heiterkeit im Hause)

 Frau Thomas, Ihren Vorschlag gab es. Das war nicht aus der Luft gegriffen. Den gab es nämlich. Insofern haben Sie mich richtig erwischt. Ich habe natürlich auch gesucht. Den Antrag haben Sie nämlich zurückgezogen. Dann sind Sie schlauer geworden. Dazu kann man Ihnen nur gratulieren.

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist peinlich! – Anhaltend Heiterkeit im Hause)

Dass das so ist, wie ich es mit dem Gewinn gesagt habe, daran gibt es keinen Zweifel, meine Damen und Herren.

Die Streichung der Planungskosten für Bundesstraßen in Höhe von 10,7 Millionen Euro – das hat heute Morgen der Fraktionsvorsitzende der SPD schon beleuchtet – und die gleichzeitige Erhöhung der Zuwendungen an die kommunalen Verkehrsträger für den Ausbau von Verkehrsanlagen in Höhe von 7,1 Millionen Euro zeigen erneut, dass die GRÜNEN die Partei in Rheinland-Pfalz sind, die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine moderne und bedarfsgerechte Infrastruktur in diesem Bundesland überhaupt keinen Wert legt.

Frau Thomas, ietzt komme ich zu dem Beispiel, das ich gestern schon angekündigt habe. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr war dieser Tage auf der CeBIT in Hannover. Wir waren dort bei einem mittelständischen Unternehmen, das uns erklärt hat, dass es von Pirmasens nach Kaiserslautern umgezogen ist. Der Geschäftsführer sagte uns: Allein dieser kleine Umzug hätte einen Riesenvorteil für die Firma erbracht, weil sie jetzt über die A63 an den Rhein-Main-Raum angeschlossen seien. An diesem Beispiel können Sie sehen, dass die Verkehrsinfrastrukturpolitik in diesem Land auch Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Das übersehen Sie leider immer. Das ist die Voraussetzung, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Deswegen bleiben wir auf diesem Weg der kontinuierlichen Schaffung der Mobilität für dieses Land. Deswegen können wir den Anträgen Ihrer Fraktion nicht zustimmen.

Mich hat auch Ihr Änderungsantrag Nummer 27 – Mitfinanzierung der Kosten des Saar-Ausbaus – gewundert. Sie haben schlicht und einfach übersehen, dass die Streichung dieses Titels überhaupt nicht möglich ist, da es sich um eine vertragliche Verpflichtung des Landes Rheinland-Pfalz gegenüber dem Bund handelt.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unter Haushaltsvorbehalt! Lesen Sie doch einmal den Vertrag!) Dann muss das Land den Vertrag kündigen oder vertragsbrüchig werden, Frau Thomas. Das geht nicht so einfach, wenn sich das Land verpflichtet hat.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Creutzmann, Sie hätten besser geschwiegen!)

Dann müssen Sie zu dem Vertragspartner gehen und mit ihm über die Auflösung diskutieren. Sie müssen sich aus dem Vertrag entlassen lassen. Sie können das aber nicht einfach durch einen solchen Änderungsantrag aus der Welt schaffen.

Zum Schluss möchte ich für die FDP-Landtagsfraktion festhalten: Das Land Rheinland-Pfalz ist mit dem jetzt vorgelegten Nachtragshaushalt 2003 auf gutem Weg, sich durch Strukturveränderungen den Freiraum zu verschaffen, der notwendig ist, um auch in Zukunft noch Investitionen im Bildungsbereich und für die Mobilität dieses Landes bereitzustellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, ich möchte weitere Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des SPD-Ortsvereins Brachbach. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ferner begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Realschule Schifferstadt. Herzlich will-kommen!

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Dr. Braun das Wort.

# Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Creutzmann, um in Ihrem Bild zu bleiben, bei dem Film "Casablanca" bleibt am Flughafen einer ganz allein und traurig zurück.

(Heiterkeit im Hause)

Ich habe den Eindruck, Sie haben im Moment die Befürchtung, Sie wären das.

(Heiterkeit im Hause)

So, wie Sie hier reden, wäre das auch gerechtfertigt, dass Sie dann zurück bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war Ihre typische Methode, zunächst einmal einen Popanz aufbauen und dann draufhauen. Heute haben wir Sie in flagranti erwischt wie noch nie. Sie können dann auch nicht behaupten, dass Sie bessere Vorschläge gebracht hätten. Das ist genau das, worüber wir reden. Sie sagen, wir hätten in der Titelgruppe 877 zu viel zusammengestrichen. Letztes Jahr haben Sie das aber nicht für die Wirtschaftsförderung verausgabt, 49 Millionen Euro sind übrig geblieben. Diese haben Sie woanders verfrühstückt. Wenn Sie jetzt von den Investitionen reden, dann muss ich Ihnen sagen: Die Investitionen für Mittelstandsbetriebe werden doch von der neuen Mittelstandsbank des Bundes mit gefördert. Die ISB macht in etwa den Rest noch, aber das macht doch nicht das Wirtschaftsministerium. Genau das ist das, bei dem wir sagen, wir müssen über die Zukunft so diskutieren, dass wir den nächsten Doppelhaushalt auf die Reihe bekommen. Ich habe bisher von Ihnen keinen einzigen Vorschlag gehört, wie Sie weitergehen können für den nächsten Doppelhaushalt, wo Sie die weiteren Sparmaßnahmen innerhalb dieses Ministeriums sehen, das immer noch die dicksten Brocken unnötigerweise hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gehört, im Sozialministerium, wo es vielleicht notwendiger wäre, das Geld für Maßnahmen zu haben, da wurde ganz konsequent und ganz klar benannt, wo gekürzt wird. Bei Ihnen wird es nicht benannt. Sie sind auch nicht fähig, als FDP und als einzelner Abgeordneter und als Ministerium Streichvorschläge zu benennen. Sie sagen nur immer: Ihren Streichvorschlägen von den GRÜNEN können wir nicht zustimmen. – Ich weiß das, und wir haben auch gar nicht gehofft, dass Sie dem zustimmen. Darauf sind wir auch nicht angewiesen. Sie müssen aber dann, wenn Sie unseren Vorschlägen nicht zustimmen, eigene Vorschläge über das hinaus vorlegen, was an globaler Minderausgabe vorhanden ist. Darauf warten wir noch. Vielleicht kommt noch ein konstruktiver Vorschlag von Ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer weiteren Kurzintervention hat Frau Abgeordnete Kiltz das Wort.

## Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mein blaues Kärtchen gezeigt, als uns Herr Kollege Creutzmann ungefähr zum 50. Mal vorgeworfen hat, wir würden vor Ideologie triefen.

Herr Creutzmann, lieber so einen Vorwurf als den, den ich Ihnen jetzt machen muss. Sie sind so etwas von

langweilig, fantasielos und entbehren jeglichen Hauchs von Kreativität in der Verkehrspolitik.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Sie ist Verkehrspolitik Straßenbau.

(Zuruf von der FDP: Nein! – Lewentz, SPD: Oder Brückenbau!)

Ich habe es gestern schon an anderer Stelle gesagt: Straßenbau sind Arbeitsplätze. Das ist Ihr Credo.

Sie haben ein Beispiel von einem Betriebsbesuch gebracht. Ich könnte Ihnen aus dem Stand 20 Betriebe nennen, die ich in den vergangenen Jahren besucht habe, die gesagt haben, wir würden viel lieber die Güter auf der Schiene transportieren.

Da müssen Sie Kreativität einsetzen, mit der DB AG und DB Cargo verhandeln und ganz viel Energie einsetzen.

(Dr. Schmitz, FDP: Wer ist denn in der Bundesregierung?)

 Wir machen unseren Teil, aber wir wissen, dass wir bei der DB AG ein zähes Monster zu bewegen haben.
 Darüber sind wir uns alle einig, glaube ich.

Zu unseren Anträgen, Herr Creutzmann. Sie haben das Pech, dass das Finanzministerium unsere Anträge geprüft hat und bei fast allen beim Einzelplan 08 "technisch machbar" darunter geschrieben hat, auch beim Saarausbau.

Natürlich gibt es einen Vertrag, aber der steht unter Haushaltsvorbehalt. Herr Creutzmann, Sie sind Teil des Gesetzgebers, der über den Haushalt beschließt, glaube ich. Das heißt, Sie können ja oder nein sagen. Insofern sagen Sie nicht, das ginge nicht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Er sagt immer nein!)

Noch ein Beispiel, an dem ich Ihnen deutlich machen will, wie wenig nachhaltig Ihre Verkehrspolitik ist.

(Kramer, CDU: Sagen Sie doch etwas Nettes!)

Ich habe mir vorhin noch einmal das Landesstraßenprogramm angesehen, das uns der Landesbetrieb Straßen und Verkehr freundlicherweise während der Haushalbberatungen vorgelegt hat. Dort steht: "Bedarf: Beseitigung von Winterschäden, fünf Millionen." – Der Ansatz für 2003 ist Null.

Das heißt, das häuft sich dann wieder auf; denn wenn man Winterschäden nicht gleich beseitigt, dann werden sie größer und teurer in der Beseitigung.

Wir haben 57 Millionen Euro für Um-, Aus- und Neubau. Wenn Sie jetzt sagen, das wäre Ideologie, wenn wir sagen, schauen Sie, dass Sie Ihr Bestandsnetz erhalten,

bevor Sie neue Sachen angehen, dann ist das etwas daneben.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP – Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Wir können Ihnen nur sagen, nicht nur aus ökologischen und sozialen Gründen wäre es sinnvoll,

(Glocke der Präsidentin)

Ihre Windschutzscheibenperspektive einmal aufzugeben, sondern auch aus haushaltspolitischen Gründen, weil wir dann unter dem Strich für weniger Mittel mehr Mobilität bekämen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zur Erwiderung hat Herr Kollege Creutzmann das Wort.

#### Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Kollege Dr. Braun, Sie übersehen immer wieder in Ihrer Argumentation, dass mehr als 100 Millionen – ich glaube, es waren fast 130 Millionen – im Wirtschaftsministerium gekürzt wurden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, ich habe es Ihnen heute Morgen vorgerechnet, das stimmt doch nicht!)

 Frau Thomas, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, wenn das Wirtschaftsministerium früher die Wirtschaftsförderung gemacht hat und die Investitions- und Strukturbank (ISB) dies hat ausführen lassen, dann hat das Wirtschaftsministerium aber auch die Mittel bereitgestellt.

Das heißt, die ISB hat das Geld bekommen. Nun sind die Mittel in diesem Umfang nicht mehr vorhanden, und das Wirtschaftsministerium kann der ISB einen gewissen Teil aus seinem eigenen Haushalt ersetzen, aber natürlich die Zuschüsse nicht in dem Umfang geben, wie sie in den vergangenen Jahren gegeben wurden. Das ist doch klar.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kiltz, es ist schlicht und einfach falsch, dass im Haushalt nichts für Winterschäden ausgegeben wird.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es handelt sich dabei um eine permanente Aufgabe. Sie müssen immer wieder zwischen Investitionen und E-haltung unterscheiden. Das eine ist in den Investitionsausgaben enthalten, und der andere geht sofort in den Aufwand hinein.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hören Sie, ich werfe Ihnen auch nicht vor, dass Ihre Perspektive immer die Froschperspektive ist, wenn Sie uns – –

Vielleicht kommen wir gemeinsam zu unserem Ziel, dass in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz eine moderne Verkehrsinfrastruktur notwendig ist.

# (Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Bundesverkehrswegeplan mehr als 2,1 Milliarden Euro für dieses Land bereitstellt, dann ist auch der Bund, an dessen Regierung Sie beteiligt sind, der gleichen Auffassung, dass für die Infrastruktur noch etwas zu tun ist. Dies unterstützen wir, auch was die Planungskosten betrifft.

Das Land Rheinland-Pfalz plant deswegen immer mehr – damit sind wir sehr gut gefahren –; denn wenn andere Länder das Geld für den Straßenbau nicht abrufen, haben wir manche Mark nach Rheinland-Pfalz umlenken können, weil geplant war, weil Planungsreife vorhanden war, weil gebaut werden konnte, Frau Thomas, Frau Kiltz.

Diese Politik sollte fortgesetzt werden. Das, was der Rechnungshof gesagt hat, kann man sicher überlegen. Es geht dabei nicht um große Trassen, sondern es geht um kleinere Planungen. Hier gibt es Änderungen, sodass in Zukunft die Planungskosten von den Betroffenen, von den Städten und Kreisen bezahlt werden müssen.

Da wird sich mancher Landrat und manches Stadtoberhaupt überlegen, ob er einfach sagt, planen wir das einmal, was doch nie ausgeführt wird, wenn er dies bezahlen muss. Es wird nur noch das geplant, was auch ausgeführt werden soll. Damit wird sich ein Großteil der Vorwürfe des Rechnungshofs erledigen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Staatsminister Bauckhage.

# Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal lassen Sie mich festhalten, dass der Einzelplan 08 nach wie vor der Investitionshaushalt des Landes ist. 30 % unseres Haushalts beträgt die Investitionsquote, sie liegt sogar jenseits der 30 %. Daran kann man erkennen, dass man das doch sehr differenziert machen muss, wenn man darüber redet.

Mir war klar – das ist die gesamtstaatliche Verantwortung, die diese Landesregierung insgesamt mit diesem

Nachtragshaushalt deutlich dokumentiert –, dass in Zeiten knapper Kassen man verständlicherweise mit dem Rotstift sinnvoll umgehen muss.

Natürlicherweise gibt es einen unterschiedlichen Politikentwurf. Sie haben einen Politikentwurf, der will weniger Mobilität oder eine andere Mobilität.

# (Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen mir noch erklären, wie Sie im Westerwald mit der Eisenbahn zurecht kommen. Das ist eine schwierige Angelegenheit.

Mir kommt es auf Folgendes an: Wir haben einen Politikentwurf, der besagt, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur stellen jeweils eine der Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung dar. Darin liegt der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Das muss man so zur Kenntnis nehmen.

#### (Beifall der FDP und der SPD)

Die Problematik insgesamt liegt darin, dass der Haushalt meines Hauses mit knapp einer Milliarde auf der Ausgabenseite einen großen Brocken darstellt. Das ist keine Frage. Man muss wissen, wenn man darüber diskutiert, dass davon nach dem Nachtragshaushaltsplan nur 250 Millionen Landesmittel sind. Von daher sieht man in der Ecke, auch von der Wirtschaftsförderung her, auch bei den spannenden Fragen, Kreditanstalt für Wiederaufbau ja oder nein, ——

Wir versuchen, Kombinationen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu machen. Wenn Sie im heutigen Standortwettbewerb stehen, müssen Sie vernünftige Konditionen haben, das heißt zum Ersten Verkehrsinfrastruktur und zum Zweiten auch Förderung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Ihnen an zwei Beispielen klar machen, wenn wir die Flexibilität nicht hätten, die Sie uns nehmen wollen, würde das bedeuten, dass man in einer schwierigen Phase gerade in Insolvenzen – – –

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich kann Ihnen viele Firmen nennen, die in Insolvenzen durch die Begleitung des Staates wieder auf den Weg gekommen sind.

Schauen Sie sich das Unternehmen Pfaff in Kaiserslautern an. Dort arbeiten noch 1.000 Menschen. Das hat noch eine größere Bedeutung als nur den Arbeitsplatz; mit dem Werk identifiziert sich der Mensch noch. Wenn das Unternehmen insolvent ist und ein neuer Investor kommt, der eine Menge Geld hineinsteckt, erwartet der ein Stück Begleitung. Es geht um 1.000 Arbeitsplätze.

Nehmen wir in der Westpfalz das Unternehmen Kömmerling. Wäre das Land nicht in der Lage, nicht flexibel gewesen, dort zu flankieren, wäre das heute kein Thema mehr, befände sich Kömmerling heute nicht mehr in Pirmasens. Was diese beiden Beispiele für die West-

pfalz bedeuten, muss ich Ihnen nicht im Besonderen erläutern.

(Beifall der FDP und der SPD)

Man muss das vor dem Hintergrund der Wirtschaftsförderung ganz klar sehen. Es liegen derzeit – das muss man sich einmal vorstellen, um in der Volkswirtschaft die Dimensionen zu sehen – über 250 Anträge vor, meine Damen und Herren. Diese Anträge bewegen ein Investitionsvolumen von rund 450 Millionen Euro, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das sind die Dimensionen, über die wir reden müssen. Diese Investitionen schlagen natürlich sofort auf den ersten Arbeitsmarkt durch. Das ist keine Frage.

(Beifall der FDP und der SPD)

Darüber hinaus wollte ich noch in aller Klarheit sagen, wir sind wirklich an die Grenze des Möglichen gegangen. Man muss es noch einmal deutlich machen: 900 Millionen Euro stehen nur 250 Millionen Euro Landesmittel gegenüber.

Ich sage das ganz offen, das habe ich ganz bewusst gemacht und mache es auch noch einmal, weil ich will, dass wir einen soliden und seriösen Haushalt vorlegen.

Dieser Nachtragshaushaltsplan ist solide und seriös und erhält dem Land noch in allen Abteilungen die notwendige Handlungsfähigkeit. Das ist doch das Problem.

(Beifall der FDP und der SPD)

Nun eine Frage zum Landesbetrieb. Das kann man nicht so stehen lassen.

Es ist natürlich klar, der Landesbetrieb hat viele Vorteile. Zum einen muss man sagen – das hat der Kollege Creutzmann heute in aller Klarheit getan –, die volle Transparenz bei der Kreditaufnahme ist gegeben und spielt im Übrigen sowohl bei der Nettoneuverschuldung als auch bei der Verfassungsgrenze eine große Rolle.

(Beifall der FDP und der SPD – Creutzmann, FDP: So ist es!)

Zum Zweiten ist natürlich auch klar, dass ein Landesbetrieb alle Schwachstellen aufdeckt und die beste Möglichkeit darstellt, eine betriebswirtschaftlich optimale Lösung zu suchen. Wir haben zum einen das Problem des Arbeitsrechts. Das kritisiere ich gar nicht. Ich kritisiere auch nicht, dass Beamte nicht entlassbar sind, aber man muss davon ausgehen, dass man vor diesem Hintergrund Politik gestalten muss.

Sie schlagen vor, 20 Millionen bei den Planungskosten zu kürzen. Ich kann Ihnen aber sagen, dann können wir die Projekte der Bundesstraßen schlicht nicht mehr planen. Die Rechnung von Frau Thomas heute morgen war schlimmer als eine Milchmädchenrechnung. Wenn ich sage, ich habe Verwaltungskosten in Höhe von X und habe demgegenüber einen Investitionsaufwand in Höhe von Y, muss man zunächst einmal berücksichtigen, dass die Leute, wenn sie planen und ausführen,

mehr tun, als nur die Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für den Landesstraßenbau zu bewegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie bewegen also den gesamten Kreisstraßenbau. Sie bewegen den gesamten Bundesstraßenbau in Höhe von 2,1 Milliarden DM. Ich sage dies deshalb, weil ich die Pflicht habe, mich vor diese Leute zu stellen.

Natürlich gibt es dort Effizienzreserven. Aber sie sind aus den unterschiedlichsten Gründen derzeit nicht realisierbar. Aber zu sagen, 100 Millionen stehen sounds oviel Millionen Personalausgaben gegenüber, ist schlimmer als eine Milchmädchenrechnung. Es ist eine Diskreditierung der Menschen, die dort arbeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das lasse ich schlicht nicht zu.

(Beifall der FDP und der SPD)

Deshalb will ich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wir wollen Verkehrsinfrastruktur. Im Übrigen ist Rheinland-Pfalz das Bundesland, das zum einen die meisten Strecken reaktiviert hat und das zum anderen Güterverkehrszentren, also die Verzahnung von Schiene, Wasser und Straße, installiert hat.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Ja, das ist so. Das dies noch nicht so funktioniert, ist mir auch klar. Man braucht eine bestimmte Anlaufzeit.

Darüber hinaus ist auch klar, dass wir weiterhin die Verkehrsinfrastruktur verbessern müssen. Es wird nicht nach Ihnen gefragt. Wir werden erleben, dass wir ein Transitland sind, ob wir es wollen oder nicht. Wir werden auch erleben, dass viele Güter nach wie vor über Straßen transportiert werden müssen.

Ich sage abschließend noch einmal, wenn Sie 10 % des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene verlagern wollen, müssen Sie die Kapazitäten der Bahn verdoppeln. Schönen Gruß Mittelrheintal, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall der FDP und der SPD)

Deshalb will ich gern dazu beitragen, die Debatte zu versachlichen. Wir sind bemüht, unseren Sparanteil zu erbringen und werden ihn auch erbringen. Aber wir brauchen aufgrund der Beispiele, die ich vorhin genannt habe, mehr Flexibilität.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Grosse das Wort.

### Abg. Frau Grosse, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte einige Ausführungen zum Sozialhaushalt machen. Meine Damen und Herren, Einsparungen im Sozialhaushalt fallen Sozialdemokraten – da verrate ich Ihnen kein Geheimnis – ganz besonders schwer. Ich möchte gleich mit einem Thema beginnen, das der SPD sehr am Herzen liegt und bei dem uns die Kürzung ganz besonders schwer gefallen ist. Das war die Kürzung beim Blindengeld. Wir waren vor die große Aufgabe gestellt, in unserem Haushalt nahezu 66 Millionen Euro einsparen zu müssen, mussten aber auch gleichzeitig sicherstellen, dass die verlässlichen Strukturen weiterentwickelt werden können.

Ich kann Ihnen vorab sagen, ich bin der festen Überzeugung, dass gute Arbeit geleistet worden ist. Ich finde auch, dass wir beim Blindengeld eine sehr gute Lösung gefunden haben, mit der wir gut leben können und von der ich auch meine, dass sie gut vertretbar ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte nun noch einmal auf den Arbeitsmarkt zu sprechen kommen. Das ist mehrfach diskutiert worden, und der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion hat heute einige Thesen erläutert, die ich so nicht nur nicht nachvollziehen kann, sondern von denen ich meine, dass sie noch ein wenig erläutert werden müssen.

Ich glaube, zunächst einmal ist es sehr wichtig, die Bedeutung und die Wirkung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hervorzuheben.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Es steht ganz ausführlich im Finanzhilfebericht, wie wichtig diese Maßnahmen sind. Des Weiteren steht Rheinland-Pfalz nicht umsonst auf Platz 4, was die Arbeitslosenskala angeht. Die neuesten Zahlen zeigen im Übrigen, dass wir wieder ein bisschen näher an Hessen herangerückt sind. Das ist natürlich auch ein Zeichen einer gelungenen Arbeitsmarktpolitik, ganz ohne Frage.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Dann sagt Herr Böhr – ich zitiere –: "Was haben wir uns vor einem Jahr anhören müssen?"

Das impliziert zweierlei:

- 1. Dieses Jahr wird es nicht so sein.
- 2. Das, was sich die Regierung vorgenommen und was die SPD-Fraktion auch für richtig hält, sei ungefähr das, was die CDU-Fraktion vorgeschlagen hat. Beides weit gefehlt!

(Beifall der SPD)

Also, Sie werden nicht darum herumkommen, es sich dieses Jahr wieder anhören zu müssen. Wir haben vor, aufgrund bestimmter Einsparungsvolumina, die uns möglich waren, bei einem Gesamtvolumen von

26 Millionen Euro 4,1 Millionen Euro einzusparen. Die CDU-Fraktion hat einen Vorschlag von 15 Millionen Euro gemacht. Ich finde, das ist schon ein kleiner Unterschied.

(Beifall der SPD – Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

- Herr Bracht, immer mit der Ruhe.

Vielleicht ist auch die Frage berechtigt, wie Sie so lax damit umgehen können. Ich wundere mich schon, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion so tut, als wäre das Geld, das wir bisher in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen investiert haben, rausgeschmissenes Geld, und sagt, aus dem zweiten Arbeitsmarkt resultiere nicht eine einzige Stelle im ersten Arbeitsmarkt. Das finde ich schon kühn!

(Kramer, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich würde gern einmal wissen, wie dies vor Ort wäre, wenn es tatsächlich zum Schwur käme in Bezug auf die 15 Millionen Euro. Dann würde ich gerne einmal wissen, was die Abgeordneten vor Ort sagen würden, wenn sie zu ihren Trägern gehen müssten und ihnen mitteilen müssten, die laufenden Maßnahmen müssen abgebrochen werden,

(Beifall bei SPD und FDP)

da es bei dieser hohen Einsparsumme so gut wie keine Maßnahme gebe, die nicht betroffen sei. Das möchte ich einmal sehen.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das habt Ihr doch vorgeschlagen!)

 Nein, wir haben es doch nicht vorgeschlagen! Was für ein Quatsch! Herr Dr. Rosenbauer, das stimmt nicht. Nein, nein. Da müssen Sie schon aufpassen.

(Schwarz, SPD: Der weiß doch gar nicht, was im Haushalt steht!)

Ich möchte abschließend noch einmal hervorheben, wie wichtig die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind und dass dies hoffentlich ganz zweifelsohne feststeht. Ich möchte des Weiteren noch einmal betonen, dass der SPD-Fraktion jedes einzelne Schicksal eines Menschen, der in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden konnte, wichtig ist und am Herzen liegt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich sage auch noch etwas zur Trägerstruktur. Bei einem Einsparvolumen von 15 Millionen Euro muss man schon in Kauf nehmen, dass die über Jahre gut ausgebauten Trägernetze in erheblichem Maße beeinträchtigt würden. Ich bin sehr froh darüber, dass das Sozialministerium einen sehr intensiven Kontakt zu diesen Trägern pflegt und auch jeder Träger im Einzelnen darüber informiert wird, wann welche Maßnahme entweder verschoben wird oder gar nicht stattfinden kann.

Im Übrigen wird in der nächsten Woche im Sozialministerium eine große Konferenz mit den Trägern stattfinden, in der die einzelnen Umstrukturierungsmaßnahmen hinsichtlich des Arbeitsmarkts und natürlich auch die Veränderungen, die die Hartz-Refom mit sich bringen wird, besprochen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte bei der gesamten Haushaltsberatung eins hervorheben: Die Einsparungen, die wir vornehmen müssen, dürfen nicht nur Einsparungen kurzfristiger Natur sein. Vielmehr müssen wir auch eine Akzeptanz schaffen, und wir müssen es schaffen, nachhaltige Strukturen zu entwickeln, auf die wir aufbauen können. Im Zweifel ist ein großer Umdenkungsprozess und natürlich auch sehr viel Mut gefordert. In diesem Zusammenhang komme ich auf die Erziehungshilfe zu sprechen. Das ist wirklich kein einfaches Thema. Bei der Erziehungshilfe geht es darum, dass wir das Wohl der Kinder, die sich in der Regel in einer verhältnismäßig schwierigen Lebenssituation befinden, im Auge behalten müssen und darauf achten müssen, welche Rahmenbedingungen wir für diese Kinder aufbauen können, um ihnen die bestmögliche Versorgung zu garantieren. Aber alle, die kommunale Haushalte und den Landeshaushalt kennen, müssen auch aufpassen, dass die Kosten, was die Erziehungshilfe angeht, nicht explodieren.

(Beifall der SPD – Bracht, CDU: Das sind sie doch schon!)

Seit 1993 gibt es eine Erziehungshilfeoffensive.

(Bracht, CDU: Gegensteuern!)

– Passen Sie doch einmal auf. Ich möchte doch noch etwas sagen. Seit 1993 gibt es eine Erziehungshilfeoffensive. In dieser Erziehungshilfeoffensive wurde versucht, in Rheinland-Pfalz die Fallzahlen der Heimunterbringung zu verringern und mehr auf teilstationäre und ambulante Hilfen zu setzen. Das ist geglückt. Wenn wir uns die Vergleiche anschauen, so liegt Rheinland-Pfalz bundesweit, was die Fallzahlen und die Kosten in der Erziehungshilfe angeht, sehr gut.

Man hat gesagt, wir wollen gemeinsam mit den Kommunen ein Verfahren entwickeln, bei dem das Land 20 % als Festbetrag der Erziehungshilfe übernimmt. Gleichzeitig sollen zusammen mit den Kommunen Kontrollm echanismen aufgebaut werden, damit die Erziehungshilfe noch effizienter und kostengünstiger gestaltet werden kann.

Wir müssen uns schon fragen, wie es sein kann, dass wir, wenn wir die Jugendämter miteinander vergleichen, zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen, was die Organisation und die Kosten der Erziehungshilfe angeht. Es gibt in den unterschiedlichen Kommunen ganz verschiedene Ergebnisse. Ich finde, dies kann man zu Recht einmal genauer überprüfen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich gebe mich keinen Illusionen hin, das wird keine einfache Diskussion in unseren Landkreisen werden. Ich habe auch schon nettere Sitzungen im Jugendhilfeaus-

schuss gehabt. Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass das so richtig ist, weil wir die Strukturen verändern müssen. Es kann nicht sein, dass wir jetzt den jungen Menschen oder den Familien, für die die Erziehungshilfe da ist, kurzfristig Hilfen bieten, die aber langfristig nicht finanzierbar sind.

In diesem Rahmen lassen Sie mich noch kurz etwas erwähnen. Bezüglich der Entlastung der Kommunen muss man natürlich auch darüber nachdenken, ob man nicht § 35 a des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in der einen oder anderen Form ändert. Dies ist auch schon mehrfach angesprochen worden.

(Pörksen, SPD: Sehr vernünftig!)

Den Kommunen liegt daran sehr viel. Wir müssen im Land sehen, ob wir das unterstützen können.

Ich möchte auf die Investitionsfinanzierung von Einrichtungen für Pflegebedürftige und Behinderte eingehen. Ich freue mich darüber, dass die CDU ebenso wie die GRÜNEN und die kommunalen Spitzenverbände diesen Paradigmenwechsel weg von stationärer hin zu ambulanter Hilfe sehr unterstützen. Das ist sehr in unserem Sinn. Ich glaube, dass wir auch in diesem Bereich Strukturen in einem Sinn verändern, der für die finanzielle Entwicklung des Landes von erheblicher Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch zur Gesundheitspolitik kommen, weil diese sehr wichtig ist und wir in diesem Bereich ein erhebliches Einsparpotenzial in der Krankenhausfinanzierung vorgenommen haben. 20 Millionen Euro werden in der Krankenhausfinanzierung bei einem immerhin verbleibenden Gesamtvolumen von 120 Millionen Euro eingespart. Das heißt, es wird nach wie vor sehr viel in die Krankenhäuser investiert.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Patientinnen und Patienten können zu Recht weiterhin darauf vertrauen, dass die Krankenhauslandschaft und Krankenhausausstattung in Rheinland-Pfalz exzellent sind. Wir werden auch weiterhin sehen, dass wir dies voranbringen. Im Übrigen sind die wichtigsten Maßnahmen, was die Krankenhausinvestitionen angeht, nahezu abgeschlossen.

Ich möchte noch zwei Punkte erwähnen, die die Gesundheitspolitik angehen, und komme dann zum Schluss. Es geht um die Gesundheitsförderung und die Prävention. Die Gesundheitsförderung ist ein ganz wichtiger Bereich in der gesamten Gesundheitspolitik. Ich nenne als Beispiel nur die regionalen Gesundheitskonferenzen, die an den unterschiedlichen Orten durchgeführt und ideell und finanziell vom Land unterstützt werden sollen.

Bei der Prävention möchte ich ein Projekt nennen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, weil ich bei der Entwicklung sehr intensiv beteiligt war, nämlich die Kampagne zur Verhinderung des plötzlichen Säuglingstods. In diesem Bereich läuft seit dem Jahr 2000 eine wirklich gut organisierte Kampagne des Landes mit unterschiedlichen runden Tischen, an denen alle möglichen Personen beteiligt sind, von Gynäkologen angefangen über Kinderärzte, Vertreter des Landesverbands der Betroffenen usw. Wir können sehen, dass wir in Rheinland-Pfalz, was den plötzlichen Säuglingstod angeht, durch diese Kampagne sehr weit nach vorn gekommen sind. Ich freue mich darüber sehr und werde diese Kampagne mit großer Leidenschaft weiter unterstützen.

Abschließend lassen Sie mich Folgendes bemerken: Ich habe vorhin gesagt, dass wir nicht nur Einsparungen vornehmen, sondern auch Strukturen verändern müssen. Ich bin fest davon überzeugt, dass das so sein muss. Ich glaube auch, was die angestrebten Reformen betrifft, dass noch Diskussionsbedarf besteht. Das macht nichts; das ist auch in Ordnung so. Die SPD hat sehr viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Verbänden und Interessengruppen geführt. Auch das Sozialministerium ist sehr daran interessiert, was ich vorhin schon erwähnt habe, dass die unterschiedlichen Träger und die weiteren Betroffenen eng in ihrer Arbeit mit einbezogen werden.

Ich glaube, dass wir die Reform nur dann ohne Reibungsverluste durchsetzen können, wenn eine breite Akzeptanz besteht, wenn also die Chefärztin genauso wie der Sachbearbeiter im einzelnen Jugendamt überzeugt ist.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie daher alle um Ihre Unterstützung. Die SPD-Fraktion wird diese Reform mit viel Enthusiasmus begleiten und weiterhin eine nachhaltige Sozialpolitik betreiben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort.

### Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Grosse! Es wäre schon hilfreich, wenn man den anderen Rednern auch einmal zuhört und nicht Dinge hineininterpretiert, die niemand gesagt hat.

(Beifall bei der CDU)

Unser Fraktionsvorsitzender hat in keiner Weise das Thema so dargestellt, wie Sie es eben gesagt haben.

(Hartloff, SPD: Aber natürlich! – Schweitzer, SPD: Wörtlich!)

Heute Morgen ist komplett gelobt worden. Jetzt kommen Sie auf einmal her und stellen wirklich alles auf den Kopf.

(Rösch, SPD: Aber das hat er gesagt! – Hartloff, SPD: Fakten sind Fakten!)

Ich möchte Sie nur einmal an etwas erinnern. Es gab ein Eckpunktepapier der Landesregierung, in dem 10 Millionen Euro aus dem zweiten Arbeitsmarkt standen. Dies möchte ich einmal festhalten. Es gibt außerdem ein Papier, in dem die Landesregierung und das Ministerium zu unseren Einsparvorschlägen Stellung genommen haben. Dort steht: Die Zielsetzung der CDU-Fraktion, die arbeitsmarktpolitischen Mittel deutlich zu reduzieren, deckt sich mit der Zielsetzung der Landesregierung.

(Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

In einem Satz weiter unten steht: Im Doppelhaushalt 2004/2005 wird es in jedem Fall zu weiteren Kürzungen kommen. – Noch nicht genug. Im Protokoll des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 06 heißt es – ich zitiere Frau Staatsministerin Dreyer –: "Insgesamt spare man im Bereich des Arbeitsmarkts 6,2 Millionen Euro ein, wovon 4,1 Millionen Euro auf die originären Arbeitsmarktmittel entfielen."

Sie tun dann so, als ob die CDU allein die Mittel kürzen wolle.

(Schwarz, SPD: Ein Antrag mit 15 Millionen Euro!)

 Herr Schwarz, 10 Millionen Euro. Sie müssen sich schon die Frage gefallen lassen, warum Sie nächstes Jahr die Mittel kürzen wollen.

(Schwarz, SPD: Herr Dr. Rosenbauer, ist das von Ihnen oder nicht? – Abg. Schwarz hält ein Deckblatt hoch)

– Herr Schwarz, lassen Sie mich einmal aussprechen. Sie müssen sich schon die Frage gefallen lassen, warum Sie die Mittel im nächsten Jahr zurückführen wollen, weil die Mittel alle so effizient eingesetzt werden oder weil man vielleicht mit den Mitteln mehr erreichen kann. Diese Frage müssen Sie sich schon gefallen lassen.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Erwiderung erteile ich Frau Kollegin Grosse das Wort

### Abg. Frau Grosse, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das, was Herr Kollege Böhr heute Morgen gesagt hat, habe ich mir nicht ausgedacht. Ich habe es mitgeschrieben. Wir können es gern im Protokoll nachlesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde mir jetzt nicht nachsagen lassen, ich hätte etwas hineininterpretiert. Es wäre schön gewesen, wenn wir auf einer Linie gelegen hätten.

Wenn Sie Ihren eigenen Antrag einmal genau lesen, dann würden Sie feststellen, es ist eine Veränderung von minus 15.100.000 Euro. Das steht dort.

Im Vergleich zu den 4,2 Millionen Euro, die ich gar nicht bestritten habe, sind 15,1 Millionen Euro ein ganz anderer Spruch. Oder sehe ich das falsch?

(Schwarz, SPD: Das sind dann insgesamt 19 Millionen Euro!)

Ich wusste, es kommt so etwas, wie das, jetzt können Sie es einsparen, deshalb waren die Maßnahmen umsonst. Es sind unter anderem Mittel, die dadurch frei geworden sind, dass beispielsweise das "Mainzer Modell" aus Bundesmitteln und nicht mehr aus Landesmitteln finanziert wurde.

(Beifall bei SPD und FDP)

Viele Dank.

### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wiechmann das Wort.

#### Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Gölter, Sie werden gleich mitbekommen, wozu ich spreche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verhandlungen zum jetzt vorliegenden Nachtragshaushalt und insbesondere die Äußerungen von verschiedenen Vertretern der FDP-Landtagsfraktion haben eines klar gemacht. Es gibt eine klare Alternative zur aktuellen Regierungspolitik in unserem Bundesland. Diese Alternative sind nicht Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, sondern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, weil wir für eine nachhaltige und weitsichtige Politik stehen.

(Zuruf von der SPD)

Wir investieren lieber in Bildung und Ausbildung

(Creutzmann, FDP: Wir auch!)

als in den Straßenneubau und in unwirtschaftliche Dauersubventionen.

 Herr Kollege Creutzmann, das sind unterschiedliche Politikentwürfe. Das ist etwas, was wir glücklicherweise den Wählerinnen und Wählern deutlich machen können. Wir investieren mehr in Köpfe als in Beton.

(Schweitzer, SPD: Immer die gleichen Sprüche!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, Sie machen eine Politik der kurzsichtigen Besitzstandswahrung, der unverantwortlichen Haushaltsführung, der rückwärts gewandten Politik. Wir stehen für Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und für eine Politik für die Zukunft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Pörksen, SPD: Was für Floskeln! – Ministerpräsident Beck: So viel zur differenzierten Betrachtungsweise!)

Meine Damen und Herren, Frau Thomas hat es heute Morgen ganz deutlich gemacht. Wir vom BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN haben unsere Schwerpunkte gesetzt, Investitionen in Bildung, in den Arbeitsmarkt und in Ökologie. Das sind für uns Investitionen in die Zukunft. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie unterstellen uns, wir würden der Wirtschaft den Hahn abdrehen, wir würden den Standort Rheinland-Pfalz kaputtmachen.

(Beifall bei der FDP – Creutzmann, FDP: So ist es, jawohl! – Zuruf von der SPD)

Genau das aber hat er gesagt. Er hat "abdrehen" gesagt!

Diese Bewertung unserer Vorschläge ist wie immer ideologiebehaftet. Sie versuchen mit der Aufrechterhaltung Ihrer ideologischen Vorurteile gegen uns GRÜNE Politik zu machen. Das Gegenteil von dem, was Sie gesagt haben, ist der Fall. Gerade Investitionen in Bildung und Ausbildung sind Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Gerade die von uns eingebrachten Vorschläge sichern und stärken die rheinland-pfälzische Wirtschaft langfristig; denn die Unternehmen brauchen doch gut ausgebildete junge Menschen um dauerhaft auch international konkurrenzfähig zu bleiben. Diese jungen Menschen kommen aus den rheinland-pfälzischen Bildungsinstitutionen. Deshalb heißt es für uns, wir müssen die Bildungsinstitutionen in Rheinland-Pfalz stärken und nicht in den Straßenneubau unverhältnismäßig viel investieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Förderung gerade dieser jungen Frauen und Männer in allen Bereichen, in den Kindertagesstätten, den Schulen, den Hochschulen und in der beruflichen Ausbildung. Unsere Vorschläge zum Nachtragshaushalt zielen auf einen Abbau der Neuverschuldung bei gleichzeitiger Erhöhung der Investitionen in die Zukunft. Im Wesentlichen ist das eine Erhöhung der Förderung von Bildung und Ausbildung. Wir GRÜNEN setzen die richtigen Schwerpunkte. Deswegen möchte ich besonders meiner Fraktion und allen Abgeordneten ein ganz herzliches Dankeschön sagen, dass sie mit mir gemeinsam die Notwendigkeit von zusätzlichen Investitionen gerade im Bereich der Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik sehen.

(Pörksen, SPD: Geben Sie ihnen die Hand!)

Sie haben in verschiedenen Redebeiträgen unserer Fraktion gemerkt, wir treten leidenschaftlich dafür ein, in die richtigen Dinge, in die Zukunft zu investieren, nämlich in Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik.

### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben deutlich gezeigt, wie wir diese Maßnahmen finanzieren wollen. Es ist häufig genug angesprochen worden. Unsere Maßnahmen und Anträge sind finanzierbar gewesen. Wenn Sie gewollt hätten, hätten Sie unsere Anträge übernehmen können. Sie hätten sich mit unseren Anträgen vernünftig auseinander setzen können.

Gerade den Kolleginnen und Kollegen von der FDP möchte ich deutlich sagen, unser Finanzierungsmodell entspricht eher der Formel, die rheinland-pfälzische Wirtschaft braucht mehr gut ausgebildete Fachkräfte und weniger Subventionen nach dem Gießkannenprinzip.

### (Zuruf von der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, leider scheinen die Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien bei einigen schon wieder in Vergessenheit geraten zu sein. Wir GRÜNEN betrachten insbesondere die PISA-Studie und die damit verbundenen Herausforderungen weiterhin als eine große Chance und Herausforderung. Wir haben sie demzufolge diesmal zur Grundlage für unsere Änderungs- und Entschließungsanträge zum Nachtragshaushalt gemacht. Die Frage der Bildungschancen ist für uns die zentrale soziale Frage der Wissensgesellschaft. Die Erneuerung des Bildungswesens von den Kindertagesstätten über die Schulen bis hin zu den Hochschulen und den Aus- und Weiterbildungseinrichtungen sind die Schlüsselfragen für Chancengerechtigkeit in der Zukunft.

Lassen Sie mich ganz kurz im Einzelnen zu einigen wesentlichen Anträgen Stellung nehmen, die wir in diesem Bereich gemacht haben. Wie bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Stärkung der Selbstständigkeit der rheinland-pfälzischen Schulen in den Mittelpunkt unserer Vorschläge gestellt. Zuerst haben wir ein Vertretungsmittelbudget gefordert. Die Landesregierung kam dann mit PES, Projekt Erweiterte Selbstständigkeit.

## (Zuruf von der SPD)

Danach haben wir ein Fort- und Weiterbildungsbudget gefordert.

(Lewentz, SPD: Ganztagsschulangebot!)

– Herr Lewentz, wenn Sie sauer sind, dann sollten Sie nicht auf uns sauer sein, die das immer wieder beantragt und nach vorn gebracht haben, sondern auf Ihre Fraktion und auf die Fraktion der FDP, dass sie uns immer hinterherlaufen müssen, um vernünftige Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz machen zu können.

> (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Das hätten Sie gern, dass wir Ihnen hinterherlaufen, aber das tun wir nicht!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gerade heute fordern wir folgerichtig die Zusammenfassung der im Landeshaushalt vorgesehenen Mittel für die Qualitätsentwicklung an unseren rheinland-pfälzischen Schulen. Wir fordern ein so genanntes Qualitätsentwicklungsbudget für die einzelnen Schulen, die sich im Sinn einer Nach-PISA-Diskussion selbstständig aufmachen, das Schulleben ganzheitlich und in eigener Verantwortung fortzuentwickeln. Wir haben vorgeschlagen, für die qualitative Entwicklung des Unterrichts allein in diesem Nachtragshaushalt drei Millionen Euro mehr einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist von uns auf die explizit geforderte Erhöhung der Mittel zur Verminderung des Unterrichtsausfalls hinzuweisen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, die Basis für eine wirklich Qualitätsentwicklung ist und bleibt eine Schule ohne strukturellen Unterrichtsausfall. Wenn Herr Kuhn heute Morgen sagt, wie großartig die Statistik zum Unterrichtsausfall in Rheinland-Pfalz ist, dann soll er sich bitte die Zahlen für die berußbildenden Schulen anschauen.

### (Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die PISA-Studie hat schwere Defizite bei der Förderung von Schülerinnen und Schülern insbesondere mit Migrationshintergrund festgestellt. Bei anderen Untersuchungen wurden auch bei deutschen Kindern mangelnde Fähigkeiten in der Unterrichtssprache offenkundig. Deshalb haben wir uns dieser Problematik angenommen. Wir fordern eine Million Euro mehr insbesondere für Maßnahmen der Sprachförderung im vorschulischen, im Grundschul- und im Sonderschulbereich.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne noch einen Punkt. Ein Thema möchte ich noch einmal ansprechen, das mir ganz besonders am Herzen liegt. Das werden wir morgen vertieft diskutieren, weil meine Fraktion dazu eine Aktuelle Stunde beantragt hat. Für das Ausbildungsjahr 2003/04 ist nach bisherigen Kenntnissen ein weiterer Rückgang beim Angebot an Ausbildungsplätzen zu erwarten. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber wird wachsen. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben ihr in der Vergangenheit immer wiederholt vorgetragenes Versprechen, eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen bereitzustellen, nicht eingehalten.

Deshalb bleiben Sie auch von dieser Stelle aufgefordert, für alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Aber auch die Politik darf sich natürlich nicht aus der Verantwortung stehlen. Deshalb begrüße ich es und freue mich sehr, dass wir auf Initiative meiner Fraktion, dann aber letztendlich alle gemeinsam, heute einen Entschließungsantrag insbesondere zur Stärkung der berufsbildenden Schulen und hier im Bereich der Möglichkeiten, Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, gestellt haben. Ich danke Ihnen dafür, dass wir wenigsten in diesem Bereich einen gemeinsamen Antrag hinbekommen haben.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Punkt möchte ich noch ansprechen, weil es mir auch wichtig ist, im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik etwas zu sagen. Gerade auch die Jugendarbeit als eigenständiges Sozialisationsfeld neben Erziehung und Bildung in der Familie, in der Schule und im Beruf wird im Moment von der Landesregierung kaltgestellt. So möchte ich das einmal ausdrücken. Ausgabenreduzierungen in der Jugendhilfe – das hat mein Kollege Marz ausgeführt –, aber eben auch in der Jugendarbeit und in der Jugendsozialarbeit außerhalb der Schulen sind mit uns nicht zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der SPD-Fraktion.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben trotz der schwierigen Haushaltslage den Nachtragshaushalt genutzt, um zum einen die Erhöhung der Zuschüsse zum Programm für Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten und zum anderen eine Aufhebung der Kürzungen in der Jugendarbeit zu beantragen. Sie sehen also, es geht auch anders.

(Schweitzer, SPD: Ja, ja!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Rheinland-Pfalz braucht statt immer wieder neuer Varianten von Einsparkonzepten endlich – das habe ich auch schon einmal gesagt, aber es wird dadurch, dass ich es wiederhole, nicht falscher –

(Creutzmann, FDP: Aber auch nicht besser!)

einen Paradigmenwechsel weg von Investitionen in Straßen und Beton hin zu kreativen und umfassenden Investitionen in Kinder und Jugendliche, in die Kindertagesstätten, in die Schulen, in die Hochschulen und in die berufliche Ausbildung. Um es volkswirtschaftlich oder finanzpolitisch – der Haushaltsdebatte angemessen – auszudrücken: Investitionen in die Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik sind für Rheinland-Pfalz die Kapitalanlage mit der größtmöglichen Rendite.

(Glocke der Präsidentin)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben in unseren Anträgen, den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten weiter zu entwickeln und die Kindertagesstätten zu Lebens- und Lernorten werden zu lassen, einen Antrag gestellt, ein Qualitätsentwicklungsbudget für die rheinland-pfälzischen Schulen einzuführen. Wir wollen die berufsbildenden Schulen im dualen System der Ausbildung stärken. Wir wollen Forschung und Lehre an den Hochschulen sichern, und wir wollen noch vieles mehr. Es ist alles finanzierbar, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Das heißt, wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben verstanden. Sie auch?

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kuhn, FDP: Haben fertig!)

### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Wir begrüßen zunächst weitere Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder der VdK-Ortsgruppe Zweibrücken. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Schmitz das Wort.

#### Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wiechmann, das war jetzt noch einmal ein haushaltspolitischer Rundumschlag. Da ist einiges vermittelt worden, was wir schon wussten, und einiges, was wir schon geahnt haben. Was mich gestört hat, ist diese Mischung, sich bildungspolitisch einerseits auf die Erfolge der Landesregierung draufzusetzen und andererseits in einer Art politischem Nasenbohren dann einmal auf Dinge einzugehen, von denen Sie genau wissen oder zumindest wissen müssten, dass sie nicht so sind, wie Sie es dem staunenden Publikum dargeboten haben.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Kollege Wiechmann, Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass die Problematik in den berufsbildenden Schulen damit zusammenhängt, dass Stellen nicht besetzbar sind. Nun entspricht es natürlich der Ideologie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das irgendwie mit Staatslösungen, vielleicht sogar mit Pressionen zu machen.

> (Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau das Gegenteil habe ich gefordert, Herr Schmitz! Sie haben es nicht verstanden!)

Vielleicht sollten Sie Ihre Mandate ruhen lassen und in die berufsbildenden Schulen gehen. Dann hätten die mehr davon. Ich erspare es mir, auf diese bildungspolitschen Ergüsse weiter einzugehen.

Es gilt vielleicht auch noch festzuhalten, dass wir uns, wenn wir uns in der Bildungspolitik in einzelnen Bereichen einig sind, insbesondere, was die Bedeutung der Bildungspolitik für die Zukunftschancen angeht, aber in einer Sache sehr grundsätzlich unterscheiden. Das ist die Art und Weise, wie wir mit den Menschen umgehen, wenn sie ihre Bildung und Ausbildung beendet haben. Sie schlagen dann vor, dass sie über jugendarbeitsmarktpolitische Konzepte weiter beschäftigt werden. Wir sind eher der Meinung, dass sie Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen sollten. Das sind die grundsätzlichen Unterschiede. Da bin ich für meine Fraktion sehr stolz darauf, dass wir auf der Basis marktwirtschaftlichen Denkens diese Chancen suchen und nicht in diesen Gurkenmodellen, wie Sie sie jetzt eben wieder vorgestellt haben.

> (Beifall bei der FDP – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hochbegabte!)

Herr Wiechmann, ich komme zum zweiten Bereich Ihres politischen Wirkens hier an diesem Pult, noch einmal dieser süße Versuch, die Problematik aufzulösen, die darin liegt, dass Sie in Berlin einem Bundesverkehrswegeplan erfreulicherweise zustimmen, der in Rheinland-Pfalz zum Beispiel Ortsumgehungen in Dörfern und Städten ermöglicht, die lange auch von Ihnen eingefordert wurden, dann aber hingehen und das, was die Landesregierung an Straßenbaumodellen präsentiert, nur mit dem Begriff "Beton" und "nicht ökologisch" usw. ideologisch eingrenzen und ausgrenzen. Ich finde das schade. Aber es zeigt, wie Sie denken.

# (Vizepräsident Creutzmann übernimmt den Vorsitz)

Es zeigt, wie groß der Unterschied ist zwischen dem, was im Regierungshandeln dann manchmal an vernünftigen Dingen erfreulicherweise zu sehen ist, und diesem wirklich verkrusteten ideologischen Modell, das die BÜNDNISGRÜNEN hier in Rheinland-Pfalz immer noch präsentieren. Sie stellen sich in Ihrer eigenen Partei ins Abseits

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt vielleicht noch zu dem, was als Replik auf die Ausführungen von Frau Grosse ausgeführt wurde. Selbstverständlich - Herr Kollege Böhr ist jetzt anwesend - wurden diese 15 Millionen heute morgen in den Raum gestellt. Es hat doch keinen Zweck. Wir haben doch Ohren und schreiben mit. Es ging in der Tat um 15 Millionen. Das können Sie doch jetzt nicht ungeschehen machen. Es ist aber auch kein Problem, wenn Sie sagen: Wir reden jetzt gleichzeitig über Nachtragshaushalt und über den Haushalt 2004/2005. - Das sind eben zwei Paar Schuhe. Wir hoffen doch alle gemeinsam, dass durch die Hartz-Konzepte diese Zuzahlungsmodelle wie "Mainzer Modell", aber auch, Herr Kollege Rosenbauer - Wo steckt er jetzt? Hat er sich verdrückt? -, das von der CDU ins Spiel gebrachte "Saarbrücker Modell", das wegen extremer Erfolglosigkeit dann sehr schnell eingestellt wurde, durch Konzepte des Förderns und Forderns abgelöst werden. Ich bin bei der letzten Diskussion froh gewesen, dass wir da alle einer Meinung waren. Wenn sich dann Entlastungsbeträge ergeben, ist es doch eine Selbstverständlichkeit, dass diese Entlastungsbeträge genutzt werden müssen.

Was das Thema angeht – Herr Kollege Böhr, gerade Sie als Trierer Abgeordneter –, arbeitsmarktpolitische Konzepte zu evaluieren, da sind wir auf Ihrer Seite. Das geschieht auch. Man muss aber doch wissen, dass diese Lobreden, die wir auf die Sozialverwaltung in Trier im letzten Jahr gehalten haben, damit zusammenhängen, dass gerade in Trier arbeitsmarktpolitische Strukturen waren, die es der Sozialhilfeverwaltung ermöglicht haben, Leute sehr schnell in Arbeit zu bringen.

(Beifall der FDP und des Abg. Rösch, SPD – Rösch, SPD: Richtig!)

Das war gerade das Erfolgsmodell. Jetzt machen Sie doch nicht Ihre eigene Arbeit schlecht.

Meine Damen und Herren, es ist ein Unterschied, ob wir über diese Welt reden oder über eine andere Welt.

Wenn wir über diese Welt reden, dann müssen wir uns der Probleme annehmen, so wie wir sie jetzt in Rheinland-Pfalz haben. Uns Liberalen wäre eine Lohnzusatzkostenbelastung von 30 % auch lieber als die 42,3 %, die zur Zeit durch die Medien wabern. Aber die haben wir nicht. Solange wir die nicht haben, haben wir auch das Problem beispielsweise der Langzeitarbeitslosen, dem sich die Landesregierung in beispielhafter Weise in der Vergangenheit angenommen hat. Darauf bin ich auch als liberaler Abgeordneter stolz.

# (Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Bereich des Erziehungsgeldes. Wir haben doch bei den Gesundheitsämtern erlebt, wie viele Effizienzreserven eine Kommunalisierung erreicht. Wir haben es doch erlebt. Wir haben vor einem Jahr darüber gestritten, wie weit das Land an diesen Erfolgen partizipieren darf oder kann. Wenn wir jetzt ähnliche Modelle in einer subsidiären kommunalen Struktur versuchen, dann ist das für mich der richtige Weg. Ich bin überzeugt davon, dass die Kommunen den besseren Einblick in diese Strukturen haben als eine Landesverwaltung, die zentral in Mainz sitzt.

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Thomas, das ist doch nicht wahr. Sie wissen doch wie ich, dass diese Bemühungen dahin zielen – wir haben es eben doch gehört, und ich wiederhole es gern –, über eine 20%ige Bezuschussung des Landes Mittel in die Kommunen zu bringen und den Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit zu geben. Das finde ich gut.

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der nächste Bereich: Paradigmenwechsel in der Investitionsförderung von Pflegeeinrichtungen. Wir hatten am Freitag eine hochinteressante Diskussion zur Pflegeversicherung und werden morgen in der Aktuellen Stunde noch einmal darauf eingehen. Es war doch höchste Zeit, dass man diese Investitionsstrukturen umgestellt hat.

Ich hätte ein Lob der Opposition erwartet. Entweder waren Sie sich zu fein dafür oder Sie haben das Modell nicht verstanden.

Letztlich sind wir uns alle in den Sonntagsreden einig, dass die Staatsquote gesenkt werden soll. Meine Damen und Herren, auch der Sozialbereich gehört zur Staatsquote, und zwar nicht zuletzt. Die Probleme, die wir in Deutschland haben, hängen mit diesen hohen Staatsquoten zusammen. Wir müssen auch in der Sozialpolitik die Bereitschaft zeigen, ohne mit dem Finger auf Betroffene zu zeigen und ohne unsere Hilfsbereitschaft vom Grundsatz her einzuschränken, genau im Sinn dessen, was Sie eingefordert haben, im Sinn einer Evaluierung, eines Erhalts bewährter Strukturen hinzugehen und die Dinge auf ein Maß zurückzuschneiden, das die Erfolgssicherheit gewährleistet, ohne Streuverluste zu bringen.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinn kann ich mich als sozialpolitischer Sprecher meiner Fraktion den Sparvorschlägen des Sozialministeriums in hundertprozentiger Art und Weise anschließen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

### Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Staatsminister Mittler das Wort.

### Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In aller Kürze möchte ich auf einige wenige Aspekte eingehen, die heute in der Debatte eine Rolle gespielt haben, insbesondere bei dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, bei Ihnen. Herr Böhr.

Die erste Anmerkung, die ich machen will, hängt mit der Verschuldung zusammen, wenn davon gesprochen wird, dass das Land aufgrund der Verschuldung der letzten Jahre handlungsunfähig geworden sei. Es gibt keine Debatte darüber, dass die Verschuldung bei uns und bei anderen Ländern, übrigens auch im Bund und bei einer Vielzahl von Kommunen, zu hoch ist. Aber inwieweit drückt sich Verschuldung auf die Handlungsfähigkeit des aktuellen Haushalts aus? Das tut sie allein über die Zinslast, die wir zu tragen haben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schulden sind die Steuern von morgen!)

Die Zinsausgabenquote 2002 betrug exakt 9,4 %.

Meine Damen und Herren, ich darf in Erinnerung rufen, dass diese Zinsausgabenquote zu Zeiten früherer Regierungsverantwortung bereits beträchtlich höher gelegen hat. Ich darf daran erinnern, in den Jahren 1985 lag sie bei 9,8 %, 1986 bei 9,7 % und 1987/1988 bei 9,6 %.

(Dr. Schiffmann, SPD: Hört, hört!)

Auch im letzten Jahr der Regierungsverantwortung der Union lag sie bei 9,0 %, also 0,4 % niedriger als heute. Bezogen auf unser Haushaltsvolumen macht dies eine Größenordnung von etwa 45 Millionen Euro aus. 0,4 % bezogen auf das gesamte Haushaltsvolumen: Dies ist das Ergebnis der Verschuldungspolitik bezogen auf aktuelle Werte.

Meine Damen und Herren, ich weiß auch, dass uns bei diesen Werten das niedrige Zinsniveau zugute kommt. Das weiß ich sehr wohl. Aber hier so tun, als seien die 9,0 % Ihres letzten Regierungsjahres das Heil und 0,4 % mehr der Untergang des Landes Rheinland-Pfalz, ist doch neben aller Realität.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das ist die erste Anmerkung, die ich machen will.

Die zweite Anmerkung: Herr Dr. Böhr, Sie haben davon gesprochen, dass durch Berlin das Phänomen "Niedrigsteuerland" geistere. So in etwa haben Sie es formuliert.

(Böhr, CDU: Die Theorie!)

 Das ist keine Theorie. Das ist die Praxis. Das ist das reale Leben.

Ich will mich doch auf den theoretischen Streit ---

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

 Entschuldigung. Die ist heute auch nicht höher als im letzten Jahr der Regierung Kohl. Das wollen wir doch einmal festhalten.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich will nur auf Folgendes aufmerksam machen: Die volkswirtschaftliche Steuerquote war im Jahr 2002 die niedrigste seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist übrigens auch die niedrigste in der Europäischen Union.

Sie war um 2,2 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2000.

(Mertes, SPD: Hört, hört!)

Dies macht einen effektiven Entlastungsbetrag für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger in der Größenordnung von 45 Milliarden Euro aus. In diesem Kontext ständig von Steuererhöhungen zu reden, die durchgeführt würden, ist ebenso neben der Realität.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun will ich eine dritte und letzte Anmerkung machen, die mit den Steuereinnahmen in diesem Jahr und den Erwartungen, die wir für die restlichen neun Monate haben, zu tun hat.

Ich muss mich schon wundern, dass dieses Thema heute – bislang jedenfalls – keine Rolle gespielt hat.

(Bracht, CDU: Heute Morgen haben wir die Zahlen für März bekommen!)

Ich will jedenfalls darauf aufmerksam machen, dass wir bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen höchst vorsichtig vorgegangen sind. Wir haben gegenüber der Steuerschätzung November 2002 zu einem Zeitpunkt Abschläge vorgenommen, als andere, auch die Sachverständigen, noch an ihren alten Zuwachsprognosen festgehalten haben. Wir haben für die Steuererhöhungen, die für dieses Jahr geplant sind, keinen Cent angesetzt, weder aufgrund des Steuervergünstigungsabbaugesetzes noch aufgrund des geplanten Zinsabgeltungssteuergesetzes und auch nicht für die Phasenverschie-

bung im Länderfinanzausgleich, die uns in diesem Jahr noch etwa 40 Millionen Euro in die Kasse bringen wird.

Wir haben für all dies null angesetzt. Ich sage nicht, damit sind wir auf der absolut sicheren Seite. Das kann zu dieser Zeit niemand sagen. Ich sage aber auch, wir haben auf der Einnahmenseite des Haushalts nicht nur Risiken, sondern durchaus auch Chancen.

Die Gespräche der letzten Tage, seit der letzten Sitzung des Vermittlungsausschusses bis in die letzte Nacht hinein, zwischen Ministerpräsident Steinbrück und Ministerpräsident Koch – der eine SPD und der andere CDU, wie man weiß – lassen durchaus erwarten, dass es bereits in der nächsten Sitzung des Vermittlungsausschusses zu einer deutlichen Präzisierung dessen kommt, was in gemeinsamer Mehrheit von Bundestag und Bundesrat möglich sein wird.

(Bracht, CDU: Körperschaftsteuer!)

Was die Ergebnisse bis einschließlich März angeht: Die Hälfte des Betrags, den wir in diesem Jahr als Plus, als Zuwachs gegenüber dem vergangenen Jahr bei den Steuereinnahmen veranschlagt haben, haben wir bereits bis zum 31. März in der Tasche.

Ich weiß, dass sich diese Entwicklung in der Form nicht fortsetzen wird. Ich will aber deutlich machen, dass wir durchaus eine realistische Chance haben, mit den geplanten Werten – wobei sie vorsichtig kalkuliert sind – das Jahresende zu erreichen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

## Vizepräsident Creutzmann:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Böhr das Wort.

## Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Mittler, ich habe mich auf Ihre zweite Bemerkung hin gemeldet, weil das für mich der entscheidende Punkt ist. Das ist ein Punkt, bei dem ein vernünftiger Kompromiss schlechterdings nicht möglich ist. Ich will sagen, weshalb ich diese Auffassung vertrete.

Es gibt in Deutschland zwei Denkrichtungen. Die eine Denkrichtung, die Sie vorgetragen haben und die die Denkrichtung vieler Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei ist, lautet in verkürzter Form: Wir haben ein relativ niedriges und durchaus wettbewerbsfähiges Niveau im Bereich Steuern, Abgaben und Zusatzkosten, und daran kann es nicht liegen.

Ich kenne auch die Berechnungen der OECD, die diese These stützen. Die Berechnungen der OECD sind aber eine relativ willkürliche Auswahl aus dem gesamten Bündel der Belastungen, denen beispielsweise die Abeitskosten in Deutschland unterliegen. Deswegen hel-

fen uns diese Berechnungen nicht weiter, wobei ich deren Korrektheit nicht bezweifeln möchte. Sie geben aber ein verfälschtes Bild der Wirklichkeit in Deutschland wieder.

Die andere Denkrichtung vertrete ich beispielsweise. Auf dem Arbeitsmarkt werden wir überhaupt nichts bewegen. Herr Kollege Schmitz, was Sie zu diesem Thema abgeliefert haben, war schlicht blamabel und für ein Mitglied der Freidemokratischen Partei weit hinter dem, was der Rest der FDP denkt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir eine Bewegung auf dem Arbeitsmarkt bewirken wollen, dann können wir die Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt verdreifachen, verzehnfachen oder verhundertfachen. Sie werden alle verpuffen.

(Beifall der CDU)

Wir werden nur dann eine Bewegung auf dem Arbeitsmarkt erreichen können, wenn wir trotz der leeren öffentlichen Kassen drastisch die Steuern- und Abgabenlast senken, Herr Minister. Solange die Bruttoarbeitskosten in Deutschland auf diesem Niveau bleiben und solange am Ende für den Mittelständler oder für den Freiberufler so wenig übrig bleibt, wie zurzeit übrig bleibt, wenn er sich legal verhält, solange wird er nicht im Traum daran denken, Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist eine Frage der Mathematik, aber nicht eine Frage der Politik. Deswegen benötigen wir eine drastische Steuerreform zugunsten von Mittelstand und Mittelschicht.

(Beifall der CDU)

Das sind die beiden unterschiedlichen Denkrichtungen. Die Mittelstandshandschrift ist bei dieser Steuerreform jetzt erkennbar. Im vergangenen Bundestagswahlkampf habe ich genau das Gegenteil aus dem Mund desselben Ministers gehört.

Meine Damen und Herren, wenn ich eine Steuerreform auf den Weg bringe, die die Kleinen schlechter stellt und die Großen begünstigt, dann darf ich mich doch nicht wundern, dass auf dem Arbeitsmarkt das passiert, was in den vergangenen Jahren passiert ist. Das ist völlig sonnenklar.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Nicht um des Streites willen, sondern weil wir nicht weiterkommen, lehne ich das ab, was heute Nacht verhandelt wurde. Das will ich ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Ein Kompromiss zwischen Feuer und Wasser kann nur ein fauler Kompromiss sein. Diese Auffassung werde ich auch innerhalb der CDU vertreten. Wir brauchen eine klare Mehrheit für eine deutliche Senkung der Steuern, der Abgaben und der Zusatzkosten, damit die Bruttoarbeitskosten in Deutschland wieder sinken. Dann werden wir die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt erreichen, die wir so dringend benötigen.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsident Creutzmann:

Der FDP-Fraktion stehen noch zwei Minuten Redezeit zur Verfügung. Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

# Abg. Dr. Schmitz, FDP:

In aller Schnelle, Herr Kollege Böhr: Ich wüsste schon gern, auf was Sie abstellen bei den Vorwürfen, die Sie in meine Richtung gemacht haben. Ich gebe Ihnen gern Gelegenheit, jetzt noch etwas dazu zu sagen.

(Böhr, CDU: In den nächsten drei Minuten werde ich das tun!)

Ich würde gern einmal auf unsere gemeinsame Regierungszeit in Bonn abstellen, an die sich die Freien Demokraten durchaus gut erinnern können, insbesondere an die

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vor allem an die Abgabenlast!)

kraftvollen Positionen Ihrer Parteifreunde Norbert Blüm und Heiner Geißler, die damals in Fragen der Lohnzusatzkosten – um es vorsichtig zu formulieren – eine sehr unheilige Rolle gespielt haben. Wenn Sie also das machen, was alle Volksparteien in der Oppositionsrolle beherrschen, nämlich von einer Senkung der Lohnzusatzkosten zu fabulieren, die Sie dann in Regierungsverantwortung nicht hinbekommen, dann kann ich das, was Sie gesagt haben, nur stützen.

Diese Landesregierung hat sich auf den Weg gemacht, es anders zu praktizieren. Deshalb will ich es noch einmal wiederholen: Dieser Sparhaushalt ist eine Sternstunde des rheinland-pfälzischen Parlamentarismus – ob es der Opposition passt oder nicht.

(Beifall der FDP und der SPD – Unruhe im Hause)

# Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat Herr Staatsminister Mittler.

(Licht, CDU: Jetzt kommt der Mann, der nach den Sternen greift!)

# Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Rahmen einer Veranstaltung, die der Deutsche Industrie- und Handelskammertag im vergangenen Jahr zur Steuerpolitik durchgeführt hat, habe ich darum gebeten, jeweils die ersten Regierungserklärungen aller Kanzler im Hinblick auf steuerpolitische Aussagen durchzusehen. Eine davon lautete: Wir brauchen eine bessere Ausbildung und eine Steuer- und Abgabenpolitik, die vor allem die Kosten der Arbeit entlastet.

Jetzt dürfen Sie fragen, von wann diese Regierungserklärung stammt. Sie stammt vom 20. September 1949 von Konrad Adenauer.

# (Zurufe der CDU)

Ich will mich gar nicht auf die Aussagen der OECD beziehen. Ich beziehe mich auf die absolute Höhe der Beitragssätze, die wir in Deutschland haben, Herr Böhr. Wer ist nicht dafür, dass die Kosten der Arbeit gesenkt werden?

Ich will aber auf eines aufmerksam machen: Wer fordert, dass die Sozialbeiträge unter 40 % sinken sollen, der muss sich fragen lassen, weshalb es möglich war, dass von 1982 bis 1998 die Beitragssätze von 34 % auf 43 % angestiegen sind. Diesen Zusammenhang dürfen wir doch nicht auflösen. Außerdem hat das etwas mit politischer Verantwortung zu tun.

# (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun folgt meine zweite Anmerkung, weil Sie es insbesondere an die Adresse des Herrn Kollegen Bauckhage gerichtet haben. Jawohl, ich stehe heute noch zu der Steuerreform, die wir vor zweieinhalb Jahren auf den Weg gebracht haben, weil ich sie heute noch für richtig halte, die ein großer Durchbruch gewesen ist, durch die der Reformstau, den wir auf diesem Feld hatten, aufgelöst worden ist.

Ich räume ein, dass nicht alle Teilaspekte gelungen sind, aber einige wichtige schon. Ein Ereignis, das heute von der mittelständischen Wirtschaft selbst kaum wahrgenommen wird, ist, dass die Gewerbesteuer heute aus Sicht der Unternehmen keine Rolle mehr spielt, weil sie zur Verrechnung führt, da sie einmal als Betriebsausgabe behandelt wird und dann zur Verrechnung mit der Einkommenssteuer führt, und die Steuersätze ganz empfindlich gesenkt worden sind.

Der Spitzensteuersatz, der im Jahr 1998 noch 53 % betragen hat, liegt jetzt bei 48,5 %. Ab dem Jahr 2005 wird er bei 42 % liegen. Der Eingangssteuersatz, der bei 25,9 % gelegen hat, liegt heute bei 19,9 % und wird ab dem Jahr 2005 bei 15 % liegen. Dies muss darüber hinaus in Verbindung mit der Anhebung des steuerfreien Existenzminimums gesehen werden.

Dies war sehr konkrete Mittelstandspolitik, die ich mir durch eine schwierige konjunkturelle Lage, die ihren Ausdruck in einer schwächeren Gewinnentwicklung gefunden hat und sodann durch ein verändertes Ausschüttungsverhalten der Unternehmen ergänzt wurde, durch diese außerordentlichen Einflüsse auch im Nachhinein nicht krankreden lassen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

## Vizepräsident Creutzmann:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Entsprechend der Praxis der vergangenen Jahre wird die Abstimmung über den Nachtragshaushalt vereinfacht und gerafft. Zunächst werden die Änderungsanträge der Fraktionen aufgerufen und darüber abgestimmt. Dabei werden die Änderungsanträge einer Fraktion gebündelt und zur Abstimmung gestellt; es sei denn, es ist zu einem Punkt Einzelabstimmung beantragt worden. In diesem Fall wird die Einzelabstimmung vor der zusammengefassten Abstimmung der übrigen Änderungsanträge dieser Fraktion durchgeführt.

Soweit zu einzelnen Empfehlungen der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Einzelabstimmung beantragt ist, erfolgt diese, bevor die Beschlussempfehlung insgesamt zur Abstimmung gestellt wird.

Im Anschluss an die Beschlussempfehlung wird über die Einzelpläne und sodann über den Entwurf des Haushaltsgesetzes in zweiter Beratung abgestimmt, jeweils unter Berücksichtigung gegebenenfalls zuvor beschlossener Änderungen.

Sodann erfolgt die Schlussabstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz 2003. Danach wird über die Entschließungsanträge in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs abgestimmt. Zuletzt erfolgt die Abstimmung über die Punkte 14 und 15 der Tagesordnung, Haushaltsentlastungsgesetz und Antrag der Fraktionen der SPD und FDP "Moderne Strukturen für den Landeshaushalt".

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu den Abstimmungen. Zunächst stimmen wir über die beiden Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Nachtragshaushaltsgesetz ab. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2064 – ab. Die Fraktion hat zu folgenden Punkten ihres Änderungsantrags Einzelabstimmung beantragt:

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die Nummern 3 und 4 des Änderungsantrags gemeinsam, betreffend Einzelplan 03, Kapitel 03 02, Titel 686 29 und 686 31 (Sportförderung). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Dies ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummern 5 bis 13 des Änderungsantrags gemeinsam, betreffend Einzelplan 03, Kapitel 03 10, Titel 422 05, 812 01, 812 04, 514 99, 812 99; Kapitel 03 11, Titel 514 03, 812 01 und 812 02; Kapitel 03 14, Titel 811 02 (Ausstattung der Polizeibehörden). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Dies ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 26 des Änderungsantrags, betreffend Einzelplan 09, Kapitel 09 19, Titel 427 03 (Unterrichtsversorgung). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummern 44 bis 69 des Änderungsantrags gemeinsam, betreffend Einzelplan 15, Kapitel 15 02, Titel 685 08 und 685 41; Kapitel 15 03, Titel 549 01 und 812 71; Kapitel 15 06, Titel 549 01 und Titelgruppe 71; Kapitel 15 07, Titel 549 01. Titelgruppen 71 und 99; Kapitel 15 09, Titel 549 01, Titelgruppen 71 und 99; Kapitel 15 12, Titel 685 02; Kapitel 15 13, Titel 812 71; Kapitel 15 61, Titel 549 01 und Titelgruppe 71; Kapitel 15 62, Titel 549 01 und Titelgruppe 71; Kapitel 15 63, Titel 549 01; Kapitel 15 64, Titel 549 01; Kapitel 15 65, Titel 549 01 und Titelgruppe 71; Kapitel 15 66, Titel 549 01 und Titelgruppe 71; Kapitel 15 67, Titel 549 01 und Titelgruppe 71 (Ausstattung der Hochschulen). Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dies ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2064 – im Übrigen. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –Drucksache 14/2066 –. Hierzu haben sowohl die Antrag stellende Fraktion als auch die Fraktion der CDU um Einzelabstimmung zu bestimmen Ziffern gebeten. Diese Einzelabstimmung ziehen wir vor.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 54 des Änderungsantrags, betreffend Einzelplan 09, Kapitel 09 24, Titel 684 06 (Sozialpädagogische Fachkräfte für Klassen des Berufsvorbereitungsjahres). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Auf Wunsch der Antrag stellenden Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN ist über nachfolgende Änderungsanträge einzeln abzustimmen:

Nummer 8 des Änderungsantrags, betreffend Einzelplan 06, Kapitel 06 02, Titel 684 19 (Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 14 des Änderungsantrags, betreffend Einzelplan 08, Kapitel 08 01, Titel 549 01 (Auflösung einer globalen Minderausgabe). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummern 21 und 22 des Änderungsantrags gemeinsam, betreffend Einzelplan 08, Kapitel 08 02, Titel 892 02 und Titel 892 03 neu (Erneuerbare Energien). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD,

der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummern 52 und 53 des Änderungsantrags, betreffend Einzelplan 09, Kapitel 09 19, Titel 429 94 neu und Titel 429 87 neu (Unterrichtsversorgung). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummern 58 bis 62 des Änderungsantrags gemeinsam, betreffend Einzelplan 14, Kapitel 14 10, Titel 682 01, 682 02, 682 03, 682 04 und 682 05 (Zuschüsse zu den Landesforsten). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummern 63 bis 67 des Änderungsantrags gemeinsam, betreffend Einzelplan 15, Kapitel 15 13, Titel 427 10 neu, 427 11 neu, 429 71, 547 71 und 812 71 (Hochschulen). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Auf Wunsch der CDU-Fraktion ist über nachfolgende Nummern einzeln abzustimmen:

Nummer 2 des Änderungsantrags, betreffend alle Einzelpläne und Kapitel, Titel 671 10 neu (Inanspruchnahme des LDI). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 3 des Änderungsantrags, betreffend Einzelplan 02, Kapitel 02 01, Titel 547 03 (Multimedia). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 10 des Änderungsantrags, betreffend Einzelplan 06, Kapitel 06 02, Titel 684 65 (Zuschüsse an den Verband Deutscher Sinti). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 48 des Änderungsantrags, betreffend Einzelplan 09, Kapitel 09 03, Titel 684 34 (Programm Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2066 – im Übrigen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 14/2060 –. Die Fraktion der CDU hat beantragt, über folgende Punkte einzeln abzustimmen:

Die vier Änderungen im Einzelplan 01 gemeinsam, betreffend Kapitel 01 01, Titel 519 02, 531 03, 812 01 und 671 99 (Mitfinanzierung des SWR-3-Openairfestivals). Wer stimmt zu? – Wer lehnt ab? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die vier Änderungen gemeinsam, mit denen in verschiedenen Einzelplänen ein Haushaltsvermerk in der Titelgruppe 95 – Ressort-übergreifende IT-Angelegenheiten – ergänzt wird (Kapitel 02 01, Kapitel 04 02, Kapitel 06 01 und Kapitel 09 01). Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über vier Änderungen gemeinsam, betreffend Einzelplan 06, Kapitel 06 01, Titel 972 01 neu; Kapitel 06 02, Titel 681 57; Kapitel 06 17, Titel 633 02, und Einzelplan 20, Kapitel 20 02, Titel 972 01 neu (Finanzierung insbesondere von Pockenimpfstoff). Wer stimmt zu? – Das ist wiederum einstimmig.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag, betreffend Einzelplan 06, Kapitel 06 02, Titel 633 04 (Anhebung der Kostenbeteiligung des Landes zur Erziehungshilfe). Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die vier Änderungen gemeinsam, die die Zuweisungen des Bundes zum Programm "Zukunft, Bildung und Betreuung" (Ganztagsschulen) betreffen: Kapitel 09 19, Titel 331 02 neu, 812 96 neu, 883 96 neu und 893 96 neu. Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag, betreffend Einzelplan 09, Kapitel 09 24, Titel 683 01 neu (Zuschüsse an berufsbildende Schulen). Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag, betreffend Einzelplan 20, Kapitel 20 02, Titel 461 01 (Kürzung der globalen Mehrausgaben für Personal). Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig angenommen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag, betreffend Einzelplan 20, Kapitel 20 02, Titel 549 01 neu (Globale Minderausgaben bei der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung). Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 14/2060 – im Übrigen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über die Einzelpläne unter Berücksichtigung zuvor beschlossener Änderungen.

Wir stimmen zunächst über den **Einzelplan 01 – Landtag –** ab. Wer stimmt zu? – Der Einzelplan 01 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02 – Ministerpräsident und Staatskanzlei, Landesvertretung –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 02 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan03 – Ministerium des Innern und für Sport –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 03 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan04** – **Ministerium der Finanzen** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 04 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan05** – **Ministerium der Justiz** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 05 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 06 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 08 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan09 – Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 09 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan10** – **Rechnungshof** –. Wer stimmt zu? – Der Einzelplan 10 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan12 – Hochbaumaßnahmen und Wohnungsbauförderung –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 12 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan14 – Ministerium für Umwelt und Forsten –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 14 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan15 – Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 15 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan20** – **Allgemeine Finanzen** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 20 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 14/1900 – in zweiter Beratung unter Berücksichtigung beschlossener Änderungen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2002/2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Das Nachtragshaushaltsgesetz 2003 ist in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Mit Ihrem Einverständnis wird der Präsident des Landtags ermächtigt, die sich aus der Annahme von Änderungsanträgen unmittelbar ergebenden redaktionellen Folgeänderungen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über die Entschließungsanträge, und zwar zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Sanierung der Landesfinanzen – Aufgabe der kommenden Jahre" – Drucksache 14/2036 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Selbstverwaltung stärken – Hinreichende Finanzausstattung der Kommunen sicherstellen" – Drucksache 14/2053. – Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Für die Erhaltung des rheinland-pfälzischen Forstrevier-Systems und der ökologisch nachhaltigen

Waldbewirtschaftung" – Drucksache 14/2067 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Zusätzliche Assistentinnen und Assistenten für Fachhochschulen" – Drucksache 14/2068 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Bericht über die Altersstruktur der Landesbediensteten in Rheinland-Pfalz" – Drucksache 14/2069 –. Wer stimmt zu? – Der Entschließungsantrag ist einstimmig angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Institutionelle Förderung für kleinere Landesverbände und Einrichtungen absichern" –Drucksache 14/2070 –. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Keine weitere finanzielle Belastung der rheinland-pfälzischen Kommunen" – Drucksache 14/2071 –. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Bildungsauftrag der Kindertagesstätten weiterentwickeln" – Drucksache 14/2072 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Weiterentwicklung der schulpsychologischen Beratungsstellen" – Drucksache 14/2073 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Stärkung der Selbstständigkeit der rheinland-pfälzischen Schulen – Qualitätsentwicklungsbudget" – Drucksache 14/2074 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Erneuerbare Energien fördern – Arbeitsplätze schaffen" – Drucksache 14/2075 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist

mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Agrarverwaltungsreform" – Drucksache 14/2076 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Schließung des Ausreisezentrums (Landesunterkunft für Ausreisepflichtige – LUfA) in Trier" – Drucksache 14/2077 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Mit Regionalisierungsmitteln den Rheinland-Pfalz-Takt ausbauen" – Drucksache 14/2078 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Landes im notwendigen Umfang durchführen" – Drucksache 14/2079 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU, und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Verstärkter Einsatz von Open-Source-Software in der Verwaltung: Kostengünstig, transparent und sicher" – Drucksache 14/2080 –. Dieser Antrag soll an den Innenausschuss –federführend –, an den Ausschuss für Medien und Multimedia und an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen werden. – Sie sind damit einverstanden.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Ausbildungssituation durch Initiativen im Bereich der berufsbildenden Schulen verbessern" – Drucksache 14/2104 –. Wer stimmt zu? – Der Entschließungsantrag ist einstimmig angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz" – Drucksache 14/2100 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP "Landesgesetz zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften und über Maßnahmen zur Entlastung des Landeshaushalts" – Drucksache 14/1800 – in zweiter Beratung. Dazu liegt die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 14/2059 – und der Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2052 – vor.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2052 – ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 14/2059 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in zweiter Beratung. Wer dem Gesetzentwurf – Drucksache 14/1800 – in zweiter Beratung unter Berücksichtigung zuvor beschlossener Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und FDP "Moderne Strukturen für den Landeshaushalt: Transparenz erhöhen, Steuerungsmöglichkeiten verbessern" – Drucksache 14/2000 –. Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2035 – vor. Es wird vorgeschlagen, den Antrag der Fraktionen der SPD und FDP und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich rufe die Punkte 19 bis 21 der Tagesordnung auf:

Für die Erhaltung der dezentralen, kommunalen Trinkwasserversorgung Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/381 –

#### dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten

- Drucksache 14/1639 -

Für eine qualitativ hochwertige Wasserversorgung in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktionen der SPD und FDP

- Drucksache 14/1604 -

# Wasser als Lebensmittel und Lebensgrundlage – Konsequenzen für die Trinkwasserversorgung in Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 14/1641 -

(Unruhe im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Ältestenrat vereinbart, diesen Tagesordnungspunkt heute noch abzuhandeln. Ich darf Sie herzlich bitten, dem Kollegen Dr. Braun zuzuhören, die Gespräche einzustellen und notfalls in der Lobby fortzuführen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

#### Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag, den wir bereden wollen, wird seit über einem Jahr in den parlamentarischen Ausschüssen besprochen und ist in der öffentlichen Debatte seit zwei, drei Jahren immer wieder zu verfolgen. Es geht um die Erhaltung der dezentralen, kommunalen Trinkwasserversorgung und um die Ablehnung der Privatisierung der Trinkwasserversorgung.

Wie Sie alle wissen, gibt es heftige Debatten um eine Liberalisierung im europäischen Markt, die nicht nur die Telekommunikation, den Strom und den Verkehrsbereich erreicht hat, sondern auch die Trinkwasserversorgung. Es gibt große Unternehmen, auch in Deutschland – ich erinnere an RWE und e.on –, die sich im Moment im Ausland in kommunale Trinkwasserversorgungsstrukturen einkaufen.

Es gibt auch in Deutschland inzwischen schon mehrere Modelle, beispielsweise in Potsdam und Berlin, bei denen Private die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und der Betriebe vor Ort übernommen haben, die es übernommen haben, die ganze öffentliche Versorgung sicherzustellen.

Das verspricht zunächst einmal, so die Liberalisierungsbefürworter, dass es eine Konkurrenz auf dem Markt gibt. Wie das so oft ist, hofft man, dass es durch Konkurrenz eine Preissenkung gibt.

Dieser Effekt der Preissenkung – das hat sich in Deutschland gezeigt, das hat sich in England gezeigt, wo es einen großen privaten Trinkwassermarkt gibt – ist meistens nur sehr kurzzeitig und schlägt um nach einer Frist von ein bis drei Jahren in eine Verteuerung des Trinkwassers und damit nicht in eine Kundenfreundlichkeit, sondern in eine Mehrbelastung des Kunden.

Deshalb sagen wir, die Politik muss die Kunden davor schützen, dass sie dann von einem neuen Monopolisten abhängig sind und dieser Monopolist, der die Trinkwasserversorgung übernimmt, entsprechend die Preise bestimmen kann.

Wir halten es für wichtig, dass sich der Landtag und die Landesregierung eine Meinung bilden, und freuen uns, dass alle Fraktionen zugestimmt haben, dass wir eine Anhörung im Landtag veranstalten. Wir haben diese Anhörung durchgeführt.

Alle Expertinnen und Experten haben uns noch einmal deutlich gemacht, dass eine Privatisierung des Trinkwasserbereichs wenig positive Effekte hätte und eine Liberalisierung des Marktes – ich sage "totale" Liberalisierung des Marktes, dass man zum Beispiel sein Trinkwasser bei verschiedenen Firmen bestellen könnte – im Moment noch gar nicht möglich sei.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch wird weiter heftig – die Innenminister haben das bisher ähnlich gesehen – über die Liberalisierung des Trinkwassermarktes gestritten.

Ich möchte aus dem "Handelsblatt" vom 18. Dezember 2002 zitieren. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: "Die Wirtschaftsminister der Länder unternehmen einen neuen Vorstoß zur Liberalisierung und Neustrukturierung der deutschen Wasserwirtschaft. Auf ihrer Tagung in Bad Dürkheim sprachen sie sich kürzlich für eine Angleichung der steuerlichen Unterschiede zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen in der Wasserver- und -entsorgung aus, für eine bundeseinheitliche Pflicht zur Ausschreibung von Versorgungsaufträgen an Dritte sowie für die Einführung von Kennziffern für einen Leistungsnachweis der überwiegend kommunal geführten Betriebe."

Das heißt, anscheinend hat es auch der Wirtschaftsminister des Landes Rheinland-Pfalz noch nicht eingesehen, dass eine Liberalisierung des Trinkwassermarktes weder für die Kunden noch für die ökologischen und für die kommunalen Strukturen wichtig wäre und wir deswegen gemeinsam festhalten müssen, dass wir eine Liberalisierung und eine Privatisierung ablehnen, meine Damen und Herren.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist uns wichtig. Ich denke, es ist in unserem Antrag auch sehr deutlich festgehalten.

Wir haben – darauf möchte ich noch einmal verweisen – in unserem Antrag beschrieben, dass wir eine sehr hoch qualitative Versorgung haben wollen, nicht nur eine zuverlässige Versorgung im Trinkwasserbereich, sondern auch das beste Angebot an Qualität bei Trinkwasser.

Dieses beste Angebot ist erfahrungsgemäß nicht bei der Privatisierung möglich, weil es durchaus möglich ist, gutes und weniger gutes Wasser zusammenzumischen, sodass man gerade die Grenzwerte einhält.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist wichtig, dass wir als Politikerinnen und Politiker klar machen, wir wollen den besten Standard in der Versorgung der Bevölkerung mit frischem, gutem Trinkwasser, und wir wollen deswegen die Liberalisierung und Privatisierung verhindern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusatzeffekt bei einer kommunalen Trinkwasserversorgung ist nicht nur, dass die kommunalen Parlamente, die kommunalen Versorger bestimmen können, wie das Trinkwasser aufbereitet wird und welche Qualität es hat, Zusatzeffekt ist auch, dass wir Wasserschutz- und -schongebiete haben, die sehr wichtig für die ökologische Entwicklung der Bundesrepublik und sehr wichtig für eine kommunale Struktur im Natur-, Wasser- und Bodenschutz sind.

Deswegen glaube ich, unser Antrag ist durchaus zstimmungsfähig. Wenn Sie diese weiteren ökologischen Bedingungen, die wir im Gegensatz zu den Anträgen von FDP und SPD sowie der CDU stellen, mit akzeptieren, müssen Sie unserem Antrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat Herr Kollege Fuhr.

# Abg. Fuhr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle nicht mehr die ganze Liberalisierungsund Privatisierungsdebatte wiederholen, weil wir sie wirklich sehr ausführlich und im Ausschuss durch die Anhörung sehr eindeutig geführt haben.

Trotzdem denke ich, dass heute von dieser Debatte und der Beschlusslage ein klares Zeichen ausgehen wird. Die Gewährleistung einer nachhaltigen qualitativ hochwertigen Trinkwasserversorgung ist für den Landtag Rheinland-Pfalz eine zentrale Aufgabe öffentlicher Daseinsfürsorge, welche in unserem Bundesland durch die Kommunen sichergestellt wird.

Deshalb beschließt der Landtag heute einen gemeins amen Antrag von SPD und FDP, der bekräftigt, dass die Verantwortung und die Qualitätskontrolle für die Trinkwasserversorgung als eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsfürsorge in kommunaler Verantwortung zu belassen sind und dadurch die kommunale Selbstverwaltung zu stärken ist.

Kurz gesagt – wie es auch in unserem Antrag steht –, wir wollen nicht, dass eine Verlagerung der Hoheit der Zuständigkeit der Kommunen für die Trinkwasserversorgung an private Unternehmen stattfindet, weil dies unserer Meinung nach den Zielen und den Anforderungen an die Trinkwasserversorgung zuwiderlaufen würde.

Meine Damen und Herren, dies ist eine wichtige Botschaft, die wir heute den Kommunen und den Verbrauchern geben. Trinkwasser ist ein wichtiges und knappes Gut, ein Lebensmittel, welches aufgrund seiner Beschaffenheit und wegen seiner Bedeutung als natürliche Lebensgrundlage für alle Lebewesen nicht wie andere Güter gehandelt werden darf.

Herr Dr. Braun, weil Sie das angesprochen haben, mit diesem Antrag setzen wir heute eine Vereinbarung um, wie sie im Koalitionsvertrag zwischen SPD und FDP festgeschrieben wurde. Ich darf Ihnen das noch einmal zitieren.

Dort steht: "Die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Wasserversorgung ist eine zentrale Aufgabe, die in kommunaler Hand bleiben soll. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass Privatpersonen oder -unternehmen zur Aufgabenerfüllung herangezogen werden."

Ich denke, dass ist eine klare Aussage, die diese Regierungskoalition zu ihrem Beginn getroffen hat. Deswegen haben wir das auch, nachdem Sie einen Antrag formuliert hatten, in einem gemeinsamen Antrag dieser Regierungskoalition formuliert und werden das heute so zur Abstimmung stellen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will diesen einen Punkt noch einmal festhalten. Es geht uns um die Letztverantwortung, um die Hoheit der Kommunen für die Trinkwasserversorgung.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es wird trotzdem weiterhin auch aus unserer Sicht den Kommunen möglich sein, Private zur Erfüllung der Aufgaben heranzuziehen. Es ist unser Wunsch – das haben wir im Antrag formuliert –, dass Kommunen größere Einheiten bei der Trinkwasserversorgung bilden, um kostengünstiger und sparsamer diese Aufgabe zu erfüllen

Meine Damen und Herren, ich komme eigentlich schon zum Schluss. Wie gesagt, die Diskussionen sind geführt. Es besteht auch eine große Einigkeit bei diesem Thema. Das drückt sich in den unterschiedlichen Anträgen aus. Aber wenn Sie einen Antrag formulieren und sagen, unsere Formulierung sei nicht ausreichend, muss es auch unser Recht sein, dies zu bekräftigen und im Landtag zu beschließen. Unsere Position dazu ist klar, und wir haben sie entsprechend formuliert.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

## Vizepräsident Creutzmann:

Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Licht.

#### Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Fuhr, vielleicht ist die Einigkeit zwischen SPD, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sogar noch größer; denn es hätte zu einem gemeinsamen Antrag kommen können. Wir haben darüber debattiert und waren eigentlich überrascht, dass es offensichtlich nicht dazu kommen durfte. Vielleicht hat das an Ihrem Koalitionspartner

gelegen, der sicher auch dafür Verantwortung trägt, dass wir uns über den Punkt der Liberalisierung noch etwas länger austauschen mussten. Dennoch glaube ich – das zeigen zumindest die Anträge –, dass eine große Einigkeit besteht. Umso bedauerlicher ist es, dass wir keinen gemeinsamen Antrag formulieren konnten. Aber um diesen Streit will ich mich jetzt gar nicht mehr kümmern. Wir haben ihn im Ausschuss geführt. Ich hoffe nur, dass wir in Zukunft daraus lernen und es möglich sein sollte, gemeinsame Anträge zu formulieren.

Meine Damen und Herren, Auslöser – der Kollege Dr. Braun hat es genannt – war die europäische Diskussion um Initiativen der Privatisierung in der Wasserversorgung, die auch zu manchen Befürchtungen Anlass gegeben hat. Neben der Stromwirtschaft sollte die Wasserwirtschaft aufs Korn genommen werden. Dass wir uns allerdings im europäischen Konzert in vielen Dingen harmonisieren müssen, steht außer Frage. Dennoch muss man nicht immer alles in der reinen Debatte annehmen und umsetzen, wie es vielleicht ursprünglich angedacht ist.

Herr Kollege Dr. Braun, ich hätte erwartet, dass Sie den Kollegen der Union im Europäischen Parlament Dr. Langen lang und breit zitieren. Aber aus dem, was ich in diesen Tagen von ihm wiederum als Fazit gelesen habe, ist auch zu erkennen, dass man sich dort den Gegebenheiten angepasst hat, dass man genau weiß, dass Strom nicht gleich Wasser ist und dass man dies nicht in gleicher Form übertragen kann. Ich habe aus seinem Fazit auch einen Punkt herauslesen können, der das unterstreicht, was ich damit ausdrücken will: "Die Kontrolle über das Anlagevermögen bleibt in öffentlichrechtlicher Hand." Das ist beispielsweise eines seiner Fazite.

"Die Kooperation zwischen beiden Organisationsformen ist zu stärken." Damit meint er die kommunale und die privatwirtschaftliche Organisationsform. Meine Damen und Herren, dahinter steckt eine Menge Synergie, die wir mit unserem Antrag beflügeln wollten. In der Zukunft soll und muss es Kooperationen stärker als jetzt geben. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, dass es größere Einheiten geben kann und geben sollte, um wirtschaftlicher und effektiver zu sein. Ich denke, dass wir uns in dieser Richtung beratend öffnen müssen. Meine Damen und Herren, das sollte in einer Gemeinsamkeit deutlich werden, die leider nicht in einen gemeinsamen Antrag gemündet ist.

Meine Damen und Herren, mir sind gestern bei der Durchsicht der Anträge noch einige Fragen gekommen. Der Antrag der Fraktionen der SPD und FDP lässt in manchen Punkten sprachlich zu wünschen übrig. Das haben wir im Ausschuss auch schon gesagt. Ich habe gesagt, PISA lässt grüßen. Den einen Punkt hätte man wirklich umstellen müssen. Herr Fuhr, das hätten Sie heute mit zwei Sätzen korrigieren können.

In einem Punkt beziehen Sie sich auf § 46 a des Landeswassergesetzes und schreiben fest, was Sie in der Novelle geändert haben wollen. Ich habe einmal im Entwurf nachgeschaut, was dort geändert werden soll. Meine Damen und Herren, mir erschließt sich nicht, was

Sie dort meinen. Dort heißt es: "§ 46 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 3 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt.

b) im bisherigen Satz 5 wird die Verweisung ,§ 2 Abs. 2 LKO' durch die Verweisung ,§ 2 Abs. 3 LKO' ersetzt."

Ich kann mir keinen Reim darauf machen, was ich zustimmen soll. Vielleicht können Sie noch einmal erklären, was Sie damit gemeint haben, damit deutlicher wird, welche Absicht Sie haben. Ich bin davon ausgegangen, dass in diesem Paragraphen die Übertragung an Dritte geregelt ist. Wenn Sie mit dem eben Zitierten substanziell etwas verändern wollen, müssen Sie uns das noch erläutern. Ich kann dem so nicht folgen, meine Damen und Herren.

Darum denke ich, dass das, was die Union beantragt hat, vom Inhalt her punktuell klarer ist. Wir wollen, dass sich der Markt etwas öffnet, dass wir mit Privaten die Möglichkeit weiter erörtern und es für die Kommunen Möglichkeiten gibt, sich mit Privaten auf einen wirtschaftlicheren Weg zu begeben. Aber wir wollen die kommunale Hoheit in der Zukunft erhalten wissen, wie es sich in der Vergangenheit bewährt hat. Ich denke, das ist in unserem Antrag klar geregelt. Deswegen bitte ich darum, ihm zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsident Creutzmann:

Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Reinhold Hohn.

## Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, meine Vorredner haben schon erwähnt, dass es keinen so großen Unterschied zwischen den verschiedenen Anträgen gibt. Ich denke, das war der Kern der Anhörung am 4. Juni des letzten Jahres, der zu dem Ergebnis geführt hat, das auch von allen Fraktionen mitgetragen wurde, dass Wasser ein besonderes Gut ist und nicht zu vergleichen ist mit anderen Wirtschaftsgütern und dementsprechend auch nicht in diesem Maß handelbar ist.

Die Zurverfügungstellung von Wasser muss eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge sein und bleiben. Sehr wohl hat diese Anhörung aber auch als Ergebnis ergeben, dass sehr viel zu liberalisieren und zu privatisieren ist. Ich erinnere nur an verschiedene Kreise, wo es acht Verbandsgemeinden gibt. Dort werden zukünftig keine acht Wassermeister, keine acht Stellvertreter oder keine acht Werkleiter für die Ver- oder Entsorgung mehr gebraucht. In diesem Bereich gibt es sehr viel Einsparpotenzial.

Aber eines ist auch klar geworden: Die Verfügbarkeitsgarantie und auch das Qualitätsmanagement muss und soll in kommunaler Hand bleiben. Ich denke, das ist auch bei den Worten meiner Vorredner ganz deutlich geworden.

Herr Kollege Licht, aber in einem Punkt unterscheidet sich Ihr Antrag von dem gemeinsamen Antrag von SPD und FDP. Ansonsten ist Ihr Antrag – ich würde sagen – fast identisch mit unserem. Zu Anfang hatte ich das Gefühl, Sie hätten ihn abgeschrieben, aber es gibt doch einige Unterschiede.

Der Unterschied ist im Grunde in der Konsequenz zu sehen, was Sie eben beschrieben haben, § 46 des Landeswassergesetzes zu ändern. Dieser § 46 ermöglicht es heute, wirklich alles zu privatisieren. Das ist der Knackpunkt. Er bezieht sich auch auf die Verfügbarkeitsgarantie und auch das Qualitätsmanagement. Genau das wollen wir nicht. Das ist auch das Ergebnis der Anhörung. Ich glaube, in diesem Punkt gibt es zwischen uns keinen Dissens.

Es war deshalb eine logische Schlussfolgerung, dass wir in unseren Antrag mit hineinnehmen, § 46 des Landeswassergesetzes zu ändern, weil ansonsten Ihr Antrag ins Leere gehen würde. Es ist jetzt schon per Gesetz möglich, alles privat zu machen. Wenn wir das nicht wollen, ist es logisch, dass wir diesen Paragraphen ändern.

(Beifall bei FDP und SPD)

Herr Kollege Dr. Braun, Gleiches gilt für Ihren Antrag. Ich freue mich, wenn Sie in Ihrer Begründung die Koalitionsvereinbarung zitieren.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Sie müssen weiterlesen!)

Genau das ist im Grunde unser gemeinsamer Antrag. Ich denke, es war nicht möglich, weil es einfach nicht konsequent war, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen. Deshalb kann ich Ihnen auch wegen der Logik und der Änderung des § 46 nur empfehlen, stimmen Sie dem gemeinsamen Antrag von SPD und FDP zu. Er ist der kons equentere Antrag.

(Beifall bei FDP und SPD)

#### Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

# Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hohn, ich hätte nichts mehr gesagt, möchte aber zu Ihren Ausführungen noch einmal Stellung nehmen. Herr Licht hat auch gesagt, er will jetzt nicht weiterstreiten. CDU und GRÜNE haben aber im Ausschuss angeboten: Lasst uns einen gemeinsamen Antrag machen, weil wir es für eine wichtige kommunale Aufgabe halten, die Trinkwasserversorgung auch bei den Kommunen zu

halten. – Wir halten es für wichtig, dass das Parlament in diesem Punkt einig ist. Deswegen haben wir es offen gehalten.

Ich habe sogar die Bedingungen formuliert, unter denen ich eventuell Ihrem Antrag zustimmen würde. Sie haben es aber abgelehnt, überhaupt über diesen Antrag zu diskutieren. Man muss eindeutig sagen, Sie haben der Sache geschadet.

Ich weiß auch nicht, warum Sie es nicht geschafft haben, im Ausschuss darüber zu diskutieren. Wir von der Opposition hatten uns das anders vorgestellt. Wir hatten gedacht, dass wir mit Ihnen darüber reden könnten. Sie haben aber den Antrag herausgezogen. Wir haben den Antrag gelesen und wollten darüber diskutieren, aber Sie haben es abgelehnt, überhaupt darüber zu reden. Herr Hohn, Sie können dann nicht sagen: Hätten Sie bitte unserem Antrag zugestimmt. –

Wenn Sie kooperationsbereit waren, dann hätten Sie das zeigen müssen. Das hätte der Sache gerade bei diesem Thema gut getan. Darum bedaure ich, dass Sie diese Kooperation nicht gezeigt haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Creutzmann:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Industriekaufleute der Berufsbildenden Schule I Ludwigshafen, Auszubildende der Firma BGS Systemplanung AG Mainz sowie eine Seniorengruppe der Pfarrei "St. Peter in Ketten", Montabaur "Dress 55 Plus". Seien Sie herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Fuhr das Wort.

## Abg. Fuhr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Licht, ich habe mich noch einmal gemeldet, weil Sie mich direkt angesprochen haben. Herr Kollege Hohn hat Ihnen die eine Frage beantwortet. Wenn man den Antrag liest, sieht man, dass wir gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung und gegen die Übertragung der Letztverantwortung an Private sind. Dann kann es nur die logische Schlussfolgerung sein, dass wir § 46 a des Landeswassergesetzes entsprechend ändern wollen. Sie haben unsere Formulierung gelesen. Es werden die Fälle angesprochen, die vor dieser Gesetzesänderung liegen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Kollege Licht, ich würde mir zwar immer wieder wünschen, dass mir die Regierung meine Wünsche praktisch von den Augen abliest und diese dann rechtzeitig auch in Erfüllung bringt, aber da wir heute diesen Antrag erst beschließen und mit diesem Antrag den Auftrag an die Regierung erteilen, können Sie natürlich

gern einen Gesetzentwurf lesen, der vorher schon vorgelegen hat. Dort kann es doch noch gar nicht stehen.

Ich komme zum Schluss noch einmal zu dem Antrag. Ich habe schon betont, diese Regierungskoalition hat mit Beginn dieser Legislaturperiode in der Regierungsvereinbarung festgeschrieben, was ich Ihnen vorhin schon gesagt habe, wie sie verfahren möchte. Dann muss es auch das Recht einer Regierungskoalition sein, eine Sache, die schon längst geklärt ist, in einem eigenen Antrag noch einmal festzuhalten. Es ist dann auch wichtig, dass man damit dokumentieren kann, dass dies die eigene Position ist und dass man dieses Ziel verfolgt.

(Beifall bei SPD und FDP)

#### Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Kollegen Hohn das Wort.

#### Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Braun, ich gebe Ihnen vollkommen Recht. Dadurch, dass wir so dicht in den Meinungen zusammenliegen, liegt kein Grund zum Streiten vor. Richtig ist es, dass es nicht zustande gekommen ist, einen gemeinsamen Antrag über alle Fraktionen hinweg zu formulieren. Das haben Sie richtig erkannt. Ich denke, Sie haben unserem gemeinsamen Antrag deshalb in keiner Weise widersprochen. Insofern gehe ich davon aus, dass Sie ihm auch zustimmen werden.

(Beifall bei FDP und SPD)

## Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Frau Staatsministerin Conrad das Wort.

# Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße den Antrag der Koalitionsfraktionen als Ergebnis der Anhörung, die der Landtag zu dieser Thematik durchgeführt hat.

Ich freue mich aber auch, dass die Anträge von BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU-Fraktion in einem Punkt, was nämlich die Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge betrifft, den Antrag der Koalitionsfraktionen unterstützen. Insofern haben wir eine nachhaltige und deutliche Unterstützung der Position der Landesregierung in diesem Punkt.

Die Daseinsvorsorge in der Wasserversorgung festzuschreiben, ist gerade in der heutigen Zeit von besonderer Bedeutung, nämlich in einer Zeit, in der wir in Europa über eine europäische Verfassung diskutieren und in der diese wichtige Frage, was in der öffentlichen Daseinsvorsorge verbleibt, diskutiert wird. Dabei ist natürlich die Wasserversorgung eine der wesentlichen Aufgaben, die zu Buche schlägt und angegeben werden muss. Gerade

auch in der heutigen Zeit ist es aus meiner Sicht ein wichtiger Konsens im Parlament.

Daseinsvorsorge in dieser Thematik bedeutet auf der einen Seite eine flächendeckende Grundversorgung mit Trinkwasser. Das ist nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Dies soll zu sozialverträglichen Preisen geschehen. Das bedeutet eine Wasserversorgung in hoher Qualität. Das bedeutet, sie in ökologischer Verantwortung zu gewinnen.

Ein weiteres Argument ist von besonderer Bedeutung, das heute noch nicht genannt worden ist. Wir haben in Rheinland-Pfalz mit 250 Wasserwerken, die ca. 300 Millionen Kubikmeter qualitativ hochwertiges Wasser produzieren, dezentrale Versorgungsstrukturen. Ich denke, nicht nur nach dem 11. September, sondern auch vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage ist diese Frage nicht ohne Bedeutung. Jede Havarie hätte wirklich nur begrenzte Auswirkungen. Deswegen kommt diesem Argument gerade in der heutigen Zeit eine besondere Bedeutung zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben einiges zu dem Thema und den Intentionen von Liberalisierung und Privatisierung gesagt. Ich bin dankbar ob all der Aussagen, die noch einmal deutlich machen, dass es sich bei Wasser eben nicht um Strom oder Gas handelt und Wasser insbesondere auch in den Fragen von Produktion, Verfügbarkeit und Transport nicht mit diesen Medien vergleichbar ist. Dies ist ein Argument.

Es wird oft angeführt, man brauche solche Möglichkeiten der Liberalisierung, weil die Wasserpreise zu hoch seien. Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Zahlen nennen:

Wir haben in Rheinland-Pfalz einen durchschnittlichen Kubikmeterpreis von 1,60 Euro. Wir liegen damit unter dem Bundesdurchschnitt beim Wasserpreis. Ich denke, das muss an dieser Stelle deutlich werden. Dies ist auch ein Ergebnis der Förderkulisse der Landesregierung über viele Jahre hinweg, die dazu beigetragen hat, dass wir keine großen Gebührenunterschiede in Rheinland-Pfalz zwischen den Ballungsräumen, den verdichteten Strukturen und den ländlichen Räumen haben, wo jede Wasserversorgung automatisch strukturell immer teurer darzustellen ist.

Ein Ergebnis dieser Förderpraxis ist, dass wir im Wasserpreis kaum Schwankungen haben. Damit einher geht die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse im Land. Dazu gehören auch gleiche Chancen für eine sozialverträgliche Gebühr.

# (Beifall der SPD)

Es wird immer diskutiert, in Deutschland haben wir höhere Wasserpreise als in Europa. Wenn man sich die Wasserpreise in den europäischen Ländern anschaut, muss man im Prinzip konstatieren, das ist so. Wir liegen nicht an der Spitze, aber bei uns gibt es deutlich höhere Wasserpreise als beispielsweise in Italien. Wir wissen, dass die Rahmenbedingungen für die Trinkwasserversorgung in Standards, Qualität und Ökologie ganz unterschiedlich inklusive der Art der Preisgestaltung sind.

Genau daran setzt die Europäische Wasserrahmenrichtlinie an, die ab 2010 verbindlich vorschreibt, dass alle Kosten in den Wasserpreis einfließen müssen. Das sind die Vorhaltekosten genauso wie die Kosten der Ökologie. Es gibt ganz klare Kalkulationsvorgaben. Wir werden dann in Europa eine Angleichung der Wasserpreise auf ein anderes Niveau haben, als es heute noch der Fall ist

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es macht Sinn, an der kommunalen Verantwortung für die Trinkwasserversorgung festzuhalten, weil wir hier etwas haben, was viel zu wenig beachtet wird. Wir wissen, dass die für die Trinkwasserversorgung zuständigen Kommunen eine gewisse Verantwortung für in Kauf zu nehmende Restriktionen haben, an denen man Trinkwasserschutzgebiete ausweist. Ich kann am ehesten an der Stelle mit Verständnis für Trinkwasserschutzmaßnahmen und für die Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten zur Trinkwasserversorgung rechnen, wenn das Versorgungsgebiet mit dem Schutzgebiet bzw. Gewinnungsgebiet identisch ist. Es macht an der Stelle Sinn, die grundsätzliche kommunale Verantwortung beizubehalten. Es macht ökologisch Sinn, dass wir über eine größere Zeitachse nicht mehr Grundwasser entnehmen. als tatsächlich nachgebildet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Rheinland-Pfalz überwiegend die Rechtsform der Eigenbetriebe. Bei den mittleren und größeren Städten haben wir aber auch die Rechtsform der GmbH oder Aktiengesellschaft. Wir haben die Möglichkeit der Beteiligung von Dritten. Das ist in Einzelfällen mittlerweile schon so entschieden worden. Wenn man die kommunale Verantwortung beibehält, gilt ungeachtet der Rechtslage, dass man sich Privater bedienen kann, um diese Aufgabe tatsächlich zu erfüllen. Das kann vollständig im Sinn von Betreibergesellschaften geschehen oder in Private-Public-Partnership erfolgen. Ich kann alle unterstützen, die diese Argumente angebracht haben. In manchen Fällen kann das durchaus Sinn machen. Das würde unsere Unterstützung finden.

Durch Unterstützung einer sparsamen Bauplanung und -durchführung und Nachsteuerungen in den Entwicklungen und in den Strukturen haben wir bezüglich der Kostenstrukturen dafür gesorgt, dass wir kostengünstig sind. Es macht Sinn, in Zukunft nachzuschauen, ob es weitere Optimierungsmöglichkeiten bezüglich der Wirtschaftlichkeit und Effizienz gibt. Ich kann mir gut vorstellen, dass es Sinn macht, Kooperationen zwischen Gemeinden und gemeindlichen Zweckverbänden anzustreben. Die Zusammenarbeit mit Privaten habe ich angesprochen. Die Bildung von unternehmensübergreifenden Servicegesellschaften und auch Fusionen sind zu nennen.

#### (Beifall bei der SPD)

Ich will von meinem Haus ein sogenanntes Benchmarking unterstützen, weil ich glaube, es macht Sinn und gibt Aufschluss, wenn man sich Kosten- und Leistungsvergleichen stellt. Wir werden solche Aktivitäten der kommunalen Gebietskörperschaften, der Zweckverbände oder anderen Gesellschaftsformen von unserer Seite her begleiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin zuversichtlich, dass uns aufgrund der heutigen Antragslage eine Bestätigung gelingt. Wenn es gelingt, eine nachhaltige, qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Wasserversorgung in Rheinland-Pfalz dauerhaft zu erhalten und weiter zu entwickeln, wird es bei der zukünftigen Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung keine Verlierer, sondern nur zwei Gewinner geben: Das sind die Bürger und Bürgerinnen auf der einen und die Natur auf der anderen Seite.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

#### Vizepräsident Creutzmann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zuerst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Für die Erhaltung der dezentralen, kommunalen Trinkwasserversorgung" – Drucksache 14/381 – ab. Der Ausschuss hat die Ablehnung empfohlen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der

SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, "Für eine qualitativ hochwertige Wasserversorgung in Rheinland-Pfalz" – Drucksache 14/1604 – betreffend. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir stimmen jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU, "Wasser als Lebensmittel und Lebensgrundlage – Konsequenzen für die Trinkwasserversorgung in Rheinland-Pfalz" – Drucksache 14/1641 – betreffend, ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Ich lade Sie für morgen, 09:30 Uhr ein.

Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 17:37 Uhr.